

Dokumentation der Gorbatschow-Rede S. 18/19

Arbeiterkampf

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

Jg. 17, Nr. 279, 9. 2. 87 5 DM C 21734 E

Hilfe, die Enkel kommen ... !

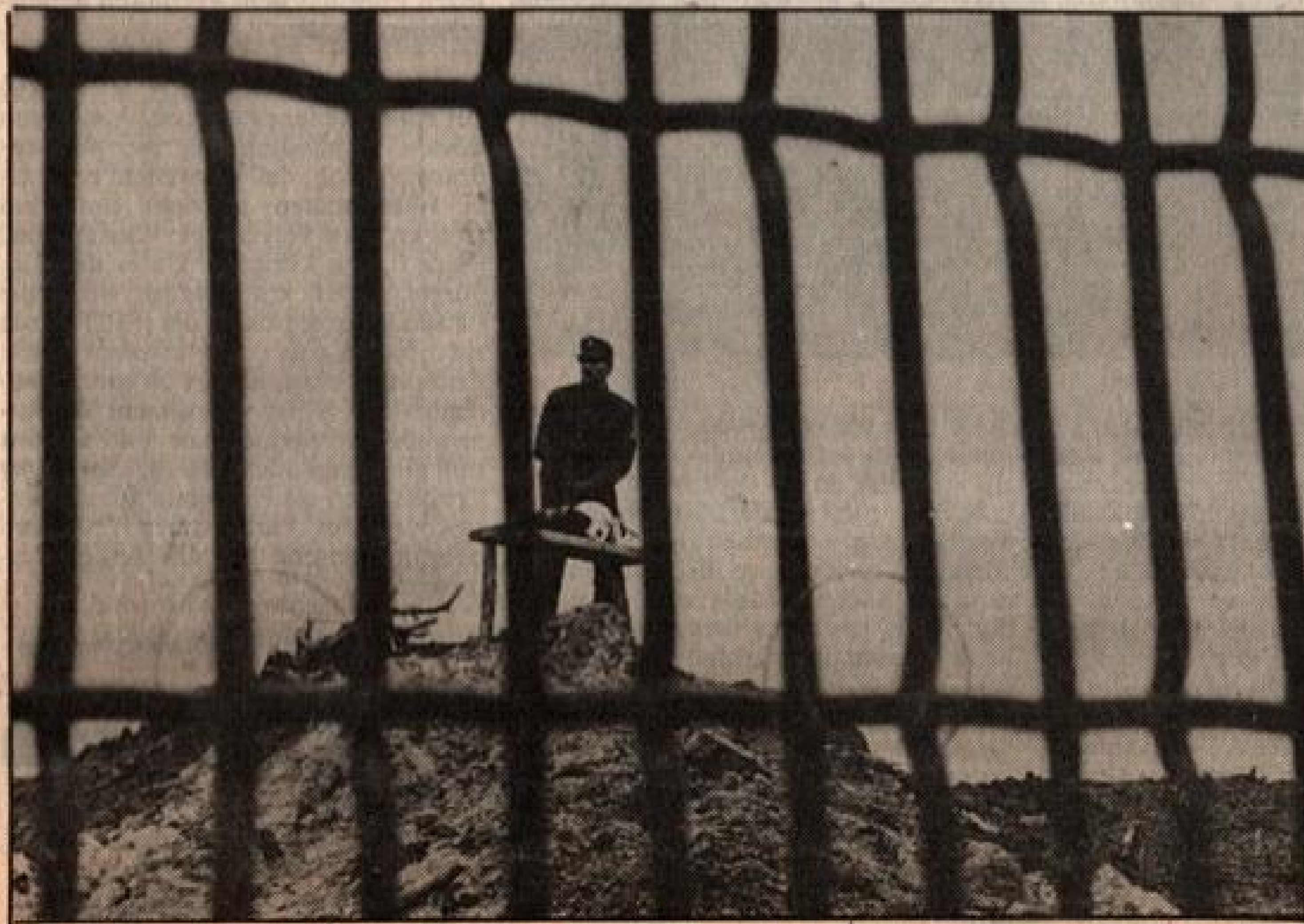
SPD: Nachrüstung mit neuen Flaschen

Obwohl es unsereins egal sein kann: Was für eine ätzende Blamage, was für ein gräßlicher Start! Oskar Lafontaine, der sich noch nicht entschieden hat, ob er die Brandt- oder die Rau-Nachfolge oder lieber gleich beides antreten soll, beginnt seinen vermeintlichen Aufstieg von der Saar in die steilen Höhen der Bonner Polithügel mit einem Umfall. Was schert mich mein NATO-Geschwätz von gestern? Es grüßt Ihr rot-grüner Hoffnungsträger — eilfertigst und untertänigst. Selbst die "FR" vermerkte es pikiert.

In zwei kurz aufeinanderfolgenden Interviews nahm Lafontaine seine außenpolitische Position zurück, nach französischem und spanischem Vorbild die militärische Integration der NATO zu verlassen. Das Oberpeinliche an dem Vorgang ist, daß diese Position, wie das Beispiel Frankreich zeigt, sowieso nicht mehr als Sprücheklopferei gewesen ist. Aber: Dieses Land grenzt an die Ostfront und da wird in Sachen NATO nur eine Sprachregelung geduldet.

Den Umfall meinte Lafontaine gleich dreimal vollziehen zu müssen — Sozialdemokraten haben eben ihre Auffassung von Glaubwürdigkeit. So erläuterte er zunächst dem „Spiegel" im Streitgespräch mit Jutta Ditfurth (2.2.), er halte die NATO für reformierbar und "raus" sei nicht seine Meinung. Es folgt eine krumme Tour, was er *„mit Änderung der Bündnisstruktur und Ausscheiden aus der militärischen Integration"* angeblich gemeint habe: Die destabilisierenden atomaren und chemischen Rüstungssysteme sollten weg.

Fortsetzung auf Seite 5



Im Herbst an den Bauzaun?

Eine bundesweite Großdemonstration nebst Blockaden in Wackersdorf — so lautet der Aktionsvorschlag, den die Aktionsgruppe WAA der Nürnberger Bundeskonferenz verabschiedet hat. Die Debatte in der Anti-AKW-Bewegung und auch in Teilen der Friedensbewegung hat begonnen.

Bericht und Dokumentation Seite 16

Flügelschlagen in Bonn

Schily läßt Federn

Politischer Linienstreit als Personality-Show. Die Grünen machen's möglich. Nur wenige Tage, und die grüne Freude über den Wahlausgang wich der Normalität, einer verschärften Normalität. Zunächst hatte Jutta Ditfurth in der Bonner Fernsehrunde gegen alle Vorabanfeindungen eine profilierte Vorstellung für die Grünen gegeben, die den Realos die Zornesröte ins Gesicht trieb und den grünen Medienliebling Schily zu der Aussage herausforderte, daß er und Fischer die Väter des grünen Sieges seien. Dann stahl ihnen Thomas Ebermann die Schau, besiegte Schily per Fotofinish und majorisiert seither fünf Realos gleichzeitig, während Schily sich selbst demontiert.

Aus dem Inhalt

ganisation Liberation Ti-

Südafrika: Volksmacht im Aufbau

Selten hat ein Befreiungskampf bei der Linken dieses Landes so wenig Interesse gefunden wie der des Volkes in Südafrika. Ein Grund dafür ist sicherlich die Schwierigkeit, fundierte Informationen über die Situation des Widerstandes zu erhalten — angesichts der nahezu vollständigen Nachrichtensperre, die in der Folge des Ausnahmezustandes am 11. Dezember 1986 verhängt wurde. Gelegentliche Meldungen über Auseinandersetzungen und Repressionen, hingeworfene Zahlen von Toten und Verhafteten lassen ein Bild entstehen, wonach die Unruhen zwar weitergehen, im Grunde aber nichts wesentliches zu passieren scheint. Dies ist der Zweck der totalen Zensur. Das Gegenteil ist jedoch der Fall: Trotz härtester Verfolgung sieht der Widerstand die Bedingungen für eine revolutionäre Entwicklung weiter heranreifen. Mit Basisstrukturen wird die Volksmacht aufgebaut. Bisher ist dem Botha-Regime nicht gelungen, die Kontrolle über die Zentren der Aufstände, besonders die sogenannten Townships, wiederzugewinnen. Oliver Tambo: „Das Regime hat seine strategische Initiative vollständig verloren."

Bericht Seite 28

Die Reform bändigt ihre Kinder

In China setzt sich die Bürokratie gegen die Unruhen durch

Auf Studentendemonstrationen in vielen Städten des Landes im Dezember und Januar folgte der Gegenschlag des dominierenden Flügels der chinesischen Bürokratie. Als erste kippten einige Universitätsfunktionäre von ihren Stühlen. Sie haben, so wird ihnen vorgeworfen, die Demonstrationen passiv hingenommen, statt ihnen rechtzeitig entgegenzutreten. Schlimmer noch: sie haben durch „Verbreitung des bürgerlichen Liberalismus", „Diffamierung der Parteiführung" und „Säen von Zwietracht zwischen Partei und Intellektuellen" zum Zustandekommen der studentischen Unruhe beigetragen.

Im nächsten Schritt fiel dann der oberste Kopf der „Liberalen", der Generalsekretär der chinesischen KP, Hu Yaobang. Er mußte Mitte Januar seinen Posten zur Verfügung stellen.

Wie immer in vergleichbaren Situation seit der nach dem Tod Maos 1976 eingeleiteten politischen Wende hat die chinesische Führung sofort ihre „Entschlossenheit bekräftigt, die Reformpolitik fortzusetzen". Das ist vor allem als Signal ans kapitalistische Ausland gemeint: es lohnt sich nach wie vor, in China zu investieren. China bleibt ein relativ stabiler und berechenbarer Faktor. Die berühmte „Tür" zum kapitalistischen Ausland bleibt weit „offen". Eine Rückkehr zu einer zentralistischen, rigiden Wirtschaftspolitik wie zu Zeiten Maos ist ausgeschlossen.

Vor diesem realen Hintergrund bedeuten die Abwürgung der Studentenproteste und die gezielten Schläge gegen einige Exponten des „liberalen" Flügels: Reform von oben ja, Unruhe von unten nein. Demonstrierende Menschenmassen werden für die Reformpolitik nicht benötigt, stellen das zur Schau gestellte Bild von „Stabilität und Eintracht" in Frage, könnten andere Schichten der sich in rasantem Tempo polarisierenden chinesischen Gesellschaft zur Nachahmung anregen. Ein Übermaß an Demokratie muß auch nicht sein, jedenfalls nicht vorschnell, also jetzt zumindest nicht. Jugendlicher Kräfteüberschuß soll sich lieber damit beschäftigen, individuell die Karriereleiter hinaufzustürmen

Richtig ist daran: der Kapitalismus hat längst den Beweis geführt, daß Marktwirtschaft nicht mit politischer Demokratie identisch ist, daß sie unter Umständen sogar ganz und gar ohne Demokratie auskommt. Natürlich kommt die sich entwickelnde chinesische Marktwirtschaft ohne ein gewisses Maß an Entscheidungsautonomie der wirtschaftenden Subjekte, also der Unternehmensdirektoren, der Bauernfamilien, der wachsenden Schicht von Kleinhändlern und Kleinproduzenten nicht aus. In diesem Sinn gelten nach wie vor die Worte des zurückgetretenen Hu Yaobangs: „Die Welle der Wirtschaftsreform bricht sich an den politischen Strukturen; ohne eine politische Strukturreform kommt die Wirtschaftsreform nicht mehr voran, muß sie unvollständig bleiben." (Welt, 17.11.86)



Die Partei empfiehlt Cola statt Demonstration



Siehe die Artikel über die Situation in China auf den Seiten 22-24

Lupenreiner Gesinnungsterror

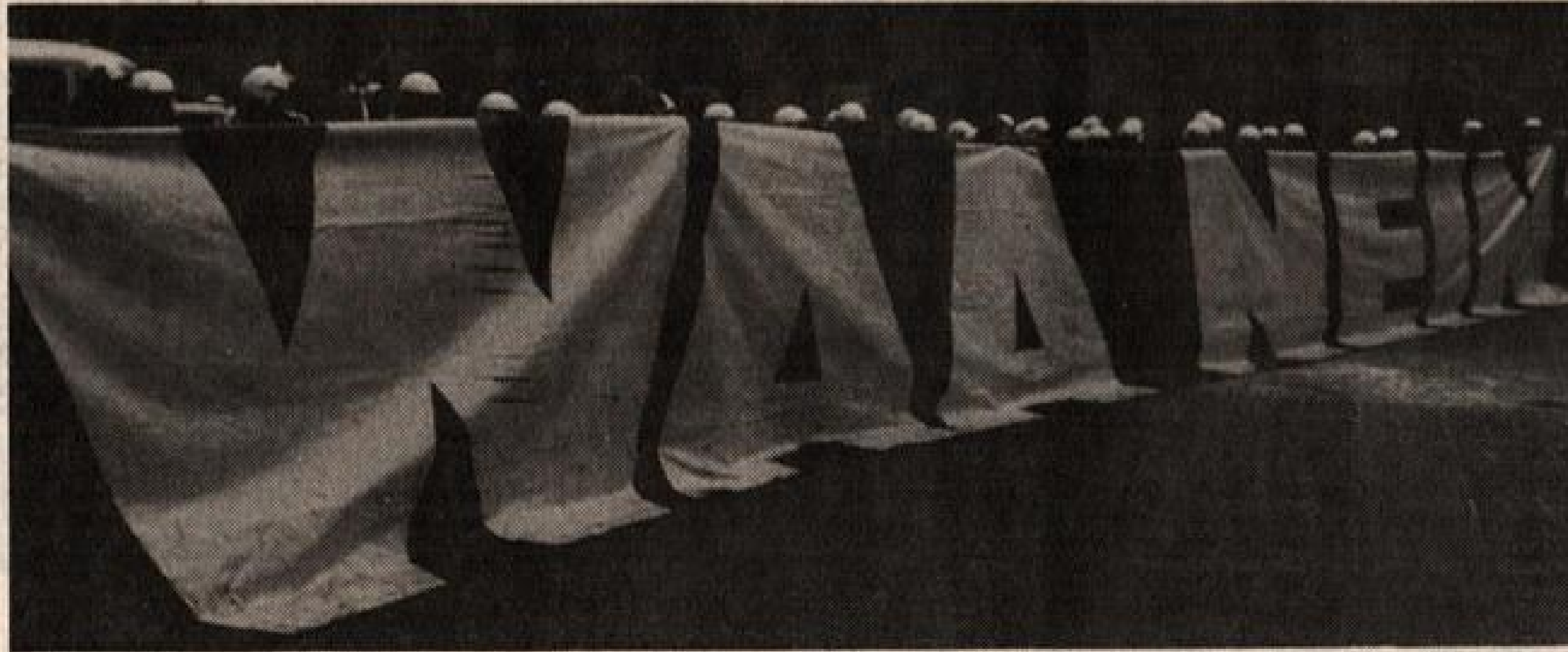
Prozeß gegen die ,,radi-aktiv''

Das Ziel ist offensichtlich: das bayerische Anti-Atom-Magazin ,,RadiAktiv'' soll an seinem weiteren Erscheinen gehindert werden. Hierfür stehen im Prozeß gegen die drei presserechtlich Verantwortlichen von ,,RadiAktiv'', der am 21. Januar vor dem Amtsgericht Nürnberg begann, Amtsrichter Voll und Staatsanwalt Breitinger. Und reibungslos soll das angestrebte Ziel durchgesetzt werden: nach außen martialische Sicherheitsvorkehrungen, nach innen Abbügeln aller Anträge und Aussage über den politischen Hintergrund. Dem Prozeß soll seine eigentliche Brisanz — Zensur, Gesinnungsjustiz, Polizeiübergriffe — genommen werden.

Seit den KOMM-Prozessen hat es kein derartiges Polizeiaufgebot im Nürnberger Justizpalast gegeben. Das Gebäude war bis auf einen Zugang abgeriegelt und mit Polizisten gefüllt, die anfänglich ganz unverhohlen die wartenden Zuhörer/innen fotografierten. Am ersten Prozeßtag mußten sich sämtliche Zuschauer einer Leibesvisitation unterziehen lassen, die gleiche Prozedur war sogar für Angeklagte und Zeugen angeordnet worden. Erst auf den Protest der Verteidigung wurden die Angeklagten von der Durchsuchung ausgenommen; zuvor war jedoch die Verteidigung vom Gericht verpflichtet worden, die Angeklagten darauf hinzuweisen, daß sie keine Waffen in den Gerichtssaal mitnehmen dürften.

Die Verteidigung bezeichnete die von den sog. Terroristenprozessen bekannten und auch hier demonstrierten ,,Sicherheitsmaßnahmen'' als Verletzung des Prinzips der Gewaltenteilung und des Grundsatzes der Öffentlichkeit von Gerichtsverhandlungen. Rechtsanwalt Maeffert: ,,Die angeordneten Maßnahmen suggerieren eine besondere Gefährlichkeit der Angeklagten und damit deren Strafwürdigkeit. (...) Das ist angesichts die Tatsache, daß es sich hier um ein Presseverfahren reinsten Wassers handelt, in dem es vorrangig um die sprachliche Auslegung des geschriebenen Wortes und die rechtliche Bestimmung der Grenzen der Meinungsfreiheit (...) geht, einfach perfide; gleichzeitig logisch nur, wenn tatsächlich Vollstrecker politischen Willens am Werk wären und nicht unabhänige, d.h. vor allem innerlich freie Richter.''

Radi Aktiv



Die Anklage

Strafrechtlich belangt werden sollen die presserechtlich Verantwortlichen von ,,RadiAktiv'' wegen eines Aufrufs, geheimgehaltene Planungen und Dokumente aus Polizei-, Justiz- und Regierungskreisen öffentlich zu machen, wegen öffentlicher Aufforderung zu Brandanschlägen und Sachbeschädigungen, und wegen Verunglimpfung des Freistaates Bayern und seines Staatssymbols.

Öffentlich zu Brandanschlägen etc. aufgefordert hätten die Angeklagten, so die Staatsanwaltschaft, durch a) die Publikation einer Liste am WAA-Bau beteiligter Firmen, b) die Dokumentation eines Bekennerschreibens, c) eine Äußerung, die (bisher unbeanstandet) auf der Debattenseite der ,,taz'' veröffentlicht worden war: ,,Sämtlichen Firmen, die glauben, sich an der WAA eine goldene Nase zu verdienen, muß mit verschiedensten Mitteln deutlich gemacht werden, daß langfristig ihre Verluste größer sind als ihr Gewinn.''

Nach der Verlesung dieser willkürlich inkriminierten Textstellen hielt Richter Voll im Einverständnis mit dem Staatsanwalt die Beweisaufnahme zu diesem Punkt für abgeschlossen. Die Verteidigung mußte erst beantragen, daß die herausgezupften Zitate und Artikel(teile) durch Verlesung weiterer Artikel in den Zusammenhang gestellt werden, in dem sie standen. In diesem Zusammenhang gehört beispielsweise auch der Debattenbeitrag in der ,,taz'' von SPD-Landrat Schuierer, in dem dieser ausführt, daß, mache der Zaun um die WAA Demonstrationen auf dem Gelände unmöglich, ,,es andere Aktionsformen geben (wird), mit denen wir unseren Widerstand gegen das Projekt zum Ausdruck bringen können.'' Es seien klassische Protestkundgebungen bis zum Bau des Hüttendorfes und symbolischer Behinderungen erforderlich, um die Gegnerschaft zur WAA deutlich zu machen. Eine kaum weniger ,,kriminelle'' Äußerung als die vom Staatsanwalt inkriminierte, in der die am WAA-Bau beteiligten Firmen gewarnt werden.

Nach Verlesung der Artikel bat die Verteidigung um einen Hinweis des Richters, inwieweit er die ,,Aufforderung zur Sachbeschädigung'' für erledigt halte, denn aus dem Zusammenhang, in dem die inkriminierten Passagen standen, ginge hervor, daß es sich nicht um einen strafrechtlich relevanten Tatbestand, sondern um Interpretationen der Staatsanwaltschaft handele. (Das Recht auf einen richterlichen Hinweis beruht auf dem Recht auf rechtliches Gehör des Angeklagten, damit der sich in seiner Verteidiung bei einer veränderten rechtlichen Beurteilung des Richters darauf einstellen kann.) Richter Voll mochte sich jedoch hierzu konkret nicht äußern: ,,Wie ich über diesen Anklagepunkt denke, können Sie der Urteilsbegründung entnehmen.''

Beweisanträge abgebügelt

Es ist bei dieser Art von Verhandlungsführung nur konsequent, daß Richter Voll Befangenheitsanträge gegen ihn ebenso wegwischte wie die Beweisanträge der Verteidigung zum Hundeeinsatz am Bauzaun, zum CS-Gaseinsatz, zu den Verletzungen der Demonstranten durch Polizei wie auch den Antrag, einen sachverständigen Zeugen zu der Frage zu hören, ob es sich bei der als ,,Verunglimpfung von Staatssymbolen'' bezeichneten karikaturistischen Fassung des bayerischen Wappens, die ,,RadiAktiv'' publizierte, nicht um Kunst im Sinne der vom Staat garantierten Kunstfreiheit handele. Richter Voll bügelte alles ab. Der politische Gehalt dieses Zensurprozesses soll um jeden Preis aus dem Verfahren herausgehalten werden.

In der Öffentlichkeit trifft der Prozeß auf zunehmendes Interesse. Auch beim dritten Verhandlungstag war der Andrang so groß, daß bei weitem nicht alle Interessenten in dem immerhin zweitgrößten Nürnberger Gerichtssaal Platz finden konnten. Unter den Zuhörern waren ein Stadtrat und eine Landtagsabgeordnete der SPD sowie ein bayerischer Verfassungsrichter. Auch die Presse nimmt in zunehmendem Maße Notiz von diesem Zensurprozeß. Aufmerksamkeit und Protest sind allerdings auch angesagt, ist dieser Prozeß doch ein Probelauf für die Anwendung des Paragraphen 130a und richtungsweisend für alle linken Zeitungen.

(nach einem Bericht der KB-Gruppe Nürnberg)

Vom Tod eines Einzeltäters

Beim Basteln an einer Bombe starb am 16. Januar in Göttingen der 22jährige Ingo Kretschmann. Die Polizei fand in seiner Wohnung eine größere Menge von Waffen, Sprengstoff und Brandmitteln, aber auch ,,Mitgliedsausweise der NPD und der Jungen Nationaldemokraten sowie ... rechtsradikale Schriften und Nazi-Literatur'' (,,FR'', 19.1.87).

Es fragt sich, wofür diese Bomben, der Sprengstoff und die Waffen gedacht waren. In welche Planungen und Vorhaben des Neonazismus war dieser Mann verstrickt?

Ein Blick auf die letzten Wochen könnte diese Frage beantworten. Die Zahl der Anschläge von Neonazis im südniedersächsischen Raum auf Asylantenwohnheime stieg sprunghaft an. Allein auf das Wohnheim Gronau bei Hildesheim wurden vier Anschläge verübt. Mit Molotow-Cocktails und Nebeltöpfen aus Bundeswehrbeständen wurde versucht, das Wohnheim in Brand zu setzen. In einem sogenannten Bekennerbrief schreibt eine Nazi-Truppe ,,Freies Deutschland'': *,,Das war nicht der letzte Anschlag, jetzt fliegen Handgranaten''*. Gleichfalls im Dezember wurde in Bad Karlshafen ein Brandanschlag auf ein Wohnheim von Asylsuchenden verübt.

In Göttingen häufen sich die Anschläge auf den linken Buchladen, den AStA oder das Frauenzentrum. Die Zahl der Drohbriefe, der bei bekannten Antifaschisten eingeschlagenen Scheiben ist beachtlich, gleichfalls sind Wehrsportübungen von Nazi-Banden bekannt geworden.

Interessant ist nun, wie sich vor diesem Hintergrund die Polizei und das Innenministerium verhalten. Zwei Tage lang wird über die Detonation der Bombe eine Nachrichtensperre verhängt. Dann, als die ersten Informationen durchsickern, wird gegenüber der Presse versucht, den politischen Hintergrund zu vertuschen (nach NDR II, 19.1.). Als dies nicht mehr hilft, spricht die Polizei gegenüber der Presse sofort davon, der Bombenbastler sei zwar NPD-Mann, aber *,,politisch kein großes Licht''* gewesen. Im übrigen gehe die Kripo *,,davon aus, daß der Mann allein arbeitete''* (,,Göttinger Tageblatt'', 19.1.); er sei ein *,,Einzelgänger ohne weitere Hintermänner''* (,,Zeit'', 30.1.).

Einzeltäter! *Bevor* bei neonazistischem Terrorismus überhaupt mit den Ermittlungen begonnen wird, wird die ,,Untersuchung'' mit dem Ergebnis der Einzeltäterschaft *abgeschlossen*. Wer wie die Göttinger Polizei argumentiert, der *will* offenbar die Spur in eine bestimmte Richtung lenken, der will, daß die Hintermänner, Verbindungsleute und Kumpane unangetastet bleiben.

Von wegen Einzeltäter! Ingo Kretschmann ist kein Unbekannter in der Nazi-Szene. Er war Mitarbeiter bei der rechtsradikalen Göttinger Schülerzeitung ,,Komet'', hatte sich an verschiedenen Wehrsportübungen beteiligt und an Überfällen auf Ausländer teilgenommen. Während seiner Bundeswehrzeit beim PIONIERBATAILLON IN Hann.-Münden hat er nicht nur den Umgang mit Sprengstoff gelernt, sondern ist auch durch nazistische Hetztiraden aufgefallen (nach NDR II, 19.1.).

Kretschmann war durch seine NPD- und JN-Mitgliedschaft eingebunden in die Umtriebe des Göttinger NPD-Aktivisten Hans-Michael Fiedler; er war also lange Jahre in der am besten und strengsten organisierten Kadergruppe der niedersächsischen NPD. Daß die Göttinger NPD über einen ,,Arbeitskreis Feindaufklärung'' verfügt, der ,,Schwarze Listen'' anlegt, ist allgemein bekannt; ebenso die Tatsache, daß von der Göttinger NPD Schlägertrupps organisiert wurden; ferner, daß Fiedler und sein Umfeld Verbindungen zur terroristischen Nazi-Szene unterhalten, so z.B. zur vormaligen Wehrsportgruppe Hoffmann und zur Nationalen Jugend Ostfrieslands (s. ,,Göttinger Stadtzeitung'', Februar 1982).

Ab 1985/86 hatte Kretschmann Kontakte zur FAP aufgenommen. In der Ortschaft Mackenrode bei Göttingen wohnte er zeitweilig bei Karl Polaczek, der früher stellvertretender Kreisvorsitzender der NPD war und heute Schriftführer bei der FAP ist. Sein Haus in Mackenrode, Siedlungsweg 23, hat sich mittlerweile zu einem der Zentren der FAP entwickelt (s. ,,Zeit'', 30.1.). Potentielle Mittäter gibt es also viele.

Nach den ersten Enthüllungen zur Person des Bombenbastlers Kretschmann und seinem politischen Umfeld meldete sich das niedersächsische Innenministerium zu Wort. Trotz der Enthüllungen wurde kein Millimeter von der Einzeltäter-These abgerückt. Im Gegenteil: Die Linie der Göttinger Polizei wurde grundsätzlich gebilligt; da daß neonazistische Umfeld nicht mehr zu leugnen war, wurde es einfach ... rehabilitiert und in Schutz genommen. Die rechtsextreme Szene in Göttingen spiele sich aufgrund der ,,links aktivierten'' Universität als *,,Zirkelwesen überwiegend im stillen Kämmerlein''* ab (,,GT'', 22.1.), so ein Sprecher des Innenministeriums. Da Kretschmann in der JN war, fügte man schnell die Mär hinzu: Die JN *,,gilt als nicht militant''* (,,GT'', 20.1.). Der Tod des Bombenbastlers und das zufällig entdeckte Waffenlager rechtfertigten *,,nicht die Sorge, daß der Rechtsextremismus in Göttingen im Aufwind wäre''*, schließlich seien hier *,,keine Straftaten rechtsradikaler Gruppen bekannt''* (,,GT'', 22.1.).

Zuerst wird also der Wolf kunstgerecht in ein Schafsfell gewandet, dann begibt man sich in die Pose, man sei *,,von den Vorfällen ... überrascht worden''* (,,GT'', 20.1.).

Daß die Überraschung nicht so groß gewesen sein kann, mag man daran erkennen, daß Kretschmann mehrfach vorbestraft war, u. a. wegen unerlaubten Waffenbesitzes.

Die Ermittlungen der Göttinger Polizei lassen sich so zusammenfassen, daß sie bisher alles daran gesetzt hat, Schlimmes von der NPD und anderen Nazi-Truppen fernzuhalten. Für die Polizei und das Innenministerium scheint dies aktuell besonders wichtig zu sein, denn die NPD beabsichtigt, im Frühjahr ihren Landesparteitag abzuhalten: ... in Göttingen!

KB/Gruppe Göttingen

Neun Tage nach dem Tod des Bombenbastlers Kretschmann wurde in Göttingen ein Brandanschlag auf ein vorwiegend von türkischen Jugendlichen besuchtes Jugendfreizeitheim verübt. An zwei Stellen wurden Brandherde gelegt. Beobachtet wurden zur Tatzeit in der Nähe des Jugendzentrums drei etwa zwanzig Jahre alte Männer, die mit Parkas, engen Hosen und Springerstiefeln bekleidet waren.

Sozialarbeiter aus dem Jugendzentrum berichteten, daß es in der Vergangenheit wiederholt zu Auseinandersetzungen und ,,regelrechten Schlägereien'' zwischen Neonazis und türkischen Jugendlichen gekommen sei; diesen wurde mehrfach gedroht im Sinne von ,,wir machen euch die Bude weg'' (,,Göttinger Tageblatt'', 29.1.).

Auch der Zeitpunkt der Tat deutet auf einen neonazistischen Anschlag hin. Nach einer Presseerklärung der GAL soll an diesem Tag die Beerdigung des Bombenbastlers Kretschmann gewesen sein.

Alle Spuren weisen also ins rechte Lager; nur die Göttinger Polizei weigert sich hartnäckig, sie zu verfolgen. Bei der Bewertung der Brandstiftung hält man sich ,,zurück'', da man *,,sonst in den Bereich der Spekulation''* käme (,,GT'', 29.1.). Folgerichtig wurde lediglich das Branddezernat mit den Ermittlungen betraut. Wenn die Polizei in diesem Fall angeblich nichts weiß, eins weiß sie genau: Die politische Polizei braucht nicht eingeschaltet zu werden. Diese Möglichkeit ist von vornherein ausgeschlossen. So kann man weiterhin erfolgreich im Dunkeln tappen und in Zukunft unbekümmert behaupten, in Göttingen seien ,,keine Straftaten rechtsradikaler Gruppen bekannt''.

Nach Hamburg, Mainz, Schwandorf und München ist auch Göttin-

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 5,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.800
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. ,,Zur-Habe-Nahme'' ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

„Lafontaine, ein Linker? Käse, alles Käse!"

Interview mit Jutta Ditfurth über die GRÜNEN und die neue Taktik der SPD

„Wie sie als einzige in einer Runde der Erschöpften so etwas wie politische Leidenschaft, individuellen Glanz, Angriffslust ausstrahlte (...) — das allein schon machte ihren Auftritt für die immerzu bleich-besorgten Moderatoren zum Skandal." So sah es die „Zeit" — Beifall für Jutta Ditfurth nach der Elefantenrunde von Freund und Feind. Wir sprachen mit ihr über die Kampagne der Realos, die sie vom Fernsehauftritt ausschalten wollten, über die Perspektive der Grünen nach den Wahlen und über die Lafontaine-Linie der SPD, die sie „als reine PR-Strategie" charakterisiert. Im Interview appelliert Jutta Ditfurth an die Linke, die Auseinandersetzung mit dem Mythos Lafontaine jetzt aufzunehmen und gegen neue Illusionen in die SPD gemeinsam anzugehen.

G. und Ch./Hamburg

AK: Jutta, für Deine Teilnahme an der Bonner Elefantenrunde hast Du viel Beifall bekommen. Nach außen wirktest Du sehr souverän — wie ging es Dir selber dabei?

Jutta: Nach außen zu kämpfen, macht mir eigentlich relativ wenig aus. Ungeheuer anstrengend war es natürlich schon deswegen, weil es offensichtlich eine Absprache zwischen Kohl und Moderator Appel gab, daß ich eingebunkert werden sollte, daß ich keine Möglichkeit haben sollte, meine Positionen ungehindert zu entwickeln. Das wurde sehr schnell an gewissen Blicken deutlich. Alle außer mir wußten offensichtlich auch, welche Themen in der Debatte drankommen würden. Körperlich fühlte ich mich nach der Runde wie früher nach einem Handballspiel.

Mit welchem persönlichen Ziel bist Du in die Fernsehrunde gegangen?

Ich wollte nicht so ein einfaches Spiel, wie es vielleicht einige andere Grüne gemacht hätten, nämlich den Streit nur mit Kohl und Strauß führen und Rau rauslassen. Es gab ja andere Sendungen, wo die SPD-Vertreter die Rolle des jovialen Schiedsrichters übernehmen durften. Und ich wollte unsere Positionen zu *den* Themen 'rüberbringen, die angeblich zu radikal sind, um damit Wähler zu gewinnen, also § 218, NATO, Teilstillegungen von chemischer Produktion usw.

Was hast Du danach an Reaktionen bekommen?

Ungeheuer viel positive, sowohl aus den Grünen, als auch von außerhalb. Die Höreranrufe im Sender für mich waren vier Fünftel zu meinen Gunsten. Bei einer Umfrage des Südwestfunks am nächsten Tag soll ich mit 44 Prozent auf Platz eins vor Kohl auf Platz zwei mit 17 Prozent gelegen haben.

Hat Otto Schily auch gratuliert? Er hätte ja lieber selber auf Deinem Studiosessel gesessen.

Nein, der war ganz verkniffen.

Du bist jetzt eine Medienprominente geworden. Genießt Du das?

Nee, man muß natürlich aufpassen, aber ich halte mich nicht für so anfällig, weil mir an falscher Zustimmung nicht liegt und der Erfolg meiner Politikkonzeption davon abhängt, daß ich in den sozialen Widerstand eingebunden bleibe. Paradox ist: Jetzt rennen mir Medien die Tür ein, die mich als erwerbslose Journalistin natürlich selber niemals einstellen würden. Ich sehe das Ganze als Chance, radikale, ökologische und soziale Positionen 'rüberzubringen, die sonst ausgegrenzt werden, nicht nur in den Medien, sondern auch zum Teil in den Grünen, siehe Hessen.

Stichwort Ausgrenzung: Die Realos hatten gegen Dich eine Kampagne angezettelt, weil sie Dich nicht im Fernsehen haben wollten. Wie sah die interne Auseinandersetzung im Vorfeld der Elefantenrunde aus?

Es gab schon sehr früh — etwa im September letzten Jahres — Auseinandersetzungen über die Besetzung aller Fernsehrunden. Der Bundesvorstand hatte entschieden, daß ich in die Elefantenrunde gehen sollte. Durch heftige Attacken u.a. von Otto Schilys Kreisverband Düsseldorf dauerte der Krach von Oktober bis vier Tage vor der Sendung am 22.1. Es wurde z.B. vorgetragen, ich sei für die Elefantenrunde zu schade, weil die allgemeinpolitisch sei und ich fachlich zu qualifiziert. Otto sei da besser geeignet, er hätte die größere Ausstrahlung, die angeblich im Gegensatz zu meiner weit in bürgerliche Schichten eindringen würde. Es sollte auf jeden Fall verhindert werden, daß sich eine Vertreterin linker radikaler Positionen positiv darstellt. Es durfte keine positive Außendarstellung geben von Positionen, die einige langsam aus den Grünen herausdrängen wollen und die als Hindernis empfunden werden für die Strategie, die Grünen zu einer mittelständischen marktwirtschaftlich orientierten FDP-Nachfolgepartei zu entwickeln. Das ist der Kern.

Das genau knüpft auch an die anderen Konflikte an, die es gegeben hat, z.B. als es wegen meiner Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols um meine Abwahl auf der Bundesversammlung in Offenburg ging. Ich wurde nach einer scharfen Kontroverse u.a. gegen Otto Schily mit 67% Stimmen in meiner Arbeit bestätigt. Seit meiner Wahl im Dezember 1984 wiederholen sich die Hetzkampagnen etwa im Halbjahresrhythmus. Und es ist wirklich unglaublich, wieviele Sitzungen, wieviele Nächte mit der Abwehr solcher Intrigen draufgegangen sind.

Wäre nicht Schily tatsächlich der angemessenere Repräsentant für die Grüne Partei?

Allein Schily? Nee!

Die Frage ist, wie schätzt man die Grünen ein. Es kann sein, daß Otto in ein paar Jahren tatsächlich der einzig in Frage kommende Vertreter wäre. Aber das ist noch nicht entschieden.

Die Grünen sind keine linke Partei, aber eine Partei, die linke Politik zuläßt und die teilweise linke programmatische Positionen hat. Die Grünen sind auch noch nicht soweit, daß sich Otto automatisch als einziger Repräsentant der ganzen Partei verstehen könnte und alle anderen Strömungen brutal ausgegrenzt sind.

Soweit ist die Partei noch nicht runter.

Was ist von dieser Kampagne der Realos gegen Dich eigentlich hängengeblieben? Wem hat sie unter dem Strich mehr geschadet?

Vom Ergebnis her haben sie sich damit selber großen Schaden zugefügt — natürlich nur, weil die Elefantenrunde so gut gelaufen ist. Wenn ich Fehler gemacht hätte, wäre ich geschlachtet worden, und damit auch inhaltliche Positionen. Aber so war es ein teilweiser Durchbruch in verhärtete Strukturen; das merke ich an Reaktionen von Leuten, die mir vorher feindlich waren und die meine Position jetzt nachvollziehen können oder sogar teilen.

Du bist Hessin und wolltest Dich in Hessen als Kandidatin für die Bundestagswahlen nominieren lassen. Daraus wurde nichts. Gibt es in Hessen keinen Strömungs- oder Minderheitenschutz mehr?

Nein. Da wo bestimmte Realos — Typ hessische Landesebene — das Sagen haben, gibt es die grüne Kultur des Minderheitenschutzes nicht mehr. Am schlimmsten ist es in Hessen. Hier wurde wochen- und monatelang organisiert, daß wirklich niemand, der eine Hauch von Kritik an der hessischen Koalition hat, auf die Liste kam. Das galt übrigens auch für Leute, die nur zarteste Kritikpositionen vertraten — auch die hatten keine Chance.

Der spezielle Hintergrund dafür ist die spezielle hessische grüne Geschichte. Es gab z.B. in Frankfurt immer eine wenig vielfältige, linke demokratische Kultur, nicht vergleichbar mit Hamburg, Freiburg oder Köln. Eine etablierte Spontiszene, deren jeweilige politische Schwenks nie politisch verarbeitet wurden und die speziell in Frankfurt immer schon ein einträgliches Verhältnis zu Geldtöpfen der SPD hatte. Eine Art korrumpierte Symbiose. Dieses SPD-Verhältnis setzt sich heute ähnlich als Koalitionsebene fort. Ein Beispiel auf der Erscheinungsebene: Ende 1982, die Grünen hatten immer mehr Erfolg, wurde Joschka Fischer als grünes Mitglied aktiv und nur fünf Monate später war er im Bundestag. Rechtzeitg nämlich waren seine Freunde eingetreten und hatten den Kreisverband kadermäßig übernommen und die Grundlage für die Organisierung eines landesweiten Bündnisses konservativer grüner Gruppen mit unterschiedlicher sozialer Herkunft geschaffen. Heute ist das ein gefestigtes System, voller persönlicher und materieller Abhängigkeiten, total zentralisiert. Es wird von einer Ministerialebene in Wiesbaden kommandiert — und geht runter bis zu einem gut funktionierenden — ich sag's mal deutlich — Provinzfürstensystem. Da werden Geschäftsstellen besetzt, da wird entlassen, gereinigt und werden neue Strukturen durchgesetzt.

Es gibt sicher hessische Spezialitäten, aber auch in Baden-Württemberg haben die Realos doch gegen Dich durchgewählt?

In Baden-Württemberg war das noch etwas anders. Ich hatte mich entschlossen, nur für Platz 5 zu kandidieren. Nachdem ich überraschend im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhielt, sind Landesfunktionäre zwischen den Reihen herumgerast und haben gedroht, wenn ihr diese Frau wählt, dann treten wir zurück. Die haben viele Delegierte, die zum ersten Mal auf einer Landesversammlung waren und denen diese Form der Polarisierung wie in Hessen bis zu diesem Zeitpunkt unbekannt war, erschreckt. Viele beugten sich dann wohl dieser Erpressung. Positiv war die dadurch anschließende Auseinandersetzung in Asperg. Viele sagte, ihnen wäre die Strömungskiste und daß ich nur für Platz 5 kandidiere, nicht klar genug. Ich habe dann eine Menge Einladungen nach Baden-Württemberg bekommen, die ich alle angenommen habe, um — neben dem Wahlkampf — die inhaltliche Auseinandersetzung in Baden-Württemberg voranzutreiben, radikale Positionen bekannt zu machen und unsere Vorstellungen von gesellschaftlicher Gegenmacht zu vermitteln. Alle Veranstaltungen liefen sehr gut, das heißt mit intensiven Diskussionen.

Ich habe dabei die Erfahrung gemacht, daß mein Fundament in der Partei, wenn ich die Möglichkeit habe, eine Auseinandersetzung zu führen, Positionen und Strategien zu vermitteln, sehr breit ist. Wenn es so wäre, wie der „Spiegel" schreibt, daß ich nur ein Fundament in Bundesgremien hätte, dann wäre das nicht auszuhalten. Darauf könnte ich keine Politik aufbauen.

Wie siehst Du Dich selbst? Vertrittst Du eine Minderheitenposition in den Grünen?

Das ist unterschiedlich. Wenn wir jetzt z.B. auf Bundesebene rein rechnerisch eine rot-grüne Mehrheit gehabt hätten und eine SPD, die zum Schein darauf eingegangen wäre, hätten wir diesen Sog, mit der SPD zum Billigpreis etwas machen zu wollen, vermutlich nicht aufhalten können. Ich bin aber nicht in der Minderheit, wenn es um bestimmte inhaltliche Fragen geht, wie etwa „Raus aus der NATO" oder sofortige Stillegung aller Atomanlagen usw.

Das Modell Hessen wirkt derzeit auch eher abschreckend: Daß Fischer zum Beispiel im Müllbereich nichts tun kann und zum internationalen Giftschieber für Chemiekonzerne wie Hoechst AG wird, in deren Produktion und Gifteinleitungen er nicht eingreift, weil die Koalition sonst platzt.

Derzeit bin ich, was die Gesamtpartei betrifft, optimistischer, aber das kann jederzeit wieder umkippen, wenn irgendwo scheinbare Regierungsmehrheiten entstehen. Skeptisch sehe ich einiges in der neuen Bundestagsfraktion. Mechtersheimer hat trotz grünem Bildzeitungsboykott dieser Zeitung ein Interview gegeben und den Ökosozialisten/innen und Radikalökologen/innen die Ausgrenzung angedroht. Seine widerlichen Andeutungen über angebliche grüne Gewalttäter könnten objektiv Signal geben für Kriminalisierung von Menschen im Widerstand. Die Bildzeitung ist ja nicht nur Schuld am Tod von Rudi Dutschke.

Aber durch den Wahlausgang haben wir Zeit gewonnen, die wir nutzen müssen, um vor allem für inhaltliche, ökologische, demokratische und soziale Positionen zu kämpfen — auch innerhalb der Grünen — und um die neuen Mythen aufzuknacken, die die SPD jetzt gezielt entstehen läßt.

Du meinst den Mythos Lafontaine?

Ja, genau.

Von vielen wird Lafontaine jetzt als der neue Hoffnungsträger für eine rotgrüne Alternative gesehen. Du hattest gerade im „Spiegel" ein Streitgespräch mit ihm. Was ist Dein Eindruck von Lafontaine?

Das ist ein Typ mit einem sehr satten, inhaltleeren Machtinstinkt. Er hat sich ganz gezielt aufgebaut in der Wartestellung als jemand, der angeblich anders ist als die normale SPD. Besonders in der Friedensbewegung hatte er durch die Andeutung, daß er möglicherweise für den Austritt aus der NATO sei, fürchterlich an Gewicht gewonnen.

Aber Du hast ihn ja im „Spiegel"-Gespräch darauf festnageln können, daß er die NATO für reformierbar hält ...

Eben, und wie wenig er auch konkret auf Seiten der Friedensbewegung steht, zeigt sich aktuell daran, daß er nichts gegen die Durchführung der WINTEX-CIMEX-Manöver im Saarland

Fortsetzung nächste Seite



Jutta Ditfurth

Die 35jährige Soziologin und Journalistin gilt als exponierteste Vertreterin der Fundamentalisten bei den Grünen. Sie kam aus dem Sozialistischen Büro und war schon vor der Gründung der Grünen beim Vorläufer „Grüne Liste Hessen" dabei. Als Mitherausgeberin der „Grünen Hessenzeitung" versuchte sie, solange wie möglich linke Positionen bei den Hessen-Grünen zu halten. 1985, bereits ein Jahr nach ihrer Wahl zur Bundesvorstands-Sprecherin, mußte sie sich auf der Offenburger Bundesversammlung einem Mißtrauensantrag der Realos stellen, wurde aber mit deutlicher Mehrheit bestätigt. Ein Bundestagsmandat erreichte Jutta Ditfurth nicht: Sowohl in Hessen, als auch in Baden-Württemberg verhinderte die Realo-Strömung ihre Nominierung für die Landesliste. Als Direktkandidatin in Karlsruhe erzielte sie schließlich mit 12 Prozent einen Achtungserfolg. Monatelang lief gegen sie als Vertreterin der Grünen bei der Bonner Fernsehrunde eine Kampagne: Initiiert vom Düsseldorfer Kreisverband, wurde für Otto Schily als den „optimaleren Repräsentaten" getrommelt. Erst vier Tage vor der Sendung bestätigte der Bundeshauptausschuß sie endgültig. Bei den Bundesvorstandswahlen im April wird Jutta Ditfurth wieder als Sprecherin kandidieren.

Foto: argus

Fortsetzung von vorheriger Seite

einzuwenden hat, diese Manöver, die im März die Vorbereitung auf Notstand und Atomkrieg einüben. Wenn man sich überhaupt ansieht, was er im Saarland macht, dann hat man die ganze SPD-Politik: Technokratische Wachstumsmodelle, Beteiligung des Saarlands am Uranimport, Weiterverarbeitung von Uran aus Namibia und Südafrika, militärische Nutzung des Flugplatzes Ensheim. Lafontaine kann leicht sagen „kein Atomkraftwerk", wenn er nur gegen das in Cattenom wettert und niemand mitkriegt, daß er Atomtransporte natürlich ohne öffentlichen Konflikt zuläßt durch das Saarland.

Besonders schlimm — und von den Linken kaum registriert — ist seine Asylpolitik: Sein Innenministerium hat auf der Ministerkonferenz der Beschneidung der Asylanträge zugestimmt, und als die DDR-Grenze für Flüchtlinge dichtgemacht wurde, hat Lafontaine das in der Presse gleich kräftig gelobt. Also nicht 'mal ein christlicher Touch, der ihn von der offiziellen SPD-Position unterscheiden würde.

Hältst Du die Karte Lafontaine, die die SPD jetzt spielt, ausschließlich für ein taktisches Manöver oder symbolisiert sich darin nicht doch eine gewisse Öffnung der SPD?

Nein, das ist eine PR-Strategie, denn Lafontaine fährt in allen zentralen Fragen die Mehrheitspositionen der SPD. Das ist doch das alte Hollywood-Schema: Man sucht sich einen neuen Hauptdarsteller und weckt damit die Hoffnung, daß der nächste Film nun besser wird.

Es geht nur um eine Variante derselben SPD in Bezug auf die Grünen. Die Strategie von Rau wie von Lafontaine und allen anderen ist ganz klar: Die Grünen sollen marginalisiert und als politische und parlamentarische Kraft beseitigt werden. Die eine Variante war die von Rau, und die ist jetzt gescheitert, nämlich die Grünen scheinbar zu ignorieren und sie auszugrenzen. Die andere Variante darf jetzt kommen: Man konfrontiert die Grünen mit der sogenannten Regierungsverantwortung, versucht den Streit in sie hineinzutragen, ohne selber inhaltlich auszuweisen, an welchen Punkten man sich denn eine Zusammenarbeit vorstellen kann. Und es ist irrwitzig, wie weit das auch in linke Kreise reingeht zu sagen: Also Lafontaine unterscheidet sich doch nun wirklich von Rau. Käse, alles Käse!

Du hast auf die Gefahr hingewiesen, daß sich jetzt wieder die Energien von Linken und vielen anderen Menschen auf die SPD richten und sie erst Jahre später merken, daß ihre Versprechen nicht eingelöst wurden. Wie ist diese Entwicklung, dieser Sog zur SPD, denn Deines Erachtens aufzuhalten?

Wir müssen es schaffen, die Auseinandersetzung mit dem Mythos Lafontaine und vielleicht auch dem Mythos Hauff zu organisieren: Ihr beim AK, das Spektrum anderer linker Zeitungen — einschließlich dieser TAZ — obwohl dort Leute wie Klaus Hartung oder Max Thomas Mehr bis in den Kern antiaufklärerisch und antiemanzipatorisch wirken und gern an SPD-Mythen mitbauen — könne gegen diese Entwicklung arbeiten. Es hängt doch von *unserem* Handeln ab, ob dieser Mythos so greift, wie es sich die SPD wünscht.

Kannst Du Dir überhaupt eine Form der Zusammenarbeit mit der SPD vorstellen?

Es muß eine materielle Grundlage dafür geben. Ich will mit meiner Kritik an der SPD zeigen, daß es in den wesentlichen Fragen von Ökologie, Wirtschaft, Frieden und Demokratie nichts gibt, was eine Zusammenarbeit rechtfertigen könnte. Wenn die inhaltliche Basis mit der SPD für eine Zusammenarbeit gegeben ist, welches nur durch außerparlamentarischen Kampf erreicht werden kann, halte ich verschiedene Tolerierungsmodelle für möglich — punktuelle Zusammenarbeit geht immer. Koalitionen jedoch sind unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen vierjährige Knebelverträge, die lebendige, an realen Konflikten orientierte Politik zerstören. Koalitionen setzen Posten über Inhalte.

Dein Kontrahent Otto Schily will die Grünen in die entgegengesetzte Richtung steuern. Nach der Wahl sagte Schily, als Protestpartei könnten die Grünen nicht überleben. Glaubst Du, daß sie es könnte?

Es wird keine Partei überleben, die nach der Schily-Konzeption gebaut wäre. Diese Konzeption hat eine kleine, etablierte Partei zum Ziel, eine FDP-Nachfolgepartei mit Koalitionsbereitschaft nach beiden Seiten. Es geht gar nicht anders: Wenn eine Partei sagt, wir koalieren mit der SPD, dann wird sie auch ziemlich bald danach in der Lage sein, mit der CDU zu koalieren, jedenfalls unter den jetzigen politischen Zuständen. Das ist für mich auch ein Grund, warum ich diese Koalitionsachse so heftig bekämpfe.

Es gibt einen gewissen Platz im liberalen Bürgertum, den die FDP nach ihrer Wende hinterlassen hat, für eine marktwirtschaftlich orientierte Partei mit grünen Punkten, also mit ökologischen Ambitionen, die nicht allzu tief, nicht ans System gehen dürfen, mit einem pastoralen karitativen Verhältnis zu den sozialen Bewegungen, ohne noch deren Teil zu sein. Eine derartige Partei halte ich nicht für überlebensfähig, weil das, was sie repräsentieren würde, von anderen Parteien im Prinzip jederzeit übernommen werden könnte. Und selbst wenn sich so eine Partei bei sechs Prozent halten könnte, hätte sie in unserem Sinne keinen Einfluß mehr auf die politischen Zustände und das gesellschaftliche Klima.

Aber was ist denn nun Deine Konzeption für die Grünen?

Meine Konzeption ist: Gesellschaftliche Gegenmacht aufbauen, es gibt nie eine Veränderung politischer Mehrheiten *in* den Parlamenten, dort drücken sie sich allenfalls aus. Nur außerhalb des Parlaments finden Veränderungen, gerade auch radikale Veränderungen statt, und dafür müssen wir kämpfen. Nur so kann Druck auf das Parlament entstehen. Historisch ist doch keine einzige substantielle Reform aus den Parlamenten selber entstanden.

Das ist sehr allgemein. Wofür brauchst Du dann die Grünen überhaupt? Warum rackerst Du Dich seit Jahren so unermüdlich in den Grünen ab?

Auch wenn ich die Grünen sehr viel anders haben möchte, viel mehr verankert in gesellschaftlichen Konflikten, viel weniger orientiert an mittelständischen Interessenslagen: Ich sehe neben den Grünen keinen wirkungsvollen breitgefächerten Zusammenhang. Sonst wäre ich nicht weiter bei den Grünen, trotz all dieser Auseinandersetzungen. Die Situation ist eben auch ein Ausdruck des Zustands der Linken in diesem Land und eine Folge der spezifischen Geschichte der Linken nach dem Zweiten Weltkrieg. Außerdem bin ich überzeugt, daß die Grünen zunehmend für ihr Programm, für ihre klaren Positionen gewählt werden und nicht für nebulöse Projektionen. Ich will nicht irgendwelche Wählerstimmen, sondern ich will Wählerstimmen, die eine Bewußtseinsänderung zum Ausdruck bringen, als Grundlage für eine aktive Teilnahme an gesellschaftlicher Opposition gegen die Herrschenden.

Wie siehst Du die Perspektive des innerparteilichen Richtungsstreits bei den Grünen, die Perspektive der Linken?

Ich wünsche mir insgesamt, daß viele Linke in den Grünen nicht immer so schnell aufgeben. Oft werden Überzeugungsmöglichkeiten, Handlungsmöglichkeiten freiwillig anläßlich der kleinsten Realogemeinheiten preisgegeben, weil gedacht wird, die Entwicklung der Grünen geht ja eh nach rechts — was für vieles in großen Zügen auch stimmt. Aber es werden Positionen aufgegeben, die wir noch lange halten könnten und damit, durch Popularisierung dieser linken Position zu ihrer breiteren gesellschaftlichen Verankerung beitragen könnten. Das heißt auch dazu beitragen, daß die Grünen Teil einer sehr gemischten linken Opposition sind, daß sie als Grüne zu einer Verstärkung gesellschaftlicher Opposition beitragen oder mindestens eine Schutzfunktion für radikale gesellschaftsverändernde Kräfte haben: Beispiel die Bundeskonferenz der Anti-AKW-Gruppen in Nürnberg und die Bedrohung des Widerstandes z.B. durch die Paragraphen 129a, 130a. Ich finde es völlig unsinnig, wenn zum Beispiel Linke aus moralischer Entrüstung über irgendwelche Realo-Scheiße aus Vorständen zurücktreten. Aber klar, dieser jahrelange Kampf zermürbt natürlich, und wenn man dann keine Erfolge sieht ...

Aber Du bist nicht zermürbt?

Nö. (lacht) Das dürft Ihr mich doch nun gerade jetzt nicht fragen!

Jutta, vielen Dank, daß Du bei allem Medienrummel auch für das andere Hamburger Nachrichtenmagazin Zeit hattest!

Der Kandidat



„Ja, wer kennt denn als Volk Ebermann?" platzte die „Volksvertreterin" und schwergewichtige Führerin der „Grauen Panther", Trude Unruh in die Debatte zur Wahl des Vorstandssprechers der grünen Bundestagsfraktion. Tja — und so sollte es nach dem Willen des Realoflügels auch bleiben: Ebermann in den Postausschuß war die ausgegebene und in etlichen halböffentlichen Geheimtreffen ausgegebene Parole. Auch bei den Linken gab es nur einen einzigen, der Ebermanns Wahl zum Fraktionssprecher für wahrscheinlich hielt: er selbst.

Gegen Langer kandidierten für das Amt des einzigen männlichen Fraktionssprechers Helmut Lippelt, Eckard Stratmann und Otto Schily. Für die beiden Sprecherinnenposten war die Auswahl geringer: Bärbel Rust (Ex-KBW), Waltraud Schoppe und Gertrud Schilling (geläuterte Hessen-Fundamentalistin) standen zur Wahl. Die tragischste Rolle spielte in der mehrstündigen Befragungsrunde Stratmann (1977-84 SB-Mitglied und dort „nicht aus inhaltlichen, sondern aus rein pragmatischen Gründen ausgetreten"). Der Unterstützer des Antje Vollmer Briefes an die Wählerinnen und Wähler wollte doch so gern der eigentliche linke Kandidat sein. „Nicht alle Flügelexponenten repräsentieren auch wirklich ihren Flügel" stänkerte bei seiner Vorstellung gegen Ebermann und maulte, daß ihn niemand zu dem „Mauscheltreffen" der Linken eingeladen habe. Das fand auch Antje Vollmer später in kleiner Runde „enttäuschend", wie böse die Linken jeden ausgrenzen würden, der nicht voll auf Linie sei. „Mauschelpolitik" führe zu Selbstisolation der Linken rief Stratmann noch aus, das kenne er aus Hessen — und prompt war er der Lieblingslinke der Fraktionsrealos. Aber was half das, wo die Linken ihre Minderheitensituation schamlos ausnutzten um die Mehrheit zu erpressen, wie Antje Vollmer meinte: die bestanden einfach darauf ihren eigenen Kandidaten zu benennen. Davon ließen sie sich noch nichtmal abhalten als Vollmer die Kandidatur von Schily und Ebermann als „die Einführung des Führerprinzips bei den Grünen" diffamierte. Wenn schon „Führer" mag sich Vollmer in der Stichwahl zwischen Ebermann und Schily gedacht haben, dann auch rechte: wie auch Christa Nickels gab sie ihre Stimme Schily. Der sei offener für andere Positionen als Ebermann begründete sie das später — ein Beweis den Schily nach seiner Niederlage (20 zu 21 Stimmen) umgehend antrat (siehe Dokumentation).

Die Kandidatenvorstellung gab auch anderen Gelegenheit zu bemerkenswerten Bekenntnissen. Helmut Lippelt, in alten AK Zeiten bereits als „Qualle des Monats" tituliert, wollte grüne Grundwerte („Warmherzig, flügelüberspreizend, tolerant") repräsentieren und den Koalo-Fundi-Streit endlich begraben. Die Fraktionskolleginnen und -kollegen versagten ihm das Totengräberamt: mit nur fünf Stimmen flog er als erstes aus dem Rennen. Schily überraschte mit einer spannenden Variante: seine Wahl in den Fraktionsvorstand diene der Selbstdarstellung anderer, weil er sein Profilierungsbedürfnis bereits gedeckt habe. Flügelvereinigend wollte auch die hessische Reala Gertrud Schilling sein: alle redeten von Flügeln, sie frage „wo ist der Körper". Das reichte nicht für die entscheidenden Stimmen. Die kassierte Bärbel Rust, Software-entwicklerin aus Bayern und bis 1977 im KBW organisiert. Ihr besonderes Merkmal: sie steht solange zwischen den Flügeln, wie es nicht um Abstimmungen geht (dann landet ihre Stimme regelmäßig bei den Realos). Ansonsten ist sie, zuallererst, Mutter. Ihre Vorstellungsreden in der Fraktion und vor der Bundespressekonferenz begannen gleichlautend: „Zuallererst möchte ich einmal sagen: ich bin Mutter von zwei Kindern und ich möchte trotz meiner Vorstandstätigkeit in einer Familie leben können". Reala Waltraud Schoppe gab sich ebenfalls betont menschlich. Ihr Interessenschwerpunkt für die nächste Zeit: „Was bedeutet Liebe unter spätkapitalistischen Verhältnissen?"

Daß Ebermann in dieser Konstellation und angesichts eines zuverlässig nur 9 Stimmen umfassenden linken Blocks im dritten Wahlgang dennoch 21 Stimmen kassieren konnte wird endgültig kaum zu erklären sein. Sicher spielte Schilys übergroße Siegeszuversicht ebenso eine Rolle, wie die Wahl von Waltraud Schoppe im 1. Wahlgang, nach der aus Gründen der Ausgewogenheit ein Linker siegen sollte. Auf jeden Fall hat sich die linke Taktik des Polarisieren statt Versöhnen als erfolgreich erwiesen.

Das Damenopfer

Die Gegenstrategie der Realos brauchte keine langen Überlegungen. Durchstimmen hieß ihre Devise. Ihr erstes Opfer: Regula Bott, die Kandidatin der Linken für einen der drei parlamentarischen Geschäftsführer/innen Posten. Nach einer Gewalt-Debatte, an der die Herren Großinquisitoren ihre flammende Freude gehabt hätten, fiel sie mit 14 Stimmen durch. Statt ihrer führen jetzt der hessische Realpolitiker Hubert „Hubsi" Kleinert (Fischers bester Aktenkofferträger und der Mann, dem der Spiegel das Image gab), Christa Vennegarts (Baden-Württemberg) und die hessische Abfallspezialistin Karitas Hensel die Geschäfte der Fraktion.

Am nächsten Morgen war die Realo-Wut noch nicht verflogen. Um die Linken auszustimmen wurde sogar der Frauenparitätsbeschluß negiert. Im Innenausschuß sitzen künftig neben Antje Vollmer zwei Männer: der schleswig-holsteinische Kripobeamte Thomas Wüppesahl und der bayerische Antroposoph und Schily-Fan Gerald Häfner (äußerst fit in Sachen Goethe und nationaler Identität). Die Kandidatin der Linken, Ellen Olms (AL Westberlin) hatte das Nachsehen. Das gleiche Bild bei der Besetzung der Ausschüße für Auswärtiges und Frauen, Familie und Gesundheit. Die linken Frauen Angelika Beer (Schleswig-Holstein) und Verena Krieger (NRW) fielen durch — Otto Schily (28 Stimmen für den AA), Qualle Lippelt und Petra Kelly machten das Rennen im Auswärtigen Ausschuß, im Frauenausschuß sitzen künftig die Ärztin Heike Wilms-Kegel und Waltraud Schoppe.

Bezeichnend für die Geisteshaltung der Volksvertreter/innen-Versammlung war die Befragung von Verena Krieger, die wegen ihrer Haltung gegen den Paragraphen 218 Attacken mit „Lebensschützer"-Argumenten ausgesetzt war und sich u.a. Vorwürfe wegen ihres AK-Interviews gefallen lassen mußte. Als Fraktionsrechtsaußen profilierte sich dabei die baden-württembergische Abgeordnete Dora Flinner, die sich auch schon für die Verschärfung des § 218 und für medizinische Therapie oder sogar Knast für Schwule ausgesprochen hat.

Die für den 10. Februar angesetzte Fortsetzung der Ausschußwahlen wird an diesem trüben Bild wohl wenig ändern. Daß beispielsweise dem Ex-CSUler Mechtersheimer, der gleich mit einem BILD-Zeitungsinterview Richtung rechte Mitte vorgeprescht ist, der Sitz im Verteidigungsausschuß verweigert werden wird, ist nicht zu erwarten.

Schily: „Ich huldige keinem exzessiven Pluralismus"

So kommentierte Otto Schily am Tag nach seiner Nichtwahl die Entscheidung, daß mit Thomas Ebermann ein Ökosozialist in den Fraktionsvorstand der Grünen gewählt wurde. In seinen von gekränkter Eitelkeit geprägten Tiraden stellte er wahllos alles in Frage, was die Grünen mal groß und attraktiv gemacht hat: Pluralismus, Großkopfetentum („Da ich für die Partei eine Gesamtverantwortung habe, nehme ich mir das Recht, die Wahl Ebermanns zu kritisieren."), Neudefinition der grünen „Gewaltfreiheit" als Verpflichtung zur „Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols", Kritik an der Kritik der EG („Ebermann hat ... Andeutungen gemacht, wonach die EG ein böses Instrument der Herrschenden sei."). Und fehlen darf natürlich nicht der Stalinismus-Vorwurf (man weiß ja von Ebermanns politischer Vergangenheit): „Unser Ziel muß eine Politik der neuen Mitte sein", was nicht „Mischmasch" heiße, „sondern einen neuen, radikalen Ansatz für ein Gesellschaftsverständnis, aus dem Menschen heraus. Man hat ja gesehen, zu welcher Inhumanität links-sektiererische Entwicklungen führten, wenn sie die Macht übernommen haben" (alle Zitate aus taz-Interview, 6.2.87).

Im Deutschlandfunk sagte Schily am Morgen nach der Wahl (Text aus der FAZ, 6.2.87):

Ich glaube schon, daß ich von mir sagen kann, daß ich für viele Menschen in der Bundesrepublik sozusagen auch eine Symbolfigur bin eines vernünftigen Kurses innerhalb der Grünen. Und daß Thomas Ebermann, das sage ich in aller Offenheit, eher eine exentrische und teilweise abenteuerliche Position vertritt. Daß ich in dieser Abstimmung knapp unterlegen bin, ist natürlich für die Gesamtpartei in meinen Augen ein Schaden. Und daraus mache ich kein Hehl... Ich glaube, es werden einige im Laufe der Zeit (erkennen), oder vielleicht haben sie es sogar nach der Wahl schon erkannt, daß das eine Fehlentscheidung war. Und ich glaube, wir müssen darauf achten, daß nicht von dem ökosozialistischen, fundamentalistischen Flügel eine Eroberungspolitik betrieben wird in den Gremien. Das wäre verhängnisvoll für die Partei. Wir haben jetzt hier eine Schiene Jutta Ditfurth/Thomas Ebermann vom Bundesvorstand zum Fraktionsvorstand, und ich bin in Sorge, daß der Kurs der Partei dadurch doch in eine gefährliche Richtung gesteuert wird... Ich glaube (aber) nicht, daß das gestern eine Kursentscheidung war bei der Fraktionsvorstandswahl. Denn die Mehrheit, die deutliche Mehrheit des Fraktionsvorstands, ist realpolitisch orientiert. Aber von der Außenwirkung her halte ich es für schädlich. Und Thomas Ebermann vertritt in der Frage der Zusammenarbeit mit der SPD nach meiner Überzeugung nicht den Mehrheitswillen der Partei. Sie wissen, wir haben auf der Nürnberger Bundesdelegiertenversammlung eine bündnispolitische Erklärung verabschiedet mit einem Angebot zur Zusammenarbeit mit der SPD. Das wird von Thomas Ebermann eher kritisch gesehen, und zwar in sehr polemisch zugeschnittener Form.

Ich denke aber, auch in der Frage der Sicherheitspolitik, in der Frage der inneren Demokratie vertritt Thomas Ebermann Positionen, die für die Gesamtwählerschaft unserer Partei eher fremd sind. Nehmen Sie die berühmte Diskussion um das Gewaltmonopol des Staates - das war ja auch Gegenstand der gestrigen Aussprache -, das wird von Thomas Ebermann ausdrücklich nicht anerkannt, und das halte ich für ein ganz herbes Problem, wenn jemand in unserem Fraktionsvorstand vertreten ist, der in dieser Frage Unklarheit entstehen läßt."

Fortsetzung von Seite 1

Weil das „Spiegel"-Gespräch für einen künftigen Parteiführer noch zu undeutlich war, gab es zwei Tage später eine weitere „*Klarstellung*". Man sei hier halt nicht in Paris oder Madrid, sagte Lafontaine der „Saarbrücker Zeitung". Deshalb gehe es ihm nur darum, rückgängig zu machen, „*daß über integrierte Schaltkreise in der Bundesrepublik Atomwaffen gezündet und Raketen gestartet werden können.*" Außerdem dürften nicht von hiesigen Militär-Basen aus ohne das Einverständnis der BRD Schläge gegen Drittländer geführt werden. Und weil's so dämlich ist, gleich nochmal am 5.2. in der ARD-Sendung „Votum": Ihm gehe es doch nur um die Souveränität der BRD (natürlich *innerhalb* der NATO). „*Die nationalen Sicherheitsinteressen wahrt man nicht durch das Absingen der ersten Strophe der Nationalhymne, sondern durch eine veränderte Struktur der NATO.*" Wetten, daß sich Patrioten und Nationaldemokraten durch diesen gut gezielten Schlag schwer getroffen fühlen?

Und so klang es vor vier Jahren: „*Wahnsinnige und Verrückte*" seien es an der Spitze der USA, die einen Atomkrieg für führbar, begrenzbar und gewinnbar hielten. Mit der amerikanischen „Verteidigungsanleitung für die Haushaltsjahre 1984-1988" werde „*die Geschäftsgrundlage der NATO gekündigt. Wir sind nicht beigetreten, um mitzuhaften für ein Abenteurertum, das die halbe Welt zur eigenen Interessensphäre erklärt ...*" („Spiegel", 25.4.83) Eine eigenwillige Entwicklung: Mit dem Schnuller hat der Enkel anscheinend auch die Denkfähigkeit beiseitegelegt.

Daß in der SPD nur die Biegsamen etwas werden können, wußte man ja schon lange. Wenn man aber sieht, wie sich die sogenannten Neuen — ausgerechnet jetzt, wo die Alten reichlich in den Seilen hängen — beugen und neigen, krümmen und glätten, wie sie — noch am Fuß der Leiter stehend und nach oben (??) Ausschau haltend — versuchen, den kleinen Staatsmann herauszuhängen, wie sie, von denen es heißt, sie wären zur Zusammenarbeit mit den Grünen bereit, bieder versichern, alle Parteien wären halt untereinander koalitionsfähig (also: Tür auf zur FDP und auch eine große Koalition ist nebenbei nicht ausgeschlossen), dann wird man ja wohl mit Fug und Recht davon sprechen dürfen, daß die SPD die größte und traditionsreichste Anstalt zur politischen Gehirnwäsche ist. In dieser Beziehung ist sie nicht nur ein ... (nicht druckfähig; AK-Satz), sondern sogar eine Gefahr für die Demokratie.

Das Funkenmariechen wird Sprecher

Interview mit Thomas Ebermann

AK: Als Joschka Fischer Minister wurde, gab es ein Plakat: „17 Jahre Langer Marsch — Einer kam durch." Ist das jetzt veraltet, weil Du der zweite bist?

Ebermann: Vielleicht stellt sich ja bald raus, daß gar keiner durchgekommen ist.

Dem „Spiegel" hast du mal gesagt, du zögest dir jeden Morgen einen Lenin-Spruch rein. Welcher war es am Tag der Fraktionssprecherwahl?

Ein Funke kann einen Steppenbrand entzünden.

Der ist immerhin echt. Der im „Spiegel"-Gespräch (Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen) war aber von Mao. Verwechselst Du die beiden öfters?

Ich habe mich sehr geschämt dafür.

Wenn nun die politische Macht wirklich aus den Gewehrläufen kommt, wie willst du sie erobern, wenn du noch nicht mal Autofahren kannst?

Sie kommt nicht wirklich aus den Gewehrläufen.

Ist das ein Bekenntnis zum Parlamentarismus und dem staatlichen Gewaltmonopol?

Darauf will ich ernst antworten. Ich glaube, daß die Akzeptanz des staatlichen Gewaltmonopols gegenwärtig bei den Grünen nicht mehrheitsfähig ist. Die Grünen stehen mehr für zivilen Ungehorsam, für die Bereitschaft, Gesetze zu übertreten und — wo Unrecht zu Recht wird — für Widerstand. Man darf nicht verwechseln, was von den Medien mit großer Relevanz ausgestattet wird und was die Mehrheit der Grünen wirklich denkt. Das Akzeptieren des staatlichen Gewaltmonopols heißt in der Konsequenz, dem Staat das Recht zuzubilligen, Kriege zu führen, heißt in der Zuspitzung, den Gehorsam über jede Art von Gegnerschaft zu Staatsmaßnahmen zu stellen. Ich glaube, es ist ein Trick von Schily, seine Positionen mit denen der grünen Partei zu verwechseln.

Also werden die Grünen den Weg in die Mitte nicht mitmachen?

Ich weiß natürlich nicht, was aus den



Grünen wird. Aber im Moment ist die große Mehrheit der Grünen-Wähler links von der SPD. Selbst viele realpolitischen Argumentationsmuster gehen davon aus, daß ein Linkskorrektiv zur SPD notwendig ist. Der Trend zur Mitte ist meines Erachtens nicht mehrheitsfähig, sondern eher eine von den Ökoliberalen favorisierte Außenseiterposition. Ob sich das ändert, ob Formeln wie „nicht rechts, nicht links, sondern vorn" an Einfluß gewinnen — das weiß ich nicht.

Sind die Kräfteverhältnisse in der Bundestagsfraktion nicht etwas anders gelagert?

Die Parteitage der letzten drei Jahre haben eher bewiesen, daß die Partei eher radikaler ist als die Bundestagsfraktion. Aber die eigentlichen Mehrheitsverhältnisse in der Fraktion werden spannender ausgetragen werden, wenn es um Entscheidungen in Sachfragen geht. Unsere Ausgangsposition im Vorfeld von Wahlen ist da ungünstiger, weil dort Ressentiments bestehen, die im Verlauf der Arbeit aufzubrechen sind. Zum Beispiel ist es ein Unterschied, wenn Otto Schily bemüht war, die gemeinsame Arbeit von Fraktion, Bundeshauptausschuß und Anti-AKW-Bewegung im Vorfeld der verbotenen BuKo zu verhindern, oder ob er die abstrakte These vom staatlichen Gewaltmonopol präsentiert. Die abstrakten Thesen scheinen bisweilen harmloser, wenn sie nicht an konkrete politische Praxis geknüpft sind. Die Verhinderung der gemeinsamen Anstrengungen für die BuKo ist nicht denkbar, die Akzeptanz bestimmter theoretisch erscheinender Postulate schon eher.

Es gibt doch aber einen strategischen Dauerkonflikt zwischen dem Schielen auf CDU-Stimmen, wie das Grüne Mitte-Theoretiker, aber auch Antje Vollmer machen und Rainer Tramperts Position, zu sagen, wir sind die eigentliche Opposition gegen den Konservativismus.

Rein quantitativ haben wir auch in dieser Wahl Einbrüche ins CDU-Lager gehabt — allerdingss sehr viel weniger als ins SPD-Lager. Es wäre töricht zu sagen: Das sind Stimmen, die wir nicht wollen. Die Frage ist nur: Machen wir Anstrengungen in diese Richtung unter Aufgabe inhaltlicher Positionen? Erkaufen wir uns also Stimmen von



CDU-Wählern, indem wir von unserer sehr guten Flüchtlings- und Immigrantenpolitik abrücken? Das darf es nicht geben. Der Konflikt liegt außerdem noch in einem anderen Bereich: Als Partei der Mitte erscheint man auch als Partei der Ordnung, der garantierten gesellschaftlichen Ruhe.

Bist du schon mal mit den Damen und Herren der anderen Bundestagsfraktionen in Berührung gekommen?

Als Repräsentant der Grünen habe ich der Eröffnung des ersten internationalen Hallenfußballturniers beigewohnt und dort neben dem Kollegen Undal von der CDU gesessen. Ansonsten habe ich noch ein Gespräch mit dem Abgeordneten Müller von der CSU geführt.

Wer ist das?

Das müßtet Ihr doch eigentlich wissen.

Wieso?

Das ist der CSU-Abgeordnete, der im linken Buchladen in Bonn immer den „Arbeiterkampf" kauft.

Ach der.

Und der sich große Verdienste als Historiker erworben hat. Er hat als erster den Zusammenhang von Homosexualität und Terrorismus aufgedeckt und an der Schaltstelle dieser teuflischen Koalition hat er den Kollegen Günter Verheugen ausgemacht.

Otto Schily hat gesagt, du würdest abenteuerliche Positionen vertreten. Verrätst du den Leserinnen und Lesern des AK exklusiv eine davon, die du demnächst auch im Bundestag vertreten wirst?

Also gut: Sollte ich in den Sportausschuß gewählt werde, werde ich dort fordern, daß beim Boxen die Handschuhe abgeschafft werden, denn wir wollen zurück zur Natur.

Wirklich exzentrisch.



Wegen Überfüllung geschlossen

gez. Die Mitte

„Der Ausgang der Bundestagswahl vom Sonntag hat den Geldanlegern zum Wochenbeginn Milliarden-Verluste beschert (...) es gab sogar einen der schärfsten Kurseinbrüche der letzten Monate." **Daimler und die Deutsche Bank mußten zweistellige Einbußen hinnehmen. Gemessen am Aktienindex der FAZ fielen die Börsenkurse um 3 Prozent. Das liest man gern, hatten die Spekulanten doch fest mit Kursgewinnen gerechnet. Verglichen mit den 4,5 Prozent Verlusten der Unionsparteien kamen sie aber noch glimpflich davon. Einen Tag nach er Wahl beruhigte sich denn auch der Wahleinfluß an den Börsen und der Dollarverfall wurde wieder das beherrschende Thema.**

Entgegen allen Erwartungen mußte die konservativ-liberale Bundesregierung eine empfindliche Niederlage hinnehmen, obwohl sie mit 53,4 Prozent (1983: 55,8) nach wie vor eine komfortable Regierungsmehrheit besitzt. Nun sind Verluste einer Regierung nach einer Legislaturperiode nichts Ungewöhnliches. Daß sie dennoch in diesem Ausmaß als Niederlage rüberkommen, dürfte im wesentlichen zwei Gründe haben. Zum einen war diese Bundesregierung von einer niemals mehrheitsfähigen und regierungswilligen SPD-Opposition wenig gefordert; zum anderen sollte nach ihrem eigenen selbstbewußt vorgetragenen Verständnis diese Wahl das Signal für die „Wende" Teil zwei, die „eigentliche Wende" sein. Dabei waren die inhaltlichen Konturen dieser Wende durchaus nicht klar. So war diese Bundesregierung vor der Wahl eher bemüht, Kontinuität und Konsolidierung herauszustellen, als politisch zu polarisieren. In der Asylpolitik setzte sich die Geißler-Linie durch, nach getaner Tat im Spätherbst — Grenzen zur DDR dicht — im Verein mit der SPD, dieses Thema nicht weiter zu einem hervorragenden Wahlkampfthema zu machen, da es „unkontrollierbare Emotionen" freisetzen könnte. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik waren die polarisierenden Schlachten schon geschlagen, das Thema § 116 spielte keine Rolle mehr, und die 35-Stundenwoche noch nicht wieder. Arbeitslosigkeit und Verelendungspolitik gegenüber Teilen der Bevölkerung waren angesichts ökonomischer Zufriedenheit der Bevölkerungsmehrheit nicht nur kein Wahlkampfthema gegen die Regierungsparteien, sondern die wirtschaftliche Situation der letzten beiden Jahre schlug für sie zu Buche. So wurden ein bewußt verschärfter Nationalismus und Antisowjetismus in den letzten eher langweiligen Wahlkampfwochen zum polarisierenden Thema.

Vor allem die CSU setzte darauf, die rechten Wähler für die Union zu mobilisieren. Ihre Kampagne gegen Genscher und die FDP, gegen die sogenannte „zweite Phase der Entspannungspolitik", erwies sich als Wahlwerbung für die FDP und wurde zum Flop. Strauß ist zweifelsohne der eigentliche Wahlverlierer, zumal auch er substantiell die derzeitige Ostpolitik der Bundesregierung gar nicht infragestellen wollte. Solange das nicht beabsichtigt ist, hat Geißler sicher recht, wenn er feststellte, daß die Frage, „*ob zum Beispiel die Ostverträge eine Bindungswirkung haben oder nicht, ungefähr politisch so relevant (ist) wie die Frage, wie viele Engel auf einer Nadelspitze Platz haben, eine Frage, die nicht einmal Thomas von Aquin beantworten konnte.*" (Spiegel, 26.1.87) Dies sei „Wasser auf die Mühlen der FPD" gewesen, „ein klassisches Eigentor", „*denn die Entspannungspolitik wird selbstverständlich fortgesetzt*". Dem würde Strauß unter normalen Umständen nicht widersprechen. Seine außenpolitischen Ambitionen waren aktuell kaum auf eine Verschärfung der Ostpolitik gerichtet, sondern viel eher auf die der Westpolitik, mehr Waffenexporte, verstärkte Bindungen zu Südafrika und den reaktionären Regimes. „*Die politische Rhetorik wichtiger Unionspolitiker war in den vergangenen Wochen offensichtlich bestimmt durch den Versuch, die Mehrheit nicht in der Mitte, sondern am rechten Rand zu gewinnen. Dieser Versuch ist gescheitert*", so resümierte CDU-„Parteidenker" Dettling den Wahlausgang (Spiegel, 2.2.87). Auch wenn Tandler und Stoiber nach der Wahl weiterhin rhetorisch kraftmeierten und im „Bayernkurier" erneut Genschers „*abenteuerliches Wort von einer zweiten Phase der Entspannungspolitik*" (31.1.87) anprangerten, auch wenn sie mit Tabellen die bundesweite Spitzen- und Ausnahmeposition der CSU trotz Verluste beweisen wollen, ändert diese Vorwärtsverteidigung nichts an der Tatsache, daß der rechte Vorstoß auf Bundesebene empfindlich getroffen worden ist. Selbst ein Straußfreund wie der Herausgeber des „Deutschland-Magazin" aus der CDU-Braunzone, Kurt Ziesel, kritisiert dessen Agieren als „fast tragisch": „*Franz Josef Strauß, der erfahrenste Politiker dieser Republik, hat mit seinen Vorwürfen gegen Genscher und Teile der FDP völlig recht. Aber recht zu haben und recht zu bekommen sind zweierlei. Wahlziele zu erreichen ist auch eine Frage der Taktik und der Einsicht in die Realitäten.*" (1.2.87).

„*Die gemäßigte Version der liberal-konservativen Politik ist stabilisiert worden*", schreibt die liberale „Zeit" (30.1.87). Allerdings sollte man sich bei dieser Momentaufnahme davor hüten, daraus gleichzeitig die Schlußfolgerung zu ziehen, daß zwangsläufig „gemäßigt liberal-konservative" Politik in den nächsten vier Jahren folgen muß.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Eine neue rechte Partei?

So sehr man auch die Einschätzung von der Union als Wahlverlierer teilen kann, so wenig geben die bislang bekanntgewordenen Daten allerdings Anlaß zu der Hoffnung, die Mehrheitsfähigkeit rechter Politik in der BRD sei schwer angeschlagen. Wahlverlierer war die ,,echte Wende'', nicht aber das, was in den letzten 4 1/2 Jahren als Wende firmierte. 2,2 Millionen Stimmenverluste für die CDU/CSU sind kein Pappenstiel, aber dennoch nicht einfach verlorenes Potential. Das gilt weder für die Verluste an die FDP — wofür deren große Differenz zwischen 4,7 Prozent Erst- und 9,1 Prozent Zweitstimmen spricht —, noch können die Nichtwähler als Abwanderer verbucht werden — beide Wählergruppen machten das Gros der CDU-Verluste aus.

Wählerstimmer-Verluste der CDU

An die:	
FDP	800.000
Nichtwähler	800.000
SPD	400.000
Grünen	150.000

(Verluste per saldo, Angaben laut Infas)

Nicht zum erstenmal wird nach dieser Wahl die Frage einer zusätzlichen rechten Partei aufgeworfen. War es früher Straußens Idee einer Vierten Partei, so wäre jetzt, nach Etablierung der Grünen, die fünfte dran.

Nach den 3 Prozent für die CSU-Abspaltung ,,Die Republikaner'' bei den bayerischen Landtagswahlen kamen diesmal die verschiedenen rechten Gruppen (einschließlich der ÖDP) auf zusammen 1,15 Prozent. Der größte Posten davon ging an die NPD mit 0,6 Prozent und einer absoluten Steigerung von 91.000 auf 226.000 Stimmen (plus 150 Prozent). Dieser Zugewinn entspricht der Erfahrung, daß die NPD immer Zugewinne zu verzeichnen hatte, wenn die CDU/CSU durch Koalitionen an Integrationskraft nach rechtsaußen einbüßte.

Der in Westberlin unrühmlich abgestürzte Skandalpolitiker Lummer hat sich zum Sprecher derjenigen in der CDU/CSU gemacht, die laut über die Gründung einer neuen Partei rechts von der CDU/CSU spekulieren. Eine solche Partei könne, so Lummer, ,,unter den richtigen personellen Voraussetzungen'' durchaus erfolgreich sein.
solche Partei könne, so Lummer, ,,unter den richtigen personellen Voraussetzungen'' durchaus erfolgreich sein.
Was bitte nicht so verstanden werden soll, als ob Lummer sich als Gründungsvater in Empfehlung bringen will. Als Mahner im wohlverstandenen Interesse der Gesamtpartei möchte Lummer verstanden werden. Denn ,,es'' könne ja zu so einer Parteigründung ,,kommen'', und um das zu verhindern, müsse die CDU/CSU sich stärker um die Integration des rechtsextremen Potentials, das Lummer natürlich als ,,konservativ'' bewohlwollt, kümmern. ,,Überfremdung'' und ,,Vergangenheitsbewältigung'' sind Reizthemen, auf die sich Lummer in diesem Zusammenhang ausdrücklich bezieht.

Das Wahlergebnis kann solche lauten Spekulationen genau besehen nicht tragen. Zwar hat die CDU/CSU maximal 135.000 Stimmen an die NPD verloren, zugleich aber (infas zufolge) in noch größerer Zahl an die Grünen und an die SPD. Ihre Integrationsprobleme nach links sind also nicht geringer als nach rechts. Wenn dies so ist, sind weitere Avancen an die extreme Rechte sicher kein glaubwürdiges Heilmittel.

Die vierte/fünfte Partei mit strammem Rechtsprofil ist eine traditionelle politische Drohung der CDU/CSU-Rechten, die nach aller bisherigen Erfahrung und allen Fakten nicht für die Praxis taugt. Eine solche Partei würde sich fast ausschließlich aus dem Potential der CDU/CSU speisen müssen, und das in einer Größenordnung von mindestens 5 Prozent, denn wenn diese Partei den Sprung in die Parlamente nicht schafft, nimmt sie lediglich der CDU/CSU ,,verlorene Stimmen'' weg. Das ist angesichts der insgesamt doch relativ geringen Verluste an die NPD bei dieser Wahl mit Sicherheit keine diskutable Alternative.

Die Spekulationen über eine neue Partei, alternativ auch über die Aufhebung der Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU, sind vorerst als Zweckpropaganda einzuschätzen. Die Integrationsprobleme der CDU/CSU nach rechtsaußen werden bewußt dramatisiert und als Vorwand benutzt, um das für den Rechtsaußenflügel der CDU/CSU wenig schmeichelhafte Wahlergebnis aufzufangen.

SPD: Fast nichts geht mehr

Ist die CDU/CSU-Wahlniederlage noch eher die Schlappe der Rechten bei den Rechten, mit Auswirkungen auf die gesamte Union, sitzt die der SPD erheblich tiefer. Anders als die CDU mit Blick auf Stimmenverluste an Nicht- und FDP-Wähler, kann sie aktuell nicht davon ausgehen, das Potential der Grünen so einfach zurückzugewinnen. Deren hohes Erststimmenergebnis von 7 Prozent gegenüber 8,3 Prozent Zweitstimmen spricht dafür, daß sie eine stabile Anhängerschaft herausgebildet haben. Die SPD kann derzeit auch kaum Zuwächse verzeichnen. Den größten Schub bei den Erstwählern haben mit einem Anteil von 20 Prozent die Grünen bekommen, was nebenbei erhebliche Zweifel zuläßt, die Jugend einfach als rechts abzuqualifizieren.

Gewinne und Verluste der SPD

Von der CDU	+ 400.000
An die Grünen	- 600.000

(Verluste per saldo, Angaben laut Infas)



Foto: Dirk Wildt

Leichten Zugewinnen der SPD in einigen ländlichen Gebieten (Westfalen

Leichten Zugewinnen der SPD in einigen ländlichen Gebieten (Westfalen und Niedersachsen) sowie im gesamten Ruhrgebiet (+ 0,7 %) stehen gravierende Verluste gegenüber. So wenig wie Bayern für die gesamte CDU, so wenig kann NRW für die SPD ein Modell sein. Die Strukturen im Ruhrgebiet und vergleichbaren Regionen in anderen Bundesländern, innerhalb derer die SPD den höchsten Anteil traditioneller Anhänger hat, sind sterbende (nicht aussterbende). Eine reine politische Orientierung auf die dort erreichten bescheidenen Erfolge, wie sie vor allem die Rechtssozialdemokratie und relevante Teile der Gewerkschaften fordern, macht diese Partei nicht mehrheitsfähig. Der Modernisierungsprozeß, den Glotz seiner Partei verordnet hat, ist an ihr weitgehend vorübergegangen. Große Teile des anvisierten ,,modernen Potentials'' wählen eher Grün als SPD und zwar mit steigender Tendenz. Die schweren Verluste der SPD in den großen Städten sind nicht erst seit dieser Bundestagswahl erkennbar.

SPD-Verluste in Großstädten

München	- 7,9
Hamburg	- 6,2
Frankfurt	- 6,1
Stuttgart	- 5,7

(Angaben in %,laut Infas)

Möglicherweise steht der SPD mehr noch als den Grünen ein Rot-Grün-Streit ins Haus. Man sollte die aktuellen Auseinandersetzungen nicht nur unter dem Gesichtspunkt taktischer Winkelzüge betrachten, sondern vor allem als Produkt einer politischen Entwicklung, die ihr die Rolle einer potentiell jederzeit regierungsfähigen Partei nimmt. Heute geht zwar zahlenmäßig noch nichts mit den Grünen — rot-grün auf Bundesebene ist nicht mehrheitsfähig — vor allem geht aber nichts mehr ohne die Grünen, es sei denn die Große Koalition. Die SPD kann sich nicht entscheiden, auf welche Karte sie setzen soll: Ist sie grünenfreundlich und koaliert wie in Hessen (-2,9 %), verliert sie trotzdem erheblich. Die grünen-feindliche Hamburger SPD mußte sogar -6,2 % hinnehmen. Die Landesverbände, die auch grüne Politik aufzunehmen versuchten, schnitten sehr unterschiedlich ab: in Niedersachsen ein minimales Plus (0,1 %), in Rheinland-Pfalz (-1,4%), Baden-Württemberg (-1,8 %), Bayern (-1,9 %), Schleswig-Holstein (-2 %) und Bremen (-2,2 %) lagen die Verluste aber über dem Bundesdurchschnitt von -1,2 %. Ausnahmen sind das Saarland (-0,3 %) und NRW (+ 0,4 %), wo die SPD mit in ihrem Image unterschiedlichen Kandidaten, die gleichermaßen eine Grünen-Abgrenzung versuchen, relativ gut abschnitt, ohne daß die Grünen verdrängt werden konnten. Was also tun, SPD? Die Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen kommt in ihrer Auswertung der SPD-Ergebnisse zu dem Fazit: ,,*Der Streit innerhalb der SPD über die zukünftige Ausrichtung der Partei kann durch die Bundestagswahlergebnisse keine eindeutige Klärung erfahren. Gewinne und Verluste der Parteien lassen sich nicht an der Vorherrschaft der einen oder anderen innerparteilichen Strömung auf Landesebene festmachen.*''

Annäherung ohne Wandel

Annäherung ohne Wandel

Übertragen auf die SPD-Auseinandersetzung gleich nach der Bundestagswahl: Lafontaine ist nicht der Wundermann der SPD, der per se für die Überwindung des Dilemmas dieser Partei sorgt. Das mögen wohl einige sich so wünschen und deshalb haben nicht nur diejenigen laut Hurra geschrien, die als Jusos bereits prophezeiten, sie seien die SPD der achtziger Jahre. Sondern auch so unterschiedliche Leute wie Hans Apel, der in seiner bekannten Einfalt aus der Annäherung an die Grünen die mangelhafte Beschäftigung mit deren Inhalten und ihrer Widerlegung macht. Die Spekulation ist so plump wie ungeeignet: Was Rau mit seiner ,,Strategie'' der absoluten Mehrheit nicht schaffte — die Grünen überflüssig zu machen — soll Oskar auf seine Weise erledigen: die Grünen aus den Parlamenten raushalten, wie 1985 im Saarland. Ähnlich dürfte der AfA-Vorsitzende Dressler gedacht haben, als er für Lafontaine votierte. Ein neuer Kopf, das alte Hirn. Dieser ,,Wandel'' wird den grünen Wilderern im sozialdemokratischen Wählerpotential nicht gerecht werden. Sicher kann man Volker Hauff zustimmen, daß diese SPD es den Grünen leicht gemacht hat, den innerparteilichen Klärungsprozeß über ein mögliches Bündnis zu ersparen. Aber konnte sie das anders, wird sie es durch den Wechsel zu Oskar einfacher können?

In ihrem Bestreben, Regierungspartei zu werden, war und ist die SPD immer Partei von Kapitalinteressen und sozialer Interessen vor allem der Arbeiter gewesen. Mag sie letztere auch neu definieren wollen, wird sie deswegen nicht mit ersteren brechen. Konflikte wie aktuell in Hessen sind dabei unvermeidlich. Auf Länderbene wird die Sozialdemokratie auch eher bereit sein, solche Konflikte einzugehen, da sie weniger existentiell für die bestehenden Machtverhältnisse sind. So ist der Versuch weiterer rot-grüner Probeläufe — wenn die Mehrheitsverhältnisse sie zulassen — im Mai in Rheinland-Pfalz und im September in Schleswig-Holstein durchaus möglich. Im Norden ist sogar eine Vorabfestlegung der SPD auf Tolerierung Engholms durch die Grünen wahrscheinlich.

Aber die SPD geht nicht *den großen Konflikt* mit *dem Kapital* ein. Am Beispiel der Atomenergie ist dies deutlich geworden: Zwar war die Einsicht in der SPD schnell durchzusetzen, daß man sinnvollerweise zunächst deren Ausbau nicht fortsetzen sollte. Schwieriger wurde der Weg der Partei zum Ausstieg. Der ist bekanntlich nicht regierungsfähig, ohne sich nicht nur mit den Hauptbetreibern solcher Anlagen anzulegen, sondern weit darüberhinaus auch mit anderen Kapitalisten, die zwar kein unmittelbares Interesse an der Kernenergie haben, aber nicht bereit sein können, einer sozialdemokratischen Regierung solcherlei Vollmacht durchgehen zu lassen. Der machtbewußte Sozialdemokrat weiß dies und sucht daher den Kompromiß verschiedener Interessen: Sanfter Ausstieg, auf dem Papier in zehn Jahren. Sowas gilt bei Sozialdemokratens heute als Utopie — in der harten Realität ihres Regierens wird daraus in aller Regel ein langandauernder, zäher Ausstiegskampf bis in das zweite Jahrtausend hinein. So lange das Thema aber die
kampf bis in das zweite Jahrtausend hinein. So lange das Thema aber die
nach Tschernobyl erhaltene Brisanz hat, ist dieser Kompromiß für viele Menschen keiner, und sie wählen lieber die Grünen. Dies macht den geringen Erneuerungsspielraum der SPD aus, den auch Oskar Lafontaine nicht beliebig erweitern kann. An der Parteidiskussion um seine NATO-Position wird dies noch deutlicher. Sie ist nicht regierungsfähig, wie selbst Erhard Eppler feststellte. So wenig unsereiner als NATO-Gegner Freund von Lafontaines Position ist, so sehr hebt sich seine Idee vom Ausscheiden aus der militärischen Integration mit der Tendenz zum Neutralismus von der knallharten Pro-NATO-Position der bisherigen SPD ab. Doch kaum ist Oskar der potentielle Kandidat, da macht er von der Position Abstriche, die ihm das Profil gegeben hat, das ihn überhaupt zum Symbol für eine erneuerte SPD werden lassen konnte. Diese Streitpunkte unddas staatliche Gewaltmonopol werden daher auch weiterhin die Hauptauseinandersetzungen mit den Grünen sein. Auch mit Lafontaine dürften sie nicht einfach zu lösen sein, solange Willy Brandts Worte aus der Wahlnacht gelten, ,,*die Beschlüsse von Nürnberg und Raus Programm von Offenburg werden nicht zur Disposition stehen*'', wohl aber die Person Rau wie man gesehen hat. Riskiert die SPD nicht mehr an Wandel, könnte Lafontaine schnell ein ähnliches Schicksal beschieden sein. Der Senkrechtstarter wäre schneller als gedacht out.

Grüne Spitzenergebnisse

In genau 50 der 248 Wahlkreise erreichten die Grünen 10 oder mehr Prozent. Nur noch in 6 lagen sie unter 5 % — Schlußlicht war Kulmbach mit 4,4. Nachfolgend die besten grünen Ergebnisse aus den Wahlkreisen. Zum Vergleich die SPD-Ergebnisse und die Zahlen aus dem Jahr 1983.

Wahlkreise	Grüne 1987 in %	1983	SPD 1987	1983
1 München-Mitte	19,2	10,7	30,0	39,6
2 Freiburg	18,4	12,4	32,3	34,0
3 Bremen-Ost	16,2	11,4	40,8	43,1
4 Frankfurt III	15,5	9,7	34,0	40,2
5 Tübingen	15,1	9,5	27,3	29,2
6 Heidelberg	14,9	9,3	32,9	36,7
7 Frankfurt II	14,9	9,7	32,1	38,1
8 Hamburg-Eimsbüttel	14,7	10,7	38,2	45,1
9 Stuttgart I	14,4	9,2	29,1	34,8
10 Bremen-Ost	14,4	9,2	51,7	53,3
11 Köln 1	14,3	8,7	41,6	44,7
12 Münster	14,2	9,5	32,4	33,3
13 Hamburg-Mitte	13,3	9,0	44,3	51,1
14 Darmstadt	12,9	8,3	38,1	43,0
15 München-Nord	12,9	7,2	33,3	41,6
16 Hamburg-Nord	12,7	9,5	36,1	41,9
17 Bremerh./Bremen-Nord	12,6	8,3	49,1	51,5
18 Hamburg-Altona	12,6	9,1	37,8	44,1
19 München-Ost	12,5	7,2	30,3	37,9
20 München-West	12,3	6,7	30,0	37,2
21 Karlsruhe-Stadt	12,1	8,0	31,9	36,1
22 München-Süd	11,9	6,8	30,7	38,1
23 Nürnberg-Nord	11,9	7,4	33,9	38,3
24 Göttingen	11,8	8,1	39,4	41,0
25 Köln 2	11,7	7,3	34,3	37,6
26 Mainz	11,7	6,2	35,1	39,4
27 Aachen	11,5	7,3	36,1	38,0
28 Konstanz	11,4	7,2	26,9	28,2
29 Hannover 2	11,3	7,9	43,1	45,9
30 Bonn	11,1	7,2	28,7	31,4

Grüne gewinnen linke Stimmen

Die Grünen haben sich etabliert, sind stabil, wie ihr Erststimmenanteil, zeigt und haben bundesweit 2,7 % zugelegt.

Stimmengewinne der Grünen

Von der	
SPD	600.000
Erstwählern	400.000

(Verluste per saldo, Angaben laut Infas)

Ihre Hauptgewinne haben sie eindeutig in den großen Städten erreicht, aber zunehmend etablieren sie sich in den Flächenstaaten und schaffen hier die Möglichkeit rot-grüner Mehrheiten. Wie für die SPD hat die Forschungsgruppe Wahlen zu den Grünen festgestellt: ,,*Auch die Auseinandersetzungen zwischen einer fundamentalistischen und einer Realo-Oppositionsrolle innerhalb der grünen Partei wird sich mit dem Blick auf die Wahlergebnisse vom 25. Januar nicht entscheiden lassen.*'' Dafür spricht die Verteilung der grünen Gewinne auf die einzelnen Bundesländer. Schily mag zwar lautstark den grünen Wahlerfolg für sich und die ,,Realpolitik'' reklamieren, die linken Grünen und die Fundis können dies mit dem gleichen Recht für sich tun. Das Zahlenmaterial weist für die hessischen Regierungspolitiker ebenso ein gutes Ergebnis aus, wie für die linken Landesverbände und Kreise.

Grüne Gewinne in den Ländern

Bremen	4,8
Hessen	3,4
Baden-Württemberg	3,2
Bayern	3,0
Rheinland Pfalz	3,0
Hamburg	2,8
Schleswig-Holstein	2,8
NRW	2,3
Saarland	2,3
Niedersachsen	1,9

(Angaben in %)

Der parlamentarische Fraktionsgeschäftsführer der CDU will den Grünen im Bundestag die Mitte streitig machen. Doch ,,*bei den Grünen wollen die meisten in der Mitte bleiben*''. Weil es hier um die Sitzordnung geht, mag man das noch verstehen. Wer Fernsehübertragungen aus dem Bundestag kennt, weiß, daß die Mitte besser im Bild ist, als die Flügel. Aber muß, was hier sitzungsmäßig umstritten ist, auch für die Politik gelten? Nur kurz hielt der von der Rau-SPD erzwungene innergrüne Waffenstillstand nach der Wahl an. Dann brach er schnell an personellen und inhaltlichen Querelen auf. Beckmann, Schily, Mechtersheimer und andere streben politisch in die ,,Mitte'', bzw. kommen dort her. Doch nichts repräsentieren die Grünen bislang weniger, als die Mitte. Zwar sind sie nicht im klassischen Sinne links. Dennoch vertreten sie in den sie wesentlich tragenden Fragen der Friedens-, Frauen-, Umwelt- und Anti-AKW-Politik den oppositionellen Teil der Bevölkerung, leben von deren Protest- und Widerstandsformen und sind Teil der Bewegungen gegen die herrschende Politik. Nicht in einer ominösen Mitte, sondern am in den letzten zwanzig Jahren gewachsenen linken Rand der Gesellschaft haben die Grünen das Gros ihrer Stimmen gesammelt. Insbesondere die Hochburgen grüner Wahlerfolge in den großen Städten sind sichtbarer Beleg hierfür. Trotzdem werden diese Grünen versuchen, ihren Mittekurs weiter zu verfolgen, was der Partei mit Sicherheit weitere Spannungen bescheren wird. Allerdings kristallisiert sich dabei möglicherweise eine neue politische Strömung heraus, die sich wegentwickelt von Schilys einstiger Idee der Grünen als Juniorpartner der Sozialdemokratie hin zu der Rolle, die die FDP in der bundesrepublikanischen Politik bis heute spielt. Ein Blick auf die politische Landkarte zeigt allerdings, daß diese Orientierung für die grüne Partei wenig realistisch ist. Die Mitte ist bereits besetzt.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die Mitte ist schon besetzt

Die nebenstehende Tabelle über die Entwicklung der „Parteienblöcke" seit 1949 zeigt es deutlich: Die Verschiebungen gerade im eher rechten Teil des Wählerpotentials sind gering, das Potential mit um die 55 Prozent erstaunlich stabil. Das 87er Ergebnis liegt dabei durchaus im Rahmen. Zwar ist die CDU auf den tiefsten Stand seit 1949 gesackt. Doch zusammen mit der FDP liegt sie noch über dem Zählergebnis von 1972. Nur waren 1972 die Vorzeichen andere. Die SPD hatte ihr höchstes Nachkriegsergebnis, in der FDP dominierte ein eher linksliberaler Kurs. In dieser Zeit herrschte mehrheitlich in der Gesellschaft ein Reformklima. Die Stimmen für die FDP waren zu einem erheblichen Teil Bestandteil dieser Entwicklung, die in wenigen Jahren von der Regierung Brandt, und endgültig von der Schmidt-Regierung verspielt wurde. Deutlicher kann der Unterschied zur heutigen Lage kaum werden. Eine verbreitete Fehlinterpretation nach dieser Wahl ist die Aussage, die Großen haben zugunsten der Kleinen dramatisch abgenommen und das gesamte Parteiengefüge drohe durcheinander zu geraten. Diese spürbare Abnahme stimmt nicht für die CDU, wie es umgekehrt auch für die FDP nicht stimmt, daß ihr Wahlergebnis aus dem Rahmen fällt. Im Schnitt aller Bundestagswahlen seit 1949 ist sie auf 9,1 % gekommen. Den hat sie 1987 wieder erreicht. Diese Schweinspartei hat mit einer Ausnahme — 1957 (absolute Mehrheit der CDU) — immer als Regierungspartei politisch vegetiert und sich prostituiert. Entsprechend hatte sie Höhen und Tiefen, den Tiefstpunkt nicht nach der „Wende", sondern während der Zeit der Großen Koalition. Erst die Kursänderung von der nationallliberalen zur stärker sozialliberalen Orientierung während der Jahre der SPD/CDU-Regierung machte sie wieder regierungsfähig, diesmal mit der CDU. Es gibt heute keine mit 1972 vergleichbare Entwicklung in der FDP, auch wenn sie 1987 erneut die Unterstützung von den gleichen liberalen Meinungsmachern aus „Stern", „Spiegel" und „Zeit" erhielt, die deutlich: Das CDU-Ergebnis liegt im Schnitt des Auf und Ab ihrer Ergebnisse seither. Läßt man ihr Ausnahmeergebnis von 1957 außer acht, beträgt die Differenz zu ihrem Resultat von 1976 minus 4,3 Prozent. Auf die Entwicklung SPD:Grüne trifft die Aussage von den Verlusten der Großen an die Kleinen zu. Ihr Einbruch ist wesentlich drastischer:Sie erhielt 1987 8,8 Prozent weniger als 1972. Die Verlustdifferenz liegt nur wenig über dem Ergebnis der Grünen, die dieses Potential von der SPD übernommen haben. Die SPD war nach ihrer Godesberger Wandlung zur Volkspartei 1959 erstmals 1961 in der Situation, daß eine numerische Regierungsmehrheit mit der FDP möglich gewesen wäre. Bis zur Bundestagswahl 1980 hat sie sich diese Regierunsfähigkeit bewahren können. Mit dem Aufkommen der Grünen ist dies dahin. Für die geschwächte SPD reicht es nicht mit den Grünen; aber auch: ohne die Grünen läuft nichts außer Großer Koalition. Man mag ja die gesellschaftliche Entwicklung der letzten Jahre und die geringe gesellschaftliche Mobilisierung trotz gravierender politischer Entwicklungen beklagen. Doch in diesem Rahmen ist die derzeitige Kräfteverteilung innerhalb der Opposition noch das Günstigste, was passieren kann. Diese Situation übt den stärksten Druck auf die SPD und ihr Potential aus, und nicht das schnelle inhaltliche Nachgeben und eilfertige Basteln an der Herstellung von Regierungsmehrheiten.

Rein numerische Betrachtungen könnten dazu verleiten, eine neue Mehrheit à la 1972 zu errechnen. Die Vermutung liegt nahe, daß grüne „Mitte-Politiker" daraus ihre noch am Wahlabend vehement vorgetragene Position einer Neubestimmung der Rolle der Grünen ableiten. Wer dies will, muß an die Inhalte seiner Politik ran. Die gesellschaftliche Situation 1987 ist anders. Wird das ausgeblendet, sind Schilys Konsequenzen logisch: man stellt die eigenen Forderungen zur Disposition, um regierungsfähig zu werden. Die dafür erforderlichen Mehrheiten ohne gesellschaftlichen Wandel sind dann tatsächlich nur in der „Mitte" zu holen. Man darf aber bezweifeln, ob die Grünen dafür

Die Entwicklung der „Parteienblöcke" seit 1949

Die Entwicklung der „Parteienblöcke" seit 1949

	CDU	CDU/FDP	FDP	SPD	SPD/FDP	SPD/FDP + GRÜNE	SPD/CDU
1949*	31,0	**46,9**	11,9	29,2	46,8		
1953*	45,2	**63,9**	9,5	28,2	40,5		
1957*	**50,2**	61,3	7,7	31,8	39,5		
1961*	45,3	**58,1**	12,8	36,2	49,0		
1965	47,6	**57,9**	9,5	39,3	48,8		
1966*							**86,9**
1969*	46,1	51,9	5,8	42,7	**48,5**		
1972*	44,9	53,3	8,4	45,8	**54,2**		
1976	48,6	56,5	7,9	42,6	**50,5**		
1980*	44,5	55,0	10,6	42,9	**53,5**	55,0	
1982*		**55,0**					
1983	48,8	**55,8**	7,0	38,2	45,2	50,8	
1987	44,3	**53,4**	9,1	37,0	46,1	54,4	

Alle Angaben in Prozent. Die fettgedruckten Zahlen bezeichnen das Ergebnis der jeweiligen Regierungen.

* **Anmerkungen:** 1949: inklusive DP; nicht berücksichtigt: zahlreiche kleine, meist rechte Parteien; Regierungen unter Adenauer bis 1963; SPD/FDP-Zählung inklusive KPD, 1953 dito / 1953: inklusive DP, FVP, GB/BHE / 1957: Absolute Mehrheit der CDU, Alleinregierung auf dem Höhepunkt der Westintegration / 1961: Jahr des Berliner Mauerbaus; seit 1963 Erhard Kanzler / 1966: Große Koalition Kiesinger/Brandt / 1969: sozialliberale Koalition Brandt/Scheel; die NPD erhielt 4,3 % / 1972: Vorgezogene Neuwahlen nach gescheitertem Mißtrauensvotum gegen Brandt; seit 1974 bis 1982 Kanzler Schmidt / 1980: Strauß als Kanzlerkandidat von CDU/CSU / 1982: Im Oktober die Wende der FDP zur CDU; seither Regierung Kohl.

schon 1972 die Regierung Brandt/Scheel unterstützten. Fast gleichlautend hatten Augstein, Bremer und die Gräfin Dönhoff für die Wahl der Genscher-FDP trotz Lambsdorff und Bangemann plädiert, um einen größeren Einfluß von Strauß auf die Außenpolitik zu verhindern. War 1972 die FDP-Wahl noch Teil eines vermeintlichen gesellschaftlichen Neuaufbruchs, so erinnerte sie 1987 eher an die Notbremse, um Schlimmeres zu verhüten („*Es ging bei dieser Wahl darum, sich den Strauß vom Halse zu schaffen*", Augstein im „Spiegel" vom 2.2.87). Das ist euch ja auch gelungen, aber nichtsdestotrotz macht ein Außenminister Genscher aus dieser FDP keine fortschrittliche Partei. Sie hat in den letzten Jahren eindeutig eine reaktionäre Rolle gespielt. Die FDP ist die eigentliche Mitte in der BRD.

Schaut man sich die zusammengezählten Zahlen von SPD, FDP und Grünen an, so liegen sie auf dem Stand von 1972. Allerdings mit dem großen Unterschied einer FDP als Koalitionspartner der CDU/CSU und einer erheblich geschwächten SPD. SPD und Grüne zusammen liegen 1987 mit 45,3 % noch unter dem Ergebnis der Brandt-SPD aus dem Jahr 1972. Wie stark die Stellung der Konservativen wirklich ist, wird im Vergleich der Entwicklungen der letzten dreißig Jahre gebraucht werden. Außerdem ist das Verfahren nicht besonders originell. Es könnte bei der SPD abgekupfert sein. So wenig, wie der Oskar Lafontaine des Jahres 1987 und potentielle „Kandidat" danach fragt, ob uns die NATO nützt, was das Mitglied der SPD in der Opposition und Guru der Friedensbewegung vor gar nicht allzu langer Zeit noch tat, so wenig tun dies heute Schily und andere Grüne, die sich die politischen Inhalte danach zurechtbiegen, ob sie regierungsfähig sein könnten; und das in einer Situation, wo Regieren gar nicht ansteht. Oder anders ausgedrückt: Es ist unmöglich, einen politischen Reformdruck zu entwickeln und eine Änderung der Verhältnisse auch über den Weg der Erringung der Regierungsmehrheit zu erreichen, wenn der ins Auge gefaßte Kompagnon sich anders als 1972 nicht für eine politische Alternative zu den Konservativen und zu einer Reformpolitik entschlossen hat. Dies war in der aussichtslosen und lächerlichen Kanzlerkarikatur Raus offenkundig. Weder die SPD, noch ihr Potential waren für eine politische Änderung mobilisiert. Auch das unterscheidet 1987 von 1972, als Streiks und Demonstrationen gegen das Mißtrauensvotum und für die Brandt-Regierung möglich waren.

hr.

GRÜNE zwischen Rot und Mitte

Der deutliche Sieg der Regierungskoalition über die rot-grüne Opposition (53,4 zu 45,3%) sollte eigentlich zu der Annahme verführen, das Thema „rot-grüne" Koalition sei — jedenfalls was die Bundesebene anbelangt — für die nächsten Jahre gegessen. „Onkel Herberts" Vermutung, der sozial-liberalen Ära würden 20 Jahre konservativer Herrschaft folgen, könnte sich durchaus bewahrheiten. Mit 8,1% verfügt die CDU/CSU/FDP-Koalition über eine ausgesprochen komfortable Mehrheit, mit der sich gut regieren läßt. Bereits im Wahlkampf waren es mehr die internen Widersprüche, die die Koalition plagten, als die Furcht vor einer „rot-grünen" Mehrheit. Widersprüche, die Verschiebungen innerhalb des konservativ-liberalen Blocks zur Folge hatten, keineswegs (oder nur in geringem Ausmaß) von diesem Block in Richtung „rot-grüner" Opposition.

Der harten Realität nackter Zahlen zum Trotz dürften dennoch schon bald das Gieren nach einer „neuen Mehrheit" jenseits des Bürgerblocks und die diesbezüglichen innergrünen Dispute wieder einsetzen. Die Stichworte, wie sie von SPD-Führung und grünen „Realos" schon Stunden nach der Wahl vorgetragen wurden: Oskar Lafontaine, Landtagswahlen und Bundesratsmehrheit.

gehen zu verstehen. Genau dies macht Lafontaine so geeignet für ein Projekt, das darauf abzielt, konvertierte sozialdemokratische Wähler für die SPD zurückzugewinnen und die grüne Konkurrenz unter die 5%-Hürde zu drücken. (1) Möglicherweise entwickelt sich die Figur Lafontaine, ob ihrer — inhaltlich kaum begründeten — Symbolträchtigkeit, zur einzigen grünen Bedingung an die Adresse der SPD schlechthin. Inhaltliche und programmatische Aussagen dürften dagegen verblassen. Dies bedeutet: In inhaltlicher und programmatischer Hinsicht ist es der SPD erlaubt, an ihrem rechten Kurs festzuhalten. Für die Realos ist die Nürnberger Beschlußlage der SPD ausreichend, Beweis genug der Bereitschaft zum Wandel.

Die Kritik Lafontaines am Rauschen Wahlkampfkonzept richtet sich gegen dessen Unfähigkeit, die Widersprüche innerhalb der Grünen zum Tanzen zu bringen. Diesbezüglich hatte sich Lafontaine bei den letzten saarländischen Landtagswahlen als Meister erwiesen, als er die Grünen deutlich unter der 5%-Hürde hielt. Doch bei diesen Bundestagswahlen war alles anders: Noch nie wurde es linkssozialdemokratischen Wählern und Wechselwählern zwischen „Rot" und „Grün" so leicht gemacht, ihre Stimme der grünen Partei zu schenken. An die Möglichkeit einer absoluten Mehrheit, die noch Wähler weg von den Grünen und hin zur SPD hätte mobilisieren können, war spätestens seit den Landtagswahlen in Bayern und Hamburg, genau genommen bereits seit den niedersächsischen Wahlen, ganz genau besehen zu gar keinem Zeitpunkt, ernsthaft zu glauben. Auf der anderen Seite hatte Rau der einzig noch theoretisch verbleibenden Option der Mehrheitsbeschaffung, dem „rot-grünen Bündnis", eine definitive Absage erteilt. Da alle seriöseren Erhebungen zudem auch noch gegen eine „rot-grüne" Mehrheit am Wahltag sprachen, mußte niemand innerhalb der Grünen wie innerhalb ihrer potentiellen Wählerschaft einen Gedanken über die Auseinandersetzung Realos kontra Fundamentalos verschwenden.

Eine weitere Kritik lautet, Rau habe nicht deutlich genug die programmatischen Aussagen von Nürnberg an die Wähler, genauer: die Wähler im Spannungsverhältnis „rot-grün", gebracht. Theoretisch war dies — nach der Absage an jede Form eines Bündnisses oder auch nur einer Unterstützung durch die Grünen — die einzig verbleibende Möglichkeit, um Widersprüche zu provozieren und Wählerwanderungen zurück zur SPD zu organisieren. Daß es genau hierum in Zukunft gehen soll, daß die verpaßte Chance des Einwirkens auf innergrüne Auseinandersetzung und des Provozierens von Widersprüchen fortan stärker wahrgenommen werden soll, machte Brandt in einem Interview mit dem „Spiegel" unmittelbar nach der Wahlnacht klar: „*... Die Grünen haben im Wahlkampf ihre inneren Meinungsverschiedenheiten überspielt* (was die SPD ihnen erst ermöglichte, möchte der Autor hinzufügen). *(...) Es leitet sich aus unseren Beschlüssen eine Menge ab, worüber sich auch mit den Grünen und ihren Anhängern hart in der Sache zu diskutieren lohnt. Und ich bin dann sehr gespannt, ob die es fertigbringen, einheitliche Antworten auf unsere Fragen zustande zu bringen.*" („Spiegel", 5/1987)

Wenn Lafontaine jetzt als zukünftiger Kanzlerkandidat (oder Parteivorsitzender) — im übrigen immer in Kombination mit dem rechten Jochen Vogel — ins Gespräch gebracht wird, dann deshalb, weil die Rausche Strategie gegenüber den Grünen sich als untauglich erwiesen hat. In der Konsequenz verfolgt Lafontaine kein anderes Ziel als Rau, indes unter Verwendung anderer Mittel. Auf einem anderen Papier steht, inwieweit Lafontaine gegenüber dem hart rechten Flügel durchzusetzen ist. Schon der Kurs des Betonfacharbeiters Holger Börner hatte einen Teil der Parteirechten hoffnungslos überfordert. Selbiger soll im übrigen bezüglich eines Gespannes Lafontaine/Rau bereits seine Zustimmung signalisiert haben.

Bis zur Entscheidung über den Parteivorsitz, vor allem aber bis zur Kür des nächsten Kanzlerkandidaten, bleibt der SPD noch einige Zeit. Und sie kann sicher gehen, daß bereits bloße Spekulationen um die Person Lafontaine ihre Wirkung auf die innergrüne Auseinandersetzung zeitigen werden. Die Personaldiskussion um Lafontaine wird den Realos Auftrieb geben.



Foto: Dirk Wildt

Hoffnungsträger Lafontaine?

In Realo-Kreisen gilt Oskar Lafontaine als die Personifizierung der „anderen", „gewandelten" SPD schlechthin. Abgesehen davon, daß er für einen Austritt der BRD aus der militärischen Integration der NATO votiert (mit fragwürdigem Verweis auf das französische und das spanische Modell) und daß er einen Jo Leinen zum saarländischen Umweltminister kürte, ist über seine politische Position im Lager seiner Befürworter wenig bekannt. Längst vergessen, obgleich nun auch nicht so lange her, daß er schon mal einen „Nachrüstungs"befürworter und knallrechten Sozialdemokraten, Karl Kaiser (Deutsche Gesellschaft für auswärtige Politik), zu seinen Beratern zählte. Der saarländische Patriot dürfte den traditionalistischen Sozialdemokraten und Autokraten in einem weit größeren Ausmaß verkörpern, als dies so manchem Realo-Grünen lieb ist. Die Tatsache, daß eigentlich niemand exakt sagen kann, für welche SPD dieser Lafontaine steht, hindert indes ebenfalls niemanden daran, ihn zum Symbol für sozialdemokratische Lernfähigkeit zu verklären und als Signal für ein „rot-grünes" Zusammen-

Landtagswahlen und Bundesrat

Die noch in diesem Jahr ins Haus stehenden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz wie die knappen Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat sind der zusätzliche Stoff, aus dem sich „rot-grüne" Mehrheitsträume nähren. Die SPD will die Mehr-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

heit im Bundesrat, um ihre Regierungsfähigkeit unter Beweis zu stellen und seitens der CDU als unumgänglicher Adressat in Dingen, die einen ,,nationalen Konsens'' erfordern, anerkannt zu werden. (So besehen würde eine Bundesratsmehrheit der SPD eher die informelle ,,große Koalition'' auf die Tagesordnung setzen, denn daß sie als Keimform eines die CDU/CSU/FDP ablösenden ,,rot-grünen'' Regierungsbündnisses interpretiert werden könnte.) Die SPD malt die Möglichkeit des mehr oder weniger direkten Mitregierens — qua Eroberung der Bundesratsmehrheit — an die Wand. Wo mit ,,Macht'' gelockt wird, sind Realos und all jene, die Sessel mit Macht verwechseln, bekanntlich nie weit. Die Paralysierung der konservativ-liberalen Koalition — unter Beteiligung der Grünen — wird in Aussicht gestellt, Übergang zur endgültigen Ablösung des ,,Wende''-Regimes. Was für die SPD noch als realer Machtzuwachs erscheint, würde die Rolle der Grünen auf die eines puren Steigbügelhalters und Mehrheitsbeschaffers reduzieren, da Koalitionen auf Landesebene auch in den kommenden vier Jahren nicht von der grünen Partei hegemonisiert werden dürften. Auf der Ebene des Bundesrats ist die FDP ähnlich bedeutungslos wie die Grünen (gesetzt den Fall, es kommt überhaupt noch neben Hessen zu weiteren ,,rot-grünen'' Koalitionskabinetten), doch liegt ihre diesbezügliche Bedeutung darin begründet, daß sie Teil jener Bundestagsmehrheit und jener Koalitionsregierung ist, die sich mit einem von der SPD beherrschten Bundesrat in bestimmten Fragen ins Benehmen zu setzen hätte. Was den Bundesrat anbelangt, so ,,ist das in allem Wesentlichen eine Frage, wie sich die SPD und CDU einigen oder nicht'' (Willy Brandt).

CDU einigen oder nicht'' (Willy Brandt).

Dennoch muß davon ausgegangen werden, daß die kommenden Landtagswahlen wie die Aussicht auf eine ,,andere Mehrheit'' im Bundesrat den Sog in Richtung Realpolitik verstärken werden.

Das peinliche Buhlen um die politische ,,Mitte''

Ein ,,Volk der Mitte'' sind die vom ,,Extremismus'' geläuterten Deutschen. Und so dürfte das ,,Überziehen'' der CDU/CSU nach rechts eher Stimmen gekostet haben, als daß dadurch Stammwähler am rechten Rand gehalten und neue Wählergruppen gewonnen wurden. Bekanntlich gehört es zum inhaltlichen Credo aller etablierten Parteien, sich als Verfechter der ,,politischen Mitte'' wider den ,,Extremismus'' zu präsentieren. Indes: Diese ,,Mitte'' ist alles andere als statisch, sondern vielmehr ständig in Bewegung, in der Regel nach rechts. Während CDU/CSU die ,,Mitte'' erneut umdefinierten, um sie mit teilweise schon rechtsradikalen Inhalten zu versehen, bemühte sich die SPD, sich als Gralshüterin der ,,wahren Mitte'' zu profilieren, die mensch ca. einen Meter links von der regierungsamtlichen ,,Mitte'' ansiedeln dürfte. ,,Versöhnen statt Spalten'' lautete die Parole, wo Polarisierung angesagt war, um gegen den allgemeinen Trend nach rechts einen Pflock einzuschlagen. (2) Noch am Wahlabend ersparten Schily und Co. ihren Wählern nicht die Peinlichkeit, ihrerseits die ,,Mitte'' zu entdecken. Schily erklärte die Grünen zur eigentlichen Formation der ,,Mitte''. Beckmann forderte die Abkehr von der Fixierung auf die SPD zugunsten einer stärkeren Hinwendung zum christlichen Wählerpotential.

Die Motive hierfür lassen sich nur erahnen. Tatsächlich waren die Wahlen mehr eine Umverteilung innerhalb der beiden ,,Blöcke'', als daß sie Austausch und Verschiebungen zwischen diesen kennzeichneten. Die Realos kann es nur bedingt fröhlich stimmen, wenn Grün wächst. So lange dies auf Kosten der SPD geht, und die SPD ihrerseits nicht dazu in der Lage ist, Verluste in Richtung Grüne durch größere Zuläufe aus der Wählerschaft des Regierungslagers zu kompensieren, bleibt die ersehnte ,,neue Mehrheit'' in weiter Ferne. Die SPD war lediglich einmal in der Geschichte der BRD, nämlich unter den besonderen Bedingungen der Neuwahlen von 1972, die stärkste Partei. Von einer absoluten Mehrheit war sie auch damals weit entfernt. In Sachen Mehrheits- und Regierungsbildung war sie immer auf Koalitionspartner angewiesen, die rechts von ihr angesiedelt sind: Die CDU 1966 und dann ab 1969 die FPD. In der bundesrepublikanischen Parteienlandschaft hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten weit weniger bewegt, als vielfach angenommen wird. Abgesehen davon, daß die FPD den Partner gewechselt hat und das Wählerpotential links des ,,Bürgerblocks'' sich heute auf SPD und ,,Grüne'' verteilt. Daß es der SPD in absehbarer Zeit im Bund gelingt, durch die pure Addition ,,rot-grün'' (bzw. durch eine Reintegration des grünen Wählerpotentials) eine Mehrheit gegenüber CDU/CSU/FDP zu erringen, muß vor diesem Hintergrund bezweifelt werden. Denkbar ist dies nur unter der Voraussetzung, daß die FDP unter die 5%-Hürde sinkt, aber so knapp, daß es den ,,Bürgerblock'' tatsächlich Punkte kostet. Die andere theoretische Möglichkeit würde in Koalitionen mit rechten Partnern, FDP oder CDU/CSU, bestehen.

Die ,,neue Strategie'' (tatsächlich wird sie periodisch immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt, siehe z.B. Bahros frühe Eskapaden) scheint nun zu sein, das SPD-Wählerpotential nicht mehr prioritär zu malträtieren, um sich stattdessen den Wählern rechts von diesem zuzuwenden. Was selbstredend erhebliche Abstriche am grünen Selbstverständnis erfordert und wohl trotzdem in die Hose gehen dürfte. Für derartige Experimente sind die Grünen viel zu sehr als ,,linke Partei'' stigmatisiert.

Sollte sich ein ,,Mitte''-Verständnis bei den Grünen durchsetzen, so würde dies einer Verabschiedung vom Kampf ,,gegen Rechts'' (sofern sich von einem solchen sprechen läßt ...) gleichkommen. Wenn die Rechtsentwicklung unter dem Etikett der ,,Mitte'' erfolgt (bzw. mittels der periodischen Neudefinition derselben), bringt es wenig, sich zur ,,wahren Mitte'' zu erklären. Dann muß man polarisieren und vorrangig solche politischen Streitfragen thematisieren, die direkt ins Herz des Konservatismus zielen. Dies steht natürlich einem Wildern im konservativen Wählermilieu entgegen.

Die Rechtsentwicklung ist nicht dadurch aufzuhalten, daß man sich in das Schlepptau der ,,Mitte''-Parteien begibt: Die ,,Mitte''-Parteien räumen die

durch aufzuhalten, daß man sich in das Schlepptau der ,,Mitte''-Parteien begibt: Die ,,Mitte''-Parteien räumen die

Position, die die Grünen als ,,Mitte'' betrachten, um nach rechts zu rücken, was die Grünen wiederum veranlaßt, ihrerseits nach rechts zu wandern, um so den freigewordenen ,,Platz in der Mitte'' zu beanspruchen. Fazit: Das gesamte politische Spektrum — inklusive der grünen Partei — wandert nach rechts.

Wer hat gewonnen?

Noch am Wahlabend zeigten sich beide Flügel — Realos wie Fundis — bemüht, das gute Resultat auf jeweils ihrem Konto zu verbuchen. Indes läßt sich weder die eine noch die andere Einschätzung stichhaltig belegen. Die Grünen dürften wohl kaum deshalb zugelegt haben, weil ihr linker Flügel vehement den Austritt aus der NATO und die ersatzlose Streichung des § 218 propagierte. Genausowenig kann behauptet werden, das Wahlergebnis (in seiner Gesamtheit) sei der Reputierlichkeit und dem biederen Pragmatismus Otto Schilys geschuldet. Was die Einschätzung mancher Fundis anbelangt, würde sie bedeuten, daß die aus dem sozialdemokratischen Wählermilieu Gewonnenen die Realo-Position sozusagen übersprungen hätten, um sich ohne Umwege schnurstracks beim fundamentalistischen Flügel einzureihen. Daß so etwas vorkommt, soll nicht bestritten werden (was würde auch wohl sonst aus unseren Utopien werden?). Doch dürften sich die neuen Grünen-Wähler, die früher der SPD die Stimme gaben, in ideologischer Hinsicht meist noch unter sozialdemokratischer Hegemonie befinden. Und weil dem so ist, darf angenommen werden, daß das Wahlergebnis den real-politischen Druck auf die Grünen eher noch verstärken wird. (3)

Daß sich Jutta Ditfurth in der Elefantenrunde, konfrontiert mit einer monolithischen Front persönlicher wie politischer Ekelpakete, prächtig geschlagen hat, soll nicht geleugnet werden. Möglicherweise hat ihr Auftreten den Grünen gar zusätzliche Stimmen eingebracht. Voreilig wäre jedoch die Annahme, dies sei primär dem Inhalt der dort vorgetragenen Positionen geschuldet. War es nicht zuletzt die Art des Auftretens in der Elefantenrunde: kompetent, sachlich, argumentativ (Tugenden, die natürlich nicht auf Fundis beschränkt sein müssen), was den Kontrast zu den Pöbelbuben begründete und Applaus einbrachte?

Die Grünen sind nicht mit mehr als 8% belohnt worden, weil sie den Austritt aus der NATO und die ersatzlose Streichung des § 218 forderten, sondern obwohl. Aber selbst dies ist schon eine wichtige Erkenntnis und sollte die Linken zwar nicht zu Euphorie verleiten, aber doch zu einem mutigeren Auftreten veranlassen.

Denn zumindest läßt sich (positiv) konstatieren, daß eine Politik, die Konturen gegenüber dem bürgerlichen Einheitsbrei (inklusive ihres ,,linken'' Flügels) zieht, nicht Wählerstimmen kostet. Unterstellt man einmal, daß Jutta Ditfurths Auftreten das grüne Erscheinungsbild im Wahlkampf nicht unwesentlich mitgeprägt hat, so kann man behaupten, daß einmal mehr die seitens der Realos und bürgerlicher Kommentatoren so heiß geliebte Geschichte widerlegt wurde, deren Moral lautet, daß lautes und radikales Auftreten Wählerstimmen kostet. Die relativ enttäuschenden Landtags-Wahlergebnisse von NRW und Niedersachsen hatten seinerzeit wenig mit radikalen Beschlußlagen zu tun, sondern mit einem ,,Zeitgefühl'', das zugunsten der SPD und ihres neuen Hoffnungsträgers ausschlug. Die potentiellen Grün-Wähler fühlten sich nicht von den Grünen abgestoßen, sondern von der Sozialdemokratie — die gerade ihr ,,Zwischenhoch'' erlebte — angezogen. Das Beispiel zweier Ereignisse, die sich beide innerhalb von Monaten im Lande Bayern zutrugen, verdeutlicht, daß sich weder das eine noch das andere umstandslos behaupten läßt. Weder erwies sich die Weigerung der Grünen, die Münchener Anti-WAA-Demonstration zu unterstützen, als ein Hindernis auf dem Weg zum Wahlerfolg, noch kostete bezüglich der Bundestagswahlen die mutige Unterstützung der Nürnberger Anti-AKW-Bundeskonferenz Wählerstimmen. Was beide Wahlen gemeinsam hatten: Die SPD hatte nicht die geringste Chance auf eine Mehrheit.

dsm

Anmerkungen:

1. ,,Denn als Kampfansage, keineswegs als Offerte müssen die Grünen Lafontaines Überlegungen verstehen. Darin eine ‚Öffnung' der neuen Sozialdemokratie zur Partei der Öko-Bewegung zu sehen, hieße, den Matadoren von der Saar zu verkennen, der sich allemal lieber als Bezwinger der Grünen denn als Begründer eines historischen Kompromisses feiern ließe. Immerhin verweist er gern darauf, daß dank seiner Strategie die Saar-Grünen bei der Landtagswahl im März 1985 auf halber Strecke vor der Fünf-Prozent-Hürde schlapp machten.'' (,,FR'' vom 28.1.1987)

Zweifelsohne ist Lafontaine eine heikle Herausforderung. Einerseits ist er der Wunschkandidat der Realos in dem Sinne, daß eine Lafontaine-geführte SPD als bündnisfähig erscheint. Andererseits schickt sich der gleiche Wunschkandidat an, die Grünen in effektiverer Weise zu bekämpfen als sein rechter Vorgänger Rau. So verkörpern Lafontaine und Rau weniger den ,,linken'' und den ,,rechten'' Flügel der SPD, sondern zwei unterschiedliche Strategien gegenüber den Grünen, die allerdings das gleiche Ziel verfolgen. In Anbetracht der Tatsache, daß die Differenz zwischen dem ,,rot-grünen'' Block und dem konservativ-liberalen Block noch immer erheblich ist, gibt es für die SPD auch überhaupt keinen anderen Grund, sich mit den Grünen zu beschäftigen und sich scheinbar diesen zu nähern, als die Reintegration deren Wählerpotentials. Ist dies erst einmal erfolgt, so wird auch wieder die Mehrheitsbeschaffung durch die Suche nach einem rechten Koalitionspartner denkbar. Als Problem bleibt allerdings die mangelnde Glaubwürdigkeit eines Lafontaine bei den Rechten innerhalb wie außerhalb der Partei, was dazu führen könnte, daß die SPD die Reintegration der grünen Wähler mit Verlusten nach rechts zu bezahlen hätte. Zumal die Regierungskoalition dann eine Anti-Rot-Grün-Kampagne entfachen würde, die den gelaufenen Wahlkampf noch weit übersteigen würde. Die Aussicht auf derartige Reaktionen kann wiederum nicht ohne Auswirkungen bezüglich der SPD-internen Entscheidungsfindung über den kommenden Kandidaten bleiben.

2. ,,Versöhnen statt Spalten'' hat in der sozialdemokratischen Geschichte eine unheilvolle Tradition. 1966 erwies sich die SPD — durch Eintritt in die ,,große Koalition'' — als Steigbügelhalter für den Altnazi Kiesinger. Gegenüber einer teilweise erbosten Basis begründete die SPD diesen Schritt wie folgt: Es sei für die nationale Aussöhnung gut, wenn ein ehemaliger NSDAP-Parteigenosse und ein früherer Emigrant neben- und miteinander an erster Stelle im Staate stünden. Man spekulierte auf gegenseitige ,,Rehabilitierung'': Die Anerkennung des Ex-Nazis Kiesinger als Demokraten gegen Attestierung ,,nationaler Ehrenhaftigkeit'' beim Ex-,,Vaterlandsverräter'' Willy Brandt.

3. ,,... sie (gemeint sind die ‚Grünen') können dem Bündnisstreit nicht entrinnen, trotz der Aufrufe zur Einheit, trotz des Harmoniebedürfnisses, das sich in dieser Partei noch allemal als mehrheitsbildend erwiesen hat. Denn in diesen Zwist werden sie nicht nur von Willys Enkeln getrieben, sondern zugleich von den eigenen Wählern (und das sind schon wieder eine Million mehr). Nach einer Studie über die vergangenen Landtagswahlen wünschen 94% der Grünen-Wähler eine Zusammenarbeit mit der SPD; zwei Drittel von ihnen streben ausdrücklich rot-grüne Koalitionen (also nicht bloß Tolerierungsvereinbarungen) an. Für die Öko-Partei stimmt eben auch, wer eigentlich sozialdemokratische Politik durchsetzen möchte und sich von den Grünen einen stärkeren Druck erhofft. Solche Wählerinteressen können auf die Dauer nicht ohne Wirkung bleiben, sie verändern auch die innerparteiliche Diskussion.'' (,,FR'' vom 28.1.87)

Ein ent-täuschendes Wahlergebnis

Allen Erwartungen zum Trotz haben die Bundestagswahlen alles andere als eine glanzvolle Bestätigung der Bonner Koalition gebracht. Im Gegenteil: Die Unionsparteien verbuchten die schlimmste Schlappe seit Jahrzehnten. Offenkundig hat der oftmals beschworene ,,Rechtsruck'' in der westdeutschen Bevölkerung nicht stattgefunden. Zwar kann die Koalition weiterregieren, aber unter veränderten Bedingungen. Zum einen wird sie sich verstärkt um ihre traditionelle soziale Basis auf dem Lande kümmern müssen, was nach Lage der Dinge unter anderem vermehrte Spannungen in der EG implizieren dürfte, zum anderen sehen sich die Unionsparteien mit einer wesentlich gestärkten FDP konfrontiert, was im Klartext bedeutet, daß einem Teil der Unionswähler selbst die noch eher zaghaften Ansätze einer tatsächlichen ,,Wende'' schon zu weit gingen.

Es verwundert also nicht, daß die ,,Stahlhelm''-Fraktion in der CDU offen über eine Partei rechts von dieser nachdenkt und die Idee einer bundesweiten CSU wieder hervorgekramt wird. Diese Wahl hat den offen reaktionären Kräften mit aller Deutlichkeit offenbart, wo ihre Grenzen in einem regierungsfähigen Bündnis heute liegen.

Enttäuscht wurden jedoch nicht allein die Unionsparteien. Die SPD, die angetreten war, eine ,,eigene Mehrheit'' zu ergattern, fiel noch unter das miese Ergebnis von 1983 und damit auf den Stand von 1961 zurück. Das sog. Mitte-Rechts-Bündnis in der SPD bekam bescheinigt, was viele schon vor den Wahlen vermuteten: Die SPD kann zumindest momentan keine Regierungsfähigkeit erlangen, indem sie mit der CDU um die Wähler der sog. Mitte ringt. Die den Unionsparteien abhanden gekommenen Stimmen kamen zum Teil der FDP zugute, doch der weitgrößte Teil dieses Potentials wählte überhaupt nicht. Hinzukommt, daß auch ein Regierungsbündnis SPD/FDP über keine Mehrheit verfügen würde? Kurzum: Der SPD bleiben nur zwei Wege zur Macht: eine große Koalition oder aber ein ,,Reformblock'' mit den Grünen.

Es kann niemanden verwundern, daß nun — nach der Wahl — die Stimmen in der SPD laut werden, die für eine Öffnung zu den Grünen plädieren. Der Niedergang des rechten SPD-Flügels, der sich in Berlin/West und Hamburg bereits bemerkbar machte, wurde durch die Wahl forciert.

Die SPD profitierte ja vor allem davon, daß sie als regierungsfähige Partei kleine Reformen oder aber doch zumindest eine relative Sicherung der sozialen Lage garantieren konnte. Die SPD wird jedoch diese Rolle um so weniger spielen und ausreizen können, je mehr sie sich von der Regierungsfähigkeit entfernt. Man wird abwarten müssen, ob das große Wort von dem ,,historischen Niedergang der Sozialdemokratie'' zutrifft, sicher scheint zu sein, daß die Krise der SPD nicht allein auf eine Art Post-Schmidt-Flaute sich reduziert, sondern aktuell eher zu-als abnehmend ist.

Sieger der Bundestagewahlen sind die Grünen, die deutliche Gewinne verbuchen konnten. Entscheidener als die Zweitstimmengewinne ist dabei der hohe Anteil an Erststimmen (7,0 von 8,3%, bei der FDP dagegen 4,7 von 9,1%). Die Grünen haben ein Potential hinter sich, das diese Partei auch dann wählt, wenn es einem rot-grünen Bündnis abträglich ist. Das ist ebenso ermutigend wie beruhigend. Wenn nun alle Welt der Bundestagswahl eine historische Bedeutung zuspricht, ist das zwar übertrieben, beruht aber auf einem richtigen Gedanken.

,,Geschieht Geschichte mit uns — oder machen wir unsere Geschichte?'' (Schmetterlinge)

Tatsächlich scheint es so zu sein, daß die Grundüberzeugungen der Nachkriegszeit an Evidenz verloren haben. Alle traditionellen Parteien der BRD (mit Ausnahme der 1956 verbotenen KPD) vertraten die Überzeugung, daß mit einer ,,Sozialen Marktwirtschaft'' (also einem staatlich gebändigten Kapitalismus) und einem stabilen bürgerlich-demokratischem Staatsgefüge sich eine sozial verträgliche Entwicklung der Gesellschaft garantieren lasse, die nach der Serie gesellschaftlicher Katastrophen in der ersten Hälfte des Jahrhunderts nunmehr einen relativ friedlichen Fortgang gewährleiste. Einher mit dieser Grundillusion ging die ,,Entideologisierung'' der Gesellschaft und der sie tragenden Parteien, die als ,,Volksparteien'' nicht partikuläre Interessen, sondern das Gemeinwohl zu vertreten vorgaben.

Die Stimmenverluste der beiden großen Volksparteien erklären sich in allererster Linie aus dem Zudammenbruch dieser Nachkriegsillusion. Das aggressive Geschrei aus Washington und die Bomben auf Tripolis, die anhaltende Arbeitslosigkeit und die zunehmende Umweltzerstörung, die kulturelle Dumpfheit und das offenkundige Versagen der tradierten politischen Konzepte haben die Glaubwürdigkeit der ,,Volksparteien'' nachhaltig unterminiert. Hinzukam,daß parallel zu diesem Prozeß in der Sowjetunion sich politische Kräfte durchsetzten, die mit großem Geschick das klassische Feindbilds im Westen unterliefen und die mit ihrer demonstrativ defensiven Politik entscheidend dazu beitrugen, daß an dem Friedenswillen eines Ronald Reagan längst mehr gezweifelt wird, als an dem Abrüstungswillen eines Michail Gorbatschow.

Der ,,Sozialstaat'' in der BRD kann nach wie vor die grundlegenden materiellen Bedürfnisse der Bevölkerung überdurchschnittlich gewährleisten. Auch das repräsentativ-demokratische System der BRD zeigt akut keine ernsthaften Auflösungserscheinungen. Dennoch wird es zunehmend deutlicher, daß die gesellschaftlichen Strukturen hierzulande nicht mehr ausreichen, um die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Die Verachtung und der Spott, die den Herrschenden entgegengebracht werden, haben ihre Ursachen nicht allein in den Versuchen unseres Kanzlers, Herrn Lübke in den Schatten zu stellen. Sondern sie sind der Ausdruck einer sich verbreitenden Einsicht, daß es so wie bislang nicht weitergeht — jedenfalls nicht, wenn wir nicht riskieren wollen, in die schlimmste Katastrophe der geschriebenen Geschichte hineinzutrudeln.

Die Grünen sind als Partei der Knotenpunkt, in dem die gesellschaftliche Opposition zusammenläuft und sie spielen insofern eine wichtige Rolle für die gesamte Linke dieser Republik. Wichtiger aber als die grüne Parteiorganisation und ihre internen Grabenkämpfe sind die drei Millionen Menschen, die durch die Wahl der Grünen ihrem Verdruß Ausdruck gegeben haben und die das fortschrittlichste Lager in dieser Gesellschaft bilden. Es wird entscheidend darauf ankommen, ob es gelingt, parallel zu einer entschiedenen parlamentarischen Oppositionsarbeit die außerparlamentarische Mobilisierung zu verbessern und die politische Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie in allen gesellschaftlichen Bereichen zu führen. Die Linke hierzulande hat durchaus die Chance, einen Schritt nach vorn zu machen.

Denn die Bedingungen für linke und linksradikale Politik sind besser geworden. Die Bonner Koalition geht geschwächt in ihre nächste Niederlage namens Volkszählung, die wohl eher eine großartige Erhebung über das Ausmaß der Staatsverdrossenheit werden dürfte. Der Traum vom rotgrünen Bündnis ist für vier Jahre ausgeträumt, und solche Wankelgeister wie der Minister Fischer in Hessen werden es künftig kaum leichter haben.

Wir haben — nun endlich! — eine Situation, in der die Integrationsverluste der einen ,,Volkspartei'' nicht die andere stärken, sondern in der das traditionelle Parteienschema endgültig aufgebrochen zu sein scheint. Diese Situation eröffnet rechts und links von den traditionellen Parteien Freiräume. Bislang sind die rechten Gründungsversuche gescheitert, während auf der Linken die Grüne Partei sich als relativ stabiler Faktor etablieren konnte. Durchaus möglich, daß die Linke in dieser Situation wenigstens ein Stück weit in die Offensive kommt. Der Versuch lohnt sich allemal.

jb

Ende eines faulen Kompromisses

Der Streit umd die ALKEM gefährdet die rot-grüne Koalition

Ende der rot-grünen Harmonien in Hessen — mindestens. Den Koalitionären steht wieder der Konflikt ins Haus, den sie seit Anbeginn vor sich herschoben und immer aufs Neue zu vermeiden trachteten. Kurz vor der Bundestagswahl machte SPD-Wirtschaftsminister Steger die sensationelle Ankündigung, er wolle der Hanauer Plutoniumfirma ALKEM eine zeitlich und quantitativ begrenzte Genehmigung nach dem Atomrecht erteilen. In Bonn konterte Wallmann, als Reaktorsicherheitsminister weisungsbefugt gegenüber den Ländern, derartige Auflagen seien mit dem Atomgesetz nicht vereinbar. Zusätzlich brachte der Bundesumweltminister den hessischen Politiker in Bedrängnis, als er einen Schriftwechsel mit dem Steger-Ministerium veröffentlichte: Darin billigte die Wiesbadener Atomabteilung schwarz auf weiß der Firma noch großzügigere Konditionen zu. Auf der anderen Seite ist die sprichwörtliche Geduld der hessischen Grünen ausgereizt. Alle Tricks und Windungen der Sozialdemokraten können nicht darüber hinwegtäuschen, daß Börner und Steger die Koalitionsvereinbarungen, die die Landesregierung eindeutig festlegten, keine Genehmigung auszusprechen, mißachtet haben. Während die SPD noch glaubt, die Grünen wie Politamateure über den Tisch ziehen zu können, hat sie in Wirklichkeit das Gesetz des Handelns längst abgegeben: An Wallmann, der sich rüstet, als CDU-Spitzenkandidat in den Hessenwahlkampf zu ziehen.

Steger hat offenbar versucht, die herrschende sozialdemokratische Politakrobatik mit einem direkt aus dem Spagat gesprungenem anderthalbfachen Flick-Flack in den geschraubten Handstand zu krönen. Das Bemerkenswerteste daran: Niemand sollte das Kunststück bemerken (und bewundern) dürfen. In Hessen sind die Genehmigungsverfahren für die Hanauer Nuklearbetriebe NUKEM, ALKEM, RBU und HOBEG anhängig. Begleitet werden sie von einer stattlichen Zahl gerichtlicher Verfahren, in denen Bürgerinitiativen auf Stillegung wegen illegalen Betriebs kerntechnischer Anlagen klagen. Während sich die Grünen, was NUKEM, RBU und HOBEG betrifft, bei der Koalitionsbildung in Wiesbaden praktisch auf Null herunterhandeln ließen, spielt ALKEM als reiner Plutoniumbetrieb immer noch eine besondere Rolle.

Die Firma hat die erste Ladung von Brüter-Brennelementen für Kalkar bereits produziert; darüber hinaus fertigt sie sog. Mischoxid-Brennelemente (MOX) aus Uran und Plutonium, die in ,normalen' Leichtwasserreaktoren eingesetzt werden. Zu diesem Zweck besitzt sie eine vorläufige, veraltete und rechtlich mindestens höchst umstrittene Umgangsgenehmigung mit 460 kg Plutonium. Im laufenden Genehmigungsverfahren hat sie — ohne stichhaltig zu begründen, wozu — beantragt, diese Menge auf das Vierzehnfache, nämlich 6,7 Tonnen Plutonium, anzuheben. Bedauerlichweise leidet ALKEM schon heute keineswegs an Plutonium-Mangel. Auf dem Firmengelände befindet sich ein Spezialbunker, welcher das Plutonium der Bundesrepublik in streng geheimer staatlicher Verwahrung enthält; dort kann sich ALKEM bei lässiger Kontrolle durch die Physikalisch Technische Bundesanstalt bedienen, solange die in der Hand der Firma befindliche Menge die vorgeschriebenen 460 kg nicht überschreitet.

Bei Bildung der hessischen Koalition und schon während der vorangegangenen Tolerierungsphase waren die Grünen nach einigen Wackeleien ihrer Realo-Mehrheit nicht bereit, eine Genehmigung für ALKEM hinzunehmen. Wie richtig diese Position war und ist, wurde im Verlauf des von der Hanauer Bürgerinitiative (IUH) geführten Rechtsstreits immer deutlicher. Es stellte sich immer überzeugender heraus, daß ALKEM sich nicht nur mit einer vorläufigen Genehmigung zwölf Jahre lang über die Runden gemogelt hat, sondern in Wahrheit nie eine rechtliche Grundlage zur Plutoniumproduktion besaß — alles unter Duldung, Beihilfe oder gar Anleitung des hessischen Wirtschaftsministeriums. Darüber hinaus erarbeiteten sich die IUH und linke AKW-Gegner Kenntnisse über die nuklearmilitärische Nutzbarkeit dieses Zweigs der Plutonium-Technologie.

Dies führte dazu, daß nach Tschernobyl die erste bundesweite Anti-AKW-Demonstration bewußt nach Hanau gelegt wurde, um darüber zu informieren, daß ausgerechnet in Hessen und unter rot-grüner Obhut Vorbereitungen für eine bundesdeutsche Atommacht gedeihen. Die Demonstration machte auch endlich breiter bekannt, daß die Brennelementefabriken ihr Uran großenteils aus Namibia beziehen — eine Schweinerei, der man in Wiesbaden (übrigens auch in der IG Chemie und im DGB) seit Jahren ungerührt zusieht. Bezeichnenderweise hat die Landesregierung bisher darauf verzichtet, zu diesen Vorwürfen Stellung zu nehmen — man glaubt, mit Ignorieren und Einfach-Nicht-Hinhören besser zu fahren.



Vater und Sohn

Die SPD ist nämlich bis heute unter keinen Umständen bereit, die Schließung der ALKEM, für die es juristische Gründe in Hülle und Fülle gibt, zu verfügen, weil die ca. 400 Arbeitsplätze erhalten werden müßten. Börner hat sich in diesem Sinne mehrfach festgelegt. So einigten sich die Koalitionspartner auf einen Kompromiß, der vor bald zwei Jahren von einer Expertenkommission (sog. ,,Doppelvierer") vorgeschlagen worden war: Der Antrag der ALKEM sei *,,nicht genehmigungsfähig"*. Sollte die Landesregierung von Bonn jedoch angewiesen werden, eine Genehmigung auszusprechen, so müsse sie sich einer solchen Weisung widersetzen und dagegen vor dem Bundesverfassungsgericht klagen. Denn das geltende Atomgesetz decke eine großtechnische Verarbeitung von Plutonium nicht ab.

Dieser Kompromiß, der ausdrücklich in die rot-grünen Koalitionsvereinbarungen aufgenommen wurde, bedarf einer Erläuterung. Unter ,,nicht genehmigungsfähig" kann man nämlich zweierlei verstehen. Die erste, eigentlich naheliegende Interpretation wäre, den Genehmigungsantrag der ALKEM von Seiten der hessischen Landesregierung formell zurückzuweisen. Dies wäre gleichbedeutend mit einer Politik, die auf Stillegung abzielt. ALKEM wäre dann in der Öffentlichkeit wie auch vor Gericht reichlich angeschlagen und würde nur noch von der Bonner Atomlobby gestützt. Eine solche Auslegung der Vereinbarung war von den Sozialdemokraten selbstverständlich zu keinem Zeitpunkt gemeint. Die zweite, von Steger eine Zeitlang leidlich realisierte Auslegung der Vereinbarung beinhaltete, den Antrag der ALKEM weder positiv noch negativ zu beantworten, sondern zusätzliche Unterlagen von der Firma anzufordern, die eingereichten Schreiben zu bemängeln usw.

Dieses reine Zeitschinden, ohne den status quo von ALKEM anzutasten, stellte die grünen Realos zufrieden. Zwar kann man sich kaum vorstellen, daß einem Fischer, dem Taktik bekanntlich nichts Fremdes ist, die Zweideutigkeiten und Unzulänglichkeiten dieses Kompromisses entgangen sind. Doch in der herrschenden Realpolitik ist ein aufgeschobenes Thema ein gutes Thema, wie auch ein wegdelegiertes Problem ein gutes Problem ist. Fischer beschränkte sich darauf, die Hände in Unschuld zu waschen, den schwarzen Peter weit von sich wegzuschieben und den Sozialdemokraten sein Verständnis für ihre Zwickmühlen zu schenken. Ansonsten war er damit ausgelastet, die eigenen Parteibeschlüsse wieder auf Null herunterzuhandeln. Immerhin hatten die Hessen-Grünen nach Tschernobyl praktisch einstimmig, also mit ausdrücklichem Einverständnis der Realo-Koalos, beschlossen, Hessen müsse noch vor der nächsten Landtagswahl aus der Atomenergie aussteigen und die ersten konkreten Stillegungen (Biblis A und NUKEM Alt) bereits 1986 verfügen. Es soll sogar Grüne geben, die diesen Beschluß seinerzeit so ernst nahmen, daß sie heute am liebsten gar nicht mehr darüber reden wollen.

So war die Krise gegen Ende der hessischen Legislaturperiode eigentlich vorprogrammiert. Allen Beteiligten zwischen Bonn, Wiesbaden und Hanau dürfte nämlich — bei unterschiedlicher Motivation — klargeworden sein, daß eine zweite Auflage von rot-grün in Hessen noch weniger Möglichkeiten bieten würde, bei ALKEM zu Pott zu kommen: Die Grünen können eine Genehmigung nicht hinnehmen, die SPD meint, eine Stillegung nicht verkraften zu können und CDU, FDP sowie die Atommafia fürchten die schlichte Aufrechterhaltung des status quo — wegen der Gerichtsverfahren, in denen die Seite der Bürgerinitiativen immer mehr Auftrieb bekommt.

Der Ausweg sollte mithilfe einer Intrige gefunden werden, die das herrschende Geschäft von Politik und Verwaltung geradezu klassisch dokumentiert. Im November wies Wallmann den hessischen Wirtschaftsminister an, die Unterlagen des Alkem-Verfahrens nach Bonn zu schicken. Steger leistete der Anweisung umgehend Folge. **Im Paket für den Bund befand sich ein vollständig ausgearbeiteter Entwurf für eine Genehmigung. Er sieht vor, der Firma — zeitlich unbefristet — den Umgang mit 2,5 Tonnen Plutonium zu erlauben. Offenbar ist dieser Entwurf formell so weit fertiggestellt, daß er den zuständigen Ministerien zur Unterschrift vorgelegt werden könnte.**

Zwei Monate später, Mitte Januar, kündigte Steger unter klarem Bruch der rot-grünen Vereinbarungen an, für ALKEM eine Genehmigung bis 1996 zu erteilen; dabei solle die bisher bestehende Umgangsmenge mit Plutonium, also 460 kg, nicht erhöht werden. Ferner solle sich die Firma auf die Produktion von MOX-Brennelementen beschränken. Wallmann widersprach sofort und verwies auf die ihm vorliegenden Unterlagen: Darin habe das Steger-Ministerium selbst 2,5 Tonnen für notwendig erachtet. Steger dementierte mit der Behauptung, was Wallmann zitiere, sei nicht mehr als ein nicht-autorisierter, veralteter Referentenentwurf. Die Genehmigungsunterlagen hätten noch ,,keine Kabinettsreife" erlangt. Die Grünen pochten auf die Koalitionsvereinbarungen. Fischer beruhigte erstmal und bezeichnete die öffentliche Auseinandersetzung als ,,graue Theorie": Mit ihm und in dieser Koalition werde es keine ALKEM-Genehmigung geben.

Schließlich ließ Finanzminister Kröllmann als Vertreter des erkrankten Börner die Katze aus dem Sack: Die Landesregierung gehe davon aus, daß Wallmann den Steger-Vorschlag, bei ALKEM den Ist-Zustand für weitere zehn Jahre zu genehmigen, ablehne. ,,Deshalb" werde die Landesregierung keine Genehmigung aussprechen und sich auch einer Weisung Wallmanns rechtlich widersetzen.

Krollmann versuchte den Grünen damit zu verkaufen, daß Steger seine Ankündigung einer zeitlich und quantitativ beschränkten Genehmigung für ALKEM nur zum Schein gemacht habe, um einen Bonner Einspruch zu provozieren — sozialdemokratische Regierungskünste. Aber in der Sache ist es gleichgültig, welchen Slalom der Wirtschaftsminister zurücklegt, wenn das Ziel klar ist: Grünes Licht für ALKEM. Steger wünscht sich nichts sehnlicher als eine Weisung durch Wallmann. Und um dem Bundesumweltministerium überflüssige bürokratische Doppelarbeit zu ersparen, hat er ihm alle notwendigen Unterlagen für die Ausarbeitung einer solchen Weisung vorab übersandt. **Das hessische Wirtschaftsministerium hat also einfach die ALKEM-Genehmigung ausgearbeitet, zu der Steger gern von Wallmann ,,gezwungen" werden möchte.**

Für einen Verfassungsstreit Bonn-Wiesbaden, falls es je dazu kommt, hat dieses Vorgehen die beträchtliche Konsequenz, daß nicht mehr über Ja und Nein einer Genehmigung verhandelt würde, sondern nur noch über das Wie. Außerdem kann sich Wallmann in aller Souveränität das Verfahren aussuchen, mit dem er die beste Ausgangsposition besetzt. Klugerweise hat er nicht gleich eine Weisung gegenüber Wiesbaden angeordnet, sondern Steger zunächst aufgefordert, bis Ende Februar definitiv zu erklären, ob er genehmigen wird oder nicht. So wird der hessische Wirtschaftsminister nach allen Regeln der politischen Taktik vorgeführt: Er möchte eigentlich, aber er kann nicht, er hat angekündigt, aber die Unterlagen sind noch ,,nicht kabinettsreif" und nach Bonn hat er die falschen Papiere geschickt usw.usf. Ein lächerliches Schauspiel, das nicht nur den angekündigten Gang vors Bundesverfassungsgericht zur Posse herabwürdigt, sondern auch geeignet ist, Wallmanns Chancen im Hessenwahlkampf zu steigern.

Das Stück aus dem Tollhaus des Herrn Steger war auf Dauer natürlich nicht durchzuhalten. Die SPD mußte sich zwischen dem Hanauer Plutonium und der Zusammenarbeit mit den Grünen entscheiden, und Börner entschied ebenso schnell wie unmißverständlich. Auf seine Anweisung bestätigte das Wirtschaftsministerium dem Bundesumweltminister, daß man — mit den genannten Auflagen — zu genehmigen gedenke. Nun endlich, zwei Tage vor der Landesversammlung der Hessen-Grünen wachte Fischer auf. Die entsprechenden Ankündigungen der Landesregierung gegenüber Bonn müßten zurückgenommen werden, sonst gäbe es keine Mehrheit mehr für diese Koalition. Diese Formulierung könnte bedeuten, daß Fischer nicht einmal aus eigenem Antrieb Konsequenzen ankündigt, sondern zur Flucht nach vorne gezwungen ist, weil einige Grüne in der Landtagsgruppe (vermutlich Franz Jakob und Chris Boppel) nicht bereit sind, dafür den Kopf hinzuhalten.

Jedenfalls verhallte Fischers eindringliche Warnung an Börner, er lade historische Verantwortung auf sich, wenn er das erste rot-grüne Bündnis jetzt zerstöre, völlig ungehört. Börner ließ durch seinen Sprecher erklären, eine solche Revision werde es nicht geben. Damit ist auch die Hoffnung der Realos, daß die Entscheidung nicht vor dem grünen Landesparteitag fällt und die Tür vielleicht noch eine Weile offengehalten werden kann, zunichte. Die Grünen können nur noch die Koalition aufkündigen, um den Weg in die Plutoniumwirtschaft nicht mitzumachen oder sie halten daran fest, obwohl ihr größerer Partner unter Bruch der Vereinbarungen diesen Schritt vollzieht.

So oder so wird es die SPD sein, die die Suppe auslöffelt. Sie löffelt schon seit dem 25. Januar und wird nach der Hessenwahl weiter löffeln dürfen. Weil ihr Appetit erkennbar nachläßt, wird man seitens der SPD Leute wie Steger früher oder später ,,schlachten" bzw. als persönliche Versager hinstellen. Auch Börner hat sein Altenteil ja schon fest im Auge. Aber bevor die Enkel zum Zuge kommen, wollen die Sozialdemokraten die schmerzhaften Schnitte wie die ALKEM-Genehmigung hinter sich bringen. Für die Hinterhältigkeit, die Einschnitte durchzuziehen, ohne die Verantwortung dafür übernehmen zu wollen, für den Irrglauben, die Sensibilität des Tankers mit der Schlitzohrigkeit eines Jesuitenordens verbinden zu können, müssen sie zahlen.

Die Rechnung lautet: Für die Stabilisierung von vielleicht 0,5 bis 1 Prozent der Wählerstimmen in der Kleinstadt Hanau sagt das Zehnfache an Prozenten in allen Großstädten ,,adieu", aber nicht ,,auf Wiedersehen". Für die Erfüllung der Forderungen eines Rappe (IG Chemie), der neben den Interessen eines reaktionären Apparats höchstens noch eine immer schmalere Schicht privilegierter Facharbeiter vertritt (weil diese Schicht zunehmend zur CDU tendiert), opfert die SPD massenhaft Stimmen an die Grünen — nicht nur aus dem ,,Öko-Milieu", sondern immer mehr auch Arbeiter und Gewerkschafter, die sich im Gegensatz zu den DGB-Apparatschiks Unabhängigkeit vom Kapital bewahrt haben. Und das ist gut so.

de.

A LITTLE REALPOLITIK

Es ist ein quälendes Schauspiel, wenn der enttäuschte Liebhaber der Wahrheit nicht ins Auge blicken mag und die kaputte Kiste immer und immer wieder beschwört. Und noch ein Gespräch und noch ein Anruf und ein Brief und eine Einladung zum Essen. Alternative können in dieser Hinsicht besonders hartnäckig sein. Vor allem wenn sie schon die ganze Zukunft für die Beziehung verplant haben. Die Landesversammlung der hessischen Grünen am 8.2. mochte die Koalition in Wiesbaden nicht beenden, obwohl sie nach der sozialdemokratischen Genehmigungsankündigungspolitik für ALKEM keine Grundlage mehr hat. Die SPD soll noch einmal zwei Wochen Zeit haben, die gegenüber Wallmann eingegangenen Verpflichtungen zurückzunehmen. Doch schon vor dem Grünen-Beschluß hatte Börner durch den Regierungssprecher erklären lassen, daß es dergleichen nicht geben werde.

Bemerkenswert war, daß die Realos mit einem windelweichen Antrag in die Versammlung gegangen waren, der einem SPD-Parteitag etwa in Hessen-Süd alle Ehre gemacht hätte. Kernsatz: *,,Die Grünen sind nicht bereit, eine hessische Genehmigung der ALKEM, in welcher Form auch immer, mitzutragen."* Das wäre ja auch noch schöner. Aber diese spitzfindige Formulierung läßt offen, in der Landesregierung zu bleiben, solange die Bundesregierung das Geschäft mit Anweisungen übernimmt (und Wiesbaden formell dagegen klagt). Im Laufe der Debatte, in der die Hanauer Grünen, die Fundamentalisten und Linken forderten, das Ende des Bündnisses festzustellen, legten die Realos drauf. Wenn die SPD ihre Politik nicht revidiere und die Briefe des Wirtschaftsministeriums an Wallmann nicht zurücknehme, müsse die Landtagsgruppe in der nächsten Parlamentssitzung der Regierung das Vertrauen verweigern, einem Mißtrauensantrag zustimmen, um vorzeitige Neuwahlen herbeizuführen, Stegers Abwahl betreiben; außerdem solle Fischer in diesem Fall zurücktreten. Ergebnis der Abstimmung: 477 Stimmen für diesen Antrag; 277 für Ende der Koalition.

Die von den Realos vorgenommenen Veränderungen ihres eigenen Antrags täuschen freilich Entschlossenheit nur vor: In Wahrheit scheint Wallmann die letzte Hoffnung der Koalos zu sein. Wenn er schnell anweist und die Börner/Steger dann den ,,entschiedenen Widerstand" drittklassiger Schauspieler markieren — weil sie zwar für Genehmigung, aber nicht in der von Wallmann anvisierten Form sind —, dann möchte man in Fischers Umgebung nochmal alle Optionen offen haben. Ob Bonn Fischer diesen Gefallen tut, ist eine Frage. Aber schon die Gedankenwelt — und die ist ja vorhanden —, daß man brütet und grübelt und nach dem letzten Strohhalm grabscht, um in einem so miesen Film weiter mitzuspielen, zeugt von Grundsätzen, wie sie sich hart am rechten Rand der Jusos tummeln. Arme FDP! Angesichts des Sponti-Ansturms muß sie bald um die Mitte fürchten.

Hamburg: Szenen keiner Annährung

Die Hamburger Sozialdemokraten hatten nach ihrer Wahlniederlage vom 9. November (CDU: 41,9%; SPD: 41,8%; GAL: 10,4%) den Mut nicht sinken lassen. Flügelübergreifend hatte man sich auf ein Überwinterungsprogramm verständigt: Absage an die GAL ebenso wie an die CDU, unauffälliges Weiterregieren, dann nach einem kräftigen Zugewinn bei der Bundestagswahl im Januar und vorprogrammiert ergebnislosen Verhandlungen mit den Oppositionsfraktionen Neuwahlen. Unklar blieben der Termin und die zum entscheidenden Bruchpunkt aufgebauten „Sachthemen", die den Sozis optimale Ausgangsbedingungen für den zweiten Anlauf mit auf den Weg geben sollten.

Nach dem neuerlichen sozialdemokratischen Debakel bei der Bundestagswahl (Ergebnis in Hamburg: SPD: 41,2%; CDU: 37,2%; GAL: 11%; FDP: 9,6%) wäre das Festhalten an dem alten Fahrplan das totale Glücksspiel. Das in Hamburg erzielte Wahlergebnis würde zwar die von Dohnanyi angestrebte sozialliberale Koalition gerade noch möglich machen. Danach stehen 50,8% für SPD und FDP 48,2% für CDU und GAL gegenüber. Allerdings ist dieses Ergebnis so nicht auf die Bürgerschaftsebene übertragbar. Die auch personell (politisch sowieso) blasse Hamburger FDP ist immerhin viermal hintereinander an der 5%-Hürde gescheitert. Ihr Wiedereinzug in die Bürgerschaft wäre bei Neuwahlen zwar wahrscheinlich, so glanzvoll wie das Bundestagswahlergebnis würde er aber nicht ausfallen. Die Hamburger Wahlergebnisse von November 86 und Januar 87 bewiesen: bis auf weiteres gibt es hier nur zwei regierungsfähige Mehrheiten: Rot-Grün oder Große Koalition.

Überwintern auch im Sommer

Dohnanyis erstes Interview nach dem für die Hamburger Sozialdemokraten niederschmetternden Bundestagswahlergebnis war ein Heiterkeitserfolg. Da die SPD gegenüber der Bürgerschaftswahl 25.000 Stimmen zugewonnen, die CDU aber 15.000 Stimmen verloren hätte, sei die Sozialdemokratie „als stärkste Partei in der Stadt bestätigt worden". Dohnanyis Folgerung für die Hamburger Landespolitik: „Deshalb sehe ich in dem Wahlausgang auch eine Bestätigung des Führungsanspruchs der Hamburger SPD" („Hamburger Abendblatt", 28.1.). Allem Anschein nach will Hamburgs SPD das Zeitspiel weiter fortsetzen. Äußerstenfalls könnte der Senat noch das ganze Jahr 1987 weiter im Amt bleiben. Nachdem die SPD im September letzten Jahres, damals noch Mehrheitsfraktion, den Senat für 1987 zur vorläufigen Haushaltsführung ermächtigt hatte, ist die für Ende April anstehende Verabschiedung des neuen Haushalts für das mittelfristige Überleben des Minderheitssenats nun nicht mehr zwingend notwendig. Die im Dezember mit den Stimmen von SPD und GAL beschlossene sog. „Bepackung" der vorläufigen Haushaltsführung — Bewilligung von Geldern u.a. für die Bereiche Gesundheit, Soziales, Schule, Kultur und Reparaturen an öffentlichen Einrichtungen — wäre noch mehrfach wiederholbar.

Weniger erfolgreich als die „Bepackungspolitik" war das von Dohnanyi mit staatsmännischem Ernst vorgetragene sozialdemokratische „Arbeitsprogramm", das eine Reihe von Einzelmaßnahmen (keine Schließung öffentlicher Klos, Olympische Spiele für Hamburg plus Umland) auflistet und als Angebot zur parlamentarischen Kooperation — jenseits des Parteiengezänks und zum Wohle der Stadt — verkauft wurde. Daß weder CDU noch GAL diesen Schwindel mitmachen würden, war einkalkuliert: scharf gingen die Sachwalter des Gemeinwohls mit der „Obstruktionspolitik" der Oppositionsfraktionen, die — wie die CDU — nur „an die Tröge" wollten (SPD-Fraktionschef Voscherau) oder — wie die GAL — sich der Sachdiskussion verweigern würden, ins Gericht. Die erhofften Stimmengewinne hat das den Sozialdemokraten, wie gesehen, nicht eingebracht. Die GAL profitierte von ihrer „Verweigerungshaltung" gar noch durch weiteren Stimmenzuwachs. Drei Tage nach der Bundestagswahl nahm die SPD erstmals offizielle Verhandlungen mit der CDU auf.

Warum eigentlich keine Große Koalition?

Sehr zum Unwillen der 1982 durch den Masseneintritt von Malermeistern und anderen Gewerbetreibenden auf neuen Kurs gebrachten FDP favorisieren Hamburgs Unternehmer und ihre Verbände offen die Große „Koalition der Vernunft". Unüberbrückbare politische Gegensätze sind es nicht, die die von Handelskammerpräses Illies geforderten „klaren Verhältnisse" bisher verhindern. Dohnanyis „Standortpolitik" (Industrieansiedlung zu Vorzugsbedingungen und unter Hintanstellung des Umweltschutzes) und Polizeisenator Pawelczyks Dialog mit dem Knüppel haben der CDU in der Vergangenheit wenig Raum zur Darstellung noch weitergehender politischer Vorstellungen gelassen. Die wesentlichen Unterschiede liegen im PR-Bereich: im Interesse modischer Profilerneuerung möchte die SPD auch weiterhin vom AKW-Ausstieg reden, während der Text zur Erkennungsmelodie des CDU-Majors Perschau von gefährdeter Innerer Sicherheit und nicht mehr tolerierbaren „rechtsfreien Räumen" in der Hafenstraße handelt.

Die bisherige Beschlußlage der SPD schließt eine Große Koalition aus — schon wegen des sonst zu erwartenden weiteren Zuwachses für die GAL mit all seinen für Hamburg verderblichen Folgen. Andererseits will die CDU ohne Berücksichtigung bei den Posten dem Haushalt nicht zustimmen. Trotzdem wird seit dem 28.Januar verhandelt. Da fragt sich die Berichterstatterin des „Hamburger Abendblattes": *„Was aber gibt den Spitzenpolitikern (gestern wurden Dohnanyi und Perschau von ihren Parteichefs Ortwin Runde und Jürgen Echternach begleitet) bei diesen festgefahrenen Positionen den Schwung, gleich eine ganze Gesprächskette zu vereinbaren?"* („HA",29.1.). Da gibt es wohl nur zwei Erklärungsmöglichkeiten: entweder wird tatsächlich ernsthaft in Richtung Große Koalition verhandelt, oder die Gespräche sind Bestandteil der sozialdemokratischen Verzögerungstaktik, und insgeheim wird auf die vage Hoffnung gesetzt, bis Ende des Jahres könnte sich durch übergeordnete politische Entwicklungen doch noch eine halbwegs günstige Konstellation für Neuwahlen ergeben.

Und die GAL?

Die GAL hat die sich aus der Minderheitsposition des SPD-Senats ergebenden Spielräume genutzt. Die Abschaffung der Getränkesteuer, die Halbierung der Hundesteuer und die Senkung der Müllgebühren, alles gemeinsam mit der CDU durchgesetzt, sind für die GAL parlamentarische Erfolge bisher nicht gekannten Ausmaßes. An die hessischen Realos, die gewohnt sind, Reformen in DM-Beträge umzurechnen: die schwarz-grüne Reformpolitik hat bislang ein Volumen von 110 Mio. DM, wenn auch etliches davon in die Kassen der Kneipenwirte fließen wird — ein hübscher Betrag wird an die „Betroffenen" ausgeschüttet: die nicht unerhebliche Zahl der Säufer und Hundebesitzer. Praktizierte Sozialpolitik!

Auf der anderen Seite hat die GAL den vorläufigen Haushalt mit „bepacken" geholfen. Sie konnte das, weil die SPD nur unproblematische Posten zur Abstimmung stellte und Geld für die „Standortförderung" gar nicht erst beantragte. (Daß Anfang Januar mit der Zustimmung der GAL zu einer 13 Mio.-Senatsbürgschaft für die Sietas-Werft ein Rüstungsauftrag abgesichert wurde, war eine vermeidbare Panne. Immerhin folgte umgehend die Selbstkritik.)

Die politische Bewertung der Haushalts-„Bepackung" gehen allerdings auseinander. Teile der GAL-Fraktion scheinen der Ansicht zu sein, hier der SPD etwas abgerungen zu haben, während SPD-Fraktionsvorsitzender Voscherau in aller Öffentlichkeit erklärt, es sei ausschließlich „genuine SPD-Politik durchgesetzt" worden. Ob mit der Abstimmungskoalition in dieser Frage für die GAL eine „Selbstbindung durch Vorgriffe" auf den Haushalt 87, der Beginn einer Tolerierungspolitik „aus Versehen" stattgefunden hat, wie der ehemalige GAL-Bürgerschaftsabgeordnete Kurt Edler in einem Kritikpapier schreibt, wird sich in den kommenden Gesprächen über den Haushalt zeigen. Die immerhin will die SPD mit der GAL führen und dabei ihr verunglücktes „Arbeitsprogramm" von Anfang Januar in Anträge zum Haushalt übersetzen.

Das Eimsbüttler Signal

Daß die GAL gegen „realpolitische" Verlockungen nicht immun ist, zeigt das Beispiel Eimsbüttel. Hier sollten — nach klassischer Hamburger Tolerierungslinie — für die Zustimmung der GAL zur Wiederwahl der Bezirksamtsleiterin Nümann-Seidewinkel (SPD) politische Zugeständnisse von der SPD eingehandelt werden. Herausgekommen sind eine Reihe unverbindlicher politischer Absichtserklärungen, etwa: *„Die SPD wird einem GAL-Antrag zustimmen, der den Senat auffordert, das südafrikanische Generalkonsulat am Harvestehuder Weg zu schließen"* (nach „taz", 16.1.). Besonders peinlich ist die gemeinsame Aussage zum eigens von der GAL in die Verhandlungen eingebrachten Thema „Hafenstraße". Hier einigte man sich auf die dozialdemokratische Formel: Für die Dauer von Vermittlungsgesprächen keine Räumung. Dazu der SPD-Fraktionsvorstand: *„Solche Gespräche können einen Tag oder Monate dauern. Wir haben kein Jota einer Erklärung abgegeben, daß die Hafenstraße ad infinitum erhalten bleibt"* („taz", 16.1.). Genüßlich und gehässig kommentiert „Bild" (21.1.): *„GAL läßt Chaoten im Stich. (...) Mit großer Mehrheit verzichteten die Eimsbüttler Grünen darauf, die umstrittenen Häuser zu erhalten, den Mietern Dauerwohnrecht zu gewähren".* Wohingegen die „taz", an harter Tolerierungspolitik gar nicht interessiert, frohlockte: *„Die Hamburger Linie hat versagt"* (21.1.).

Zumindest ergänzungsbedürftig scheint die GAL-Bürgerschaftsabgeordnete Thea Bock die „Hamburger Linie" zu finden. Während der sensationellen Fernseh-Live-Übertragung des Eimsbüttler Wahlvorgangs zum Interview über die Hamburger Landespolitik gebeten, verblüffte sie mit der Forderung: „Dohnanyi muß weg!" Auch das liegt im grünen Bundestrend. Lukas Beckmann am Wahlabend in der Bonner Runde: „Wir wollen Lafontaine!" Statt Formulierung politischer Bedingungen Hoffen auf den Austausch von Personen.

Fast vergessen: die SPD-Linke

Wenig, sehr wenig hat sich seit dem 9. November im linken Teil der Hamburger SPD getan. MdB und Ex-Bürgermeister Klose ist grundsätzlich gegen „formale Abgrenzungen" („Hamburger Morgenpost", 29.1.). Wichtig findet er, daß offiziell mit („Hamburger Morgenpost", 29.1.). Wichtig findet er, daß offiziell mit CDU und GAL verhandelt wird: *„Mit beiden anderen Parteien wäre eine Koalition denkbar. Mit wem man dann zusammengeht, muß am Ende ein Parteitag entscheiden."*

Kloses Kollege Freimut Duve hält dagegen wenig von einer Großen Koalition, umso mehr aber von einer sozial-liberalen, vorausgesetzt die Hamburger FDP ist bereit, *„der sozialfeindlichen Politik Bonns in Hamburg und im Bundesrat zu widerstehen"* („Hamburger Rundschau", 5.2.). Ganz ausschließen will er auch eine Koalition mit den Grünen nicht. Daß die GAL allenfalls zur Tolerierung bereit ist, ist für Duve kein Thema; ebensowenig die Frage, welche politische Grundlage denn ein Zusammengehen von SPD und GAL haben könnte. Konkretes ist auch von den linken Bezirksvorsitzenden Traute Müller (Eimsbüttel) und Walter Zuckerer (Altona), die sich für ein Bündnis mit der GAL aussprechen, nicht zu erfahren. Traute Müller ist voller Hoffnung: *„Klaus von Dohnanyi hat sich unheimlich festgelegt, aber ich traue ihm zu, daß er seine Position in dieser Frage noch einmal verändert."*

All diese schwammigen bis nichtssagenden Bekenntnisse finden sich in der „Hamburger Rundschau" unter der riesigen Schlagzeile „Szenen einer Annäherung". Wie wäre es, wenn die HR-Redaktion es mal mit einer Annäherung an die Realität versuchte?

Js./Hamburg



Parlamentarischer Abend in Hamburg — Hooven (Deutsche Bank), Thea Bock (GAL), Pawelczyk (SPD), Perschau (CDU), Fahning (Landesbank)

„Rot-Grün" in Schleswig-Holstein?

Rein rechnerisch signalisiert das Wahlergebnis in Schleswig-Holstein (SH): Es kann im September gelingen, die Barschel-Regierung durch einen Ministerpräsidenten Björn Engholm abzulösen. Damit wäre dann nach 37 Jahren der Weg für eine andere Politik frei.

Allerdings hängt diese Möglichkeit an einem seidenen Faden: Erstens darf die SPD nicht weiter abrutschen, zweitens müssen die Grünen annähernd wieder ihr Erststimmenergebnis von über 90.000 erreichen, drittens muß vor allem der CDU-Stimmen-Block gewichtig, aber parlamentarisch erfolglos angeknabbert werden und viertens muß sich der dänisch orientierte SSW auf die Seite Engholms schlagen. Einige Erläuterungen dazu: Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Grünen die 5%-Hürde schaffen werden und erstmalig in den Landtag einziehen können. Selbst beim geringeren Erststimmenergebnis dieser Wahl lagen sie zum dritten Mal nach der Europawahl und der Kommunalwahl bei fast 100.000 Stimmen. Und bislang reichten immer 85.000 für die 5%-Hürde.

Im Verhältnis zur letzten Bundestagswahl haben sich SPD (39,8%) und Grüne (8,0%) um 0,9% Wählerstimmen gesteigert. Im Lande regiert die CDU alleine, gestützt auf eine 49% Mehrheit. Wenn SPD und Grüne stabil bleiben (und das signalisiert das Wahlergebnis), bestehen Chancen, die CDU aus dem Sattel zu kippen, vorausgesetzt deren Stimmenpotential wird von der FDP (bei der letzten Landtagswahl bei 2,2%) und einer neuen, rechten „Unabhängigen Wählergemeinschaft SH" (UWSH) weiter angezapft. Die UWSH wird in der Landespresse recht hoch gehandelt, weil sie bei der Kommunalwahl z.B. in Dithmarschen auf Anhieb 11,2% der Stimmen schaffte. Engholm erklärte nach der letztjährigen Kommunalwahl, jetzt würden ihm nur noch 50.000 Stimmen fehlen, diese umgerechnet 3% sollen aber erst einmal gewonnen werden oder zumindest bei der CDU verschüttgehen. Nur wenn die vom CDU-Potential zehrenden FDP und UWSH nicht über 5% und nicht in den Landtag kommen, dann und nur dann könnte ein Regierungswechsel klappen.

Hn.

„Die Talsohle durchschritten"

Die Wahl, die NPD und die Deutschnationalen

Dritte Gewinnerin der Bundestagswahl neben FDP und Grünen —mit verdreifachtem Prozentanteil— ist die NPD. In absoluten Zahlen: Statt 91.000 Stimmen 1983 konnten die Rechtsextremen jetzt 226.000 verbuchen. Alt- und Neonazis also wieder im Kommen?

G. Frey, Chef des um die *Deutsche Volksunion* gescharten Rechtsaußenblocks, läßt seine „*National-Zeitung*" vorsichtig resümieren: „*Die NPD hat offensichtlich die Talsohle durchschritten.*" (DNZ, 30.1.87) Hans-Joachim Richard härmt sich in der gleichen Ausgabe über den „*beklagenswerte(n) Zustand (...), daß hierzulande ‚die Mitte" allein regiert und kaum jemand es als unnormal erkennt (...).*" Sein Trostplan: „*Um den Aufbau einer Vereinigten demokratischen Rechten wird es in den kommenden vier Jahren gehen (...).*"

Fette und magere Jahre

Tatsächlich relativiert sich das NPD-Ergebnis im Licht der Entwicklung seit Gründung der Partei 1964:
Zweitstimmen bei Bundestagswahlen (Jahr/Prozente/Stimmen)

1965: 2,0% —	664.000
1969: 4,3% —	1.422.000
1972: 0,6% —	207.000
1976: 0,3% —	123.000
1980: 0,2% —	68.000
1983: 0,2% —	91.000
1987: 0,6% —	226.000

Nach wie vor bewegt sich der in Wahlstimmen erfaßte Rechtsextremismus am Rand der Bedeutungslosigkeit. Das Anwachsen der Stimmzahlen signalisiert jedoch, daß ins rechte Lager Bewegung gekommen ist.

Im Schatten der CDU/CSU

1964/65 bildete, grob gesprochen, der Wechsel von CDU/CSU (plus FDP) zur Großen Koalition und zur Sozialliberalen Regierung („Neue Ostpolitik" etc.) den Hintergrund der wachsenden NPD-Erfolge. Das ökonomisch und sozial notwendig gewordene Sich-Einlassen der CDU/CSU mit der SPD, ihre „Entmachtung" zur Oppositionspartei schließlich, schwächte ihre Integrationsfähigkeit nach Rechtsaußen so weit, daß die NPD als neue „nationale" Partei des Rechtsextremismus in schneller Folge Furore machen konnte. Bei Landtagswahlen zwischen 1965 und 1969 rangierte die NPD in Größenordnungen von 3,9% (Hamburg 1966) bis zu 9,8% (Baden-Württemberg 1968). Erst das knappe Scheitern an der 5-Prozent-Marke bei der Bundestagswahl 1969 läutete den parlamentarischen Abstieg der NPD ein, was durch die militanten, skandalträchtigen Massenaktionen der NPD/Vereinigten Rechten 1970/71 nicht verhindert werden konnte, sondern wohl eher forciert wurde. Die *Aktion Widerstand* („Brandt an die Wand" usw.) endete 1972 in vernichtenden 0,6% bei den Bundestagswahlen. (Ausgerechnet in ihrer Hochburg Baden-Württemberg hatte die NPD zuvor schon auf eine Teilnahme an Landtagswahlen zugunsten der CDU verzichtet!). Versuche, durch Fusion mit dem Frey-Konzern *(Volksunion, Wiking-Jugend, „National-Zeitung")* sich dem Trend entgegenzustellen, scheiterten 1975/76. Rechts von CDU und CSU war seitdem kein nennenswertes Stimmpotential mehr vorhanden. Die C-Parteien, im Gegensatz zur abwirtschaftenden SPD, stellten sich als hoffnungsträchtige Kräfte einer national-orientierten rechten „Wende" dar.

Stimmgewinne nach 1983

Nach Installierung der „Wende"-Regierung Kohl — NPD bundesweit damals: 0,2% — zeigt sich jedoch allerorts ein Verdoppelungstrend für NPD-Zahlen; vielfach wird die 0,5%-Marke überschritten (Wahlkampfkostenerstattung!); örtlich bringt die NPD (bzw. bringen andere Rechtsaußen-Gruppierungen) es auf Prozentzahlen über der Null-Komma-Grenze. Bemerkenswert waren zuerst im Juni 1984 die 0,8 Prozent für die bereits totgeglaubte NPD bei den **Europawahlen** — freilich bei sehr niedriger Wahlbeteiligung von 56,8%. Immerhin: Statt der 91.000 Stimmen (Bundestagswahl 1983) waren es nun 198.000. Besonders NPD-trächtig: Baden-Württemberg (1,1%), Hessen (1%) und Bayern (0,9%). Bei **Kommunalwahlen in Baden-Württemberg** — ebenfalls 1984 — erreichte die NPD zwischen 0,4 und 4,2 Prozent, hatte allerdings nur an besonders aussichtsreichen Orten kandidiert (in 6 Gemeinden/Kreisen mehr als 1979/80, dem Zeitpunkt der vorhergehenden Kommunalwahlen). Erhielt die NPD 1979/80 ganze 2 Ratssitze, kam sie jetzt auf insgesamt 4 (davon 3 in Villingen-Schwenningen/4,2%, einer im Schwarzwald-Baar-Kreis/3,5%). Der Ex-NPD-Landesvorsitzende Deckert trat 1984 mit einer eigenen *Deutschen Liste* an und verteidigte seinen ehemaligen NPD-Ratssitz in Weinheim. Soweit das NPD-Musterländle auf Kommunalebene. Die **Landtagswahlen** an der **Saar** im folgenden Jahr wurden zum „Schwerpunkt für die ganze Partei" im Jahr 1985 erklärt; Wahlziel war, in den Landtag einzuziehen. Unterm Strich kamen dabei 0,7% heraus, was keine Steigerung gegenüber den letzten Landtagswahlen, an denen sich die Saar-NPD beteiligt hatte (1975) bedeutete, aber einen Zuwachs von 0,2% gegenüber der Bundestagswahl 1983. Das Spitzenergebnis war in Homburg zu verzeichnen: 1,2%. Gleichzeitig fanden **Kommunalwahlen in Hessen** statt. In den 6 Kreisen/Gemeinden, wo die NPD Kandidaten aufstellte, erreichte sie zwischen 0,7 und 1,5%. (Das herausragende Ergebnis in Wölfersheim — 11,5% — soll auf dem besonders „honorigen" Auftreten des örtlichen NPD-Mannes beruhen. Ortsergebnisse Kommunalwahlen 1981: 5%, Bundestagswahlen 1983: 6,9%!). In Frankfurt, wo die NPD nicht kandidierte, erreichte die FAP 0,1% und die von dem Ex-NPD'ler V.Fink geleitete *Soziale Vaterländische Partei (SVP)* 0,3%. Das jetzige **Bundestags-Wahlergebnis** entspricht genau diesem Trend. Überdurchschnittliche Erfolge verzeichnet die NPD in ihren Traditionsländern Baden-Württemberg (1%) und Hessen (0,8%) sowie im Saarland (0,8%) — also dort, wo durch die NPD selbst bzw. durch neofaschistische Gruppierungen entsprechend vorgearbeitet wurde. Spitzenergebnisse in Hessen — teilweise mit Verdrei- und Vervierfachung der Stimmen gegenüber der 83er Wahl — liegen in Kreisen/Städten mit hinlänglich bekannten Naziumtrieben: Lahn-Dill-Kreis (1987: 0,9%/1983: 0,3%); Wetterau (1,6%/0,4%); Hanau (0,9%/ 0,2%); Frankfurt I-Main-Taunus (1,0%/ 0,4%); Frankfurt II und III (0,9%/ 0,3 bzw. 0,4%); alles Zweitstimmen). Genauso ist zum Beispiel das beste Terrain im insgesamt weniger NPD-günstigen Hamburg (wie Nordrhein-Westfalen nur 0,4%) dort, wo Neonazi-Umtriebe seit längerem registriert werden: Bergedorf (0,6%) und Harburg (0,5%). In diesen Stadtteilen sind übrigens zugleich die SPD-Zahlen überdurchschnittlich hoch und die Grünen-Ergebnisse unterdurchschnittlich niedrig.

Streit ...

Streit ...

Insgesamt ist es weder der NPD noch irgendeiner anderen Rechtsaußen-Gruppierung auch nur annähernd gelungen, einen handfesten Stimmenanteil aus dem rechten CDU/CSU/FDP-Potential herauszulösen oder zu neutralisieren. Die besten Ergebnisse liegen um die 1 Prozent. Verschiedene Anstrengungen, vor der Wahl, ein deutlicheres Zeichen rechtsextremer oder deutschnationaler Unzufriedenheit zu setzen, sind offensichtlich zur Zeit nicht besonders weit gediehen. Die *Republikaner*, von abtrünnigen CSU- und NPD-Kräften gebildet, erreichten zwar bei den jüngsten bayerischen Landtagswahlen 3% — örtlich bis zu 6 und 7%! — waren aber nicht in der Lage, bundesweit „auszustrahlen". Republikaner-Chef Schönhuber hielt es für angebracht, sich von der NPD („Rechtsextreme") abzugrenzen, was ihm deren und G.Freys Propaganda-Gegenfeldzug eintrug; Frey gründete im übrigen eine *Deutsche Volksliste* (Slogan: „Die rechte Alternative, auf die Deutschland wartet, ist da"), die als „Formation neuer Art" angeblich „auch an Wahlen teilnimmt". Gleichzeitig rief Frey aber zur Wahl der NPD auf. Bayern-Ergebnis: 0,6%.

... und Drohungen: „Vierte Partei" ?!

Der Brückenschlag von diesen Positionen ins Lager der etablierten Konservativen in und um die CDU/CSU läßt, bislang wenigstens, auf sich warten. Die *Deutschen Konservativen* beispielsweise appellierten vor der Wahl, nochmals zähneknirschend CDU/CSU zu wählen: „*Wir sind gegen Rot-Grün. Aber bei uns sollen sich auch die Freunde vom ZENTRUM, den Republikanern und anderen wohlfühlen. Auf Dauer ist die Parole ‚Augen zu — CDU' eine Zumutung*". („Vertrauliche Mitteilungen", 17.12.86). Solche Freunde (denen Gruhls ÖDP, die *Mündigen Bürger* und der EAP-Tarnverein *Patrioten* nicht fern stehen dürften — insgesamt für rund 0,5% gut) teilen sicher die Situationsbeschreibung: „*Die Entwicklung der CDU ist nach Regierungsübernahme eher von einer Verschiebung nach links gekennzeichnet, während die Entwicklung der Wähler nach rechts verläuft*". Dies — vor der Wahl verfaßt, nachher ausposaunt — stammt immerhin aus der Schreibmaschine des Westberliner CDU-Bundestagsabgeordneten Lummer, wegen Finanzhilfen für Rechtsradikale geschaßter Innensenator. Noch ruft Lummer aber nicht zu einer „Vierten Partei" (inzwischen eigentlich: Fünfte!) auf: „*Entweder gelingt die Integration der konservativen Wähler in die CDU, oder es formiert sich eine neue Partei*". Diese Integrationsaufgabe erklärt er „*nach wie vor als lösbar*" (taz, 28.1.87). CSU-Ideologe Prof. Rohrmoser hingegen bringt die bundesweite CSU wieder ins Spiel: „*Die Christ-, National- und Agrarkonservativen sind mit dem Kurs und der grundsätzlichen Entwicklung der Koalition Christ-, National- und Agrarkonservativen sind mit dem Kurs und der grundsätzlichen Entwicklung der Koalition nicht einverstanden. (...) Natürlich erzeugen die Grünen auch gleichzeitig, was sie als Gefahr beschwören, nämlich ein neues nationales und konservatives Potential*". Und um dem vorzubeugen, daß „*dieses Potential politisch so organisiert wird, daß es eben das traditionelle Parteienspektrum (...) sprengt*", sei es „*das Vernünftigste (...), wenn die CSU die Chance bekäme, in vernünftiger Absprache mit der CDU dieses Potential zu integrieren*" (taz, 28.1.87). Was sich hier an Perspektiven, Chancen und Aufgaben auftun mag, hat auch die klugen Köpfe hinter der FAZ aufmerken lassen. Bezüglich der NPD heißt es da in einem Nach-Wahl-Kommentar: „*Aufregung über sie ist nicht am Platze (...), aber wissen möchte man doch immerhin, was da vorgeht. (...) Die Winzlinge unter den Parteien sollten nicht leichtfertig als skurrile Zeiterscheinungen abgetan werden. Der eine oder andere von ihnen könnte sich als Ferment erweisen*". (FAZ, 27.1.87)

R., Antifa-Kommission, Hamburg

Dieses und Jenes

Bitburg. Bier- und Raketenstadt in der Eifel, Ort des historischen Händedrucks von Kohl und Reagan über Wehrmachts- (und SS-Gräbern). Hier erhielt die CDU einen Denkzettel. Nach Tübingen hatte sie in diesem Wahlkreis mit 8,4 Prozent die höchsten Verluste von allen 204 Wahlkreisen, in denen die CDU kandidierte, behielt aber mit 57,2 die absolute Mehrheit. Die FDP gewann 3,3, die SPD 2,2 und die Grünen 2,5 %.

***

Hanau. Plutoniumstadt, Ort des Schreckens — laut Medienhetze allerdings wegen der Demonstration vom November 1986 — lag für die Grünen im Landestrend. Mit 9,0 % legten sie 3,4 % zu. Die CDU verlor unterdurchschnittlich 1,9, die SPD überdurchschnittlich 3,6 und die FDP gewann weit überm Schnitt 7,1 %.

***

Schwandorf. Landkreis der umkämpften WAA in der Oberpfalz. Hier wurde der CSU der höchste Verlust in ihren 44 Wahlkreisen mit -11,1 % verpaßt, sie blieb aber mit 54,2 % stärkste Partei. Die SPD gewann gegen den Trend 6,8 % hinzu, FDP und Grüne lagen mit +1,1 und +1,6 unter den üblichen Zugewinnen. In Wackersdorf kam die CSU nur noch auf 38,8 %. In der gesamten Oberpfalz schließlich verlor sie mit 7 % überdurchschnittlich, SPD und Grüne gewannen jeweils 2,2 % hinzu.

***

Petra oder Otto? Otto Schily, grüner Star und Medienliebling, wurde mal wieder besonders gehätschelt. Fast alle Zeitungen hoben seinen persönlichen Achtungserfolg im Wahlkreis Düsseldorf-Stadt hervor: 10,7 % der Erststimmen, weit über dem grünen Landesdurchschnitt von 7,4 %. Gegenüber 9,4 % Zweitstimmen im selben Wahlkreis ist zwar der Unterschied von 1,3 % Plus immer noch beachtlich, aber doch geringer als es seine Medienfreunde mit dem Vergleich zur Landeszahl weismachen wollen. In der ihm eigenen Bescheidenheit reklamierte er denn auch im SPIEGEL den grünen Erfolg für sich und die „Realpolitik", wofür sichtbarer Beleg wäre, „*daß Joschka Fischer und ich in den Wahlveranstaltungen den stärksten Zulauf hatten.*" So,so — und was ist mit Petra Kelly? Sie erhielt nicht nur 12,8 % der Erststimmen in ihrem Wahlkreis Freising, sie schnitt auch mit einem Plus von 2,6 % gegenüber den Zweitstimmen (10,2) ihrer Partei ab und lag erheblich über dem bayerischen Landesergebnis von 7,7 %. Wer hat denn da gewonnen?

***

Christoph Struhk. Nicht bekannt? In Braunschweig kandidierte er allein als Direktkandidat unter dem Titel „Der KANDIDAT". 2.293 Stimmen, ca. 1,4 %, erhielt er für sein schlichtes Programm, das da lautete: „*Sie können dem KANDIDATEN beruhigt Ihre Stimme geben. Wenn er nach Bonn kommt, ist er völlig machtlos und kann nichts machen, was Sie ärgert oder Ihnen schadet.*" Und: *Wenn Sie etwas vom KANDIDATEN wollen, brauchen Sie keine große Parteispende oder eine Reise auf die Seychellen springen lassen. Der KANDIDAT tut es schon für einen Teller Götterspeise oder einen Träger Bier.*" Sauer war der SPD-Direktkandidat Kühbacher — ihm fehlten am Ende 593 Stimmen zum Sieg über seinen CDU-Konkurrenten.

***

Hans Apel. Hamburgs SPD-Rechter und Schmidt-Mann, der sich seine Kandidatur nur mit massiver Unterstützung der Bonner Parteispitze und der rechten SPD-Lobby von Pawelczyk erschlich, verlor sein Direktmandat an die CDU-Null Fischer. Daß er dennoch über die Landesliste wieder in den Bundestag zog, verdankte er seinem rechten Kollegen Uwe Hansen. Der verlor sein Direktmandat an die CDU. Damit hatte die SPD nur noch fünf der sieben Hamburger Direktmandate, so daß Apel als Nummer Eins der Landesliste das einzige Listenmandat der insgesamt sechs SPD-Sitze besetzen konnte.

***

Frank Stülcken. Nach dem „Hamburger Kessel" mehrere Wochen wegen angeblichem Mollie-Wurf in U-Haft und demonstrativ als Direktkandidat für die GAL in Hamburg-Altona aufgestellt, sorgte für Erststimmen-Verwirrung und war erfolgreich. Zwei Tage vor der Wahl rief er zu vieler Überraschung dazu auf, die Erststimme dem SPD-Kandidaten Uwe Hansen zu geben, damit der CDU-Vorsitzende Echternach nicht direkt gewählt wird. Prompt verlor Hansen — machtlos gegen diese ungebetene Wahlhilfe — sein Mandat. Was Stülcken nicht wissen konnte: Dafür kam Apel wieder in den Bundestag, wogegen der Hinterbänkler Hansen das kleinere Übel gewesen wäre. Pech gehabt.

***

Franz Handlos. Ehemaliger CSU-Abgeordneter, dann „Republikaner" und jetzt „Freiheitliche Volkspartei", kandidierte im Wahlkreis Deggendorf für das Direktmandat. 17.000 Stimmen, 17,2 % erhielt er, nachdem er 1983 für die CSU 73,6 % bekam. Der CSU-Bewerber verlor 16,4 %. Gleichzeitig wurde mit nur 75,8 % die niedrigste Wahlbeteiligung in Bayern registriert.

***

Helmut Palmer. Der ewige „Rebell aus dem Remstal" will sich anscheinend mit dem „Robin Hood aus dem Bayerischen Wald", Franz Handlos, zusammentun. Palmer hatte im württembergischen Wahlkreis Waiblingen direkt kandidiert und 31.000 Stimmen, 19,2 %, erreicht. Die Kandidaten von CDU und SPD verloren 11,7 bzw. 10,2 %. Als „erster echter Grüner" will Palmer jetzt zusammen mit Handlos über die Landesgrenzen hinweg eine neue Partei gründen. Wieweit diese rechten Schrate und Einzelkämpfer über ihren jeweiligen Wirkungskreis hinaus Erfolg haben werden, mag man bezweifeln. Startgeld dürften sie sich gesichert haben. Da bei Erststimmenkandidatur ab 10 % die Wahlkampfkosten erstattet werden, bekommt Palmer über 150.000 und Handlos 85.000 DM ausgezahlt.

***

Wahlboykotte

Eindeutiger Wahlsieger waren die Nichtwähler. Mit einem Plus von 4,7 % lagen sie weit vor den Grünen mit 2,7 %.

Deutlich zugenommen hat auch die Zahl der Ungültig-Wähler. Zwar nahm sie bei den Zweitstimmen-Kreuzlern nur unwesentlich um 23.500 zu und liegt bei 0,9 %, bei den Erststimmen haben sich aber wesentlich mehr an Personen gerächt. Plus 51.500, 1,3 % (1983 nur 1,1 %).

Die Spitze des Wahlboykotts bildet die bayerische Rebellengemeinde Ermershausen, seit neun Jahren mit den Oberen überkreuz wegen der abgelehnten Zwangseingemeindung nach Maroldsweisach protestierten sie jetzt erstmals auch bei Bundestagswahlen mit Enthaltung. Nur 26 der 456 Wahlberechtigten trauten sich an die Urne. Nur 5,7 % Wahlbeteiligung! 19 wählten SPD, 5 FDP und 2 CSU. 73 % für die SPD, wo gab's das sonst noch in Bayern? Die Mehrheit versammelte sich ums Wahlfeuer — Stimmzettel brennen gut — und forderte „Freie Wahlen für freie Bürger". Wer nicht mehr mag, ab nach Ermershausen.

Auch Sabotage war dabei. Neben den fünf Vermummten, die in Mörfelden-Walldorf eine Stunde vor Schließung des Wahllokals die gut 1000 Stimmzettel flambierten (wegen Startbahn-West), war Spezialkleber beliebt. 19 Tübinger Wahllokale waren morgens versperrt, 2 waren es in Hannover. In Aachen nutzten Findige das schlechte Wetter und verteilten amtliche Bekanntmachungen, daß die Wahlen verschoben seien. In Münster wurde gleichzeitig zur Vernichtung der Wahlzettel aufgefordert. In Kirchheim bei Stuttgart hieß es: „Wichtige Wahlmitteilung. Aufgrund einer organisatorischen Panne muß die Bundestagswahl um eine Woche auf den 1. Februar verschoben werden. Die Amtlichen reagierten mit Rundfunkmeldungen, zum Teil Lautsprecherdurchsagen, daß dies nicht stimme. An fünf Düsseldorfer Wahllokalen prangte die Parole „Heute keine Wahl". In Kiel brannte das Info-Zelt der CDU ab. In Bayreuth wurden CSU-Plakate entfernt, auf denen es hieß: „Atomkraft für ein strahlendes Deutschland.

''Handlungsspielraum für die DKP erweitert''

Die Auswertung des Wahlergebnisses der Friedensliste durch die DKP



Aktionseinh
macht stark

Gesellschaftlicher Fortschritt, da
Dafür kämpfen Millionen Mensch

Die geschichtliche Erfahrung zeig
einheitliches Handeln die notwe
für Erfolge ist. Das Trennende b
die gemeinsamen Interessen in
stellen, das ist das Gebot der St
Nur so lassen sich
Atomkriegsgefahr
und Massenarbeits-
losigkeit bannen.

Die UZ ist für
Aktionseinheit.
In ihr kommen
Sozialdemokraten,
Gewerkschafter
und Kommunisten
zu Wort.

Aktionseinheit

„Die antikommunistische Reaktion einiger SPD-Führer auf die Aufforderung Kohls, sich von der DKP zu distanzieren, hat uns sicherlich auch erregt, aber verwirren lassen haben wir uns dadurch nicht."
(Herbert Mies)

DKP-Werbung für die UZ

186.888 Erststimmen, 0,5 Prozent, für die Friedenslisten-Kandidaten, das ist in ihrer ersten Stellungnahme „relativ zufriedenstellend". Ist es das, wo doch diesesmal mit der reinen Erststimmenkandidatur den eigenen Anhängern das Wählen so leicht wie nie zuvor gemacht werden sollte? 313.108 waren es bei der Europawahl 1984, 61.745 bei der Landtagswahl in NRW, wo die Friedensliste diesmal 51.917 Stimmen erhielt. Stagnation und Rückgang sind angesagt. Außer 1,3 Prozent in Bremen und 0,8 in Hamburg liegen die übrigen Ergebnisse in den Bundesländern zwischen 0,4 und 0,6 Prozent. Nur drei der 248 Kandidat/inn/en konnten hervorragende Ergebnisse von 5,4 bis 11,1 Prozent aufweisen. Allerdings: sie waren Direktkandidaten der Grünen. 15 weitere lagen über 1 Prozent, an der Spitze der Tübinger Kandidat mit 3,8 gefolgt von Bremen-West (Uta Ranke-Heinemann) und Freiburg mit 1,8 Prozent. Alle diese Ergebnisse stammen aus jenen Groß- und Universitätsstädten, in denen die Grünen besonders hohe Ergebnisse hatten. In mehr als der Hälfte aller Wahlkreise lag die FL bei 0,2 bis 0,4 Prozent. Seinen Glanz bekommt das Ergebnis daher nur durch die Gegenüberstellung von FL und DKP-Zweitstimmenergebnis 1983: 96.143 Stimmen (0,3 %).

Wahl von SPD oder Grünen mit der Zweitstimme, Wahl der Leute von der Friedensliste mit der Erststimme, das war die ausgedachte Taktik von DKP und FL für 1987. Mit Rücksicht auf die eigene Aussage der Bündelung aller Linkskräfte gegen die „Wende" wurde auf die Zweitstimmenkandidatur verzichtet und gleichzeitig eine schamlose Kampagne für die Wahl der FL mit der Erststimme begonnen. Motto: Wählt erst euer Herzensanliegen SPD oder Grüne und gebt uns dann die Erststimme, ihr tut damit niemandem weh und uns einen Gefallen. Entsprechend wurden Bettelbriefen gleiche Anzeigen der Friedensliste in der „taz" und anderswo geschaltet, die vor allem an Grünen-Wähler appellierten, daß SPD und Grüne diese Erststimme „nicht nötig" hätten und sie deshalb gefahrlos der FL gegeben werden könnte. Überflüssiger als mit dieser Kampagne konnte man die eigene Kandidatur nicht machen und es bleibt ein Rätsel, welches schlechte Gewissen dennoch so viele Promis motiviert hat, sich für dieses peinliche Unternehmen zu prostituieren. Geradezu absurd ist gemessen am absehbaren Ergebnis die Behauptung, daß diese Demonstration eine besondere Qualität in bezug auf die Erklärung des Friedenswillens hat. Wäre das so, dann wäre mit dem Wahlausgang erneut der ansonsten so hochgehaltenen Friedensbewegung ein Armutszeugnis ausgestellt worden.

Der wesentliche Träger der FL, die DKP, hat in bewährter Tradition seine Sprachregelung schon vor dem Wahlausgang gefunden: *„Der Handlungsspielraum der DKP sei im Wahlkampf größer geworden"*, zitiert die UZ am 24.1. den Parteivorsitzenden Herbert Mies. Neun Tage später meldete die UZ auf Seite eins dies als wesentliches Fazit der Wahlauswertungssitzung des Parteivorstands: *„Handlungsspielraum für die DKP wurde größer"* (2.2.87). Was erreicht wurde? Am prägnantesten hat dies Präsidiumsmitglied Pfriemer zusammengefaßt, der resümierte, *„daß die Wahlpolitik der DKP Beachtung gefunden habe und richtig gewesen sei. Die DKP habe zur Schwächung der Rechten und zur Stärkung der Linken beigetragen; in der SPD haben sich Positionen für Frieden und Arbeit gefestigt; die Grünen seien parlamentarisch gestärkt worden. Die DKP konnte die Zusammenarbeit in Bündnissen verbreitern."* (UZ, 31.1.87) Mehr an eigenen Erfolgen war bei diesem Ausgang nicht zu konstruieren. Wen wundert's daher, daß das DKP-Präsidium die Wahlpolitik der Partei für *„richtig und wirkungsvoll"* (UZ, 27.1.) erklärt, und *„unsere politische Linie Bestätigung erfahren hat"*? *„Wir haben allen Grund festzustellen: Unser Kampf hat sich gelohnt und lohnt sich"*, so Herbert Mies in einer denkwürdig hohlen Rede vor dem Parteivorstand (auszugsweise dokumentiert in UZ, 2.2.87). Wo so viel der eigene Erfolg beschworen wird, liegt der Verdacht nahe, daß dies in den eigenen Reihen nicht überall so gesehen wird.

In verschleierter, aber dennoch deutlicher Form zeigt dies die in der UZ begonnene Parteidiskussion „Wie weiter nach der Bundestagswahl?" Zwar bemühen sich die Berichterstatter um die üblichen Sprachregelungen der Partei, doch schälen sich mehrere umstrittene Fragen heraus. Die Friedensliste und ihr Sinn sind in der Partei umstritten: *„...bis zum Schluß habe es an klaren Orientierungen gefehlt, was denn nun den entscheidenden Unterschied der Friedensliste zu SPD und Grünen ausmache. Das habe eine breitere Mobilisierung der Genossen erschwert oder gar verhindert"*, wird von der Diskussion des Kölner Parteiaktivs berichtet (UZ, 29.1.87). So gab es *„eine halbherzige Unterstützung der Friedensliste"* durch einige Gruppen (Parteiaktiv Kiel); innerparteilich wurde noch über die Wahlstrategie diskutiert, *„wo längst ein offensiver Wahlkampf nach draußen hätte geführt werden müssen"* (Parteiaktiv Hamburg-Nord); *„bis in die letzten Stunden wurde über die Wahlempfehlung und Wahltaktik diskutiert, statt Wahlkampf zu machen"* (Stadtteilgruppen Dortmund); *„die große Bedeutung des Stimmensplittings mit der Erststimme für die Friedensliste sei von einigen nicht verstanden worden"* (Stadtteilgruppe Düsseldorf, alle Zitate UZ, 31.1.87 und 29.1.87).

Neben diesen Klagen wird fast durchgängig das fehlende *„eigene Profil der DKP"* registriert. In den Beiträgen aus Duisburg und Kiel wird vor allem auf das fehlende „Arbeiterprofil" abgehoben, wobei ein Kieler Diskussionsbeitrag mit Blick auf die Landtagswahlen unverhohlen fordert: *„Wir müssen auf jeden Fall hierzulande kandidieren."* Auch ein Mannheimer Diskutant nimmt vorsichtig Abstand von der Friedensliste, indem er betont, daß diese manchenorts hinter DKP-Ergebnissen zurückgeblieben sei. *„Dieser Vorgang muß genau untersucht werden. Eine Ausnahme ist da eher ein Diskussionsbeitrag aus Hamburg-Nord, der indirekt eine engere Zusammenarbeit mit den Grünen fordert: „Bei uns in Hamburg Nord wird die Chance einer engeren Zusammenarbeit und Parlamentsverankerung am wenigsten über die Zusammenarbeit mit der SPD gesehen."* Das allerdings scheint eher an ein DKP-Tabu zu rühren, wenngleich auch ein Kölner vieldeutig anmerkt, man müsse konkreter werden und über die Formel „die Rechtskoalition abwählen" hinausgehen. So etwas ficht allerdings Herbert Mies nicht an: *„Unser Herangehen an den Wahlkampf hat die Atmosphäre zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten verbessert."* Ist das die Antwort auf Oskar Lafontaine: *„Die dauerhafte Schwäche der DKP in der Bundesrepublik sei ein wesentliches Verdienst der an Reformen orientierten SPD"* (FR, 14.1.87)? Mies zumindest zeigt in dieser Frage eine Fähigkeit zur Analyse, die Ernst Thälmann im nachhinein zum intellektuellen Arbeiterführer werden läßt: *„Diese Diskussion ist auch zu einer Diskussion mit Sozialdemokraten und über die SPD geworden ... So mancher fragte und fragt sich, ob wir die SPD denn richtig sehen, welche Garantie es dafür gibt, daß sie sich im positiven Sinne entwickelt. Nun, wir sehen die Entwicklung der SPD nicht zu positiv aber auch nicht zu negativ. Und eine Garantie für ihre weitere Entwicklung kann niemand geben"*. (Rede vor dem Parteivorstand, UZ, 3.2.87).

Die Vorstandsverlautbarungen lassen aber nicht erkennen, daß der plumpe Anti-Rechts-Kurs infragegestellt wird und die anlaufende Parteidiskussion vielleicht inhaltlich substantiell werden könnte. Da wird mittlerweile schon die FDP mit Genscher als antimonopolistische Bündniskraft entdeckt. Kostprobe: *„der Referent zeichnete sodann ein differenziertes Bild der FDP. Im Bereich der Entspannungspolitik verstärke sie die solide Basis für weitere Bemühungen auf diesem Gebiet."* (UZ, 29.1.87) Mies sieht es sogar als Aufgabe, die Friedensbewegung auf den neuesten, minimalsten Minimalkonsens zu trimmen: *„Die Forderungen der Friedensbewegung müssen von der Regierung beachtet werden. Mindestens aber muß die Politik der gemäßigteren Kräfte im Regierungslager die Politik der ganzen Regierung werden."*

Warum überläßt man das nicht lieber Gorbatschow?

MLPD:
Drei Millionen Wahlzeitungen verteilt

13.821 Zweitstimmen für die bundesweit in allen 248 Wahlkreisen kandidierende MLPD (vormals KABD) haben diese selbstredend in ihrem Kurs bestätigt. Nicht Begeisterung, aber Zufriedenheit trägt daher ihr Organ „Rote Fahne" vor.
In Prozenten ausgedrückt: Die MLPDerhielt 0,04Prozent oder 4 Promille, alsoerheblich über dem gesetzlich zugelassenen Wert. Die Ergebnisse liegen zwischen 0,063 % in Baden-Württemberg und 0,025 % in Nieder-
nen (etwa 8 Prozent nach eigenen Angaben), neue Ortsgruppen, neue Zeitungsleser und -Abonnenten etc. — all die Argumente die man üblicherweise so hört. Wobei die MLPD besonders stark den Hang zur Selbstverarschung hat, wenn sie hervorhebt, daß die Wahlspots von 20 Millionen Menschen gesehen wurden, daß der Wahlkampf „eine große Schule der Tätigkeit als Partei der Massen" gewesen ist. Bescheidenheit ist der MLPD sowieso nicht eigen: „Zum ersten Mal seit dem

5,4 bis 11,1 Prozent aufweisen. Allerdings: sie waren Direktkandidaten der Grünen. 15 weitere lagen über 1 Prozent, an der Spitze der Tübinger Kandidat mit 3,8 gefolgt von Bremen-West (Uta Ranke-Heinemann) und Freiburg mit 1,8 Prozent. Alle diese Ergebnisse stammen aus jenen Groß- und Universitätsstädten, in denen die Grünen besonders hohe Ergebnisse hatten. In mehr als der Hälfte aller Wahlkreise lag die FL bei 0,2 bis 0,4 Prozent. Seinen Glanz bekommt das Ergebnis daher nur durch die Gegenüberstellung von FL und DKP-Zweitstimmenergebnis 1983: 96.143 Stimmen (0,3 %).
Wahl von SPD oder Grünen mit der
und Grüne diese Erststimme „nicht nötig" hätten und sie deshalb gefahrlos der FL gegeben werden könnte. Überflüssiger als mit dieser Kampagne konnte man die eigene Kandidatur nicht machen und es bleibt ein Rätsel, welches schlechte Gewissen dennoch so viele Promis motiviert hat, sich für dieses peinliche Unternehmen zu prostituieren. Geradezu absurd ist gemessen am absehbaren Ergebnis die Behauptung, daß diese Demonstration eine besondere Qualität in bezug auf die Erklärung des Friedenswillens hat. Wäre das so, dann wäre mit dem Wahlausgang erneut der ansonsten so hochgehaltenen Friedensbewegung ein Ar-
richtig gewesen sei. Die DKP habe zur Schwächung der Rechten und zur Stärkung der Linken beigetragen; in der SPD haben sich Positionen für Frieden und Arbeit gefestigt; die Grünen seien parlamentarisch gestärkt worden. Die DKP konnte die Zusammenarbeit in Bündnissen verbreitern." (UZ, 31.1.87) Mehr an eigenen Erfolgen war bei diesem Ausgang nicht zu konstruieren. Wen wundert's daher, daß das DKP-Präsidium die Wahlpolitik der Partei für „richtig und wirkungsvoll" (UZ, 27.1.) erklärt, und „unsere politische Linie Bestätigung erfahren hat"? „Wir haben allen Grund festzustellen: Unser Kampf hat sich gelohnt und

MLPD:
Drei Millionen Wahlzeitungen verteilt

13.821 Zweitstimmen für die bundesweit in allen 248 Wahlkreisen kandidierende MLPD (vormals KABD) haben diese selbstredend in ihrem Kurs bestätigt. Nicht Begeisterung, aber Zufriedenheit trägt daher ihr Organ „Rote Fahne" vor.

In Prozenten ausgedrückt: Die MLPDerhielt 0,04Prozent oder 4 Promille, alsoerheblich über dem gesetzlich zugelassenen Wert. Die Ergebnisse liegen zwischen 0,063 % in Baden-Württemberg und 0,025 % in Niedersachsen und Bayern, zwischen 252 Stimmen im Wahlkreis Freiburg und 18 Stimmen im Wahlkreis Borken. *„Die breite Streuung der MLPD-Stimmen über das ganze Bundesgebiet mit mindestens 18 pro Wahlkreis"* ist daher für MLPD-ZK-Mitglied Klaus Arnecke *„bemerkenswert"* (Rote Fahne, 31.1.87). Besonders stolz verweist die Partei auf ihre hervorragenden Wahlergebnisse in Stuttgart, vor allem aber in Gelsenkirchen. Dort ist sie in den beiden Wahlkreisen mit Direktkandidaten aufgetreten, u.a. ihrem Vorsitzenden Stefan Engel(s?). Mit 551 Erststimmen habe die Partei ihren Stimmenanteil „erheblich erhöht" — von 399 bzw. 395 bei den Kommunal- und Landtagswahlen in NRW 1984 und 1985 auf heute 551 Stimmen. Da man ja eigentlich die Zweitstimme als Zustimmung für die Partei rechnen müßte, sieht es in der Realität aber so aus, daß sie bei 327 Zweitstimmen 1987 sogar verloren hat.

Noch nie in der Geschichte der Gruppen links von der DKP hat eine Organisation sich mit einem solchen Aufwand an den Wahlen beteiligt wie die MLPD und gleichzeitig so wenig Stimmen geholt. 25.000 Unterstützungsunterschriften wurden monatelang bundesweit für die Wahlzulassung gesammelt, über 400.000 DM (Spendenziel 620.000 DM) für die Finanzierung des Wahlkampfs. Knapp 3 Millionen Wahlzeitungen sollen nach eigenen Angaben verteilt worden sein. 40 Wahlhelfer wurden zusätzlich nach Gelsenkirchen, dem Wahlkampfschwerpunkt, gezogen. Verständlich, daß die MLPD ihr Ergebnis, das sich schwerlich als politischer Erfolg verkaufen läßt, vor allem unter dem Gesichtspunkt des organisatorischen Eigennutzes bewertet: die Partei bekanntgemacht, neue Mitglieder gewonnen (etwa 8 Prozent nach eigenen Angaben), neue Ortsgruppen, neue Zeitungsleser und -Abonnenten etc. — all die Argumente die man üblicherweise so hört. Wobei die MLPD besonders stark den Hang zur Selbstverarschung hat, wenn sie hervorhebt, daß die Wahlspots von 20 Millionen Menschen gesehen wurden, daß der Wahlkampf *„eine große Schule der Tätigkeit als Partei der Massen"* gewesen ist. Bescheidenheit ist der MLPD sowieso nicht eigen: *„Zum ersten Mal seit dem KPD-Verbot 1956 kandidierte bei der Bundestagswahl mit der MLPD eine revolutionäre Arbeiterpartei."* Wir wissen zwar, daß es sich bei den nachfolgenden Organisationen aus MLPD-Sicht sowieso nur um kleinbürgerliche Opportunisten handelt, wir wollen dennoch ein wenig vergleichen. Das MLPD-Ergebnis als Durchbruch zur Massenverankerung gewertet, muß sich schon daran messen lassen, wie es im Verhältnis zu ähnlichen Kandidaturen der Linken bestehen kann.

1983 kandidierten der BWK und die KPD (vormals /ML) nach Absprachen getrennt aber gemeinsam in acht Bundesländern und erzielten 6.007 Zweitstimmen. In diesen Bundesländern erzielte die MLPD 1987 11.150 Stimmen, wobei besonders ihr Spitzenergebnis in Baden-Württemberg mit fast 3.600 Stimmen herausragt (1983: BWK 900, 1976 KBW 3.842).

1980 kandidierten getrennt der niedergehende KBW (8.147 Stimmen) und die aufstrebende „Volksfront" (u.a. KPD/ML, 9.344Stimmen) in Konkurrenz zu den erstmals antretenden Grünen.

„Blütezeit" linker Stimmensammelei bei Bundestagswahlen war 1976 mit einem Gesamtergebnis von über 47.000 Stimmen für die drei getrennt kandidierenden Gruppen KBW (20.000 Stimmen), KPD (die Anull, 22.800) und GIM (4.467 Stimmen in drei Bundesländern). Von diesem Gesamtergebnis ist die MLPD noch weit entfernt. So weit, wie von den geweckten eigenen Erwartungen. In unfreiwilliger Komik zitiert die „Rote Fahne" Stimmen zur Wahl: *„Gelsenkirchen: Kollege von Thyssen-Draht, der vor der Wahl 7 Prozent für die MLPD tippte, nach der Wahl zu dem ROTE-FAHNE-Verkäufer: ‚Seid ihr alle nicht wählen gewesen?'"*

Spielverderber



Frickenhäuser Kappelberg? Frickenhausener Kapellenberg? Auf jeden Fall war es Frankenwein. Ein Silvaner? Ein 82er oder 83er? Genau weiß es offensichtlich niemand. Doch seine Wirkung tat er 1987 — exakt am Abend des 25. Januar, zu Millionen waren wir dabei und haben's ihm angemerkt. Waren's einige Gläser oder gar einige Flaschen? Wer Farbe hatte, konnte es sehen: nicht weißblau war dominant, wie aus Bayern gewohnt, sondern einfach blau, sternhagelvollblau. Kurz davor, die Glotze abzuschalten, noch vollgedröhnt von den Sprechblasen der meist runden Elefanten, vom Dank an die Wähler und Hölderlin, da ein unerwarteter Lichtblick. Nicht von Willy, von wegen Geißler und Goebbels, dem Hetzer, dem Demagogen. Nein, Hochwürden höchstpersönlich — eingerahmt von seinen Hofschranz Feller und Roderich Frantz — brachte Stimmung in die Kohl, Brandt, Bangemann — eingerahmt von ihren Stiefelputzern Appel und Schulze (wer ist das?). War die Wahl schon längst gelaufen, der Fernsehabend noch nicht: auf beiden Kanälen Liveshow vom feinsten. Warum nicht öfter so lebensnah?

Miesmacher gibt es immer. Der rote Rudi nörgelte, er „hätte mehr essen als trinken sollen". Hat er ja auch — sein natürlicher Nachfolger Hans-Georg und die engste politische Leibgarde waren dabei. Nicht Knödeln, keine Weißwürscht, fetten Braten gab's. „Die Spießgabel reingehauen haben sie in den Saftbraten, das Fleischmesser angesetzt und dann: für Genscher, für Bangemann. Zwischendurch Kappelhauser Frickenberg. Und wieder rein: für die Chlorophyllkommunisten, für Helmut — wo ist die Flasche? „Es war grausam", versicherte uns glaubhaft einer, der dabei war, seinen Namen aber nicht genannt haben möchte, vom Tatort. „Peinlich", „bedrückend", „überall Kopfschütteln", kommentierte am nächsten Tag die Presse der linken Meinungsmacher. Ein bekanntes Frankfurter Oppositionsblatt sprach gar von einem „verunglückten Fernsehauftritt". Nicht einmal diesen Spaß gönnen die bierernsten Spießer und Erziehungsdiktatoren dem genußsüchtigen Fernsehpublikum. Dabei war er genießbarer, als das Wahlergebnis.

Hicks



... am nächsten Morgen

Anti-AKW-Bundeskonferenz

Punktsieg im Rückspiel gegen die CSU

„Vorgestern, gestern und heute — in jeder Nachrichtensendung höre ich als erstes die Stichwörter KOMM, Kernenergie-Gegner und Grüne", schäumte Innenminister Zimmermann vor 1800 mittelfränkischen CSUlern. So wütend hatte man den sonst eher spitzbübisch auftretenden Politiker selten gesehen. Und er hatte genau verstanden, worin der Erfolg lag: Gegenüber dem stillschweigenden, kalten Verbot der BuKo in Regensburg, das Anfang Dezember kaum jemand außerhalb der Anti-AKW-Bewegung registriert hatte, gab es in Nürnberg eine öffentliche Aufmerksamkeit, wie noch nie zuvor für eine BuKo. Es war gelungen, die gefährliche Isolation zu durchbrechen, in die die Strategen um Gauweiler (Polizei-Staatssekretär im bayerischen Innenministerium) die Anti-AKW-Bewegung zu treiben versucht hatten. Die CSU hatte mit ihrer Zensur- und Draufschlag-Politik genau das Gegenteil ihrer Absichten erreicht.
Trotz der definitiven Absicht von Strauß und seinen Hofschranzen, diese Konferenz zu verhindern, trotz eines martialischen Polizeiaufgebots, trotz neuer „Sicherheitsgesetze" und staatlicher Zensur tagte die bestbesuchte BuKo seit Jahren am 17./18.1., wies alle Schikanen zurück, diskutierte frei und ohne Selbstbeschränkung oder Ausgrenzung und trotzte am Ende sogar einem neuerlichen Verbot. Es war — eine Woche vor der Bundestagswahl — nicht nur ein Terraingewinn für die oppositionellen Bewegungen, es war nicht nur die Antwort auch Regensburg, es war für einige schon länger aktive Linke auf die Revanche für die berüchtigte frühere Massenfestnahme von 140 Jungendlichen in eben jenem KOMM.



Demonstration gegen Konferenzverbot

Was wäre ein solcher Erfolg ohne die obligaten Wermutstropfen: Es ist letztlich natürlich eine Ungeheuerlichkeit, welcher Aufwand betrieben werden mußte, um eine ganz normale Beratungskonferenz von Bürgerinitiativen durchführen zu können. Daß der Kreis der Veranstalter und Organisatoren der BuKo, einige Rechtsanwälte, KOMM-Mitarbeiter und andere bis an den Rand ihrer physischen Möglichkeiten gehen mußten, daß die Teilnehmer bis zuletzt nicht sicher sein konnten, ob dieses Wochenende nicht doch auf einer Polizeiwache zuende gehen würde, daß man den gesamten Bundeshauptausschuß der Grünen nach Nürnberg holen mußte, daß zwischen 20.000 und 40.000 DM aufgewandt werden mußten, alles das ist nicht gerade ein Ausdruck bestehender Versammlungsfreiheit. Noch weniger die gerichtlichen Auflagen, die in Nürnberg eindeutig und selbstbewußt zurückgewiesen wurden, was ein neues Verbot veranlaßte: Darüber kann natürlich nicht zur Tagesordnung übergegangen werden.

Spannung

Entgegen den schönen Reden und Erklärungen der Nürnberger SPD (siehe ausführlichen Bericht im letzten AK) beeilte sich die Stadtverwaltung keineswegs, durch einen Mietvertrag über das KOMM die Voraussetzungen für das Abhalten der BuKo zu schaffen. Im Gegenteil: SPD-Rechtsreferent Sauber leitete Material, das ein Verbot geradezu provozierte, direkt an das Innenministerium. Ein regelrechtes Doppelspiel sollte die BuKo-Veranstalter ruhighalten: Einerseits versicherten SPD-Stadträte, sogar der stellvertretende Oberbürgermeister, daß der Unterzeichnung des Mietvertrages nichts mehr im Wege stünde, andererseits ließ die Stadt einen vereinbarten Termin am Montag morgen einfach platzen. Um den Druck auf die Stadt Nürnberg zu verstärken, gaben die Veranstalter sofort eine Presseerklärung heraus, in der auf den „Widerspruch zwischen Worten und Taten der SPD" hingewiesen und ein sofortiger Abschluß des Vertrages gefordert wurde.

Obwohl einige sauer reagierten („Ich verstehe gar nicht, was das nun wieder soll", so SPD-Fraktionsvorsitzender Fischer. „Das war sehr ungeschickt von euch", lehrmeisterte der grüne Fraktionsangestellte Kölbel), war der schnelle Schritt an die Öffentlichkeit genau die Sprache, die in solchen Kreisen verstanden wird. Jedenfalls war am Dienstagmorgen um 10 Uhr der Mietvertrag unter Dach und Fach.

München reagierte prompt: Wenige Stunden später lag bereits eine Erklärung des Innenministeriums vor, in der Pressesprecher Alfons Metzger (!) die Anweisung ankündigt, nach der die Stadt Nürnberg ein Verbot für die Bu-
Pressesprecher Alfons Metzger (!) die Anweisung ankündigt, nach der die Stadt Nürnberg ein Verbot für die Bu-
Ko aussprechen müsse und zwar bis zum nächsten Tag um 16 Uhr. Neben den altbekannten Begründungen (die Konferenz basiere auf dem gleichen Reader wie in Regensburg) kamen neue, noch abenteuerlichere hinzu: Die von der bayerischen Anti-WWA-Zeitung „Radi-Aktiv" eingeladenen Referenten Robert Jungk und Brigitte Heinrich, die am Freitagabend zum Thema „Gegen Zensur und Versammlungsverbot" sprechen sollten, seien als Terroristen-Freunde und Gewalt-Propheten bekannt.

Eilfertig setzten sich Nürnbergs Stadt-Juristen nun ans Werk und fabrizierten in der vorgegebenen Zeit ein Super-Verbot: Nach der hypothetischen Erwägung, im Sinne der „Grundrechtsausübung" wenigstens Teile des Wochenendes zu erlauben (immerhin ging es um eine ganz gewöhnliche Podiumsveranstaltung am Freitagabend, um eine Kundgebung/Demo am Samstag früh und die eigentliche BuKo), heißt es einen Absatz weiter: *„In einem Klima der Konfrontation, wie es schon bei einem Teilverbot zu erwarten ist, wäre jedoch mit radikalen, auf strafbare Handlungen gerichteten Appellen auch in den sonstigen bereits geplanten Versammlungen und in improvisierten zusätzlichen Teilversammlungen zu rechnen."* Also: Alles ist verboten, selbst eine Musikveranstaltung am Samstagabend. *„Das Verbot erstreckt sich auch auf das geplante Fest, (...) weil mit einer Vergnügungsveranstaltung unter den gegebenen Umständen nicht gerechnet werden kann und mit dem Funktionswandel zu einer politischen Versammlung sicher zu rechnen ist"* (aus der Verbotsverfügung der Stadt Nürnberg). Das ist noch immer die Logik des Zensurstaats gewesen; fängt man erstmal an zu verbieten, muß auch das Reden über das Verbot verboten werden und so weiter: Zensur der Kritik der Zensur der Zensurkritik ... Um es nochmal zu betonen: Das alles war die Verfügung der SPD-Stadt Nürnberg.

Verboten, erlaubt

Verboten, erlaubt

Im Unterschied zu Regensburg waren alle auf ein Verbot vorbereitet. Hunderte von ermutigenden Anrufen aus der ganzen BRD, aus Österreich, Dänemark, von Anti-AKW-BIs, Friedensgruppen, Organisationen und Presseleuten bestätigten, daß der auf einem Vorbereitungstreffen in Frankfurt gefaßte Beschluß, es auf jeden Fall noch einmal in Bayern zu versuchen, goldrichtig gewesen war. Die Aufmerksamkeit, die die bayerische Verbots-Linie inzwischen bundesweit erlangt hatte und der unterschiedslos bekundete Wille aller BIs, sich dieser Linie nicht zu beugen, waren die eigentlich entscheidenden und für das ganze weitere Geschehen bestimmenden Faktoren.

Unter diesen Bedingungen wirkte das Verbot seiner Intention genau entgegengesetzt, es führte zu einer noch größeren Mobilisierung. So bot die grüne Bundestagsfraktion an, als Mitveranstalter aufzutreten — übrigens gegen den erklärten Willen von Otto Schily, der darin eine falsche Verbrüderung mit militanten Gruppen und eine Beeinträchtigung grüner Wahlchancen sah. Die Mitarbeiter/innen des KOMM erklärten einmütig, das Zentrum auch im Falle des Verbots zu öffnen und den „normalen" Betrieb weiterlaufen zu lassen — was ein wichtiges Signal gegen die Stadt bedeutete, denn in vergleichbaren Fällen haben Nürnbergs Sozialdemokraten von sich aus das KOMM geschlossen.

In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag formulierte das Team Nürnberger Anwältinnen und Anwälte an ihren Stellungnahmen, mit denen sie am nächsten Tag vor das Ansbacher Verwaltungsgericht treten wollten. Eine wichtige Konsequenz aus Regensburg wurde auch dabei gezogen: Es bestand Einigkeit unter den Veranstaltern und Anwälten, daß Zugeständnisse, wie sie noch in Regensburg vor Gericht gemacht worden waren, nicht infrage kämen. Dort war z.B. zugesichert worden, im Falle von „strafbaren Äußerungen" die Mikrophone abzustellen oder sogar die Polizei zu benachrichtigen. Auf ein ähnliches Ansinnen war man diesmal vorbereitet und entsprechend entschlossen, nicht
nachrichtigen. Auf ein ähnliches Ansinnen war man diesmal vorbereitet und entsprechend entschlossen, nicht
auf diese Leimrute zu gehen. Regensburg hatte deutlich gezeigt, daß solche „Tricks" keineswegs zum gewünschten Ergebnis führen, sondern im Gegenteil einseitige Zugeständnisse manifestieren und dann auch noch vom Gericht als unglaubwürdig verspottet werden.

Die einfache Devise lautete „Meinungs- und Versammlungsfreiheit" und auf dieser Grundlinie sollte argumentiert werden. Die Ankündigung der Anwälte gleich zu Beginn der mündlichen Anhörung, notfalls noch im Eilverfahren bis zum Bundesverfassungsgericht nach Karlsruhe zu gehen, wofür bereits alles Notwendige vorbereitet war, tat ein übriges. Donnerstag nacht, 23 Uhr, wurde die Entscheidung bekannt, mit der kaum jemand gerechnet hatte: Das Ansbacher Verwaltungsgericht hob das Verbot für alle Veranstaltungen auf — aber nicht ohne Auflagen. Schon hier wurde die namentliche Nennung von Arbeitsgruppen-Leitern verlangt, die man für die Einhaltung des „Versammlungsrechts" auf der Konferenz verantwortlich machen wollte. Wenn auch allen klar war, daß eine solche Auflage nicht hingenommen werden konnte, war die Freude über diesen Erfolg vor Gericht erstmal groß. Im BuKo-Büro im KOMM knallten die Sektkorken, Anwälte, Veranstalter und Büro-Gruppe feierten den vorläufigen Sieg. Denn die Bedeutung der Gerichtsentscheidung lag vor allem darin, daß die Taktik des Innenministeriums ausgehöhlt war: Noch am Donnerstagnachmittag hatte es nämlich verfügt, daß das KOMM ab Freitag 10 Uhr zu schließen und von der Polizei abzuriegeln sei. Damit wären sämtliche Möglichkeiten, erst einmal ins KOMM zu gelangen und dadurch gewisse Fakten zu schaffen, ausgeschaltet gewesen. Die Schließungsverfügung ließ sich nun aber nicht mehr aufrechterhalten. Die nächste Instanz, der Verwaltungsgerichtshof in München, würde frühestens bis Freitag nachmittag entscheiden können, bis dahin würde das KOMM mindestens geöffnet bleiben. Die Polizei würde also auf jeden Fall vor dem Problm stehen, ein volles KOMM räumen zu müssen, und damit hatte sie in der Vergangenheit wahrlich keine gute Figur gemacht. Wir wußten: Dieser Preis würde für SPD, Stadtverwaltung und Nürnberger Polizei um einige Dimensionen höher sein, als einfach das KOMM zu schließen und abzuriegeln.

Kursschwenk der SPD

In dem Augenblick, als aus Ansbach grünes Licht kam, stieg die SPD um und ein. Wie oben beschrieben, hatte sie sich in den Wochen vorher äußerst reserviert verhalten und eher abwartend den Bemühungen der Veranstalter zugeschaut. Sie hatte in keiner Weise eine Verbreiterung des Trägerkreises unterstützt — im Gegenteil, es ist bekannt, daß an fortschrittliche und unterzeichnungswillige SPDler aus dem Bundesgebiet die Devise „Finger davon lassen" ausgegeben wurde. Als es um den Mietvertrag fürs KOMM ging, mußten die Veranstalter inquisitorische Befragungen seitens des SPD-Rechtsreferenten Sauber über sich ergehen lassen. Als dann schließlich die Weisung aus München für ein Verbot kam, waren es SPD-Stadtjuristen, die untertänigst eine Begründung lieferten
Weisung aus München für ein Verbot kam, waren es SPD-Stadtjuristen, die untertänigst eine Begründung lieferten
— ein Verbot, das noch weiter ging als die VGH-Entscheidung zu Regensburg.

Nun war plötzlich alles anders. Freitag morgen um 7 Uhr bemühte sich schon SPD-Fraktions-Vorsitzender Fischer um eine Aufhebung der Schließungsverfügung des KOMM, mittags tummelte sich bereits Nürnberger SPD-Prominenz einschließlich der Bundestagsabgeordneten Renate Schmidt im BuKo-Büro. Mitten hinein in diese illustre Versammlung platzte dann eine polizeiliche Durchsuchung des BuKo-Büros, Staatsschutzchef Pfister und seine Mannen mußten sich zwischen Pelzmänteln hindurchdrängeln, um nach dem schrecklichen Reader zu suchen — und das auch noch ohne Ergebnis.

Dies hat der SPD in manchen Kreisen Anerkennung gebracht. Bei genauem Hinsehen stellt sich ihr Vorgehen aber als Taktik dar. Mit der Entscheidung von Ansbach war klar: Wenn erstmal das KOMM am Freitag geöffnet und abends die Radi-Aktiv-Veranstaltung laufen würde, war eine entscheidende Bresche geschlagen. Ein späterer Vollzug des Verbots würde — und das vor laufenden Kameras — vielleicht eine Schlacht ums KOMM bedeuten — und die konnte die SPD, eine Woche vor der Wahl, am allerwenigsten gebrauchen. Nur kein neuer Skandal ums KOMM, lautete die Devise. Im Nürnberger Ordnungsamt wurde ein Krisenstab gebildet, an dem Referenten der Stadt, der stellvertretende Polizeipräsident und andere teilnahmen. Gleichzeitig hielten sich ab Freitag mittag das ganze Wochenende über SPD-Funktionäre im KOMM auf.

Das eigene taktische Interesse, das die SPD ab Freitag früh an einer ruhig ablaufenden BuKo hatte, trug objektiv zur Stärkung der BuKo selbst bei. Es war praktisch ein Puffer zwischen der BuKo und dem Innenministerium entstanden. Klar ist natürlich, daß diese Konstellation nicht *Ursache* der erfolgreichen BuKo war, sondern *Folge* der Radikalität der Bewegung und einer vorbereitenden Arbeit, die die SPD praktisch in diese Situation gezwungen hat.

Erlaubt, aber Auflagen

Die Ansbacher Entscheidung wurde vom Innenministerium verständlicherweise nicht hingenommen, die Landesanwaltschaft zog vor den VGH in München. Dieser wollte noch am Freitag entscheiden. Derweil trafen immer mehr BuKo-Teilnehmer aus der ganzen BRD im KOMM ein. Und nicht nur die sammelten sich in Nürnberg. Ein grandioses Polizei-, BGS- und Sondereinsatz-Aufgebot aus allen Bundesländern wurde zur Unterstützung der 1500 Stadt-Bullen herangezogen. Ein Lalü allenthalben, überall kurvten Mannschaftswagen, Jeeps und Spezialfahrzeuge herum, bevorzugt natürlich im Kreis ums KOMM. Hektische Aktivitäten wurden vorgetäuscht, was angesichts der Tatsache, daß eine Diskussions-Konferenz geplant war, unglaublich lächerlich wirkte.

Und eine dritte Gruppe sammelte sich im und ums KOMM herum: die Presseleute. Noch nie gab es soviel Medienöffentlichkeit bei einer so linksradikalen Versammlung. Bayerischer Rundfunk, Bayerisches Fernsehen, vier Nürnberger Privatradios, dpa, FR und alles, was Rang und Namen in der Presselandschft hat, gaben sich im Umfeld des sogenannten Terrorumfelds ein Stelldichein. Es war klar, daß unter diesen Bedingungen keiner Fehler machen wollte — nicht die CSU, auch nicht die Polizei, noch weniger die SPD, die Nerven waren allerseits angespannt.

In diese Situation platzte die Entscheidung des VGH München: Die Ansbacher Aussetzung des Verbots wird bestätigt, die Auflagen allerdings werden präzisiert. Ab nun sollten für das gesamte Wochenende folgende Anordnungen gelten:

1. Die Arbeitsgruppen-Leiter der BuKo müssen dem Nürnberger Ordnungsamt oder der Polizei bekanntgegeben werden, und zwar bis Samstag 10 Uhr.
2. Es darf nicht behauptet werden, in der Bundesrepublik gebe es politische Gefangene.
3. Es darf nicht unterstellt werden, die Bundesregierung habe 1977 die Ermordung der Gefangenen der RAF beschlossen.

Bei einem ersten Infotreffen der inzwischen eingetroffenen AKW-Gegner am Freitag nachmittag kam es zu Debatten um die Frage, ob die Einhaltung der Auflage Nr. 1 — nur um die ging es, denn die Nicht-Einhaltung der beiden anderen war nie umstritten — offensiv verweigert oder formal akzeptiert werden sollte, indem z.B. die bereits bekannten Namen der Veranstalter angegeben werden o.ä. Man einigte
tiert werden sollte, indem z.B. die bereits bekannten Namen der Veranstalter angegeben werden o.ä. Man einigte
sich darauf, diese Frage erst am Samstag auf dem Eröffnungsplenum zu entscheiden, da sie für den Ablauf der Podiumsveranstaltung der „Radi-Aktiv" am Freitag abend unerheblich war.

Kurz vor deren Beginn startete die Polizei noch eine Provokation: Die Einsatzleitung rief im KOMM-Büro an und kündigte an, sie kämen nun — in Übereinstimmung mit dem Versammlungsgesetz — mit drei Beamten zu der Veranstaltung und wollten wissen, ob es den Veranstaltern lieber sei, wenn jene zivil oder in Uniform kämen. Antwort: Am besten gar nicht, wenn doch, natürlich lieber uniformiert. Im übrigen könne nicht für ihre Sicherheit garantiert werden.

Was sie letztlich bewogen hat, nicht zu kommen, weiß man nicht. Wahrscheinlich wäre die Provokation zu offensichtlich gewesen, denn inzwischen hatte bereits, im überfüllten Festsaal des KOMM, die größte, inhaltlich radikalste und begeisterndste Veranstaltung in Nürnberg seit Jahren begonnen. Unter den Scheinwerfern der Kamerateams und den Augen der Presse, per Lautsprecher übertragen in mehrere Nebenräume und das Treppenhaus wurde vom Podium (Robert Jungk, Brigitte Heinrich, Rolf Gössner, Heidi Davis, Anita Aschenbrenner, Detlef zum Winkel) ein Bekenntnis gegen Zensur, Verbote, Diktaturen und Tyrannen aller Art abgelegt.

Brenzlige Situation

Samstag, 10 Uhr: Während die Veranstalter im Ordnungsamt ein Schreiben einwerfen, in dem sie erklären, die AG-Leiter sowieso noch nicht benennen zu können, weil die Konferenz noch nicht begonnen habe, was zu amüsanten bürokratischen Verwicklungen führt, weil die Polizei später anruft und nach

Fortsetzung nächste Seite



Foto: Theo Heimann

Fortsetzung von vorheriger Seite

den Namen fragt, und das Büro antwortet, ob sie denn nicht den Brief bekommen hätten, aber das Amt ist wochenends nicht mehr besetzt und muß erst aufgeschlossen werden, um an den Briefkasten zu kommen usw. usf. — versammeln sich ein paar hundert Meter vom KOMM entfernt vor der Lorenzkirche rund 2.500 AKW-Gegner/innen zur geplanten Kundgebung. Vorsichtshalber läßt die Polizei einen CSU-Stand mit Wohnungsbauminister Schneider, der ärgerlich brabbelt, aber es kennt ihn keiner, außer Sichtweite bringen. Zu Beginn liest der Veranstaltungsleiter unter lautstarken Protesten die Demonstrationsauflagen vor, die Stimmung ist trotz beißender Kälte spitze, die Polizei hält sich zurück.

Neben Robert Jungk, Christian Ströbele, Jutta Ditfurth sprechen eine Vertreterin der BI-Schwandorf, eine Angehörige der politischen Gefangenen, ein Vertreter der Radi-Aktiv, eine Autonome. Ein österreichischer AKW-Gegner spielt vom Tonband die Einladung des Salzburger Bürgermeisters an alle bundesdeutschen WAA-Gegner ein, im Fall des BuKo-Verbots in Salzburg tagen zu können. Vertreter der dänischen OOA verlesen eine Solidaritätserklärung. Ein Mitglied der inzwischen berühmten Aktionsgruppe Steinburg stellt sich ans Mikrophon, schwenkt eine dicke Schraube und erklärt dazu, die sei von einem Brokdorfer Strommast — begeisterter Applaus ist die Antwort. Nachdem rund 200 Teilnehmer schwarze Mützen vors Gesicht ziehen, stellt der Polizeieinsatzleiter zwar einen Verstoß gegen das Demonstrationsrecht fest, aber bei dieser Kälte könne er kaum etwas machen...

Die anschließende kurze Demo zum

monstrationsrecht fest, aber bei dieser Kälte könne er kaum etwas machen...

Die anschließende kurze Demo zum

KOMM droht noch einmal brisant zu werden. Ganze Kaskaden von hochausgerüsteten SEK- und BGS-Bullen marschieren an den Straßenseiten auf. Offenbar wollen sie die demonstrative Vermummung nicht tolerieren. Spontan werden vor dem Schwarzen Block einige Reihen zu seinem Schutz gebildet, positiv war dabei besonders das Engagement von Jutta Ditfurth und Christian Ströbele. Sehr langsam kommt der Zug nur voran, weil immer mehr Polizei an den Seiten aufzieht und deshalb alle eng zusammenbleiben, um ein Herausgreifen Einzelner zu verhindern. Die vordere Reihe läßt schließlich den Einsatzleiter kommen und erklärt, der ganze Zug bleibe solange stehen, bis das Polizei-Spalier abgezogen sei. Dieses Gespräch wird von der gesamten anwesenden Presse mitverfolgt, der Einsatzleiter erklärt sich bereit dazu, die Polizei zieht ab, der ganze Demozug kann, ohne weiter behelligt zu werden, ins KOMM einmarschieren.

Grundsätzliche Beschlüsse

Der erste Tagesordnungspunkt der Bundeskonferenz ist logischerweise der Gerichtsentscheid mit seinen Auflagen. Das Plenum beschließt dazu:

„Das Eröffnungsplenum der BuKo stellt zu diesen Zwangsbedingungen folgendes fest: Wir akzeptieren diese Auflagen nicht! (...) Die Auflagen widersprechen fundamental unserer bisherigen Praxis, freie und ungehinderte Diskussionen über die Organisierung des weiteren Widerstandes zu führen. Diese Praxis werden wir auch gegen die neuen Gesetze erkämpfen! Es gibt in unserer Bewegung keine einzelnen Verantwortlichen, sondern wir orientieren uns in unserem Handeln auf ein gemeinsames, solidarisches und kollektives Vorgehen. (...) Ein Nachgeben auch bei einzelnen Auflagen wird zu einer schleichenden Gewöhnung und dazu führen, daß zukünftige Widerstandsaktionen und Konferenzen mit den Herrschenden ausgehandelt werden müssen. (...) Wir wollen die Unterstützung und Solidarität von Prominenten, Grünen und anderen Parteien nur auf Grundlage dieses Selbstverständnisses. (...)"

Die Entschlossenheit, in der Frage der Zensur „keinen Millimeter mit den Herrschenden" zu gehen, hätte kaum besser formuliert werden können. Das Plenum diskutierte schließlich noch die AG-Themen und löste sich anschließend in die Arbeitsgruppen auf. Derweil hatte auch der grüne Bundeshauptausschuß seine Arbeit aufgenommen, die Landtagsfraktion der Grünen ihre Sitzung eröffnet — alles arbeitete.

Eine Stunde später ging die Erklärung des Eröffnungsplenums bereits über die Nachrichten des Bayerischen Rundfunks, was hektische Telefonate in sämtlichen Krisenstäben zwischen München und Nürnberg auslöste. Schließlich klingelte es auch im KOMM: Die Polizei wollte endlich wissen, was nun mit den Namen der AG-Leiter sei. Die Veranstalter fanden die salomonische Antwort, die AGs hätten keine Leiter gewählt und das sei auch kein Verstoß gegen den Gerichtsbescheid. Jener verlange ja nur die Namen der Gruppenleiter, wenn es solche gäbe, es sei aber nicht ausdrücklich gefordert, daß überhaupt AG-Leiter existieren müßten. Das sei eine interessante juristische Interpretation, war die verdutzte Antwort des Anrufers, er werde dies prüfen. Die Prüfung war offensichtlich noch nicht abgeschlossen, da war der erste Tag der BuKo bereits beendet.

Wieder verboten

Wieder verboten

Daß eine dermaßen fleißige und ruhige Versammlung von „Verbrechern und Ganoven'. (Innenminister Lang) nicht hingenommen werden kann, liegt auf der Hand. Also wurden auf Antrag der Landesanwaltschaft die Ansbacher Richter am Samstagabend aus ihren Betten, Kneipen und Saunas geholt, in die Polizeistation gepfercht — die Gerichte hatten zu dieser unchristlichen Zeit längst ihre Tore geschlossen — und dazu verdonnert, nochmal über die BuKo zu befinden, nun vor dem Hintergrund der nicht eingehaltenen Auflagen. Obwohl allen Verantwortlichen — der Polizei, dem Landesanwalt, den Richtern und natürlich auch dem Innenministerium — klar war, daß das Ganze schlichte Rechthaberei und Schikane war, weil am Sonntag gar keine AGs mehr tagen würden, büffelten und tippten die Ordnungskräfte bis in die tiefe Nacht. Um drei Uhr war es schließlich so weit — die BuKo war wieder verboten.

Die Rechtsanwälte im KOMM rieben sich die roten Augen, gaben einige nicht zitierfähige politische Kommentare ab und legten Einspruch beim VGH in München ein — auch nicht ganz einfach so etwas, Sonntag morgens um vier. *„Zu meiner Zeit machten die Richter regelmäßig Ferien, das Wochenende war frei. Und jetzt tagen sie sogar am Sonntag"*, fluchte später Zimmermann — ja, unseretwegen hätten sie nicht tagen müssen... Immerhin ein Aufschub: Die Polizei wollte den Bescheid der zweiten Instanz abwarten. Bis dahin war das Abschluß-Plenum der BuKo bereits zusammengetreten. Daß in der Nacht einige Autonome und Antiimpis Barrikadenähnliches von innen vor die Eingänge des KOMM stapelten, führte wohl eher zu nächtlichen Dauerdiskussionen denn zu einem Gewinn an „Schutz" oder Stärke. Eine anstürmende SEK-Truppe hätte das kaum behindert, wohl aber in einer solchen Situation den eigenen Rückzug versperrt (falls an einen solchen überhaupt zu denken gewesen wäre).

Fortsetzung

Das Finale

Um 11.45 Uhr war es dann so weit, schließlich letzt- und endgültig: Die BuKo war und blieb verboten, wg. Nichteinhaltens der Auflagen. Nach einigem Hin- und Her beschließt das Plenum, die Konferenz bis 13.30 Uhr zuendezubringen und dann geschlossen das Haus zu verlassen.

Die Polizei bereitete sich derweil sichtlich auf eine Räumung vor. Sämtliche Einheiten wurden in Alarmbereitschaft gesetzt und zum großen Teil um das KOMM postiert. Um 13.15 Uhr erklärte der Einsatzleiter, nun nicht mehr länger warten zu können, er müsse jetzt mit der Räumung beginnen. Eine SEK-Einheit nahm vor den Eingängen des KOMM Stellung, die Äxte in Bereitschaft.

Draußen, auf dem Vorplatz des KOMM, herrschte Höchstspannung. Die Kameras von ZDF und ARD liefen bereits in Erwartung der bevorstehenden Räumung, die SEKler schwangen die Äxte, der Einsatzleiter wollte gerade den Befehl zum Losschlagen geben. In diesem Moment erklärte einer der Rechtsanwälte vor den laufenden Kameras dem Einsatzleiter, wenn er jetzt — wegen 10 Minuten — räumen lasse, trage er die gesamte Verantwortung für die Folgen. „Scheiße" war die deutlich hörbare Antwort des Rechtsstaats, er zog die SEKler aber noch einmal zurück.

Im KOMM-Festsaal wurde zur gleichen Zeit durchgegeben, daß die Leute nicht einzeln das KOMM verlassen sollten, sondern sich erst im Eingangsbereich sammeln, um dann zum Schutz aller das Gebäude geschlossen zu verlassen. Von Aufregung oder Panik war nichts zu spüren, der Versammlungssaal leerte sich und 800 Leute traten gemeinsam an die frische Luft: durch die Vordertür und erhobenen Hauptes.

Die Polizei zog ab, das ganze Wochenende war ohne eine Festnahme zuende gegangen.

M., KB/Gruppe Nürnberg

„Fort mit den Tyrannen"

Auszüge aus der Rede Robert Jungks in Nürnberg

Nachdem er schon auf der Hanauer Anti-AKW-Demonstration enormes Aufsehen erregt hatte, wofür er von CSU-Kreisen als „Gewaltanstifter" angegriffen wurde, hielt Robert Jungk am Abend des 16.1. in Nürnberg erneut eine unglaublich offensive und hochpolitische Rede. In dem mit Menschen vollgestopften KOMM wurde der Zukunftsforscher überschwenglich gefeiert.



„Nach dem, was ich eben von unserer Freundin hier auf der linken Seite gehört habe, frage ich mich ganz ernsthaft: Wie lange halten wir, wie lange hält die Bevölkerung diese Behandlung noch aus? Wie lange lassen wir uns das noch gefallen? Wir können uns das nicht mehr gefallen lassen! Diejenigen, die Wind säen, werden Sturm ernten. Und ich frage mich angesichts der Wahlen in einer Woche: Ist der oberste Chef jener Polizisten, jener Büttel möchte ich sagen, überhaupt noch wählbar?

Jemand, der mitverantwortlich ist für solche Aktionen? Nein! Franz Josef Strauß ist nicht mehr wählbar, Herr Zimmermann ist nicht mehr wählbar, Herr Stoiber ist nicht mehr wählbar!

Ich selber habe noch das langsame Heraufkommen — denn das ist nicht auf einmal gekommen — des Dritten Reiches miterlebt. Ich habe den allmählichen Abbau der Rechte miterlebt. Das waren nicht sofort die Nazis, das waren die Konservativen, das waren die Deutschnationalen, das waren die geistigen Brüder von Herrn Kohl, von Herrn Strauß und Herrn Zimmermann.

Die haben es zugelassen, daß Hitler herankam. Die haben selbst Hitler zum Reichskanzler gemacht. Das war der Reichspräsident Hindenburg, ein Deutschnationaler, ein Erzkonservativer, ein Kriegsheld, einer, der auch für die Ehre und Größe Deutschlands gekämpft hat — so wie jetzt Franz Josef Strauß wieder will, daß wir für die Ehre und Größe Deutschlands kämpfen — der hat Hitler eingesetzt! Wollen wir wieder sowas haben?

Wir verlangen, daß die schleichende Restauration und der langsame Weg in den Totalitarismus abgebrochen wird so schnell wie möglich. Es gibt immer mehr Menschen in diesem Land, es gibt eine Grundwelle in diesem Land, die sich gegen dieses Heranwachsen der

mehr Menschen in diesem Land, es gibt eine Grundwelle in diesem Land, die sich gegen dieses Heranwachsen der

Tyrannei wehrt. Weg mit den Tyrannen, fort mit den Tyrannen! Ich weiß schon, daß mir das morgen wieder als strafbare Handlung vorgeworfen wird, denn schließlich handelt es sich ja um gewählte Vertreter. Die Frage ist nur: Was haben sie mit ihrem Mandat gemacht? Genügt es, gewählt zu sein? Kann man dann alles machen, was man will? Hat man dann einen Freibrief, zu kriminalisieren, die öffentliche Meinung zu gängeln? Hat man dann einen Freibrief, unschuldige Bürger zu verfolgen? Nein, das hat man nicht!

Es stimmt: Sie sind gewählt worden, so wie Hitler auch gewählt worden ist. Man darf nicht vergessen: Hitler ist gewählt worden von der Mehrheit des deutschen Volkes, aber was er dann gemacht hat, das war eben die Zerstörung der Demokratie, die Errichtung der Diktatur. (...)

Beispiele für viele Beispiele, wie heute lebenswichtige Information von der Industrie und vom Staat unterschlagen wird. Wir müssen verlangen, daß in die Reaktorsicherheitskommission kritische Wissenschaftler hineinkommen, die uns sagen, was dort vorgeht. Wir müssen verlangen, daß in die Strahlenschutzkommission kritische Wissenschaftler hineingehen, die uns sagen, was wirklich gemessen wird. Wir können nicht mehr hinnehmen, daß man uns belügt, daß man uns mit falschen Zahlen irreführt. Wir verlangen mehr und genaue und zensurfreie Information. Bitte unterschätzt nicht solche Forderungen nach mehr Information. In verschiedenen demokratischen Staaten gibt es heute schon — sogar in den USA, obwohl man es da immer wieder zu kürzen versucht — ein „Freedom of information act", das heißt, der Bürger hat im Prinzip das Recht, in die Akten der Verwaltung hineinzusehen. Wir müssen verlangen, daß auch bei uns jeder Bürger das Recht hat zu sehen, was über ihn gespeichert ist, was über ihn geschrieben wird, was über ihn gelogen wird. Wir verlangen Einsicht in die Akten des Staates, in die Geheimsphäre des Staates, in die Geheimsphäre der Industrie.

Wie sieht es mit unseren Medien aus? Es gibt einige Medien, die noch einiges erlauben, in denen noch etwas kritische Information durchkommen kann. Obwohl auch da gebremst wird, obwohl auch da Einflüsse ausgeübt werden. Z. B. habe ich vor zwei Monaten eine Kolumne der Zeitschrift „Bild der Wissenschaft", die ich seit 14 Jahren schreibe, nicht mehr schreiben können nach Hanau, weil Druck von den Anzeigenkunden erfolgt ist, die mich dort nicht mehr sehen wollen. Aber das ist nur ein Beispiel von vielen, vielen Beispielen, wo Leute, die sich kritisch äußern, entweder beiseite geschoben werden oder, was viel schlimmer ist: Die anderen verstehen die Signale, und es arbeitet die Schere im Kopf, und sie sagen schon deshalb nichts, was ihren Job gefährden könnte. Das ist das allerschlimmste: Die schleichende Unehrlichkeit in den Medien, die schleichende Verschleierung. Es gibt immerhin in einigen großen Zeitungen noch so etwas wie Leserbriefe. Die werden nicht zensiert — manchmal schon, aber meistens nicht. Warum gibt es nicht so etwas im Fernsehen und Rundfunk? Warum kann im Fernsehen Herr Löwenthal, warum kann im Rundfunk der Sprecher die neuesten Thesen von Herrn Zimmermann verkünden — ohne Widerspruch? Warum gibt es keine Zuschauerbriefe im Fernsehen? Warum gibt es nicht mindestens einmal in der Woche eine Stunde, in der die kritische Meinung der Öffentlichkeit mitgeteilt wird? Wir verlangen eine solche Öffnung des Fernsehens und des Rundfunks für kritische Geister.

Aber darauf allein können wir uns

nung des Fernsehens und des Rundfunks für kritische Geister.

Aber darauf allein können wir uns

nicht verlassen. Wir brauchen in diesem Lande eine ganz starke Gegenöffentlichkeit. Ich erinnere mich, daß wir vor zwei Jahren hier im KOMM eine Konferenz gehabt haben, wo darüber schon gesprochen worden ist. Wir brauchen mehr unabhängige Stadtzeitungen, wir brauchen mehr unabhängige kritische Zeitungen im ganzen Land. Die TAZ allein macht es nicht. Die TAZ hat leider viele von den kleinen Zeitungen kaputtgemacht, ohne es zu wollen. Das heißt, wir können und müssen verlangen, daß sogar aus öffentlichen Mitteln im Dienste der Demokratie Knete gegeben wird, um kritische Stimmen und kritische Zeitungen zu unterstützen — ohne irgendwelche Auflagen. Das gehört zur Demokratie, genau wie man die Abgeordneten bezahlt. Denkt daran, wir brauchen eine starke Gegenöffentlichkeit, wir brauchen sie im Rundfunk, im Fernsehen, wir brauchen Videoprogramme, Kabel. Wir sollten in jeder Ortschaft zumindest einen Medienladen haben, in dem kritische Information für die Bewohner zu finden ist: Filme, Video, Radio, Anschläge, Zeitungen.

Man wird versuchen, uns das alles zu verbieten. Aber es wird nicht gelingen, wenn man unsere Flugblätter beschlagnahmt, wenn man unsere Zeitungen beschlagnahmt, wenn man unsere Versammlungen verbietet. Es wird nicht gelingen, es ist nie gelungen. Tyrannen haben immer schnelle Erfolge, aber auf die Dauer gehen sie alle zugrunde. Schaut euch in der Welt um: Herr Marcos ist gestürzt, in Argentinien sind die Militärs gestürzt, Herr Hitler ist gestürzt, Herr Franco ist gestürzt, Herr Kohl wird stürzen und auch Herr Strauß wird stürzen. Und sie sind so kurzsichtig, daß sie gar nicht merken, wie sie mit der Kriminalisierung im Grunde der Gegenbewegung helfen; denn dadurch verstehen andere Menschen, daß hier etwas schief läuft, daß hier etwas nicht stimmt. Wenn man die Leute sieht, die man in den Knast steckt, wenn man deren Gesichter anschaut und die vergleicht mit denen, die in den Aufsichtsräten sitzen, dann weiß ich, wo die ehrlichen und wo die guten Leute sitzen. Das sieht man in den Gesichtern.

Sie glauben, sie werden uns auf Dauer unterdrücken, und es kann sein, daß es ihnen eine Zeitlang sogar gelingt, so etwas wie Friedhofsruhe zu schaffen. Aber es werden die Menschen aus dem Schweigen auferstehen, es werden die Menschen sich das nicht gefallen lassen. Auch in diesem Land und in allen Ländern, die von Gewalt beherrscht werden, im Westen und im Osten wird auf Dauer das Volk sich wehren und sich durchsetzen. Was hat denn die südafrikanische Regierung erreicht, indem sie Mandela kriminalisiert und im Gefängnis hält? Sie hat einen großartigen Führer für das südafrikanische

dem sie Mandela kriminalisiert und im Gefängnis hält? Sie hat einen großartigen Führer für das südafrikanische

Volk geschaffen. Was haben denn die Franzosen fertiggebracht, indem sie Ho Chi Minh mit in die Gefängnisse geworfen haben? Sie haben den Vietnamesen einen Führer gegeben. Unsere künftigen — nicht Führer, Führer ist schlecht — unsere wichtigsten Kämpfer, die werden in den Gefängnissen stark, und sie werden uns helfen, eine andere Ordnung herbeizuführen, andere Verhältnisse herbeizuführen, nicht chaotische, gerechte, friedliche, freundliche, angstfreie Verhältnisse.

Ich möchte diejenigen, die meinen, sie hätten so alles im Griff — und bitte, daß mir das nicht wieder als Aufruf zu Gewalttaten ausgelegt wird — die möchte ich darauf hinweisen, daß wir heute in einer hochtechnisierten Gesellschaft, in einer verwundbaren Gesellschaft leben, daß wenige außer Rand und Band Geratene, zu Heißwut und Heißglut Gebrachte in einem technisch empfindlichen verwundbaren System sehr viel anrichten können. Ich berichte nur, ich sehe mir nur an, was geschieht. Ich warne diejenigen, die meinen, daß sie uns alle im Griff hätten, daß sie ihre gefährliche Technik im Griff hätten. Seht euch vor, es wird über euch kommen, wenn ihr nicht aufhört!"

(Bandabschrift)

Im Rahmen der Auftaktveranstaltung der Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung in Nürnberg sprach Rolf Gössner (Bremen) über Ursprung, Inhalt und Auswirkungen der aktuellen ,,Terror''-Gesetzgebung. Wir geben seine Rede leicht gekürzt wieder.

Terrorismus

ein Kampfbegriff der Herrschenden

Rede von Rolf Gössner auf der Bundeskonferenz in Nürnberg

(...) Auch wenn wir uns gegenwärtig, unter reaktionären Wendebedingungen, in einer besonderen Phase der Staatsentwicklung befinden, so dürfen wir doch nicht die geschichtlichen Bedingungen, die Entwicklung des herrschenden Sicherheitskonzeptes und der Staatsschutzapparate in der Bundesrepublik aus den Augen verlieren. Denn: Die Grundlagen der heute erlebten Hochsicherheitspolitk sind bereits früher, nämlich in der Nachkriegsära, dann Ende der 60er Jahre und nicht zuletzt in den sozialliberalen 70er Jahren gelegt worden. (...)

Der deutsche Faschismus, seine Ursachen und seine Folgen wurden in der kapitalistischen Bundesrepublik, wie sich zeigt, mitnichten überwunden. Eine historisch angemessene Auseinandersetzung mit dem Staatsterrorismus hat nicht stattgefunden, entsprechende Konsequenzen wurden letztlich nicht gezogen.

Insbesondere in den Bereichen der sog. Inneren Sicherheit und der Politischen Justiz mußte sich dieses Manko, diese Fehlentwicklung schon frühzeitig und mit Langzeitfolgen auf geradezu fatale Weise auswirken. An dieser Hypothek haben wir heute noch schwer zu tragen.

Die Justiz in der Bundesrepublik hat ihre eigene Tradition, den staatlich organisierten Justizterrorismus, nicht nur nicht bewältigt — bekanntlich wurde nicht ein einziger ehemaliger NS-Richter in der BRD für seine Schandtaten und Todesurteile belangt — im Gegenteil: Diese Justiz hatte in entscheidenen Bereichen die personelle und ideologische Erbschaft angetreten.

Und diese Justiz maßte sich an, in einem vorgeblich freiheitlichen und demokratischen Land wieder mit zweierlei Maß zu messen: Überwiegendes Verständnis gegenüber Neo-Faschisten auf der einen Seite — und, nehmen wir die sog. Terrorismusverfahren — Vernichtungskampf gegen links (u.a. per Isolationshaft). Wir blicken inzwischen — um nur drei herausragende Beispiele zu nennen — auf eine zwanzigjährige justizielle und administrative Kommunistenverfolgung mit Ermittlungsverfahren gegen weit über 120.000 Personen und mit weiteren 250.000 mittelbar Betroffenen; wir blicken auf 15 Jahre institutionalisierte Berufsverbotepolitik mit millionenfachen Anfragen an den ,,Verfassungs-

schutz'' und weit über tausend Berufs-
blicken auf 15 Jahre institutionalisierte Berufsverbotepolitik mit millionenfachen Anfragen an den ,,Verfassungs-

schutz'' und weit über tausend Berufsverbotsmaßnahmen, sowie auf eine 16jährige Geschichte der sog. Terrorismusverfahren (seit 1971) mit ihren weitreichenden, bis in die Poren der Gesellschaft dringenden Auswirkungen.

In der neueren Epoche innerer Sicherheitsentwicklung spielt der Begriff ,,Terrorismus'' eine ganz herausragende und immer bedeutendere Rolle. Er hat die Zauberformel ,,Kommunismus'' — als ,,Gespenst,das umgeht in Europa'', in der Welt — abgelöst und noch wesentlich zugelegt. Seine Funktion als politischer Kampfbegriff der Herrschenden, als publikumswirksame Legitimationsformel für immer weitergehende Geheimdienst-, Polizei- und Justizbefugnisse, gilt es zu entlarven.

,,Terrorismus'', so ist in den Verfassungsschutzberichten des Bundesinnenministeriums zu lesen, ,,Terrorismus ist der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen insbesondere durch schwere Straftaten oder durch andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen.''

Man könnte nun, zugegeben naiverweise, annehmen, hierunter fiele etwa
— die atomare Aufrüstung, die die Welt mit einem tausendfachen Tschernobyl bedroht;
— oder: die Aufrechterhaltung und der Ausbau des Atomenergieprogramms der Bundesregierung mit seinen immensen Gefahren für Leib und Leben der Menschen;
— oder: die Giftanschläge der chemischen Industrie auf Leben und Gesundheit der Bewohner.

Aber nein, wir ahnen es schon, weder soll die Bundesregierung, die ihre menschenverachtende Politik bekanntlich mit Gewalt durchzusetzen pflegt, als terroristische Vereinigung strafrechtlich verfolgt und in Isolationshaft genommen werden, noch die Vorstände der waffenproduzierenden und chemischen Industrie, noch die Verantwortlichen der Energieunternehmen. Im Gegenteil: ihre Politik, ihre Profitgrundlagen sollen gerade geschützt werden, u.a. in dem der Terrorismusvorwurf auf ihre Gegner projiziert wird, die dann auf diesem Weg kriminalisiert, isoliert, mundtot und handlungsunfähig gemacht werden sollen.

Wenn also, wie wir bereits anhand weniger Beispiele ablesen können, die eigentlichen, wirklich bedrohlichen Gefahren für die Gesellschaft, für Leib und Leben der Bürger/innen von ganz anderer Seite als vom ,,Terrorismus'' der bewaffneten Gruppen drohen oder gar von militanten Widerstandsbewegungen, so braucht uns die staatlich betriebene Angstpolitik und Hektik ausgerechnet in Sachen eben dieses ,,Terrorismus'' nicht mehr all zu sehr verwundern: Sie haben die Funktion, von den wahren, den staatlich und industriell betriebenen (bzw. geduldeten) Risiken mit ihren unendlich viel größeren Gefahren für die Bevölkerung abzulenken. In Bereichen etwa, wo Millionen von Menschen unmittelbar, konkret, swohl akut als auch auf lange Sicht bedroht und geschädigt werden wie beispielsweise nach der atomaren ,,Rest-Risiko''-Katastrophe von Tschernobyl, da wurden keine durchgreifenden politischen Konsequenzen gezogen. Im Gegenteil, diese flächendeckende Gefahr wurde in unverantwortlicher Weise — per ,,Strahlenschutzkommission'' — verharmlost, die Bevölkerung irregeführt; die Bundesregierung hält nach wie vor einsichtslos an ihrem waghalsigen und zerstörerischen Atomenergieprogramm fest und kriminalisiert in zunehmendem Maße ausgerechnet diejenigen, die gegen diese menschenverachtenden ,,Rest-Risiko''-Politik aufbegehren. Auf diesen wachsenden Widerstand zielt zunehmend der Anti-Terrorismus-Kampf des Staates: auf die unbewaffnete Linke Opposition und die militanten sozialen Bewegungen.

,,Terrorismus'' entpuppt sich so betrachtet letztlich als der Kampfbegriff derer, die von ihren eigenen Verbre-

chen ablenken wollen, indem sie den
gen.
,,Terrorismus'' entpuppt sich so betrachtet letztlich als der Kampfbegriff derer, die von ihren eigenen Verbre-

chen ablenken wollen, indem sie den Widerstand gegen eben diese Verbrechen kriminalisieren, zu kriminalisieren versuchen.

In welchem Ausmaß und mit welcher Skrupellosigkeit die in allen sich verschärfenden gesellschaftlichen Konflikten auftretenden Formen des Widerstands kurzerhand den Stempel des ,,Terrorismus'' verpaßt bekommen, dokumentiert der frisch ausgeweitete Paragraph 129a und der ihn flankierende Zensurparagraph 130a Strafgesetzbuch.

Nehmen wir beispielsweise eine Bürgerinitiative der Friedensbewegung oder der Anti-AKW-Bewegung, in der es Mitglieder gibt, die nach eingehenden und ernsthaften Diskussionen zu dem Schluß gekommen sind, daß Demonstrationen und Aufklärung nicht ausreichen, dem Rüstungswahnsinn und der atomaren Bedrohung zu begegnen. Sie wollen endlich praktische Signale setzen und sich damit auch der bohrenden Frage künftiger Generationen — so sie überleben — stellen, der bohrenden Frage nämlich: ,,Was habt Ihr eigentlich damals gegen diese verbrecherische Politik getan?'' Sie beginnen, Munitionstransporte zu blockieren und Atom-Strommasten zu kippen, um wenigstens kurzzeitig die Abschaltung von AKWs zu erreichen. Die Handelnden mache sich damit schon immer, das wissen sie, nach herrschendem Recht strafbar: Sachbeschädigung, Nötigung und noch einiges mehr. Sie nehmen dieses Risiko, die Nachteile dennoch auf sich, weil sie annehmen, daß diese Risiken geringer sind, als die Gefahren, die sie bekämpfen.

Nun soll es auch Mitglieder der besagten Bürgerinitiativen geben, die solche Aktivitäten zwar nicht verurteilen, eher skeptisch beurteilen und sich mehr auf die Kraft der Aufklärung und verbalen Überzeugung verlegen. Doch zur Mühseligkeit dieser Überzeugungsarbeit kommt hinzu, daß die Friedfertigkeit ihrer Herangehensweise ihnen seit dem 1.1.1987 auch nichts mehr nützt: Denn inzwischen ist es amtlich und Gesetz, was vorher schon staatlicherseits hie und da klammheimlich praktiziert wurde: Ihre Mitstreiter von der blockierenden, sägenden und sprengenden Fraktion sind zu ,,Terroristen'' befördert worden, ihre vormaligen einfachen Straftaten zu ,,terroristischen'' und die Bürgerinitiative zur ,,terroristischen Vereinigung''. Und damit sind sie im Zweifel alle, die Sägenden und die Redenden, Mitglieder ein und derselben ,,terroristischen Vereinigung''. Die herrschende Kollektivitätsthese, ein spezielles kollektives Haftungskonstrukt für Organisationsdelikte, macht's möglich. Danach haften alle, die einer ,,terroristischen Vereinigung'' angehören oder angehörten, für alle von dieser Vereinigung tatsächlich oder angeblich begangenen Taten, gleichgültig, ob das einzelne Mitglied davon im Einzelfall wußte bzw. diese billigte oder aber nicht. Straftaten müssen indes überhaupt nicht begangen worden sein, geschweige denn jemandem nachgewiesen werden, es reicht aus, daß die Vereinigung solche in ihre Planung miteinbezieht. Wer nun mutmaßlichen Mitgliedern Unterschlupf gewährt, wer sie zum Essen einlädt, wer ihnen sein Bett überläßt, und — was auch immer — spendet, der dürfte nach der neuen Rechtslage als ,,Unterstützer'' gelten; wer die Trommel rührt für ihre Widerstandsarbeit, als ,,Werber'' für eine ,,terroristische Vereinigung''.

Die Mitglieder einer solchen Vereinigung können nun nicht nur unter vereinfachten Bedingungen in Untersuchungshaft gelangen, sondern zudem auch unter den Sonderbedingungen der Isolationshaft gefangen gehalten werden. Elementare Verteidigungsrechte werden eingeschränkt oder außer Kraft gesetzt durch Überwachung des Schriftverkehrs mit den Verteidigern, durch Trennscheiben, durch die Erleichterung des Verteidigerausschlusses, durch das Verbot der Mehrfachverteidigung usw.

Ein ,,Trost'' bleibt den Betroffenen: Generalbundesanwalt Rebmann wird sich im Zweifel persönlich um sie

fachverteidigung usw.
Ein ,,Trost'' bleibt den Betroffenen: Generalbundesanwalt Rebmann wird sich im Zweifel persönlich um sie

kümmern, denn bei ihm liegt in solchen Fällen die gesetzliche Zuständigkeit für Ermittlung und Anklageerhebung. Den speziell ,,auserlesenen'' und ,,zuverlässigen'' Richtern der Oberlandesgerichte, ,,mit ihrer besonderen Sachkunde und breiter Erfahrung auf diesem Gebiet'' — so heißt es in einschlägigen Gesetzeskommentaren — obliegen dann die Gerichtsverhandlung und Aburteilung. Das nennt sich dann der ,,gesetzliche Richter'', den das Grundgesetz fordert. Böse Zungen sprechen von Sondergerichtsbarkeit, weil diese Spezialregelungen des politischen Strafrechts bewirken, daß den betroffenen Angeklagten zumindest eine Instanz verlorengeht und sie zum anderen einen machtkonzentrierenden Zentralisationsprozeß einleiten, der es der obersten Ermittlungsbehörde, also dem General Rebmann u.a. erlaubt, Verfahren an sich zu ziehen und über das ihr zustehende Ermessen bundesweit jeweils die ihr genehmen Gerichtsstände auszuwählen.

Doch die Befugnisse von Staatsanwaltschaft und auch der Polizei erfahren bei einem Verdacht nach § 129a StGB erheblich mehr Erweiterungen, die der großflächigen Ausforschung des sogenannten terroristischen Umfelds weit im Vorfeld des Verdachts und strafbarer Handlungen dienen: u.a. Überwachung des Fernmeldeverkehrs, Straßensperren, Verkehrskontrollen, Identitätsfeststellungen, auch gegenüber Unverdächtigen sowie Großrazzien, Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen und Festnahmen.

Gerade die letztgenannten Befugniserweiterungen, die sich die Ermittlungsbehörden schon in den 70er Jahren über § 129a als Anknüpfungsnorm bzw. passepartout bescheren ließen, machen aus dem Straftatbestand der ,,terroristischen Vereinigung'', auch im Zusammenhang mit seiner uferlosen Anwendungsbreite und Zentralisierungsfunktion, einen fungiblen Ausforschungsparagraphen. Bei seiner bisherigen Anwendung kam es den Ermittlungsbehörden noch nicht mal in erster Linie auf das Ergebnis einer Verurteilung im Einzelfall an, sondern vielmehr auf die Ausnutzung der vielfältigen Möglichkeiten dieser Norm, um das Vor- und Umfeld auszukundschaften, um auf dem schwer eingrenzbaren Gebiet einer politisch verdächtigen Szene breit ermitteln, Daten erfassen und Kommunikationsstrukturen ausforschen zu können. Dies geschieht unter umfassendem und systematischem Einsatz geheimpolizeilicher Methoden und nachrichtendienstlicher Mittel.

Dieser Ausforschungscharakter des alten § 129a läßt sich auch statistisch belegen:

Ein Vergleich der Ermittlungsverfahren wegen § 129a der Jahre 1982 bis 1984 (26) mit den hieraus resultierenden Aburteilungen (= Freisprüche und Verurteilungen) ergibt folgendes Bild:

Nur in durchschnittlich 7,5 Prozent der Ermittlungsfälle ist es zu einer Aburteilung gekommen. Zum Vergleich: Die Anklagequote — also das Verhältnis von Abgeurteilten zu Tatverdächtigen, gegen die ermittelt wurde — liegt bei der allgemeinen Kriminalität (und zwar ohne Straßenverkehrsdelikte) im Schnitt bei 43 Prozent. Umgekehrt bedeutet dies, daß in 92,5 Prozent der Fälle das Ermittlungsverfahren nach § 129a StGB überhaupt zu keiner Anklage geführt hatte bzw. eingestellt wurde.

Kommt es in Zukunft zu Verurteilungen, die sich wohl drastisch vermehren werden, so gilt ein inzwischen verdoppeltes Strafmaß für Gründung und Mitgliedschaft in einer ,,terroristischen

lungen, die sich wohl drastisch vermehren werden, so gilt ein inzwischen verdoppeltes Strafmaß für Gründung und Mitgliedschaft in einer ,,terroristischen

Vereinigung'': Von einem bis zu zehn Jahren. Damit wird die Angelegenheit zu einem Verbrechen, was es bisher nicht war. Und es entsteht die absurde Situation, daß das Mitglied einer solchen ,,terroristischen Vereinigung'' als Verbrecher strenger bestraft wird — obwohl es ja nicht mal selbst Hand angelegt haben muß — als der einzelne nicht organisierte Täter, dessen Tat lediglich ein Vergehen ist.

Doch damit noch längst nicht genug: Wer heute über das Für oder Wider militanter Aktionen debattieren will, sieht sich bereits weit im Vorfeld möglicher oder auch unmöglicher Straftaten mit Strafgesetzen konfrontiert, die Diskussionsteilnehmer mit Strafe bedrohen, wenn durch die Redebeiträge ,,die Bereitschaft anderer befördert oder geweckt wird'', eine bestimmte rechtswidrige Tat zu begehen, die natürlich nicht erst begangen zu werden braucht.

Es müssen dann wohl auch schon diejenigen aufpassen, die in aufklärerischer Absicht eine bedrohliche Situation so wirklichkeitsnah ihrem Publikum vermitteln, daß Teile desselben nicht umhinkommen, militante Gedanken zu hegen.

Auch eine ,,scheinbare Distanzierung'' wird dann nichts mehr nützen. Und die Heranziehung historischer Ereignisse, die bekanntlich häufig gewalttätig waren, ist strafbar, wenn sie etwa mit ,,Nachahmungseffekt'' verbreitet werden.

Doch damit immer noch nicht genug: Wir befinden uns gegenwärtig in der Phase einer allumfassenden rechtlichen Absicherung staatlicher Befugnis- und Machterweiterung. Mit einer Vielzahl neuer — vielfach ineinanderverfugter — Gesetze und Gesetzesvorhaben versucht die CDU/CSU-FDP-Bundesregierung die präventiven Ermächtigungen weiter auszubauen, operative Polizei-Methoden zu vergesetzlichen und insbesondere die staatliche Informationserhebung, -speicherung und -verarbeitung sowie den umfassenden Datenaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden zu verrechtlichen: Neufassung der Geheimdienst- und Polizeigesetze, das ,,Zusammenarbeitsgesetz'', Schleppnetzfahndung und computerlesbarer Personalausweis sind nur wenige knappe Stichworte zur Kennzeichnung dieses Gesetzesextremismus.

Letztlich scheint die Entwicklung im Bereich polizeilicher und geheimdienstlicher Datenerfassung und -verwertung darauf hinauszulaufen, eine immer perfektere und rationellere Registrierung allen von herrschenden Normen abweichenden Verhaltens zu ermöglichen, um auf diese Weise eine Art Frühwarnsystem zu erhalten, mit dessen Hilfe gesellschaftliche Veränderungen und Umbrüche, die die herrschende Ordnung gefährden könnten frühzeitig erkannt, soziale Unruhen bereits im Keim erstickt und die sozialen bzw. politischen Träger präventiv integriert oder widrigenfalls repressiv bekämpft werden können. Diese Zukunft hat längst begonnen. Dementsprechend halten sich staatliche Eingriffsbefugnisse und die praktische Überwachungstätigkeit längst nicht mehr bei sogenannten Störern und bei den einer Straftat Verdächtigen auf, noch lassen sie sich an das Vorliegen konkreter Gefahren binden, die es abzuwehren gelte. Staatliche Vorbeugungstätigkeit, wie sie sich seit anderthalb Jahrzehnten mit Hilfe moderner elektronischer Informationstechnologien entwickeln konnte, und nun mit einem umfangreichen Gesetzespaket rechtlich abgesegnet werden soll, hat weit mehr im Blick — nämlich den Menschen als potentiellen Unruhestifter, als potentielles Sicherheitsrisiko.

net werden soll, hat weit mehr im Blick — nämlich den Menschen als potentiellen Unruhestifter, als potentielles Sicherheitsrisiko.

Wir müssen uns gegen diese verhängnisvolle staatliche Praxisentwicklung sowie gegen die vorgesehene rechtliche Zementierung mit aller Kraft und auf allen Ebenen zur Wehr setzen. Wir müssen die Mechanismen dieser Staatssicherheitspolitik herausarbeiten und die verbleibenden Widersprüche nutzbar machen, und wir müssen Widerstandsstrategien auch auf diesem wichtigen Gebiet entwickeln — denn unsere politische Zukunft, ja unsere Überlebenschancen hängen entscheidend hiervon ab — nämlich von der Frage, wie wir noch politisch wirksame Opposition, effektiven Widerstand gegen immer bedrohlicher werdende machtpolitische existenzgefährdende Entscheidungen der herrschenden Kräfte in diesem Land betreiben können.

Der Kampf gegen Atomenergieanlagen, gegen Aufrüstung und Umweltzerstörung muß einher gehen mit dem Kampf gegen die Zerstörung der Freiheitsrechte, mit dem Kampf um demokratische Strukturen.



Foto: H. Wojahn

KASTEN
Rolf Gössner ist Rechtsanwalt, Publizist und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung; außerdem Redaktionsmnitglied der Zeitschrift ,,Geheim'' und Mitautor von ,,Der Apparat — Ermittlungen in Sachen Polizei'' (1982, aktualisiert 1984) und ,,Im Schatten des Rechts — Methoden einer neuen Geheim-Polizei'' (1984), beide erschienen im Verlag Kiepenheuer & Witsch (Köln); Mitinitiator der Bürgerinitiativen ,,Bürger kontrollieren/beobachten die Polizei''.

Aktionsvorschlag

Aufruf zur Diskussion über den Vorschlag einer bundesweiten Großdemonstration und Blockade gegen die WAA

Warum Wackersdorf?

Die WAA in Wackersdorf ist das gefährlichste und gleichzeitig umstrittenste Atomprojekt in der BRD.

Heute haben sich alle energiepolitischen Vorwände für die Errichtung dieser Anlage erledigt und ist der alte Traum von der deutschen Atomwaffenmacht als zentrales Motiv für die Durchsetzung der Plutoniumfabrik übriggeblieben. Bei keinem anderen Atomprojekt ist die Position der Bundesregierung und der bayerischen Staatsregierung stärker isoliert als bei der WAA. Kein Projekt eignet sich besser, um die internationalen Proteste gegen den Bonner Atomkurs mit dem Widerstand der Anti-AKW-Bewegung sowie der Friedensbewegung an einem Ort und zu einem Zeitpunkt zusammenzubringen.

Warum Großdemonstration und Blockade?

Das Projekt einer Großdemonstration bedeutet eine länger angelegte bundesweite Informations- und Mobilisierungskampagne gegen den Versuch der Herrschenden, den nach wie vor anhaltenden Protest und Widerstand in der Oberpfalz totzuschweigen, einzuschüchtern und zu isolieren.

Gegen die derzeitige Ausgrenzungs- und Kriminalisierungspolitik halten wir daran fest, daß unser Widerstand gegen die WAA sich nicht auf Demonstrationen und Erklärungen beschränken darf. Die WAA wird nicht nur hinter dem Bauzaun gebaut, sondern in Konzernen und Zulieferfirmen in der ganzen BRD projektiert und teilgefertigt. Mit vielfältigen Blockadeaktionen wollen wir die Entschlossenheit unseres Anliegens deutlich machen und in die Infrastruktur für die WAA in der Oberpfalz eingreifen.

Wir wollen mit diesen Aktionen:

1. die Kooperation mit der Antikriegs- und Friedensbewegung verstärken und bundesweit die Aufklärung über die tatsächlichen Hintergründe des WAA-Projekts ausbauen. Die zunehmende Unterdrückung unseres Widerstandes kann uns nicht von unserem Hauptanliegen, dem Kampf für die Stillegung des Atomprogramms, abhalten.

2. der bayerischen Ausgrenzungs- und Kriminalisierungspolitik ein Kontra geben: Die Oberpfälzer Bevölkerung ist heute besonders betroffen von dem bayerischen Verbotsterror gegen Anti-WAA-Aktivitäten jeglicher Art. Bayern ist heute der Vorreiter bei der Abschaffung der Grundrechte und der Kriminalierung von Anti-AKW-Versammlungen und -Aktivitäten. Dies hat das Verbot der Anti-AKW-Bundeskonferenz in Regensburg und der Verbotsversuch von Nürnberg, Dauerbeschlagnahmung und Anklagen gegen die Zeitschrift ,,radi aktiv'', massenhaft Ermittlungsverfahren usw. usf. deutlich gezeigt. Die neuen Terrorgesetze § 129 a und 130 a sollen aber nicht nur in Bayern den Widerstand gegen AKWs und die WAA zerschlagen. Sie richten sich darüberhin gegen jede außerparlamentarische Bewegung, die gegen die herrschende Politik Widerstand leisten will. *Es reicht nicht aus, sich diesem Kurs lediglich verbal oder vereinzelt und dezentral entgegenzustellen! Gerade jetzt geht es darum, den örtlichen Widerstand durch praktisch demonstrierte massenhafte Solidarität zu ermutigen und zu unterstützen!*

Welchen Charakter sollen die Großdemonstrationen und die Blockaden haben?

Wir machen uns keine Illusion: Schon eine Großdemo gegen die WAA ist mittlerweile in der Oberpfalz kein Spaziergang, sondern eine Machtprobe. Wir betrachten deshalb den Aufbau eines strömungs- und bewegungsübergreifenden Bündnisses als die entscheidende Voraussetzung für die geplanten Aktionen. Es kommt darauf an, die Erfahrungen zur Durchsetzung der Nürnberger Anti-AKW-Bundeskonferenz und das Bündnis der Hanau-Demonstration zu berücksichtigen. Die politische Grundlage des Hanau-Bündnisses läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

— Eigenständigkeit der BI-Bewegung statt parlamentarischer Illusion
— Ablehnung staatlicher Spaltungsversuche, Kampf gegen Kriminalisierung
— Einheit in der Aktion auf Grundlage verbindlicher Vereinbarungen
— Massenmobilisierung mit dem gemeinsamen Ziel, die politische Basis für den Anti-AKW-Widerstand zu verbreitern.

Schon bei der Vorbereitung müssen wir bestehende Strukturen mit den oberpfälzer Bürgerinitiativen (z. B. Städtepartnerschaften) nutzen und ausbauen.

Gerade weil die bayerische Landesregierung alles daransetzt, die Region um Wackersdorf zum permanenten Notstandsgebiet zu machen, soll 1987 die Großdemo gegen die WAA an Ort und Stelle, d. h. möglichst nahe am Baugelände der WAA stattfinden. Wenn wir der Zerschlagung demokratischer Grundrechte in der Oberpfalz Paroli bieten wollen, müssen wir auf unserem Recht auf Großdemonstrationen am Bauplatz bestehen. Nicht weniger wichtig ist ein für alle Spektren des Widerstandes verbindlicher Aktionsrahmen, d. h. in diesem Fall der Verzicht auf Aktionen, die den Rest der Kundgebungsteilnehmer/innen in Gefahr bringen könnten.

Vielfältige Blockadeaktionen sollen im Vorfeld, d. h. in enger Verbindung mit der Großdemonstration durchgeführt werden (ohne daß die Unterstützer der Großdemo sich auf eine ebensolche Unterstützung der Blockaden festlegen müssen).

Das Ziel der Großdemo sowie der Blockaden ist eine unübersehbare politische Demonstration gegen die staatlichen Spaltungs- und Einschüchterungsversuche und das Atom(waffen)programm der Bundesregierung.

Einstimmig verabschiedet von der AG WAA der BuKo in Nürnberg, endgültige Beschlußfassung dazu auf der Atommüllkonferenz Bielefeld

Atommüll-Konferenz
Bielefeld, 21./22.2.
Anmeldung und Infos:
Ronald Köpcke
Ravensberger Str. 167
48 Bielefeld
Tel.: 0521/62756

Im Herbst nach Wackersdorf

Aller guten Dinge sind drei. Die erfolgreiche BUKO in Nürnberg war eine Niederlage des CSU-Staats, die Bundestagswahl eine weitere. Der dritte Schlag ist in Vorbereitung: In den Anti-AKW-BI's, insbesondere rings um Wackersdorf, aber auch in Teilen der Friedensbewegung, ist die Debatte über *die* zentrale Aktion der Friedens- und Anti-AKW-Bewegung angelaufen: Eine bundesweite Großdemonstration plus Blockadetage am Bauzaun der WAA Wackersdorf.

— Auf dem Oberpfälzer Strategietreffen vom 2.2.87 wurde erstmals über diese Herbstaktionen diskutiert. Der zuvor von Erna Wellnhofer (Vorstand BI Schwandorf) verschickte Aktionsvorschlag der Nürnberger BUKO (siehe nebenstehend) sorgte bereits für ungewöhnlichen Andrang: Ca. 50 BI'ler aus über 15 BI's, darunter Regensburg, Weiden, Amberg und die Ortsgruppen der BI Schwandorf, einigten sich auf eine prinzipielle Unterstützung des Aktionsvorschlags.

Die Anregung des ,,gemäßigten'' ehemaligen BI-Sprechers der BI Schwandorf, D. Kersting, Blockaden und Großdemo zeitlich zu trennen, blieb ohne Resonanz. Die klare Mehrheit wollte eine Koppelung beider Aktionen, wobei die Blockadetage allerdings nicht im Vorfeld, sondern unmittelbar im Anschluß an die Großdemonstration durchgeführt werden sollen. Das Protokoll dieser Versammlung wird bis zur endgültigen Festlegung am 16.2.87 erneut Diskussionsgegenstand in allen Ortsgruppen der BI Schwandorf sein. Zusätzlich soll zur Vorbereitung auf die Herbstaktivitäten ein Wochenendseminar für die Oberpfälzer BI's angesetzt werden. Es war bei dieser BI-Versammlung keine Frage, daß die vorgesehene Großdemo — wie alle Anti-AKW-Aktionen der letzten Monate — verboten werden wird und trotz Verbot durchgesetzt werden muß.

— Am 13./14.2.87 wird sich der Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung u. a. mit dem Vorschlag der Wackersdorf-Großdemo befassen. Es wird von Teilen des KA nicht ausgeschlossen, daß Wackersdorf zum diesjährigen zentralen Mobilisierungsansatz der Friedensbewegung gemacht werden kann. Abgesehen vom BUF, deren Vertreter den Nürnberger Aktionsvorschlag mit ausgearbeitet hatten, zeigen sich derzeit auch der BBU und die ,,Frauen für den Frieden'' an dieser Option ernsthaft interessiert.

— Am 21./22.2.87 wird die Anti-AKW-Bewegung anläßlich der Atommüllkonferenz in Bielefeld über den Nürnberger Aktionsvorschlag im Grundsatz entscheiden und voraussichtlich erste Schritte zur Durchführung einer bundesweiten bewegungsübergreifenden Wackersdorf-Aktionskonferenz in die Wege leiten.

Hierbei dürfte die nur angerissene Kontroverse des Nürnberger BUKO-Abschlußplenums fortgesetzt werden: Teile des autonomen Spektrums hatten in Nürnberg den Vorschlag einer Großdemo in Wackersdorf grundsätzlich verworfen und alternativ den KWU-Standort Erlangen vorgeschlagen.

Dabei wurde einerseits davor gewarnt, sich mit dem Großdemo-Projekt zu überheben oder nur sinnlos blutige Köpfe zu holen, andererseits wurde behauptet, eine Großdemo falle als Aktionsform weit hinter die bereits vollzogene Entwicklung des Widerstands zurück. Ob zu lasch oder zu kühn — die gemeinsame Losung gegen den Vorschlag der Großdemo lautete: ,,Weg vom Bauzaun — hin zur Infrastruktur''.

Weg vom Bauzaun?

Dies ist die Schlußfolgerung eines Teils des autonomen Spektrums aus der unbestreitbaren Tatsache, daß die berühmte spontane Militanz von Wackersdorf nicht nur mittlerweile auf objektive Grenzen gestoßen ist, sondern derzeit der Staatsapparat mit Terrorprozessen und über 3.000 Ermittlungsverfahren in der Oberpfalz das Feld beherrscht. Es läßt sich aber ebenfalls kaum bestreiten, daß diese Parole, wenn auch ungewollt, das zentrale Anliegen des bayerischen Staatsapparats in Sachen WAA zum Ausdruck bringt. Der Giftgasterror bei den letzten regionalen Großaktionen in Wackersdorf, Ostern und Pfingsten 1986, die Rodung eines breiten Waldgürtels rings um das Baugelände und nicht zuletzt der Versuch, zwei Bundeskonferenzen der Anti-AKW-Bewegung in Bayern zu zerschlagen: All' das diente dem Ziel, erneute Massenmobilisierungen nach Wackersdorf mit allen Mitteln abzuwenden und das Gelände um die WAA-Baustelle zur ,,Sicherheitszone'', d. h. zum demo- und aktionsfreien Raum zu machen.

Die Durchführung einer Großdemo nach dem Muster der letzten Hanau-Demonstration (keine militante Auseinandersetzung, Darstellung und Verteidigung der Gesamtpalette des Widerstands über die Beiträge der Kundgebung) dürfte deshalb in Bayern unabhängig von der Breite des Unterstützerkreises unter einem starken Verbotsdruck stehen, müßte also von Anfang an auch unter dem Aspekt der Durchbrechung eines möglichen Demonstrationsverbots diskutiert werden. Es hat mit der Realität nichts zu tun, wenn ein derartiges Projekt als zu ,,lasch'' oder als ,,Rückschritt im Widerstand'' großspurig abgetan wird. Umgekehrt würde die Parole ,,Weg vom Bauzaun'' und hin nach beispielsweise Erlangen (KWU = Infrastruktur) doch letztlich bedeuten, Wackersdorf als Ansatzpunkt und Ziel für eine bundesweite und wirklich massenhafte Mobilisierungs- und Aufklärungsarbeit abzuschreiben, d. h. sich letztlich mit dem Fortgang der Bauarbeiten an Ort und Stelle abzufinden.

ms., Bonn

Britisches Manöver am Rande des Golfkriegs

,,Flinkes Schwert'' gegen ,,Fantasialand''

Um den maximalen Interessen der Amerikaner zu dienen, ,,*sollten beide Seiten verlieren*'', (1) sagte einst Henry Kissinger zum Golf-Krieg zwischen Iran und Irak, der inzwischen sechs Jahre für beide Seiten höchst verlustreich geführt wird. Waffen der USA an den Iran, Übermittlung von geheimdienstlicher und militärischer Aufklärung an den Irak, das gehört zum Geschäft, diesen verlustreichen Krieg in Gang zu halten. Doch was passiert, wenn wirklich eine Seite verlieren sollte? Nach zwei Offensiven der iranischen Truppen im Januar dieses Jahres vor Basra, der zweitgrößten Stadt des Irak, ging dieses Gespenst durch die Medien. Nach einer wiederum verlustreichen Schlacht (westliche Geheimdienste sprechen von bis zu 45.000 gefallenen iranischen Soldaten und bis zu 10.000 irakischen) standen iranische Truppen neun Kilometer vor Basra, aus der die Menschen (eineinhalb Millionen Einwohner) geflohen sein sollen. Der US-Geheimdienst erklärte die Frontlage vor Basra für ,,stabil'', der ,,Spiegel'' meldete, daß US-Truppen zur Intervention für den Fall der Einnahme Basras bereit stünden. (2) Die US-Regierung erklärte diese Maßnahmen zu einer ,,Routineübung''. (3)

Um zu demonstrieren, was passiert, wenn die Imperialisten nicht mehr mit ,,indirekten'' Maßnahmen ihre Interessen in diesem Krieg wahren können, führten britische Truppen im November 86 ein Interventionsmanöver in Oman durch, um die Interventionstruppen von ,,Fantasialand'' innerhalb von vier Tagen zurückzuschlagen. Wir dokumentieren hier Auszüge eines Berichtes über dieses Manöver aus der ,,Europäischen Wehrkunde'' (4) — deutlicher könnten auch wir nicht ausdrücken, worum es geht.

Die großen Erdölkonsumenten der Welt blicken mit wachsender Sorge auf den arabischen Subkontinent und den Persischen Golf, wo allein in diesem Jahr mehr als 80 Handelsschiffe — überwiegend Tanker — angegriffen worden sind. Während irakische Jagdbomber erstmals über mehr als tausend

Persischen Golf, wo allein in diesem Jahr mehr als 80 Handelsschiffe — überwiegend Tanker — angegriffen worden sind. Während irakische Jagd-

bomber erstmals über mehr als tausend Kilometer hinweg nach strategisch wichtigen Ölverladepunkten Irans auf der Höhe Bender Abbas und der Larak-Insel griffen und auch die neutralen Vereinigten Arbabischen Emirate aus der Luft attackiert wurden, hielten britisch-omanische Streitkräfte umfangreiche Manöver ab. Ihr Übungszweck war nicht die Demonstration militärischer Stärke zum Schutz der Straße von Hormuz; Beobachtern aber war klar, daß jedes Übungsszenario in dieser Region leicht von der Wirklichkeit übertroffen werden könnte.

Der britische Verteidigungsminster George Younger, dessen Auftreten in Oman die politische Bedeutung unterstrich, die London der Übung ,,Saif Sareea'' (Flinkes Schwert) beimißt, sagte in Muskat, für Großbritannien sei es der Zweck der britisch-omanischen Übung, die Fähigkeit zur raschen strategischen Verlegung von Kräften in Räume außerhalb des Vertragsgebietes der nordatlantischen Allianz zu demonstrieren.

Falkland-Erfahrung an Omans Wüsten-Küste

Die Übungslage wollte es, daß Oman am 7. November von starken Kräften des Inselreiches ,,Fantasialand'' im Indischen Ozean angegriffen wurde. Die an der Ostküste des Sultanats zwischen Masirah und Sur gelandeteten Kräfte konnten zwar auf ihrem Vormarsch von den Streitkräften des Sultan Qaboos gestoppt werden, für eine Gegenoffensive aber waren sie zu schwach. Deshalb bat Oman die britische Regierung, Verstärkungen zu schicken und stellte zu deren Aufnahme den Luftwaffenstützpunkt auf der Insel Masirah zur Verfügung. Zum erstenmal seit dem Falklandkonflikt entsandte daraufhin Großbritannien eine ,,Joint Task Force'' solcher Größe ,,out of Area''. Knapp 5.000 Soldaten wurden in Marsch gesetzt. Darunter die ,,3. Command Brigade Royal Marines'', die am 21. Mai 1982 die Landung bei San Carlos auf den Falklands durchgeführt hatten und die ,,5. Airborne Brigade'', ebenfalls Falkland-erprobt und für Luftlandeoperationen jedweder Art besonders trainiert. *(Es folgt eine detaillierte Aufzählung der Flotte — Anm. AK)*

Non-stop-Flug mit ,,Tornado'' über 7.560 Kilometer

Die britische Luftwaffe transportierte bei 75 Flügen mit ,,Tri-Star'' und ,,C-130 Hercules'' rund 2.000 Soldaten und 140 Kfz nach Masirah. (...) Zum erstenmal wurde bei der Übung Saif Sareea auch Besatzungen abverlangt, sechs ,,Tornado'' non-stop von Großbritannien nach Oman zu fliegen. Die Flugstrecke betrug 7.560 km. (...) Die Maschinen wurden siebenmal in der Luft betankt. Nach zehn Studen und 15 Minuten setzten die ,,Tornado'' in Oman auf. (...) Nur 28 Minuten nach der Landung starteten die Tornado mit frischen Besatzungen zu Einsätzen auf dem ,,Gefechtsfeld''.

Solche Rekordleistungen des ,,Tornado'', der auch im weiteren Verlauf der Übung zeigte, was er kann, fanden in Oman starke Beachtung, hat doch Sultan Qaboos vor einem Jahr acht ,,Tornado''-Jäger für die Verteidigung des omanischen Luftraumes in England bestellt. (5)

Britische und omanische Truppen im gemeinsamen Einsatz

Ein wesentlicher Übungszweck war die Kopplung der britischen Task-Force mit omanischen ,,in place'' Kräften. Dazu wurde auf Masirah ein gemeinsames ,,Joint HQ'' eingesetzt, in dem Omanis und Briten alle Probleme der Operationsführung des Host Nation Support bewältigten. Oman stellte außer Streitkräften von 5.000 Mann einen erheblichen Beitrag zur Logistik, seine ausgezeichneten statischen Fernmeldesysteme und ein mobiles Fernmelde- und Führungssystem zur Verfügung, das mit dem britischen kompatibel ist.

Am 26. November traten die britisch-omanischen Kräfte an. Im Morgengrauen landeten die Royal Marines in der Shiya-Bucht ostwärts Sur. Die Operation verlief mit der Präzision eines Uhrwerks. ,,Harrier'' der ,,Illustrious'', die etwa achtzehn km vor der Küste operierte, und ,,Jaguar'' der omanischen Luftwaffe hielten den Feind am Boden nieder. Omanische

sion eines Uhrwerks. ,,Harrier'' der ,,Illustrious'', die etwa achtzehn km vor der Küste operierte, und ,,Jaguar'' der omanischen Luftwaffe hielten den Feind am Boden nieder. Omanische

und britische Fliegerleitoffiziere benutzen dabei die in der NATO üblichen Verfahren. Die Schiffsgeschütze der Nottingham riegelten den Landeraum in der Tiefe ab. *(Es folgen weitere Seemanöver)* Parallel zur amphibischen Operation, in deren weiteren Verlauf auch schweres Gerät an Land geschafft wurde, griffen omanische und britische Fallschirmjäger den Flugplatz Al Mahattan an, um ihn für die Gegenoffensive gegen die Kräfte ,,Fantasialands'' nutzen zu können. (...) Drei Tage dauerte der Vormarsch der beiden Kräftetruppen, (...) dann gelang es ihnen, vor den Augen Sultan Qaboos, am 30. November, durch einen Angriff in Brigadestärke die stehengebliebenen Feindteile 30 km tief in der Wüste, südlich von Shiya, endgültig zu zerschlagen.

Während die Generalstäbe in Oman und Großbritannien die Übung am Golf im einzelnen auswerten, steht bereits fest, daß sie einen großen politischen Einfluß hatte. Sie hat der Welt gezeigt, daß die alten, ins vergangene Jahrhundert zurückreichenden Verbindungen zwischen Oman und Großbritannien auch in einer Krise tragfähig sind. (...) Es blieb Großbritannien vorbehalten, in einer Region militärische Präsenz zu machen, die zwar im Westen unter strategischen Gesichtspunkten zum US Central Command gerechnet wird, in der die USA zur Zeit aber schwerlich Manöver abhalten können. Es liegt deshalb im Interesse auch der westlichen Verteidigungsallianz, daß Großbritannien ein politisches Signal gesendet hat. Es lautet, Großbritannien ist in der Lage, am Golf einzugreifen, wenn es die Lage dazu zwingen sollte. (...)

(1) zit. nach ,,Newsweek'', 2.2.87, S. 31
(2) ,,Spiegel'', 19.1.1987
(3) FR, 20.1.1987
(4) Rolf Hallerbach in ,,Europäische Wehrkunde'', 1/87
(5) Ende 1987 erhält Oman die ersten acht Tornados, an deren Produktion auch die BRD beteiligt ist.

Das ehemals britische Sultanat Oman konnte in den 70er Jahren mit Hilfe des Schahs und Großbritanniens innere Aufstände erfolgreich niederschlagen. Heute gehört der Sultan zu den treuesten westlichen Verbündeten. 29,6 Mrd. Dollar gab der Sultan 1981 für das Militär aus. (Angaben nach EW 11/85)

Kollaborateure auf Tauchstation

Immer neuere Einzelheiten aus der „Waffenbrüderschaft" zwischen der BRD und der Apartheidsrepublik am Kap kommen ins Licht der Öffentlichkeit, seit in den „Kieler Nachrichten" bundesdeutsche U-Boot-Pläne mit Kurs Südafrika auftauchten.

Der Bonner U-Boot-Ausschuß gewährte denn auch tiefe Einblicke in das bundesdeutsche Selbstverständnis von Rüstungsexportkontrolle. Als der zuständige Ministerialbeamte für die Einhaltung des Außenwirtschaftsgesetzes von den bereits erfolgten Lieferungen der U-Boot-Blaupausen erfuhr, sah er keinen Anlaß, die Staatsanwaltschaft zu informieren.

Überhaupt kennzeichnen Ahnungslosigkeit und Unwissenheit ziemlich exakt den Informationsstand der vor den Ausschuß zitierten Regierungsvertreter. Dabei filtern sich als Tatsachen bereits jetzt heraus:

— Bereits im Mai 1984 wußte Kohl von dem geplanten Geschäft der HDW und des Ingenieurskontor Lübeck (IKL).

— Das IKL hat nach Aussage eines Ministerialbeamten die telefonische Zustimmung des Bundeskanzleramtes für die Lieferung der Konstruktionspläne erhalten. Allerdings hat Kanzleramtschef Schreckenberger am 17.10.84 den Kieler Waffendealern mitgeteilt, die Bundesregierung könne die Lieferung offiziell nicht billigen.

— Der frühere CSU-Abgeordnete und heutige HDW-Anwalt Zoglmann erklärte, das Waffengeschäft sei mit „Kenntnis offizieller Stellen" abgewickelt worden.

Laut Kohls außenpolitischem Berater Teltschik wollte der Kanzler anläßlich des Besuchs von Premierminister Botha ein noch besserer Apartheids-Kollaborateur als der Rüstungslobbyist Zoglmann sein. Nachdem Kohl mit dem Rassistenchef im Juni 1984 geplaudert hatte, überlegte er, ob man nicht die Lieferung von kompletten U-Booten an den Apartheidsstaat prüfen sollte. Bezeichnenderweise gibt es zu diesem Gespräch keine Notizen, dafür aber jede Menge Blackouts und Erinnerungslücken.

Für die Kriegsmaschine des Rassistenstaates hat sich die Blaupausenlieferung offenbar gelohnt. Die Grünen zitierten in Bonn einen Bericht der südafrikanischen Zeitung „The Star", in dem sich der Kommandant der U-Boot-Flottille der Apartheidrepublik brüstet: „Südafrika verfügt über 95 Prozent des Know-how, das für den Bau eigener U-Boote benötigt wird."

Eine bunte Auswahl bundesdeutscher Unternehmer war neben HDW und dem Ingenieurskontor Lübeck am U-Boot-Deal mit Südafrika beteiligt: Krupp, Atlas Elektronik, Varta, Zeiss, Elektrospezial, Gabler Maschinenbau, Siemens und MTU.

High-Tech für Rassisten

Einen besonders dicken Auftrag zog sich dabei die Freiburger Firma Litef an Land. Der „Spiegel" vom 12.1.1987 enthüllte die Lieferung von hochwertiger Schiffselektronik durch den süddeutschen Rüstungsbetrieb.

1980 ging beim Auswärtigen Amt ein unauffälliges Schreiben der Litef ein. Darin fragte der Breisgau-Betrieb an, ob Aussicht bestünde, das Marinenavigationssystem PL-41/MK 2, etwas über 500.000 DM teuer, nach Südafrika exportieren zu dürfen. Angeblich für ein „Fischereiforschungsschiff". Da lachen die Schellfische! Harmlos beschrieb Litef das Navigationssystem als Weiterentwicklung eines neuartigen Kreiselkompasses, den die Firma ursprünglich 1966 mit finanzieller Unterstützung des Bonner Verteidigungsministeriums konstruiert hatte. Verkauft wurde das Produkt an diverse Länder, darunter Südkorea, Indonesien und Israel. Das PL-41 ist also in Wahrheit ein hochkompliziertes militärisches Navigationssystem. In ein Kriegsschiff eingebaut, steuert das Gerät Radareinrichtungen, berechnet die exakten Abschußwinkel von Raketen, Kanonen und Torpedos und zeigt auf U-Booten den genauen Standort bei der Tauchfahrt an.

Laut „Spiegel" sind die Navigationssysteme geeignet als Zielgerät für französische „Exocet"-Raketen, für amerikanische „Harpoons", israelische „Gabriels" oder britische „Sea Sparrows". Das Rassistenregime hat somit die wichtigsten Voraussetzungen erhalten, aus den von HDW gelieferten U-Boot-Plänen funktionstüchtige Kriegsschiffe werden zu lassen. Litef erhielt vom Bundeswirtschaftsministerium die Erlaubnis, 1982 und 1983, vier „Kreiselkompaßanlagen" an den Apartheidsstaat zu liefern. Gesamtwert: 2.627.870 DM, Käufer Hubert Davies & Co. Endverbraucher Südafrika. Weitere Geräte sollen bis 1988 geliefert werden. Der Freiburger Betrieb ist indes im Rüstungsgeschäft kein Neuling: Laut Litef-Geschäftsführer Richerd Hopman beträgt der Anteil der Wehrtechnik am Umsatz des Unternehmens „nahezu 100%". Das Unternehmen lieferte Bordcomputer für die „Phantom" und den „Tornado". Im „Alpha-Jet" sind Litef-Computer ebenso eingesetzt wie in diversen Kampfhubschraubern.

Nach Bekanntwerden der „Spiegel"-Veröffentlichungen beeilte sich das Litef-Management, auf „den neutralen Charakter unseres Systems" hinzuweisen. In Verkaufsprospekt und technischer Beschreibung heißt es allerdings weniger friedlich: „Der Allzweck-Digital-Computer (...) für die harten Umweltbedingungen (...) wie sie im militärischen Bereich vorkommen." Damit auch jedem klar ist, worum es geht, steht dabei in Klammern: „Armeefahrzeuge, Panzer, Flugzeuge, Seefahrzeuge."

Litef-Geschäftsführer Hopman ist aber mit der derzeitigen Verbreitung seines Kriesgsgeräts noch nicht zufrieden: „Durch die Exporteinschränkungen sind wir sehr stark eingeengt". In den Koalitionsparteien finden die Rüstungsmanager seines Schlages jedoch zunehmend offene Ohren.

Nicht nur bei Franz-Josef Strauß, der die bescheidenen Reste des Kriegswaffenkontrollgesetzes am liebsten ganz beseitigt hätte — in der gesamten Bundesregierung wächst die Bereitschaft, die U-Boot-Affäre zum Präzedenzfall für noch ungehemmteren Waffenexport zu machen.

Bemerkenswert unwohl fühlt sich indes die Sozialdemokratie in der U-Boot-Affäre. Kanzlerberater Teltschik will von der Schmidt-Truppe das Motto für die Rüstungsexporte „Made in Germany" gelernt haben: „Was schwimmt, läuft — was läuft, läuft nicht." Soll heißen: U-Boot-Lieferungen hat die sozialliberale Koalition fast regelmäßig genehmigt, Panzer dagegen nicht. Peinlich berührt sind auch die Spezialdemokraten, wenn sie im Ausschuß mit genüßlicher Regelmäßigkeit Schmidtsche Waffenlieferungen von ihren CDU-Kollegen um die rosa Ohren gehauen bekommen. Da sind nicht nur die Gewehre für das Somoza-Regime im Wert von 31 Millionen DM — auch zum Apartheidsregime pflegten die Sozialliberalen enge Rüstungskontakte. In den 70er Jahren schickte SPD-Verteidigungsminister Leber sogar den NATO-General Rall ans Kap, um die atomaren Fortschritte der bundesdeutschen Nuklear-Partner im Rassistenstaat zu überprüfen. Die SPD hätte sich diesen Ausschuß gerne erspart.

So aber darf mensch gespannt sein, wieviele abgetauchte Kollaborateure aus Industrie und Politik noch auf der Kommandobrücke der bundesdeutschen Rüstungsflotte erscheinen werden.

Rü., Freiburg

Spy in the sky

Britischer Spionagesatellit geplant



Viel Wirbel ist entstanden in Großbritannien um die Enthüllung geheimgehaltener Pläne für den Aufklärungssatelliten Zircon.

Zircon ist ein Signal-Aufklärungssatellit, der über der Sowjetunion stationiert werden soll, wie das Labour-nahe Wochenmagazin „New Statesman" in seiner Ausgabe vom 23. Januar 1987 aufdeckte. Durch das 500 Millione Pfund (ca. 1,4 Mrd. DM) umfassende Projekt wird es den Briten möglich, sowjetische Militär- und Polizeikommunikation und Computerverbindungen abzuhören. Nach Regierungsplänen soll der Satellit 1988 mit Hilfe des US-amerikanischen Space Shuttles auf eine geostationäre Umlaufbahn geschossen werden. Nicht nur, weil seit 1947 ein Abkommen zur Kooperation der Geheimdienste besteht, wird vermutet, daß die USA am Zircon-Projekt — vor allem technologisch — beteiligt sind.

Opposition staatstragend

Die Nachforschungen über das Zircon-Projekt hatten schon im Oktober begonnen und sollten eigentlich im Rahmen der BBC-Serie „Die geheime Gesellschaft" ausgestrahlt werden. Diese Sendung war aber durch die Regierung mit dem Hinweis, es handle sich um eine Angelegenheit der nationalen Sicherheit, abgesetzt worden. Um andere Veröffentlichungsmöglichkeiten auszuschließen, erließ der Generalstaatsanwalt ein Verbot, über dieses Thema zu berichten. In Briefen wurden sämtliche Zeitungsverleger Großbritanniens dazu angehalten, über dieses Thema nicht zu schreiben. Gleichzeitig wurde ihnen angedroht, man werde Zuwiderhandlungen nach dem Geheimhaltungsgesetz verfolgen.

Am Freitag, 23. Januar, sollte im Parlament eine Videoaufzeichnung des BBC-Films vorgeführt werden. Kaum war sie angelaufen, wurde sie von der Regierung mit der Begründung gestoppt, es seien Labour-Abgeordnete anwesend und Labour-Mitglieder seien verantwortlich für die Veröffentlichung von Sicherheitsgeheimnissen (die Behauptung bezieht sich auf die Labour-Nähe des „New Statesman").

In der anschließenden Parlamentsdebatte betonte Labour-Chef Neil Kinnock, daß „es Aktionsfelder gäbe, die der Geheimhaltung unterliegen müßten" und daß er den Versuch der Regierung unterstütze, die Veröffentlichng zu verhindern. Dann drosch er auf den „New Statesman" ein, behauptete, dieser hätte unrecht mit seiner Vermutung, das Zircon-Projekt hätte, nach einem Abkommen von 1982 zwischen Regierung und Parlament, dem Parlament offengelegt werden müssen. Außerdem hätte der „New Statesman" mit seiner Enthüllung der nationalen Sicherheit geschadet. Der Regierung warf Kinnock vor allem vor, daß sie die Veröffentlichung nicht verhindern konnte, obwohl sie schon seit Oktober von den Nachforschungen durch den Journalisten Duncan Campbell wußte und sich nun in erster Linie damit befaßte, die Labour-Abgeordneten von der Filmvorführung fernzuhalten, während die Information über Zircon schon durch die ITN-Nachrichten und durch den „New Statesman" verbreitet wurden.

Den Vorwurf der Opposition, nicht hart genug durchgegriffen zu haben, ließ Mrs. Thatcher nicht lange auf sich sitzen: In der Nacht des 24. Januar ordnete sie eine Razzia für die Redaktionsräume des „New Statesman" an, an der auch Geheimdienstbeamte beteiligt waren. Die Wohnungen des Journalisten Campbell und eines Redaktionsassistenten wurden ebenfalls durchsucht. Inzwischen wurde Campbell genötigt, eine eidesstattliche Erklärung abzugeben, durch die er sich verpflichtet, keine Einzelheiten über das Zircon-Projekt zu publizieren, sofern ihm noch weitere bekannt seien.

b, ra/Kiel

Quellen: Britische Zeitungen, v. a. „New Statesman" vom 23.1. sowie „Times", „The Independent Guardian" verschiedene Ausgaben

Rüstungsexport der BRD

— Gesetze und Zuständigkeiten —

Nach dem 2. Weltkrieg verbot der Alliierte Kontrollrat zunächst den Im- und Export von Kriegsgerät, außerdem auch den Handel mit Zeichnungen, Plänen und Maschinen zur Rüstungsproduktion (1). In der BRD wurde 1951 eine Genehmigungspflicht für Produktion, Ein- und Ausfuhr eingeführt, somit die Kriegsproduktion wieder legalisiert. Das Grundgesetz schrieb in einem 1955 eingefügten Artikel die Genehmigungspflicht der Bundesregierung fest. Das Nähere regelt, wie immer, ein Bundesgesetz.

Besonders relevant für diese Ausführungen des Grundgesetz-Artikels ist das *Kriegswaffenkontrollgesetz* sowie das *Außenwirtschaftsgesetz*, beide vom April 1961. Das Kriegswaffenkontrollgesetz steckt den Rahmen der genehmigungspflichtigen „zur Kriegsführung bestimmten Waren" denkbar weit. Zudem wird die Bundesregierung, mit Zustimmung des Bundesrates, durch das Gesetz ausdrücklich ermächtigt, „entsprechend dem Stand der wissenschaftlichen, technischen und militärischen Erkenntnisse" die „Gegenstände, Stoffe und Organismen" der „Kriegswaffenliste" zu erweitern (2). Das Gesetz dokumentiert den politischen Willen der bundesdeutschen Regierung(en), die alleinige Zuständigkeit für die Rahmenbedingungen des Kriegsproduktionsbereiches nicht aus der Hand zu geben. Nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz liegt es bei der jeweiligen Regierung, was, wo und sogar ob Kriegsmaterial ihergestellt und ausgeführt wird!

Das Außenwirtschaftsgesetz ist in erster Linie für die Regelung des Exports zuständig. Danach können Exportgeschäfte „beschränkt werden, um: 1. die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten, 2. eine Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker zu verhüten ..." (in dieser Reihenfolge). Explizite Erwähnung finden neben Waffen, Munition, Produktionsmitteln usw. auch „Konstruktionsunterlagen und sonstige Fertigungsunterlagen" (3). In der Durchführungsverordnung des Gesetzes findet sich eine sehr detaillierte und mehrfach im Jahr aktualisierte Ausfuhrliste mit genehmigungspflichtigen Waren, die in drei Bereiche, A (Waffen, Munition, Rüstungsmaterialien), B (Nuklearmaterialien) und C (Waren von sonstiger Bedeutung), unterteilt ist. Genehmigungspflichtig sind ebenfalls Fertigungsunterlagen für Produkte der drei Kategorien (4).

Das Bundeswirtschaftsministerium ist für Exportgenehmigungen zuständig, in strittigen oder besonders heißen Fällen werden aber weitere Ministerien (Äußeres, Verteidigung) bzw. der Bundessicherheitsrat (Kanzler, Außen-, Verteidigungs-, Innen- und Finanzminister) eingeschaltet.

Bei Rüstungsexporten muß in jedem Fall ein „Antrag auf Ausfuhrgenehmigung" gestellt werden, wo auch der Endverbleib der Ware angegeben werden muß. Für Waren, die nicht unter A, B oder C der Ausfuhrliste auftauchen, also sog. nicht-strategisches Material, wird lediglich eine Ausfuhrerklärung verlangt.

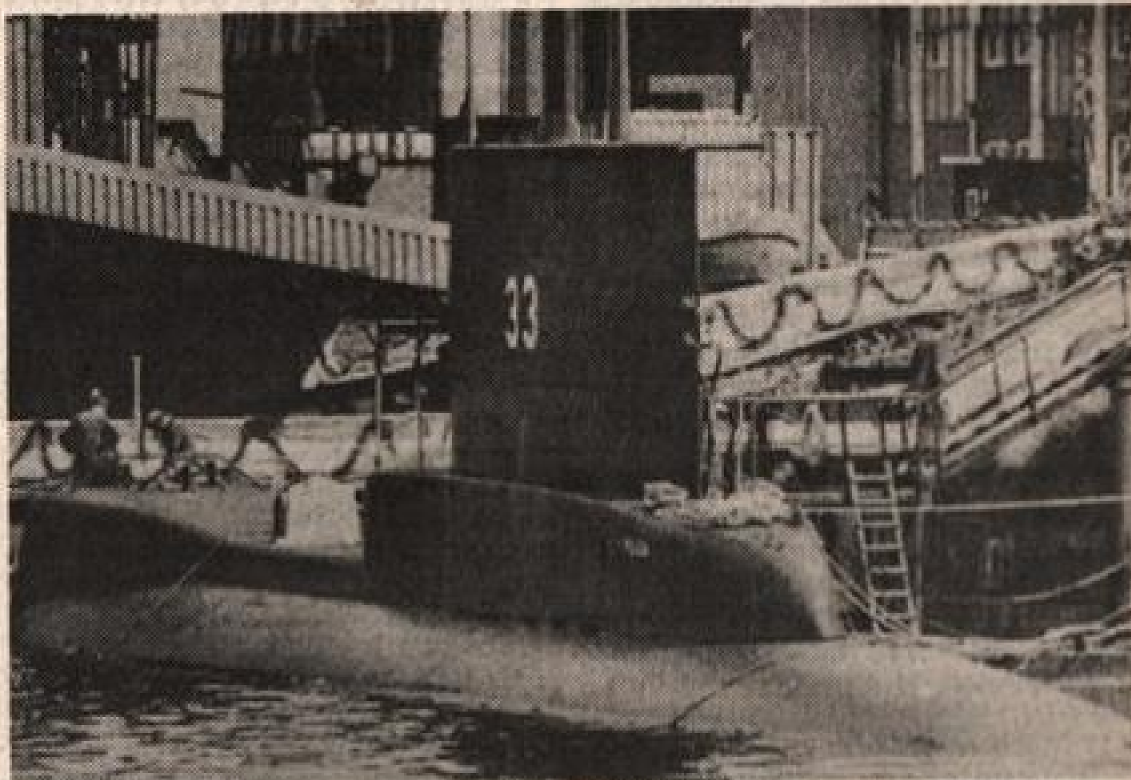
Über die Genehmigungspraxis sagen die Gesetze und Verordnungen natürlich noch nicht viel. Welche Exporte genehmigt werden (oder auch nicht) und aus welchen Gründen ist Sache einer Regierungspolitik, die selten öffentlich gemacht wird.

Waffenexport sozialliberal

Eher zufällig wurden die Beschlüsse der sozialliberalen Koalition von 1971 bekannt (5). Diese politischen Exportrichtlinien wurden erst 1982 modifiziert; galten also fast die gesamte Amtszeit sozialdemokratischer Kanzler. Die 71er Richtlinien unterscheiden den Handel mit Nato-Staaten, Nicht-Nato-Staaten und sonstige Staaten. Zur Nato-Kategorie werden noch die gleichgestellten Staaten Schweden, Schweiz, Australien, Neuseeland, Irland, Österreich und Japan gezählt (6). Grundsätzlich soll der Export in diese Länder keinen Beschränkungen unterworfen sein, allerdings behält man sich Verbote in Einzelfällen vor. Hinsichtlich des „Endverbleibs" wird angestrebt, daß „gelieferte Kriegswaffen in relevanten Fällen nur mit schriftlichem Einverständnis der Bundesregierung aus dem Geltungsbereich des Nato-Vertrages verbracht werden dürfen".

In „Nicht-Nato-Staaten" sollen, so die Exportrichtlinien, Kriegswaffen grundsätzlich und übrige Rüstungsgüter möglichst unterbleiben. Diese Staatengruppe wird wiederum unterteilt in die Feindstaaten, Sowjetunion, Polen, Vietnam, Albanien usw. (7) und in die „Spannungsgebiete", ein seit Mitte der sechziger Jahre wegen seiner Beliebigkeit äußerst populärer Begriff. Die Richtlinie betont denn auch die Definitionszuständigkeit des Auswärtigen Amtes. Dritte und letzte Gruppe bilden die „Sonstigen". In diese Länder sollen keine Kriegswaffen geliefert werden, „es sei denn, daß Ausnahmen allgemeiner Art festgelegt oder Ausnahmegenehmigungen auf Grund besonderer politischer Erwägungen (nur mit amtlichen Endverbleibsnachweis) erteilt werden". Für nicht-ganz oder fast-schon Spannungsgebiete, ein unverzichtbares Hintertürchen. Überflüssig zu erwähnen, daß auch hier die Regierungs-Richtlinie greifbare Einordnungen peinlichst vermeidet.

Mit intensivierter Übernahme „weltweiter Verpflichtungen" durch die BRD, v.a. in den siebziger Jahren, spielte auch der Rüstungshandel als *politischer* Handel eine zunehmende wichtige Rolle. Die dauerhafte Krise der traditionellen Schwerindustrie kam als zweiter Faktor diesem „Trend" sicherlich entgegen. So wurden U-Boote von HDW/IKL (um das aktuelle Beispiel aufzugreifen) seit 1971 fast ausschließlich in die Kategorien Nicht-Nato/Spannungsgebiete oder „Sonstige" geliefert (Israel, Griechenland, Argentinien, Peru, Kolumbien, Türkei, Venezuela, Ecuador, Chile, Brasilien und Indien). Die Brandt/Scheel-Regierung versuchte der gestiegenen Bedeutung des Kriegswaffenexports mit ihren 71er Richtlinien Rechnung zu tragen. Eine öffentliche Debatte zu diesem Aspekt sozialliberaler Politik fand ihrerzeit nicht statt — sollte nicht stattfinden. „Restriktive Exportpolitik" war damals das Motto. Entgegen aller Fakten konnte sich dieser Mythos bis heute hartnäckig halten. Erst als die in den letzten Zügen liegende Schmidt-Regierung 1982 neue, modifizierte politische Grundsätze vorlegte, wurde die Diskussion lebendiger.



Um dieses U-Boot geht es

ra., Kiel

Quellen:

(1) Gesetz vom 20.12.1946
(2) Kriegswaffenkontrollgesetz, Paragraph 1,1
(3) Außenwirtschaftsgesetz, Paragraph 7,2
(4) Verordnung zur Ausführung des Außenwirtschaftsgesetzes, Paragraph 7,2
(5) Die Richtlinien wurden 1977 von mehreren Militärblättern veröffentlicht und gelten als offiziell. Zitate der Richtlinien aus „Wehrdienst", Juni 1977
(6) Staatssekretär Grüner auf Anfrage im Bundestag 1979
(7) Länderliste C der Außenwirtschaftsverordnung, die nach Bedarf aktualisiert wird

Über die Umgestaltung und die Kaderpolitik der Partei

Referat Michail Gorbatschows auf dem Plenum des ZK der KPdSU am 21.1.87

Im Januar fand nach mehrmaligem Verschieben das Plenum des ZK der KPdSU statt. In einem mehrstündigen Referat legte der Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, Vorschläge für eine Änderung des Wahlsystems in der UdSSR dar. Diese Vorschläge komplettieren die vom 27. Parteitag der KPdSU vorgenommene Umorientierung und würden, wenn sie umgesetzt werden, den ernsthaftesten Angriff auf die stalinistischen Strukturen darstellen, den die UdSSR je erlebte. Während in der CSSR, Ungarn und selbst in Jaruzelskis Polen die Rede Gorbatschows vollständig veröffentlicht wurde, wurde sie in der DDR und in der DKP-Zeitung „Unsere Zeit" lediglich in einer um die brisanten Passagen gekürzten Form den Lesern zugänglich gemacht. Neben den Demokratisierungsforderungen bildet die Kritik Gorbatschows an den aus den 30er und 40er Jahren stammenden Vorstellungen wohl den brisantesten Aspekt.

Wir dokumentieren Auszüge aus dem Referat Gorbatschows, wobei wir uns auf jene Passagen konzentriert haben, die der Reform des politischen Systems und der Kritik an den alten Anschauungen und Verfahrensweisen der KPdSU gewidmet sind. Zum 27. Parteitag siehe AK 268 und 269. Red.

Dokumentation

Genossen! Der 27. Parteitag hat uns, den Mitgliedern des Zentralkomitees, eine große Verantwortung auferlegt — die Realisierung des strategischen Kurses auf die Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung des Landes zu gewährleisten. So versteht das Politbüro die Situation und die Rolle des Zentralkomitees in der gegenwärtigen Etappe des Lebens der sowjetischen Gesellschaft.

Ausgehend davon wird auf dem Plenum ein Problem erörtert, das von erstrangiger Bedeutung für die erfolgreiche Verwirklichung der vom Aprilplenum (1985) des ZK und dem 27. Parteitag der KPdSU ausgearbeiteten politischen Strategie ist — die Frage der Umgestaltung und der Kaderpolitik der Partei. (...)

Das Aprilplenum und der 27. Parteitag eröffneten den Weg für eine objektive, kritische Analyse der Situation, die sich in der Gesellschaft herausgebildet hat (...).

Gleichzeitig sehen wir, daß sich die Veränderungen zum Besseren nur langsam vollziehen, daß die Umgestaltung sich als schwieriger erweist und die Ursachen für die in der Gesellschaft angehäuften Probleme tiefer liegen, als wir früher angenommen haben. (...)

Doch heute wissen wir mehr, und deshalb ist es notwendig, noch einmal gründlich die Ursachen für die gegenwärtige Lage zu erörtern und die Gründe für das zu analysieren, was sich an der Wende von den 70er zu den 80er Jahren im Lande vollzog. (...)

Unsere Leistungen sind gewaltig und unbestreitbar, und die sowjetischen Menschen sind zurecht stolz auf ihre Erfolge. (...) Jegliche Erfolge, und seien sie noch so grandios, dürfen nicht die Widersprüche in der Entwicklung der Gesellschaft oder unsere Fehler und Versäumnisse verhüllen.

Wie haben darüber gesprochen und müssen das heute noch einmal wiederholen: Auf einer bestimmten Etappe begann das Land, an Entwicklungstempo zu verlieren, (...) es kam zu stagnations- und anderen dem Sozialismus fremden Erscheinungen. (...)

Worin liegt die Ursache für diese komplizierte und widersprüchliche Situation?

Die Hauptursache (...) bestand darin, daß das ZK der KPdSU vor allem aus subjektiven Gründen nicht rechtzeitig und in vollem Umfang die Notwendigkeit von Veränderungen und die Gefahr des Anwachsens von Krisenerscheinungen in der Gesellschaft (...) einschätzen konnte.

Bei der Ausarbeitung der Politik und in der praktischen Tätigkeit überwogen konservative Haltungen, Trägheit, das Bestreben, alles vom Tisch zu wischen, was nicht in die gewohnten Schemata paßte und die mangelnde Bereitschaft zur Lösung der herangereiften sozialökonomischen Fragen.

Für all das, Genossen, tragen die führenden Organe der Partei und des Staates die Verantwortung. (...)

Die theoretischen Vorstellungen vom Sozialismus blieben in vielerlei Hinsicht auf dem Niveau der 30er bis 40er Jahre, (d.h. der Stalin-Ära — Anm. d. Red.), als die Gesellschaft gänzlich andere Aufgaben löste. Der sich entwickelnde Sozialismus, die Dialektik seiner Triebkräfte und Widersprüche sowie der reale Zustand der Gesellschaft wurden nicht zum Gegenstand tiefschürfender wissenschaftlicher Forschungen.

Die Ursachen für diese Lage liegen weit zurück. Sie wurzeln noch in jener konkreten historischen Situation (des Stalinismus — Anm. d. Red.), in der aufgrund bekannter Umstände aus der Theorie und der Gesellschaftswissenschaft die lebendige Diskussion und schöpferisches Denken verschwanden und autoritäre Einschätzungen und Betrachtungen zu unantastbaren Wahrheiten wurden, die man nur noch kommentieren konnte.

(...) Es hat sich eine starre Form sozialistischer Produktionsverhältnisse herausgebildet, und ihr dialektisches Zusammenwirken mit den Produktivkräften wurde unterschätzt. Die soziale Struktur der Gesellschaft wurde schematisch als frei von Widersprüchen, als frei von Dynamik in den vielfältigen Interessen ihrer verschiedenen Schichten und Gruppen dargestellt. (...)

Ein solches Verhältnis zur Theorie mußte sich negativ auswirken und hat sich tatsächlich auf die Gesellschaftswissenschaften und ihre Rolle in der Gesellschaft negativ ausgewirkt. Es ist doch Tatsache, Genossen, daß bei uns nicht selten allerlei Art scholastischen Theoretisierens gefördert wurde, das niemandes Interessen und Lebensprobleme berührte, während Versuche einer konstruktiven Analyse und des Aufwerfens neuer Ideen keine Unterstützung fanden. (...)

Ernsthafte Deformierung häufte sich in der Planung

Die Autorität des Plans als Hauptinstrument der Wirtschaftspolitik wurde untergraben durch subjektivistisches Herangehen, Unausgewogenheit, Instabilität und das Bemühen, alles und jedes bis hin zu Kleinigkeiten zu erfassen (...).

Unter diesen Bedingungen breitete sich Verantwortungslosigkeit aus, es wurden die verschiedensten bürokratischen Regeln und Instruktionen erfunden. Die lebendige Arbeit wurde durch Administrieren, hektische Betriebsamkeit und durch den Amtsschimmel ersetzt. (...)

Im Grunde entstand ein ganzes System zur Schwächung der ökonomischen Machtinstrumente. Es bildete sich eine Art Mechanismus heraus, der die sozialökonomische Entwicklung bremste und die progressiven Umwandlungen aufhielt, die es gestatten, die Vorzüge des Sozialismus aufzudecken und zu nutzen. Die Ursachen dieser Verlangsamung liegen in ernsten Funktionsmängeln der Einrichtungen der sozialistischen Demokratie, in veralteten, zuweilen auch realitätsfremden politischen und theoretischen Prinzipien sowie in einem konservativen Leitungsmechanismus. (...)

Es traten Verletzungen des wichtigsten Prinzips des Sozialismus — der Verteilung nach der Leistung — auf. Der Kampf gegen nicht aus der Arbeit stammende Einkünfte wurde nicht entschieden geführt. Die Politik der materiellen und moralischen Stimulierung einer hochproduktiven Arbeit war inkonsequent. Es wurden große Summen ungerechtfertigte Prämien, verschiedenartiger zusätzlicher Vergünstigungen ausgezahlt. Es wurden gefälschte Abrechnungen um des Gewinns willen zugelassen. Es kam eine Schmarotzerideologie auf, die Psychologie der ‚Gleichmacherei' begann sich im Bewußtsein festzusetzen. (...)

Einen verhängnisvollen Einfluß auf die moralische Atmosphäre in der Gesellschaft hatten Erscheinungen der Nichtachtung der Gesetze, von Augenauswischerei und Korruption sowie die Förderung von Katzbuckelei und Lobhudelei. Die wahre Sorge um die Menschen, ihre Arbeits- und Lebensbedingungen und ihr soziales Befinden wurde nicht selten durch politisches Kokettieren ersetzt — durch die massenhafte Vergabe von Auszeichnungen, Titeln und Prämien. Es entstand eine Atmosphäre, in der alles entschuldigt wurde, es sanken die Anforderungen, die Disziplin und die Verantwortung. (...)



Krokodil, Moskau

Sowjetische Karikatur über Produktionsmängel: „Weißt du nicht, wo der Stempel ‚Erste Qualität' hingekommen ist? Hier ist endlich ein anständiges Paar."

Das wurde auch dadurch verstärkt, daß der parteiliche Standpunkt zum künstlerischen Schaffen nicht selten durch eine unbegründete behördliche Einmischung in zutiefst schöpferische Prozesse sowie durch geschmacksbedingte Sympathien und Antipathien, Methoden ideologischer Beeinflussung und Anleitung, durch administrative Entscheidungen ersetzt wurde. (...)

Auf die Lage in der Partei wirkte sich auch aus, daß die Parteiorgane in einer Reihe von Fällen der strikten Einhaltung der leninschen Prinzipien und Normen des Parteilebens nicht genügend Aufmerksamkeit widmeten. Am meisten ist das wohl bei der Verletzung der Kollektivität der Arbeit deutlich geworden. Ich meine die Verringerung der Rolle der Parteiversammlungen und der gewählten Organe, wodurch die Kommunisten die Möglichkeit verloren, aktiv an der Beratung der lebenswichtigen Fragen teilzunehmen und letztendlich wirklich auf die Lage in den Arbeitskollektiven und in der ganzen Gesellschaft Einfluß zu nehmen.

Nicht selten wurde das Prinzip der Gleichheit der Kommunisten verletzt. Viele Mitglieder der Partei, die führende Funktionen innehaben, standen außerhalb der Kontrolle und Kritik, was zu Einbrüchen in der Arbeit und zu ernsten Verletzungen der Parteiethik führte. (...)

Alles Gesagte, Genossen, zeugt davon, wie ernst die Lage in den verschiedenen Sphären der Gesellschaft ist und wie notwendig tiefgreifende Veränderungen sind. Um so wichtiger ist es, noch einmal zu unterstreichen: Die Partei hat in sich die Kraft und den Mut gefunden, die Lage nüchtern einzuschätzen, die Notwendigkeit von grundlegenden Veränderungen in Politik und Wirtschaft, auf sozialem und geistigem Gebiet zuzugeben, das Land auf den Weg von Umgestaltungen zurückzuführen.

In dieser Situation, Genossen, wurde auch die Frage der beschleunigten sozialökonomischen Entwicklung des Landes, der Umgestaltung aufgeworfen. Im wesentlichen geht es um eine Wendung und um Maßnahmen revolutionären Charakters, wir sprechen von der Umgestaltung und mit ihr verbundenen Prozessen einer tiefgreifenden Demokratisierung der Gesellschaft und haben wirklich revolutionäre sowie allseitige Veränderungen in der Gesellschaft vor. (...)

Die Umgestaltung — das ist das sich Stützen auf das lebendige Schöpfertum der Massen, das ist die allseitige Entwicklung der Demokratie und der sozialistischen Selbstverwaltung und die Förderung von Initiativen, von Selbständigkeit, die Stärkung der Disziplin und Ordnung, die Erweiterung der Offenheit, Kritik und Selbstkritik in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens; das ist ein Höchstmaß an Achtung der Werte und Würde der Persönlichkeit. (...)

Das Endziel der Umgestaltung ist wohl klar: die tiefgreifende Erneuerung aller Seiten des Lebens im Lande, die Schaffung modernster Organisationsformen der sozialistischen Gesellschaft, die volle Ausschöpfung des humanistischen Charakters unserer Ordnung in allen ihren entscheidenden Aspekten — den ökonomischen, sozialen und politischen sowie moralischen. (...)

Nein, Genossen, gerechterweise muß jeder von uns, wenn er die Umgestaltung auf allen Ebenen fordert, mit der Umgestaltung bei sich selbst beginnen. (...)

Die Arbeiterklasse und das ganze Sowjetvolk schätzen den Kurs der Partei zur Umgestaltung und bringen gleichzeitig ihre Sorge über den Verlauf ihrer praktischen Verwirklichung zum Ausdruck. Sie rufen die Partei auf, nicht bei dem erreichten stehen zubleiben, entschieden zu handeln, weiterzugehen und unbeirrt den eingeschlagenen Kurs zu verwirklichen. Daraus, Genossen, müssen wir politische Schlußfolgerungen ziehen.

Da dieses Sorge in der Gesellschaft existiert, genügen unsere Anstrengungen offenkundig noch nicht. (...)

Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß heute ein ganzes System von Maßnahmen erforderlich ist. Dazu gehören sowohl die Ausarbeitung der theoretischen Grundsätze, die auf den Realitäten der Gegenwart und einer tief fundierten wissenschaftlichen Voraussicht der Zukunft basieren, als auch die Veränderung des gesellschaftlichen Bewußtseins, die konsequente Weiterentwicklung der demokratischen Institutionen sowie die Erziehung der Massen zu politischer Kultur, die Umgestaltung des Mechanismus der Wirtschaftsführung und der Organisationsstrukturen und natürlich eine aktive Sozialpolitik.

Nur so kann der Bremsmechanismus ausgeschaltet werden, und nur so werden die Kräfte der Beschleunigung den für sie notwendigen Spielraum erhalten.

Die sozialistische Demokratie vertiefen

Aber unter den Bedingungen der Umgestaltung, in der sich die Aufgabe der Aktivierung des subjektiven Faktors so akut stellt, müssen wir erneut auf die leninsche Fragestellung nach dem Maximum des Demokratismus in der sozialistischen Gesellschaftsordnung zurückkommen, in der sich der Mensch als Herr und Schöpfer fühlt. (...)

Nur bei konsequenter Entwicklung der demokratischen Formen, die dem Sozialismus eigen sind, und bei Erweiterung der Selbstverwaltung sind bei uns Fortschritte in der Produktion, in der Wissenschaft und Technik, in der Literatur, der Kultur und Kunst, in allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens möglich. Nur ein solcher Weg gewährleistet eine bewußte Disziplin. Nur durch Demokratie und dank der Demokratie ist die Umgestaltung selbst möglich. Nur so erhalten die gewaltige schöpferische Kraft des Sozialismus, die freie Arbeit und ein freier Geist in einem freien Land Raum.

Deshalb ist die weitere Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft eine unaufschiebbare Aufgabe. Darin gerade besteht das Wesen des Kurses des Aprilplenums und des 27. Parteitags der KPdSU auf die Vertiefung der sozialistischen Selbstverwaltung des Volkes. (...)

Aus diesem Grunde ist die Weiterentwicklung der Demokratie in der Produktion die wichtigste Richtung bei der Vertiefung und Erweiterung der sozialistischen Demokratie insgesamt. Es ist dies der Hebel, der die breite und engagierte Mitwirkung der Werktätigen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens sichern hilft und es ermöglichen wird, viele Fehler und Irrtümer zu vermeiden.

Die wichtigste praktische Aufgabe besteht darin, solche Voraussetzungen zu schaffen und solche Formen der Produktionsorganisation einzuführen, die es jedem Werktätigen ermöglichen, sich als wirklicher Hausherr des Betriebes zu fühlen. (...)

(Doch) stark verbreitet sind noch das Festhalten an administrativ-bürokratischen Leitungsmethoden und die Nichtanwendung solcher Formen der Wirtschaftsführung, die nicht in die traditionellen Vorstellungen passen, obwohl sie lebensnotwendig sind, die Initiative der Werktätigen fördern und ihre gesellschaftliche Aktivität heben. Für einige Genossen ist es offenbar schwer zu erkennen, daß die Demokratisierung nicht nur eine Losung, sondern das Wesen der Umgestaltung ist. Wir müssen unsere Ansichten und Gewohnheiten ändern, um nicht abseits vom Fahrwasser des Lebens zu stehen. Das ist unser dringender Rat an alle, die zweifeln und zögern. (...)

Unter diesen Bedingungen ist es den Arbeitern und Kolchosmitgliedern keineswegs gleichgültig, wer an der Spitze des Betriebes, des Werkteils, des Bereichs oder der Brigade steht. Wenn das Wohl und Weh eines Kollektivs von den Fähigkeiten der leitenden Kader abhängig gemacht wird, dann müssen die Werktätigen auch die realen Möglichkeiten besitzen, auf ihre Wahl Einfluß zu nehmen und ihre Tätigkeit zu kontrollieren.

Im Lande wurden gewisse Erfahrungen mit der offenen Auswahl führender Kader gesammelt. So wurden in der Region Krasnodar seit 1983 mehr als 8.500 leitende Kader unter Berücksichtigung der Meinung der Kollektive und Grundorganisationen der Partei nominiert. Dabei fanden über 200 Kandidaten nicht die Unterstützung der Werktätigen und wurden abgewiesen. Die gleiche Erfahrung wurde auch in einer Reihe anderer Orte gemacht. Sie wird von den Menschen positiv aufgenommen und wirkt sich gut auf die Arbeitsergebnisse aus.

Insgesamt, Genossen, drängt sich ganz unabhängig davon, von welcher Seite man an diese wichtige Angelegenheit herangeht, eine Schlußfolgerung auf: Die Zeit von Veränderungen sowie der Demokratisierung des Prozesses des Einsatzes von Leitungskadern der Betriebe auf der Grundlage von allgemeinen Wahlen ist herangereift. Das ist, wie Sie verstehen, eine qualitativ völlig neue Situation, ein prinzipiell anderer Charakter der Teilnahme der Werktätigen an der Leitung der Produktion und eine wesentliche Erhöhung der Rolle und Verantwortung des Kollektivs für die Ergebnisse seiner Arbeit. (...)

Demokratisierung unseres Lebens

Der geltende Mechanismus des Wahlsystems garantiert, daß alle Bevölkerungsschichten in den gewählten Machtorganen vertreten sind. In den gegenwärtigen Sowjets sind auf allen Ebenen die Arbeiterklasse, die Kolchosbauern, die Intelligenz, sind Frauen und Männer, Veteranen und Jugendliche, alle Nationalitäten und Völkerschaften des Landes vertreten. Die Wahlorgane widerspiegeln die soziale, berufliche und nationale Struktur der sowjetischen Gesellschaft, die Vielfalt der Interessen der gesamten Bevölkerung. Das ist — für sich selbst genommen — eine gewaltige Errungenschaft der sozialistischen Demokratie.

Doch wie alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Institutionen kann das Wahlsystem nicht in erstarrtem Zustand verharren, kann nicht abseits der Umgestaltung und der sich in der Gesellschaft entwickelnden neuen Prozesse stehen. (...)

Konkret geht es in den meisten Vorschlägen darum, daß auf den Wählerversammlungen in den Arbeitskollektiven und Wohngebieten sowie auf Wählerforen in der Regel über mehrere Kandidatenvorschläge beraten werden sollte. Es wird vorgeschlagen, die Wahlkreise zu vergrößern und in jedem mehrere Abgeordnete zu wählen. Die Genossen vertreten die Ansicht, daß es dadurch jedem Bürger ermöglicht wird, seine Meinung zu einem größeren Kreis von Kandidaten zum Ausdruck zu bringen und daß die Partei- und Staatsorgane besser die Stimmung und den Willen der Bevölkerung kennenlernen.

Auf diese Wünsche eingehend, müssen wir die Wahlen, die Verfahrensweise bei der Aufstellung und Diskussion der Kandidatenvorschläge auf neue Weise organisieren. Die Wahlhandlung muß von Formalismus befreit werden. Wir müssen uns darum kümmern, daß die Wahlkampagne schon in diesem Jahr in einer Atmosphäre breiterer Demokratie und der interessierteren Teilnahme der Menschen an diesem Prozeß stattfindet.

Realer Sozialismus



Es wäre zweckmäßig, den Entwurf des Gesetzes über Veränderungen im Wahlsystem zu veröffentlichen, um es dem ganzen Volk zur Diskussion zu unterbreiten.

Die Verwirklichung dieser Vorschläge wäre ein erster wichtiger Schritt auf dem Weg der weiteren Demokratisierung des Prozesses der Bildung und der Tätigkeit der Organe der Staatsmacht. Offenbar müssen aber auch noch tiefergreifende Veränderungen und weitere Schritte in diese Richtung bedacht werden. Unter Berücksichtigung der gesammelten Erfahrungen und angesichts der neuen Aufgaben müssen wir uns noch einmal auf das Gründlichste mit dem leninschen Erbe in den Fragen des sowjetischen Staatsaufbaus beschäftigen und es für die Lösung der heute vor der Gesellschaft stehenden Aufgaben nutzen.

Es ist völlig natürlich, daß im Zuge der weiteren Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft auch Fragen der Erweiterung der innerparteilichen Demokratie erörtert werden müssen.

Auf dem 27. Parteitag wurden bei den Veränderungen und Ergänzungen zum Statut der KPdSU bekanntlich eine Reihe wichtiger Leitsätze verwirklicht, die auf die Festigung der demokratischen Prinzipien im Leben der Partei gerichtet sind. Diese Arbeit muß fortgesetzt werden. Es erscheint zweckmäßig, über die Vervollkommnung des Mechanismus der Bildung der führenden Parteiorgane zu beraten. (...)

Es ist notwendig, auch über die Veränderung des Modus der Wahl von Sekretären der Rayonkomitees, der Kreiskomitees, der Stadtkomitees, der Gebietskomitees und der Regionalkomitees der Partei sowie der Zentralkomitees der kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken nachzudenken. Hier kann man, wie die Genossen vorschlagen, so verfahren, daß die Sekretäre, darunter auch die 1. Sekretäre, in geheimer Abstimmung auf den Plenartagungen der entsprechenden Parteikomitees gewählt werden. Die Mitglieder des Parteikomitees hätten dabei das Recht, eine beliebige Anzahl von Kandidaten auf dem Stimmzettel einzubringen. Eine derartige Maßnahme würde die Verantwortung der Sekretäre gegenüber den Parteikomitees, die sie gewählt haben, erhöhen, ihnen mehr Sicherheit in der Arbeit geben und es ihnen gestatten, das Maß ihrer Autorität genauer einzuschätzen.

Es versteht sich, daß in der Partei das statutengemäße Prinzip unverrückbar bleiben muß, demzufolge die Beschlüsse der übergeordneten Organe — auch zu Kaderfragen — für alle untergeordneten Parteikomitees bindend sind.

Nach Auffassung des Politbüros muß die weitere Demokratisierung auch die Schaffung zentraler Leitungsorgane der Partei beinhalten. (Vermutlich ist hier gemeint, daß die Demokratisierung auch die zentralen Parteior-
lich ist hier gemeint, daß die Demokratisierung auch die zentralen Parteior-
gane betreffen soll — Anm. d. Red.). Ich denke, daß das völlig logisch ist. Ebenso logisch wäre es offenbar, die Wahlen der Leitungsorgane auch in anderen gesellschaftlichen Organisationen zu demokratisieren. (...)

Das Politbüro ist der Ansicht, daß der weitere Demokratisierungsprozeß bei der Aufstellung der Wahlorgane eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Aktivierung des Parteilebens, für den Zustrom frischer Kräfte und für die aktive Arbeit der Parteiorganisationen ist und eine Garantie dafür gibt, daß sich Fehler aus der Vergangenheit nicht wiederholen.

Die Wahlen in der Partei sind kein formaler Akt. Wir müssen sie mit Überlegung und hohem Verantwortungsbewußtsein vorbereiten und dabei von den Interessen der Partei und der Gesellschaft ausgehen.

Die Demokratisierung der Gesellschaft wirft erneut auch die Frage nach einer Kontrolle darüber auf, wie die Partei-, Staats- und Wirtschaftsorgane und deren Kader arbeiten. (...)

Allerdings muß ich offen sagen, daß dem Politbüro, dem Sekretariat des ZK und der Regierung in dieser Richtung noch viel zu tun bleibt. Wir werden uns trotzdem ein und derselben Frage noch mehrmals zuwenden und zusätzliche Maßnahmen zu ihrer Lösung ergreifen müssen. Das zeigte unter anderem deutlich die Diskussion auf der jüngsten Politbürositzung über den Erfüllungsstand der Beschlüsse des ZK und des Ministerrats der UdSSR zur Beschleunigung der Entwicklung des Maschinenbaus. Wir verabschieden die notwendigen Beschlüsse, doch wie zuvor verwirklichen wir sie nicht in vollem Maße zu den festgelegten Terminen. Das auch deshalb, weil sich viele noch nicht von der Last der alten Gewohnheiten und dem verantwortungslosen Verhältnis zu ihren Pflichten frei gemacht haben. Die Disziplin ist schwach. Bei weitem nicht alle Leiter folgen dem Prinzip der Einheit von Wort und Tat, andere reden mehr als sie arbeiten. Daraus müssen wir äußerst ernsthafte Schlüsse ziehen.

Doch bei aller Bedeutung der Kontrolle ‚von oben'' hat die Erhöhung des Niveaus und der Effektivität der Kontrolle ‚von unten'' unter den Bedingungen der Demokratisierung der Gesellschaft prinzipielle Bedeutung, damit jeder Leiter, jeder Funktionär ständig seine Verantwortung und seine Abhängigkeit von den Wählern, den Arbeitskollektiven, den gesellschaftlichen Organisationen, von der Partei und dem ganzen Volk spürt. Das Wichtigste dabei ist, alle Instrumente und Formen einer realen Kontrolle zu schaffen, die von den Werktätigen ausgeht.

Welche Instrumente und Formen meine ich?

Vor allem die Rechenschaftslegung. Es ist Zeit, ohne Einschränkung die Regeln der systematischen Rechenschaftslegung aller gewählten und nominierten Funktionäre vor den Arbeitskollektiven und der Bevölkerung einzuhalten. Es ist notwendig, daß jede derartige Rechenschaftslegung von einer lebendigen und prinzipiellen Erörterung, von Kritik und Selbstkritik, von sachlichen Vorschlägen begleitet wird und mit der Einschätzung der Arbeit desjenigen, der Rechenschaft ablegt, schließt. (...)

Bei der Vervollkommnung der Kontrolle muß die Vielzahl der Überprüfungen und Inspektionen, die jetzt buchstäblich lawinenartig über Betriebe, Einrichtungen und Organisationen hereinbrechen und die Menschen von der Arbeit abhalten sowie Nervosität verursachen, unverzüglich in eine Ordnung gebracht werden. Solche Inspektionen bringen in der Regel so gut wie gar keinen Nutzen. Das sind keine neuen Fragen, es ist schon viel über sie gesprochen und geschrieben worden. Doch es hat sich bislang noch nichts verändert. (...)

Hier muß leider gesagt werden, daß wir es nach wie vor damit zu tun haben, daß Kritik nicht akzeptiert wird. Es kommt sogar vor, daß Menschen wegen Kritik Verfolgungen ausgesetzt sind und kritische Äußerungen direkt unterdrückt werden. Oft nimmt das solche Ausmaße und Formen an, daß das Zentralkomitee eingreifen muß, um Wahrheit und Gerechtigkeit wiederherzustellen und um ehrliche Menschen, die sich um die Sache sorgen, zu unterstützen. Ich habe schon einmal dazu Stellung genommen, aber die Sache wird nur schleppend in Ordnung gebracht. Schauen Sie sich nur einmal die Beiträge der zentralen Presse allein vom Januar an, und Sie werden sehen, daß Unterdrückung von Kritik durchaus keine seltene Erscheinung ist. (...)

Genossen! Eine echte Demokratie existiert nicht außerhalb des Gesetzes und über ihm. Der 27. Parteitag hat die Hauptrichtungen der Entwicklung unserer Gesetzgebung sowie der Festigung der Rechtsordnung festgelegt. In diesem Planjahrfünft ist noch viel zur Vorbereitung und zur Annahme neuer Gesetze zu tun, die die Entwicklung der Wirtschaft, die soziale Sphäre und die Kultur, die sozialistische Selbstverwaltung des Volkes und die Erweiterung der Garantien für die Rechte und Freiheiten der Bürger betreffen.

Das Politbüro hat den Vorschlag unterstützt, in nächster Zeit eine neue Strafgesetzgebung auszuarbeiten. Sie soll den heutigen Entwicklungsbedingungen der sowjetischen Gesellschaft besser entsprechen, die Interessen und Rechte der Bürger wirksamer schützen sowie zur Festigung der Disziplin und der Rechtsordung führen. Wir müssen gründlich nachdenken und Maßnahmen einleiten, damit Rolle und Autorität des sowjetischen Gerichts verstärkt, das Prinzip der Unabhängigkeit der Richter strikt gewahrt, die Aufsicht durch die Staatsanwälte entschieden verstärkt und die Arbeit der Untersuchungsorgane vervollkommnet werden. Eine Gesetzesvorlage über das Verfahren der Klage vor Gericht gegen unrechtmäßige Handlungen von Amtspersonen, die die Rechte des Bürgers schmälern, ist bereits ausgearbeitet und wird bald zur Diskussion stehen. Es wurden zusätzliche Schritte zur Verbesserung der Arbeit des staatlichen Vertragsgerichts und zur Erweiterung der Rechtspropaganda festgelegt. (...)

Eine wichtige Richtung der Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens ist die Nominierung parteiloser Genossen für leitende Funktionen. Das ist eine prinzipielle Frage. In der politischen und fachlichen Entwicklung eines vorbildlichen Arbeiters, Bauern, Ingenieurs, Wissenschaftlers, Arztes, Lehrers, Mitarbeiters im Dienstleistungsbereich sowie in der ständigen Suche und Förderung von Talenten aus dem Volk besteht eine feste Garantie für die Gesundheit und den Fortschritt der sozialistischen Gesellschaft.

Manchmal stößt man auch auf folgenden Standpunkt: Die Frage der Nominierung Parteiloser sei nun mal veraltet, da heute 19 Millionen Menschen der KPdSU angehören. Ich denke, das ist eine falsche Denkweise. Wenn man von ihr ausgeht, dann werden die Beziehungen der Partei zu den Massen deformiert und, sagen wir es geradezu, die verfassungsmäßigen Rechte der Bürger geschmälert. (...)

Wir sind verpflichtet, ein realistisches Bild und die Perspektive der Entwicklung der nationalen Beziehungen zu sehen. Heute, da sich Demokratie und Selbstverwaltung erweitern, da das nationale Selbstbewußtsein aller Nationalitäten und Völkerschaften schnell wächst und sich die Prozesse der Internationalisierung vertiefen, erlangt die rechtzeitige und gerechte Lösung auftretender Fragen auf der einzig möglichen Grundlage — im Interesse der Entfaltung jeder Nationalität und Völkerschaft, im Interesse ihrer weiteren Annäherung, im Interesse der gesamten Gesellschaft — besonderes Gewicht.

Doch in diesem Zusammenhang darf nicht verschwiegen werden, daß sich negative Erscheinungen und Entstellungen, mit denen wir den Kampf aufgenommen haben, auch im Bereich der nationalen Beziehungen gezeigt haben. Wenn auch selten, so gibt es doch hin und wieder Erscheinungen von lokaler Engstirnigkeit, Tendenzen zu nationaler Abgeschlossenheit, Stimmungen nationaler Überheblichkeit und sogar Zwischenfälle, ähnlich jenen, die es kürzlich in Alma-Ata gegeben hat. (...)

Es geht natürlich nicht um eine mechanische Verteilung der Sitze und Ämter nach nationalen Gegebenheiten — das wäre eine Vereinfachung der Idee des Internationalismus. Politische, fachliche und moralische Qualitäten — genau das kennzeichnet einen Funktionär in jeder Situation. Mit besonderem Feingefühl muß man auch den nationalen Aspekten dieses oder jenes Problems Rechnung tragen, den nationalen Traditionen in der Lebensweise, der Mentalität und dem Verhalten der Menschen. All das muß sehr sorgsam berücksichtigt werden. (...)

Einen großen Rückstand gegenüber der Praxis in den nationalen Beziehungen hat unsere Theorie. Ich meine die offenkundig ungenügende Durchdringung der Fragen der Nationalitätenpolitik entsprechend der heutigen Entwicklungsetappe des Landes. Es ist schließlich eine Tatsache, Genossen, daß anstelle der objektiven Erforschung der realen Erscheinungen in der Sphäre der nationalen Beziehungen und der Analyse der wirklichen sozialökonomischen und geistigen Prozesse, die von der Sache her kompliziert und widersprüchlich sind, einige unserer Gesellschaftswissenschaftler lange Zeit lieber Traktate von der Art von Trinksprüchen verfaßten, die manchmal mehr an schöngeistige Toaste erinnern als an ernsthafte wissenschaftliche Forschungen. (...)

Die Partei

In diesem Zusammenhang möchte ich besonders auf die Rolle der Mitglieder des Zentralkomitees, auf ihre Rechte und ihre Verantwortung verweisen. Auf den Plenartagungen muß jedem Mitglied des ZK das Recht eingeräumt werden, Fragen zu stellen und sich an deren kollektiver schöpferischer Erörterung zu beteiligen. In der Partei — und umso mehr auf den Plenartagungen des ZK — darf es keine Personen geben, die außerhalb der Kritik stehen, wie es auch keine Personen geben darf, die nicht das Recht haben, Kritik zu
geben, die außerhalb der Kritik stehen, wie es auch keine Personen geben darf, die nicht das Recht haben, Kritik zu
üben.

Hier müßen wir vieles verbessern. Wollen wir ehrlich sein: Jahrelang standen viele aktuelle Probleme, die Partei und Volk bewegten, nicht auf den Tagesordnungen der Plenartagungen. Die Genossen werden sich erinnern, daß die Plenartagungen des ZK mehrfach auf die Schnelle und formal durchgeführt wurden. Zahlreiche Mitglieder des ZK hatten während ihrer gesamten Zugehörigkeit zum ZK nicht die Möglichkeit, sich an den Diskussionen zu beteiligen oder gar Vorschläge zu unterbreiten. Diese Atmosphäre auf den Plenartagungen des ZK wirkte sich auch auf den Arbeitsstil der örtlichen Parteikomitees und -organisationen aus. (...)

Es muß direkt und ehrlich zugegeben werden, daß der technokratische, „durch administrativen Druck'' gekennzeichnete Arbeitsstil der Sache der Partei, vor allem der Arbeit mit den Menschen — das heißt, dem wichtigsten in der Parteiarbeit — einen großen Schaden zugefügt hat. Viele Parteiarbeiter, die mit wirtschaftlichen Problemen beladen sind und in einer Reihe von Fällen artfremde Funktionen übernommen haben, ließen in der Aufmerksamkeit für politische Fragen und Erscheinungen von gesellschaftlicher Wichtigkeit auf dem Gebiet der Wirtschaft sowie des sozialen und geistigen Lebens nach. (...)

Es ist berechtigt, auf unserer Plenartagung die Frage zu stellen, warum denn all diese angehäuften Probleme in der Arbeit mit den Kadern so lange Zeit nicht beachtet und gelöst worden sind? ie konnte das passieren? Sie verstehen, daß das eine sehr ernste Frage ist.

Nach Ansicht des Politbüros liegt der Hauptgrund darin, daß in der Kaderpolitik die demokratischen Grundsätze zu schwach ausgeprägt sind. (...)

Fortsetzung nächste Seite

Anlaß für Hoffnungen

Kommentar

Die nebenstehend dokumentierte Rede des Generalsekretärs der KPdSU, Michail Gorbatschow, sorgte nicht zu unrecht für Aufregung und Überraschung. Nach dem XXVII. Parteitag der KPdSU Anfang letzten Jahres hatten zahlreiche Kommentatoren darauf hingewiesen, daß die beabsichtigten Reformen ihre prinzipielle Grenze an dem starren politischen System fänden. Diese Einsicht ist nun kein Privileg westlicher Skeptiker mehr, sondern Ausgangspunkt der Forderungen Michail Gorbatschows nach einer umfassenden Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft.

Als Gorbatschow vor und auf dem XXVII. Parteitag 1986 von „revolutionären Maßnahmen'' sprach, die notwendig seien, konnte man dies noch als neue Verpackung der alten ökonomischen Effektivierungsprogramme mißtrauisch hinterfragen. Nunmehr jedoch ist es endgültig klar, daß die Fraktion um Gorbatschow den Erben Stalins einen entschiedenen Kampf erklärt hat. Den Demokratisierungsabsichten voraus ging die Ankündigung, man werde KGB und Polizei säubern, um auch in diesen Bereichen Legalität zu erzwingen. Dieser Prozeß ist tatsächlich ohne historisches Beispiel (jedenfalls in der Nachkriegsgeschichte). Denn es sind Teile der herrschenden Partei selbst, die die radikale Umgestaltung der Gesellschaft projektieren und offenkundig mit großer Entschlossenheit auch durchzusetzen versuchen. Zwar kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht bestimmt werden, welche konkreten Früchte die neue Orientierung der KPdSU(-Mehrheit) kurzfristig tragen wird. Sicherlich kann man aber bereits sagen, daß seit Ende der 20er Jahre erstmals ein relevanter Freiraum für eine demokratische Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen der Sowjetgesellschaft existiert.

Bislang scheint es noch so zu sein, daß die Bevölkerung der SU eher abwartend reagiert und schließlich gab es immer wieder riesige, begeisternde usw. Projekte der KPdSU-Führung, die sich jedoch meistens als Sturm im Wasserglas entpuppten. Doch diesmal geht es um mehr, denn die undemokratischen Strukturen in Partei und Staat sowie die politische Repression werden offen diskutiert. Die Rehabilitierung Sacharows war also nicht nur ein Schachzug im internationalen Abrüstungspoker, sondern ein innenpolitisches Signal. Selbst Bilder von Trotzki werden wieder veröffentlicht und eine sowjetische Zeitschrift veröffentlichte erneut das Testament Lenins, jene legendären Briefe an den Parteitag, die mit dem Satz begannen:

„Ich würde sehr empfehlen, auf diesem Parteitag eine Reihe von Änderungen in unserer politischen Struktur vorzunehmen'' (Werke, Bd. 36, S. 577).

Es wäre völlig falsch zu erwarten, daß in der UdSSR nun binnen weniger Wochen der ideale, freie, demokratische Sozialismus ausbricht, den zu bejubeln vorrangige Pflicht aller Sozialisten wäre. Nichtsdestotrotz handelt es sich bei den Reformprojekten, die in der UdSSR diskutiert werden, um den ersten ernsthaften Versuch, die vom Stalinismus übernommenen Strukturen aufzubrechen. In diesem Zusammenhang ist es von großer Bedeutung, daß Gorbatschow die langweiligen Traktate der Gesellschaftswissenschaftler attackiert und gerade in diesen Bereichen für frischen Wind plädiert. Denn in der UdSSR spielen die Sozial- und Gesellschaftswissenschaften vor allem als zweite Linie der Legitimationsbeschaffung eine ganz zentrale Rolle. Wenn diese Stützen eines staatlich verordneten Marxismus-Leninismus nun aus der intellektuellen Starrheit gerissen werden, so kann dieser Prozeß langfristig auch vor der Philosophie und damit vor dem ML selbst nicht haltmachen.

Niemand kann sagen, wohin der in der UdSSR begonnene Weg führen wird, ob er gradlinig oder nicht verläuft, ob es jetzt oder in zehn Jahren zu freieren Wahlen kommt. Uns kommt jedenfalls dieser Prozeß bereits jetzt zugute, denn das NATO-Feindbild von der stagnierenden UdSSR, die in politischer Barbarei lebt, hat es schwerer denn je. Lange Jahre lang schien die bürgerliche Parole nicht ganz falsch zu sein, der Sozialismus sei zu Reformen nicht fähig und zu halbwegs demokratischen Verhältnissen schon gar nicht. Gorbatschow versucht das Gegenteil in der Praxis zu beweisen. Und das wäre, wenn es gelingt, wirklich eine historische Tat.

jb

Fortsetzung von vorheriger Seite

Und nun möchte ich die Frage der Erhöhung der Rolle aller gewählten Organe unterstreichen. Man muß rundweg anerkennen: Wenn sie in der Partei und im Staat, in den Gewerkschaften und in anderen gesellschaftlichen Organisationen so richtig funktionieren würden, wären viele ernsthafte Versäumisse in der Kaderarbeit vermeidbar. (...)

Die Sowjets

Wir haben bereits grundlegende Beschlüsse zur Vervollkommnung der Arbeit der Sowjets unter den gegenwärtigen Bedingungen gefaßt. Diese Beschlüsse gestatten es ihnen, als echte Machtorgane in ihrem Territorium zu wirken. Die sich vollziehenden Veränderungen in der Arbeit der Sowjets stellen uns jedoch noch nicht zufrieden. Wir sind alle daran interessiert, daß die Sowjets so schnell wie möglich beginnen, so zu arbeiten, wie es die Zeit erfordert.

Die Parteikomitees müssen konsequent darauf orientieren, die Rolle der Sowjets zu erhöhen, und dürfen es nicht zulassen, daß man sich unbegründet in ihre Angelegenheiten einmischt oder sie gar zu ersetzen sucht. (...)

Auf dem 27. Parteitag haben wir gesagt, daß es viele Fragen gibt, die die Grundinteressen der Werktätigen berühren und deren Lösung den Sowjets niemand abnehmen wird. Es handelt sich um die Probleme der Sozialpolitik und der besseren Versorgung der Bevölkerung. Die Sowjets nehmen aber ihre neuen Rechte nicht vollständig wahr und stellen an die leitenden Wirtschaftskader nicht die notwendigen Anforderungen. Darin liegt auch eine Ursache dafür, daß die Pläne vom Vorjahr beim Bau sozialer und kultureller Einrichtungen in vielen Kennziffern nicht erfüllt wurden. (...)

Die Umgestaltung betrifft in allen Punkten die Gewerkschaften. Mit der Verstärkung der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Betriebe und Vereinigungen werden die Rechte der Gewerkschaften wesentlich erweitert. Gleichzeitig wächst ihre Verantwortung im Zusammenhang mit den größeren Vollmachten der Arbeitskollektive und der Entwicklung der Selbstverwaltung bedeutend. Und natürlich wird niemand den Gewerkschaften ihre Pflichten bei der Lösung der Aufgaben der Sozialpolitik und beim Schutz der Interessen der Werktätigen abnehmen. (...)

Da Rechenschaftslegung und Wahlen in den Gewerkschaftsorganisationen jetzt vor dem Abschluß stehen und der nächste Kongreß der Gewerkschaften der UdSSR näher rückt, ist es wichtig, daß dieser ganze Komplex von aktuellen Problemen der Umgestaltung in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Delegierten des Kongreßes rückt. (...)

Möglicherweise sollte man im kommenden Jahr, vor der Berichts- und Wahlkampagne in der Partei, eine Unionsparteikonferenz einberufen, auf der die Realisierung der Beschlüsse des 27. Parteitages der KPdSU umfassend erörtert und Bilanz über die erste Hälfte des Planjahrfünfts gezogen werden sollte. Es wäre richtig, auf dieser Konferenz auch Fragen der weiteren Demokratisierung des Lebens der Partei und der Gesellschaft insgesamt zu beraten.

Die auf der Konferenz begonnene Diskussion könnte bei den Berichtswahlversammlungen und -konferenzen der Partei fortgesetzt werden, auf denen der Beitrag jeder Parteiorganisation zur Umgestaltung streng analysiert werden sollte.

Schon allein die Tatsache der Durchführung einer Unionsparteikonferenz entsprechend dem Statut der KPdSU würde zu einem gewichtigen Schritt bei der praktischen Demokratisierung unseres Parteilebens und bei der Aktivierung der Kommunisten werden. (...)

Wir wollen unser Land in einen vorbildlichen, hochentwickelten Staat umgestalten, zu einer Gesellschaft mit einer fortgeschrittenen Ökonomie, breitester Demokratie, mit der humansten und höchsten Moral, wo der werktätige Mensch sich als vollberechtigter Hausherr fühlt und alle Güter der materiellen und geistigen Kultur genießt, wo die Zukunft seiner Kinder gesichert ist, wo er alles findet für ein erfülltes und inhaltsreiches Leben. Und selbst die Skeptiker sollen dann sagen müssen: Ja, die Bolschewiken können alles. Ja, auf ihrer Seite ist die Wahrheit. Ja, der Sozialismus ist die Gesellschaftsordnung, die dem Wohl des Menschen dient, seinen sozialen und wirtschaftlichen Interessen sowie seiner geistigen Entfaltung.

tass/adn/apn
(Inoffizielle Übersetzung. Zwischenüberschriften von der Redaktion.)

Nach Cory Aquinos Sieg:

Marcos-Anhänger abgeschlagen Linke Opposition gewinnt Einfluß

Am 22. Januar wurden bei einer Demonstration des philippinischen Bauernverbandes (KMP) in Manila 19 Demonstranten erschossen und 87 verwundet. Vorausgegangen war dieser Demonstration ein Protestcamp vor dem Landreform-Ministerium, auf dem die Bauern die sofortige Verteilung von ungenutztem Land forderten. Nachdem sich Landreform-Minister Herson Alyarez eine Woche lang geweigert hatte, mit den Bauern zu verhandeln, begannen diese am 21. Januar mit einer Blockade des Ministeriums. Einen Tag später zogen dann 10.000 bis 15.000 Menschen zum Präsidentenpalast, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Das Militär antwortete auf die Forderungen der Demonstranten, indem es ohne Vorwarnung wahllos in die Menge schoß. Damit haben die Kräfte in der Regierung von Corazon Aquino, die Friedensverhandlungen mit der „Nationaldemokratischen Front" (NDF) ablehnend gegenüber stehen, zum wiederholten Male deutlich gemacht, daß sie entschlossen sind, ein Verhandlungsergebnis zwischen Regierung und NDF zu verhindern.



Die Positionen bei den Friedensverhandlungen

Die Demonstration der philippinischen Bauern steht in einem engen Zusammenhang mit den Friedensverhandlungen zwischen der Regierung und der NDF. Erinnert sei noch einmal an die Vorgeschichte dieser Verhandlungen. Mit dem am 10. Dezember des letzten Jahres in Kraft getretenen Waffenstillstand zwischen der Aquino-Regierung und der NDF wurden zwischen den beiden Parteien auch weitergehende Verhandlungen über einen dauerhaften Frieden vereinbart. Die NDF hatte für diese Verhandlungen folgende Forderungen gestellt:

— Die Beseitigung aller faschistischen Relikte der Marcos-Ära. Das bedeutet eine gründliche Säuberung des Militär- und Verwaltungsapparates von all jenen Elementen, die für die Menschenrechtsverletzungen und die Korruption der Marcos-Zeit mit verantwortlich sind.

— Eine umfassende Landreform sowie — gegen gewisse Kompensationszahlungen — die Auflösung der großen monopolartigen Landbesitzungen.

— Die Wiederherstellung von nationaler Würde und Unabhängigkeit. Diese Forderung beinhaltet die Aufhebung aller ungleichen Militär- und Handelsbeziehungen und zielt damit direkt auf die Auflösung der US-Basen und auf ein Ende quasi-kolonialer Handelsbeziehungen insbesondere mit den USA.

— Die Schaffung von Grundlagen für einen dauerhaften Frieden. Für die NDF bedeutet das, daß sie und auch die Organisationen der Bauern, Arbeiter und der städtischen Armen in der Regierung vertreten sind (Errichtung einer demokratischen Koalitionsregierung).

Den Forderungen der NDF stellte die Aquino-Regierung ein schnell anlaufendes Wirtschaftsprogramm, eine Landreform im Rahmen der neuen Verfassung und eine Amnestie für aus den Bergen zurückkehrende Guerilleros, verbunden mit umfangreichen Mitteln für den Aufbau einer neuen Existenz, entgegen. Der von Corazon Aquino vogeschlagene Maßnahmenkatalog ist allerdings nur realisierbar, wenn zusätzliche Gelder für wirtschaftliche Belebungsprogramme von außen ins Land kommen. Neben den USA und Japan, die traditionell stark in den Philippinen engagiert sind, haben seit dem Amtsantritt von Corazon Aquino vor allem Australien, Kanada und die BRD ihre Zuwendungen für das Inselreich beträchtlich erhöht. Diese Auslandsgelder werden aber nur so lange fließen, wie die Regierung sich im Rahmen der an sie gestellten Erwartungen verhält. Die Forderungen der NDF zielen dagegen auf eine Überwindung der quasi-kolonialen Strukturen und damit auf eine grundlegende Neugestaltung der philippinischen Gesellschaft. Insofern war von vornherein nicht mit einem schnellen Verhandlungsergebnis zu rechnen.

Die Friedensverhandlungen sind gescheitert

Nach dem Massaker vom 22. Januar hat die NDF-Delegation für die Friedensverhandlungen nun erst einmal ihre Büros wieder aufgelöst und ist in den Untergrund zurückgekehrt. Die NDF erklärte, daß es für sie im Moment keine Grundlagen für weitere Verhandlungen gebe, da es der Regierung an dem nötigen Ernst mangle. In ihren Stellungnahmen macht sie aber auch deutlich, wem sie die Hauptverantwortung für das Massaker zuschreibt — Corazon Aquino. Zum einen ist sie als Oberkommandierende des Militärs unmittelbar dafür verantwortlich. Schwerer jedoch wiegt ihre hartnäckige Weigerung, mit den Bauern in einen Dialog einzutreten. Bereits am 21. Oktober des letzten Jahres hatten diese bei einer ähnlichen Aktion vergeblich versucht, mit Frau Aquino ins Gespräch zu kommen.

Nach dem Massaker auf der Mendiola-Brücke ist nun auch kaum mehr mit einer Verlängerung des Waffenstillstands über den bisher vereinbarten Zeitraum hinaus zu rechnen. In dieser Situation werden Parallelen zum Ende der Marcos-Diktatur sichtbar. Damals wie heute gab es Militäraktionen, bei denen das Militär brutal gegen friedliche Demonstranten vorging. Damals wie heute ist ein Mann wie Generalstabschef Fidel Ramos unmittelbar für diese Aktionen verantwortlich zu machen. Damals wie heute versucht das Staatsoberhaupt, durch einen Urnengang sein Ansehen zu steigern. Wie früher Marcos so bedient sich heute Corazon Aquino im Kampf um jede Stimme öffentlichkeitswirksamer Geschenke in Form von ein paar Hektar Land an die völlig verarmte Landbevölkerung.

Aber obwohl die Friedensverhandlungen mit der Regierung zu keinerlei Ergebnissen geführt haben, waren sie dennoch kein Mißerfolg für die NDF. In erster Linie hat der Waffenstillstand eine spürbare Erleichterung für das philippinische Volk gebracht. Zum ersten Mal seit 17 Jahren konnten die Filipinos ein Weihnachtsfest feiern, an dem Waffenruhe herrschte. Zwar gab es auch in dieser Zeit Übergriffe durch das Militär, beispielsweise wurde in Davao auf der Insel Mindanao bei der alljährlich stattfindenden Demonstration zum Tag der Menschenrechte ein Demonstrant von einer paramilitärischen Gruppe erschossen, aber das ist nichts im Vergleich zu den Zahlen von Erschossenen, Liquidierten und Entführten, von denen die Zeitungen sonst fast täglich zu berichten hatten.

Wichtig ist auch, daß es der NDF gelungen ist, die Schlacht um die Medien und die Öffentlichkeit zu gewinnen. Vor Wochen noch undenkbar, gaben Repräsentanten der NDF Radiointerviews und traten in Talk-Shows auf, wo sie Rede und Antwort über ihr Programm und ihre Praxis standen. Kämpfer der New Peoples Army (NPA) kamen mit ihren Waffen aus den Bergen in die Dörfer, wo sie von der Bevölkerung mit Jubel empfangen wurden, was die Regierung freilich als Verletzung des Waffenstillstands betrachtete.

Bedeutend ist auch die Tatsache, daß es der NDF und ihren Bündnisorganisationen gelungen ist, die Zeit des Waffenstillstands zu einer enormen Propagandakampagne zu nutzen. Überall im Land kam es zu zahlreichen Aktionen der verschiedenen Gruppen. Bauern, Gewerkschaften, Frauenorganisationen, Kirchengruppen, Organisationen der städtischen Armen machten deutlich, was für sie zu einem dauerhaften Frieden dazugehört. Zu diesen Aktionen gehörte auch die Demonstration vom 22. Januar.

Eindeutiges Votum für Cory Aquino

Nach der Volksabstimmung über die neue Verfassung vom 2. Februar sitzt Corazon Aquino im Moment fest im Sattel. Bei einer sehr hohen Wahlbeteiligung haben annähernd 80% der Filipinos für den Verfassungsentwurf der Regierung gestimmt und sich damit auch dafür ausgesprochen, daß Corazon Aquino und ihr Stellvertreter Salvador Laurel ohne weitere Wahlen bis 1992 im Amt bleiben können. Daran werden auch weder die Putschversuche einiger Militärs noch die Drohgebärden von Marcos etwas ändern, der sich im Exil bei seinem täglichen Boxtraining filmen ließ. Die Volksabstimmung war denn auch weniger eine Abstimmung über die Verfassung selbst, sondern in erster Linie ein Referendum für Corazon Aquino. Vor die Frage gestellt, was das kleinere Übel ist — Corazon Aquino oder eine wie immer geartete Militärdiktatur — haben sich die Filipinos eindeutig gegen das Militär entschieden. Da das Militär untereinander auch nicht einig ist und derzeit nur bedingt auf die Unterstützung der USA zählen kann, bliebe ohnehin zweifelhaft, ob ein Militärputsch Aussicht auf Erfolg hätte. Dennoch werden friedliche Demonstranten auf offener Straße massakriert und von einer Bestrafung dieser Leute ist bislang noch nichts bekannt geworden. Einen ernsthaften Konflikt mit dem Militär würde Corazon Aquino wohl nicht lange überleben.

So bietet denn auch die neue Verfassung wenig Hoffnungen für eine grundlegende Umgestaltung der philippinischen Gesellschaft. Den ausländischen Investitionen wird gegenüber der einheimischen Industrie absolute Priorität eingeräumt. Auf die Forderungen der NDF antwortet die Verfassung dagegen äußerst ausweichend und dazu noch sehr unglaubwürdig. So ist zum Beispiel von „atomfreien Philippinen", die in der Verfassung festgeschrieben wurden, wenig zu halten, wenn den US-Basen erst mal bis 1991 der Fortbestand garantiert wird.

Für das zentrale Problem der Landreform, für die es in der Verfassung keine Garantien gibt, hat der philippinische Bauernverband (KMP) jedenfalls eine passende Lösung. In nächster Zeit sollen Landbesetzungen absoluten Vorrang haben. In einer ersten Phase sollen alle Ländereien der Marcos-Günstlinge und verlassene und brachliegende Landgüter in Besitz genommen werden. In einer zweiten Phase soll dann die Landreform auf alle großen Landgüter ausgedehnt werden und in der dritten Phase würden dann auch die Gebiete der multinationalen Konzerne miteinbezogen. Klar ist, daß sich diese Landreform von unten nur in den Gebieten verwirklichen lassen wird, wo den Bauern durch eine starke NPA Schutz vor dem Militär und den Privatarmeen gegeben werden kann.

Nach der jüngsten Volksabstimmung über die neue Verfassung ist die Situation auf den Philippinen nicht klarer geworden. Corazon Aquino hat erst mal einen Punktsieg gegenüber ihren Kritikern aus den Reihen um Ex-Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile gelandet. Zwar aus anderen Motiven als die NDF hatte die Fraktion der alten Marcos-Loyalisten die Verfassung abgelehnt. Für Enrile dürften nun endgültig alle Präsidententräume ausgeträumt sein. Aber auch die letzten Kritiker von Corazon Aquino in Washington werden vorerst wohl verstummen. Dennoch werden die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der philippinischen Oligarchie ihre Fortsetzung finden. Von besonderer Bedeutung wird die Frage sein, wie mit dem wachsenden Einfluß der NDF umzugehen ist. Militärisch wie organisatorisch ist die NDF mittlerweile aber so stark, daß sie mit den bisherigen Aufstandsbekämpfungsprogrammen wohl kaum in die Knie zu zwingen ist. Dennoch werden die Hardliner wohl nichts unversucht lassen und wo immer nur möglich Zwischenfälle mit der NDF provozieren. Corazon Aquino muß das nicht schaden, wie das Massaker auf der Mendiola-Brücke zeigt. Aus all diesen Rangeleien der philippinischen Herrschaftsclique ist sie bislang immer wieder als die unbefleckte Madonna hervorgegangen, die nur ein Ziel zu verfolgen scheint: das philippinische Volk zu versöhnen. Irgendwann wird das philippinische Volk jedoch mehr von ihr verlangen als nur schöne Worte und ein Trostgebet. Aber auch die NDF hat ihre Lektion aus dem Boykott der Präsidentschaftswahlen vor einem Jahr gezogen. Sie nimmt das Votum der Volksabstimmung ernst und hat der Regierung für den Fall ernsthafter Gespräche, Dialogbereitschaft signalisiert. Mehr als zweifelhaft bleibt allerdings, ob auf Grundlage der Forderungen der NDF und der Zugeständnisse, die Corazon Aquino machen kann, ohne bei ihrem Anhang die Unterstützung zu verlieren, ein Kompromiß möglich ist.

Ks., Hamburg

Tamilische Befreiungsbewegung:

Blutige Bruderkämpfe im Norden

Regierung bietet Teilautonomie an

Die Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) hat im Januar diesen Jahres damit begonnen, die zivile Verwaltung der Jaffna-Halbinsel im Norden zu übernehmen. Im Laufe des vergangenen Jahres war es zu blutigen Auseinandersetzungen innerhalb der tamilischen Guerilla-Organisationen gekommen, wobei die LTTE zwei der konkurrierenden Organisationen physisch eliminierte bzw. ihre Auflösung erzwang. Die derzeitige Situation im Norden des Landes und die Hintergründe der „Bruderkämpfe" innerhalb der Guerilla beleuchtet der folgende Artikel. (1)



Etwa jeder siebte Tamile ist heute ein Flüchtling. Nach den Pogromen von 1983 verließen an die 180.000 Tamilen Sri Lanka, etwa 130.000 flüchteten nach Südindien zwischen 40.000 und 50.000 kamen als Flüchtlinge nach Europa, davon leben ca. 20.000 als Asylbewerber in der BRD. Knapp 100.000 Tamilen leben in Flüchtlingslagern in Sri Lanka. Nach Angaben von amnesty international wurden seit 1983 ca. 4.500 Angehörige der tamilischen Zivilbevölkerung durch die singhalesische Besatzungsarmee getötet. Staatlicher Mord, „Verschwindenlassen", wahllose Massenverhaftungen und Folter gehören nach amnesty zum Alltag der mehrheitlich von Tamilen bewohnten Nord- und Ostprovinz. Seit etwa einem Jahr hat sich das militärische Kräfteverhältnis zugunsten der Guerilla gewandelt. So ist die singhalesische Besatzungsarmee in ihrer Bewegungsfreiheit weitgehend eingeschränkt und kann sich kaum noch ungehindert in den Nordostprovinzen außerhalb ihrer Kasernen bewegen, ohne dabei von Guerillaeinheiten angegriffen zu werden. Militärlager und Kasernen sind von der Guerilla umstellt, teilweise sind die Zufahrtswege vermint, so daß diese Stützpunkte aus der Luft versorgt werden müssen. Seit Januar 1986 hat die singhalesische Zentralregierung damit begonnen, die tamilischen Siedlungsgebiete aus der Luft zu bombardieren. Diesen Angriffen ist die Zivilbevölkerung weitgehend ungeschützt ausgesetzt, da es der Guerilla an entsprechenden Flugabwehrwaffen mangelt. Allerdings wurde insbesondere in den von der LTTE kontrollierten Gebieten damit begonnen, Tunnel und Grabensysteme zum Schutz der Bevölkerung auszuheben.

Die tamilische Guerilla ist tief zerstritten

Die tamilische Guerilla ist tief zerstritten

Auf 10.000 bis 15.000 Bewaffnete wird die Stärke der tamilischen Guerilla heute geschätzt. Die Geschichte der tamilischen Guerilla kennzeichnet eine Welle von Abspaltungen und Neugründungen. Bis Anfang 1986 gab es neben den fünf größeren Organisationen, LTTE, Tamil Ealam Liberation Organisation (TELO), Eelam Peoples Revolutionary Liberation Front (EPRLF), Ealam Revolutionary Organisation (EROS) und der Peoples Liberation Organisation of Thamileelam (PLOT), noch zwischen acht und zehn kleinere und kleinste Organisationen. Oft beschränkte sich das Einflußgebiet der jeweiligen Organisationen auf die Heimatdörfer und die Umgebung, wo sie gegründet wurde. Das bewaffnete Austragen von politischen Konflikten und persönlichen Rivalitäten zwischen den Organisationen und ihren Anführern hat eine traurige Tradition innerhalb der Befreiungsbewegung. Daran änderte sich auch dann nichts, als sich nach den schweren Pogromen 1983 EPRLF, EROS, TELO und später auch die LTTE zur Eelam National Liberation Front (ENLF) zusammenschlossen. Das Bündnis blieb ein loser Zusammenschluß, dessen Aktivitäten sich auf die Herausgabe von gemeinsamen Presseerklärungen in Madras beschränkte. Seit Mai 1986 gehört die LTTE diesem Bündnis nicht mehr an.

Im April 1986 war es im Norden der Halbinsel Jaffna zu schweren Kampfhandlungen zwischen der LTTE und der TELO gekommen, die sich rasch auf die gesamte Halbinsel ausdehnten. Im Verlauf der Kämpfe wurden zwischen 150 und 200 Angehörige der TELO und ca. 10 unbeteiligte Zivilisten von der LTTE auf äußerst brutale Weise umgebracht. Auslöser für diese Auseinandersetzung war die Entführung zweier leitender LTTE-Kader der Region Batticaloa durch die TELO. Als der in Sri Lanka recht bekannte LTTE-Führer Lingam, der über die Freilassung der Entführten mit der TELO verhandeln wollte, von der TELO ermordet wurde, umstellte die LTTE vier bis fünf Camps der TELO. Die große Zahl der Opfer der TELO kam jedoch nicht allein durch Kampfhandlungen zustande. So wurden viele TELO-Anhänger, die sich ergaben, auf der Stelle erschossen, oder aber, nach mehreren Augenzeugenberichten, lebendig verbrannt. Auch der Führer der TELO, Sri Sarabatnam wurde ermordet und seine Leiche den Eltern ins Haus gebracht. Neben der TELO wurden auch zahlreiche kleinere Gruppen auf der Jaffna-Halbinsel entweder entwaffnet oder unter das Kommando der LTTE gestellt.

Der theoretische Kopf der LTTE Balasingham rechtfertigte das Vorgehen seiner Organisation: „*Wir haben all jene kleinen Gruppen aufgelöst, die unter dem Motto der Revolution fortdauernd die Menschen berauben und ausplündern*" ... „*Solche Probleme tauchen in jedem Freiheitskampf auf. Es gibt sie in der PLO, es gibt sie in Angola und gab sie in Algerien.*" (2) In der Tat hatte sich unter dem Deckmantel der Revolution so etwas wie marodierendes Banditentum in den tamilischen Gebieten ausgebreitet, an dem sich auch Teile der TELO beteiligt haben sollen. Dies mag jedoch nur vordergründig das Motiv für die Ausschaltung der TELO gewesen sein. Zeitgleich zum Angriff auf die TELO besuchte eine indische Vermittlerdelegation Colombo und die TELO gehört zu denjenigen Organisationen der Befrei-

tung der TELO gewesen sein. Zeitgleich zum Angriff auf die TELO besuchte eine indische Vermittlerdelegation Colombo und die TELO gehört zu denjenigen Organisationen der Befrei-

ungsbewegung, die signalisierten, die Forderung nach einem unabhängigen Tamol Eelam zugunsten einer von Indien inspirierten Teilautonomielösung aufzugeben.

Das Vorgehen der LTTE stieß in den tamilischen Gebieten weitgehend auf Entsetzen und Unverständnis und die LTTE wurde von allen anderen Organisationen scharf verurteilt. Die EPRLF organisierte eine Demonstration, zahlreiche Geschäfte wurden aus Protest gegen die Kämpfe geschlossen und es kam zu Arbeitsniederlegungen. Daß das rigorose Vorgehen der LTTE gegen die TELO kein bedauerlicher Einzelfall ist, sondern Methode hat, zeigten dann die Ereignisse im Dezember 86, doch dazu später.

Die singhalesische Zentralregierung versuchte, sich die Auseinandersetzungen innerhalb der Guerilla zunutze zu machen. Eine im Mai 1986 begonnene Großoffensive, die abermals in einer Bombardierung Jaffnas eskalierte, scheiterte jedoch am erbitterten Widerstand der Guerilla. Die Regierungstruppen mußten sich zurückziehen. Bereits einige Wochen zuvor hatte die LTTE damit begonnen, ihre in Südindien stationierten Einheiten nach Sri Lanka zu verlegen, um einer Offensive effektiv begegnen zu können. Das Scheitern der Offensive mag die Regierung in Colombo nachdenklich gemacht haben. Zwar erklärte Sicherheitsminister Athulathmudali: „*Wir haben den Terroristen eine Lektion erteilt*" (3), de facto scheiterte die von Colombo seit jeher verfolgte militärische Lösung des „Terroristenproblems" an dem mittlerweile erreichten militärischen Patt zwischen Besatzungsmacht und Guerilla.

Verhandlungen bleiben erfolglos

Seitden Pogromen des Jahres 1983 gab es mehrere „Allparteiengespräche" und Verhandlungsrunden zur friedlichen Beilegung des Konfliktes. An den „Allparteiengesprächen" des Jahres 1984 nahm von tamilischer Seite lediglich die Tamil United Liberation Front, eine der nichtmilitanten Gruppierungen, die im wesentlichen die Interessen der tamilischen Bourgeoisie vertritt, teil. Im Herbst 1985 beteiligte sich auf Druck der indischen Zentralregierung erstmals auch die tamilische Guerilla an direkten Verhandlungen mit der singhalesischen Regierung.

Die Angebote, die Colombo bis zum heutigen Datum gemacht hat, laufen auf eine teilweise Dezentralisierung der staatlichen Macht hinaus. So wäre Colombo bereit, im ganzen Land Provinzräte einzurichten, um auf diesem Wege auch den tamilischen Gebieten eine eigenständige Administration zuzugestehen. Besonders umstritten ist dabei die Grenzfestlegung der Gebiete, über die die jeweiligen Provinzräte zu verfügen hätten. Die Tamilen beanspruchen die Nordprovinz mit der Halbinsel Jaffna sowie die Gebiete entlang der Ostküste bis hinunter in den Süden als ihr traditionelles Siedlungsgebiet, ihr Heimatland. In dieser Ostprovinz leben neben den Tamilen, die relative Bevölkerungsmehrheit stellen, auch eine tamilsprachige Minderheit von Moslems sowie eine singhalesische Bevölkerungsgruppe, wobei der Anteil letzterer durch die seit 20 Jahren von Colombo betriebene Siedlungspolitik in diesen Gebieten erheblich an-

heit von Moslems sowie eine singhalesische Bevölkerungsgruppe, wobei der Anteil letzterer durch die seit 20 Jahren von Colombo betriebene Siedlungspolitik in diesen Gebieten erheblich an-

stieg.

Die singhalesische Regierung bevorzugte bis Dezember 1986 die Lösung, die Ostprovinz in eine tamilische, eine singhalesische und eine moslemische Provinz aufspalten. Am 19.12.86 signalisierte Colombo anläßlich des Besuches einer indischen Verhandlungsdelegation, auf die Dreiteilung der Ostprovinz zu verzichten und stattdessen die strategisch wichtige Hafenstadt Trincomalee und die mehrheitlich von Singhalesen bewohnten Gebiete im District Amparai von der Ostprovinz abzutrennen, um den Rest einer föderalen tamilischen Autonomie zu überlassen.

Dieser Vorschlag hätte möglicherweise zum ersten Mal die Grundlage für eine Verhandlungslösung gelegt, die auch für den Großteil der Guerillagruppen akzeptabel gewesen wäre. Alle großen Guerillagruppen bis auf die LTTE haben zu erkennen gegeben, daß sie bereit wären, von ihrer Maximaloption auf einen unabhängigen Staat Tamil Eelam abzurücken, wenn Colombo seine Besatzungsarmee abzöge und die Nord- und Ostprovinz zu einer Verwaltungseinheit unter tamilischer Führung zusammenlegen würde. Colombos jüngster Vorschlag hielt sich nur vier Tage und wurde dann wieder zurückgezogen. Der Einfluß der Kräfte in der UNP um den Sicherheitsminister Athulathmudali, die auf eine alleinige militärische Lösung des „Tamilenproblems" setzen, scheint sich abermals durchgesetzt zu haben.

Zugleich wiederholt sich ein in Sri Lanka seit Jahrzehnten bekanntes Spiel: Immer wenn die jeweilige Regierungspartei über Zugeständnisse an die tamilische Bevölkerungsgruppe verhandelte, mobilisierte die Oppositionspartei die singhalesische Bevölkerung und den buddhistischen Klerus gegen den „Untergang der singhalesischen Rasse". Derweil spielt die Sri Lanka Freedom Party (SLFP) der ehemaligen Premierministerin Bandaranaike diese Rolle und versucht, innenpolitisches Kapital daraus zu schlagen. Diese Partei unterstützt das von rassistischen Kräften getragene Bündnis „Organisation zur Rettung und Verteidigung des Vaterlandes" und entfacht seit Monaten eine Kampagne, die sich gegen jegliche Zugeständnisse an die tamilische Bevölkerungsgruppe wendet.

Indiens Vermittlerrolle

50 Millionen Tamilen im indischen Bundesstaat Tamil Nadu, die stark mit den Forderungen der Sri Lanka-Tamilen sympathisieren, sind eine starke pressure group, die die indische Zentralregierung ständig antreibt, auf Colombo ebenso wie auf die Guerillagruppen einzuwirken, den Konflikt friedlich zu beenden. Indien hat deutlich gemacht, daß es einen unabhängigen Staat der Tamilen auf Sri Lanka ablehnt und darüberhinaus jede Autonomielösung ablehnt, die über das in Indien selbst institutionalisierte Bundesstaatensystem hinausgeht. Es liegt auf der Hand, daß die indische Zentralregierung nicht im benachbarten Ausland Unabhängigkeitsbestrebungen unterstützt, die es im Inland, wie im Punjab und in Assam, unterdrückt. Der Hauptbündnispartner bei den indischen Verhandlungsbemühungen ist bislang die TULF, denn diese nichtmilitante Organisation zeigte bislang die größte Bereitschaft, sich auf eine von Indien gesponserte Teilautonomielösung für die Sri Lanka-Tamilen einzulassen, sie hat jedoch den Nachteil, nicht für die tamilische Bevölkerungsgruppe sprechen zu können, da sie dort nur noch marginalen Einfluß besitzt.

Immer wieder mußte sich Indien von Colombo vorhalten lassen, Nachschubbasen und Ausbildungslager der Guerilla im Bundesstaat Tamil Nadu zu dulden. Im November letzten Jahres änderte die indische Zentralregierung ihre Politik gegenüber der tamilischen Guerilla. Anläßlich des Treffens der South Asian Association for Regional Cooperation in Bangalore bekräftigte Gandhi, der vom lankanischen Staatspräsidenten Jayewardene abermals vorgelegte Vorschlag zur Dreiteilung der Ostprovinz sei ein „vernünftiges Angebot". Gandhi ließ den Führer der LTTE, Prabhakaran, nach Bangalore einfliegen und als dieser das lankanische Angebot als völlig indiskutabel zurückwies, begann in Tamil Nadu eine großangelegte Polizeirazzia gegen die tamilische Guerilla. Die Polizei beschlagnahmte dabei insbesondere die Kommunikationsgeräte der Guerilla, die die Nachrichtenverbindung und Befehlsstruktur zu den in Sri Lanka operierenden Einheiten sicherstellt.

Die LTTE auf dem Weg zur Alleinherrschaft

Die LTTE auf dem Weg zur Alleinherrschaft

Nach der Ausschaltung der TELO im Mai 1986 waren neben der LTTE nur noch die EPRLF, die EROS und die kleinere Tamil Eelam Liberation Army (TELA) militärisch in Sri Lanka präsent. Die PLOT war das vergangene Jahr hauptsächlich durch interne Auseinandersetzungen paralysiert, die im Juli 86 zur Spaltung dieser Organisation führten und nach Angaben der PLOT-Abspaltung 100 Dissidenten das Leben gekostet hat.

Am 13. Dezember 1986 griffen LTTE Einheiten die Verbände der EPRLF an, nachdem sich die EPRLF geweigert hatte, 72 TELO-Mitglieder, die sich in EPRLF-Camps geflüchtet hatten, an die LTTE auszuliefern. Im Verlauf der mehrtägigen Kampfhandlungen sollen 75-100 EPRLF-Mitglieder getötet worden sein, die Zahl der LTTE-Opfer ist nicht bekannt. Die EPRLF wurde zumindest auf der Jaffna-Halbinsel vollständig entwaffnet und die Organisation aufgelöst.

Die LTTE rechtfertigte ihr Vorgehen damit, einer EPRLF-Konspiration, mit dem Ziel mehrere Distrikt-Kommandanten der LTTE zu ermorden, zuvorgekommen zu sein. Als weitere Gründe führte die LTTE anhaltende Aggressionen der EPRLF gegen die moslemische Minderheit in der Ostprovinz an. Die EPRLF soll dort am 9.12.87 einen moslemischen Lehrer entführt und ermordet haben.

Nach der Ausschaltung der EPRLF kontrolliert die LTTE nunmehr vollständig die Jaffna-Halbinsel. Die EPRLF konnte sich nurmehr in einigen Distrikten der Ostprovinz halten, wo sie gegenwärtig bemüht ist, ihre Einheiten zu reorganisieren. Allgemein wird damit gerechnet, daß die LTTE alsbald auch die letzte verbliebene Guerillagruppe, die EROS, vollständig in die eigenen Verbände eingliedern oder auflösen wird. Die kleinere, aber mit modernen Waffen ausgerüstete TELA, wurde von der LTTE ultimativ aufgefordert, bis zum 15.1.87 ihre Waffen auszuhändigen.

In der Öffentlichkeit, gegenüber Colombo und Indien, tritt die LTTE nunmehr als die „einzige legitime Vertretung der tamilischen Bevölkerung" auf. Es ist ein offensichtlicher Mangel der LTTE-Führung augenscheinlich nur noch in militärischen Kategorien zu denken. In der Tat spielte die politische Massenarbeit und Bündnispolitik der LTTE gegenüber ihrer militärischen Strategie eine völlig untergeordnete Rolle. Die LTTE verstand sich selber immer als die militärische Avantgarde des Befreiungskampfes. Ihre Propagandaarbeit innerhalb der Bevölkerung beschränkte sich oft auf eine Art von Kriegsberichterstattung, die das Heldentum und die militärischen Erfolge der eigenen Organisation in den Vordergrund stellte. Die Kader der LTTE wurden zumeist durch den grausamen Vernichtungskrieg der Besatzungsarmee in ihrem politischen Denken geprägt. Da offensichtlich im Denken der LTTE-Führung zwischen der eigenen Organisation und dem militärischen Gegner, nur noch Niemandsland zu existieren scheint, liegt es nahe, alle nach LTTE-Logik störenden Faktoren, wie etwa rivalisierende Bruderorganisationen, der Seite des Gegners zuzuschlagen und entsprechend zu bekämpfen.

Ökonomische Blockade gegen die Jaffna-Halbinsel

Am 1. Januar diesen Jahres kündigte die LTTE an, die zivile Administration der Jaffna-Halbinsel teilweise zu übernehmen. Erste Schritte wurden unternommen, ein eigenes Verkehrs-, Polizei- und Postwesen aufzubauen. Colombo reagierte darauf mit dem Abbruch der Treibstoff- und Brennmaterialversorgung der Jaffna-Halbinsel. Die Halbinsel ist nur durch einen schmalen Verbindungsweg, dem „Elephant Path" mit der übrigen Insel verbunden, so daß die Blockade leicht durch die singhalesische Armee zu überwachen ist. Sicherheitsminister Athulathmudali ließ der LTTE warnend mitteilen, daß die 830.000 Tamilen die auf der Halbinsel leben, monatlich mit 774.000 Gallonen Treibstoff und 7.000 Tonnen Reis über den „Elephant Path" versorgt werden. Mittlerweile ist der Verkehr auf der Halbinsel fast vollständig zum Erliegen gekommen, ein Liter Benzin soll momentan mit umgerechnet sechs DM gehandelt werden. Der Treibstoffmangel beeinträchtigt auch die Stromerzeugung und den Betrieb der Bewässerungsanlagen.

Ziel der ökonomischen Blockade ist es, die LTTE an den Verhandlungstisch zu zwingen. Colombo hat sich relativ schnell auf die veränderte Lage in Jaffna eingestellt und strebt jetzt direkte Verhandlungen mit der LTTE an, ohne daß Indien seine Vermittler-

lativ schnell auf die veränderte Lage in Jaffna eingestellt und strebt jetzt direkte Verhandlungen mit der LTTE an, ohne daß Indien seine Vermittler-

funktionen wieder aufnimmt. Bereits im Dezember konnte die LTTE diplomatische Erfolge aufweisen, sie arrangierte einen Gefangenaustausch und vereinbarte mit Colombo einen Waffenstillstand über die Weihnachtsfeiertage. Parallel zur ökonomischen Blockade startete Colombo eine neue Armeeoffensive, unterstützt von Bombenangriffen auf die Zivilbevölkerung. Ob die LTTE direkte Friedensverhandlungen unter Umgehung von Indien mit Colombo aufnehmen wird, bleibt vorerst unklar. Der LTTE Kommandeur der Jaffna-Halbinsel „Kittu" hatte sich bereits vorgewagt und sich positiv zu solchen Verhandlungen geäußert, jedoch die Freilassung von 3.000 politischen Gefangenen zur Vorbedingung erklärt. Die politische Führung der LTTE in Madras hingegen hat sich deutlich gegen einen Ausschluß Indiens bei Verhandlungen gewandt. Mittlerweile ist der Führer der LTTE, Prabhakaran, in Jaffna eingetroffen, er hielt sich die letzten drei Jahre in Madras auf. Es wird vermutet, daß die Anwesenheit Prabhakarans in Jaffna dazu dienen soll, wieder eine einheitliche Linie von regionaler LTTE-Führung und der politischen Führung in Madras festzulegen.

M.

Quellen:
Summary of World Broadcast, Ausgaben Dez. 86 — Jan. 87
diverse indische Tagespresse, Hindu, Hindustan Times, Indian Express, News Today, Deccan Herald, Sunday Observer 1985 — 1987
Südasieninfo, Südasien Büro Wuppertal, Ausgaben 4-6/1986
Westdeutsche Tagespresse 1986-1987
Blätter des iz3w, Nr. 138, Dez. 1986

Anmerkungen:
1) Der Artikel geht nicht auf die historischen und politischen Ursachen des ethnischen Konfliktes in Sri Lanka ein, der/die interessierte Leser/in sei auf AK 254/255 verwiesen.
2) zitiert nach Hamburger Abendblatt, 30.5.86
3) zitiert nach TAZ, 22.5.86

China: **Die Reform bändigt ihre Kinder**



Verhandlungen mit der Polizei während einer Demonstration

Anläßlich des 50. Jahrestages der ,,Bewegung vom 9. Dezember'' (Anm. 1) gab es bereits 1985 Studentenproteste in China. Am 18.9. hatten etwa 1000 Studenten auf dem Tiananmen (Platz des Himmlischen Friedens) gegen den sinkenden Lebensstandard und in diesem Zusammenhang gegen die ,,Invasion von japanischen Konsumgütern'' demonstriert. Unter anderem forderten sie: ,,Wir wollen essen!'' Die chinesische Regierung fühlte sich — zu Recht — in ihrer Außen- und Wirtschaftspolitik angegriffen. Der stellvertretende Ministerpräsident wurde eigens beauftragt, diesen den Studenten ,,zu erklären''.

Trotzdem wurde für den 9.12. eine Großdemonstration angekündigt. (2) Die Parteiführung hatte sich die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag des 9. Dezember allerdings mehr als reine ,,Gedenkveranstaltung'' ohne unbequeme Gegenwartsbzüge vorgestellt. Durch offene Drohungen (,,Es wird keine Zukunft geben für diejenigen, die nur ihre persönlichen Interessen im Auge haben'') wurden die Studenten eingeschüchtert. Der 9.12. verging mit einer offiziellen Demonstration neuaufgenommener Mitglieder des Jugendverbandes, einer Gedenkbriefmarke, der Einweihung eines Denkmals und Kino für die Studenten.

Offenbar von ihren Kommilitonen angeregt, demonstrierten am 9., 12. und 19. Dezember uigurische Studenten in Ürümqi, der Hauptstadt des Autonomen Gebiets Xinjiang der Uiguren. Ihre Proteste gingen rasch auf die in Peking und Shanghai studierenden Uiguren über, die am 22. (Peking) und 26.12. (Shanghai) demonstrierten. Die Uiguren, eine turksprachige, islamische Minderheit, protestierten gegen die Atombombenversuche (Lop Nor) und die radioaktive Verseuchung in ihrer Heimat, gegen die Verschickung chinesischer Straffälliger nach Xinjiang, gegen Geburtenkontrolle für Minderheiten und für mehr Selbstbestimmungsrechte, u.a. für die Wiedereinsetzung des abgelösten Gouverneurs Ismail Amat. (3)

Politischer Charakter der Proteste

Insgesamt ist diese erste chinesische Studentenbewegung der 80er Jahre

Politischer Charakter der Proteste

Insgesamt ist diese erste chinesische Studentenbewegung der 80er Jahre

trotz ihres schnellen Endes durchaus als Erfolg zu werten, denn

— sie konnte von Peking aus auf andere Städte ausstrahlen, so gab es z.B. Demonstrationen auch in Wuhan (Provinz Hubei), Chengdu (Provinz Sichuan), und in Xi'an (Provinz Shaanxi) sollen sogar 500 auf den Straßen gewesen sein;

— sie hatte eindeutig politischen Charakter, d.h. von den — berechtigten — studentischen Forderungen (gegen schlechte Studienbedingungen, überfüllte Wohnheime, mieses Mensaessen) ging sie über zu einer Kritik der Regierungspolitik;

— sie richtete sich gegen die ,,zweite, wirtschaftliche Invasion Japans'', es waren Transparente zu sehen wie ,,Gedenkt der nationalen Schande!'' und ,,Nakasone ist ein Arschloch!''. Dies sind zwar im chinesischen Volk, v.a. bei den Älteren, weitverbreitete Gedanken, sie heben sich jedoch angenehm ab von der anbiederndprojapanischen Regierungspolitik und von dem in der Jugend stark verbreiteten ,,Japan-Boom'' (Musik, Mode, Filme, Technik);

— sie stellte sich in revolutionäre Traditionen. Die ersten Demonstrationen am 18.9. fanden genau 34 Jahre nach dem ,,Mukden-Zwischenfall'', als die japanische Guangdong-Armee mit einem Sabotage-Anschlag die Invasion Chinas begann, statt. Dann wollten die Studenten die sowieso stattfindenden, offiziellen Aktivitäten zum Gedenken der ,,Bewegung vom 9. Dezember'' nutzen.

Studenten sollen studieren

Die Haltung der KPCh zu alledem faßte Generalsekretär Hu Yaobang so zusammen: ,,Die Hauptaufgabe der Jugend ist das Studium.'' (4) Im Frühjahr 1986 verhaftete die Pekinger Polizei zwei Studenten der Peking-Universität, die an den Ereignissen des 18. September führend beteiligt gewesen waren. Ihnen wurde vorgeworfen, sie hätten die Staats- und Parteiführung angegriffen und gegen die ,,vier Grundprinzipien'' (5) verstoßen.

Anfang Juni gab der Minister für öffentliche Sicherheit Ruan Chongwu (6) eine Pressekonferenz, bei der AFP nach den ,,mehreren hunderttausend politischen Gefangenen'' in China fragte. Ruan antwortete: ,,Es gibt keinen einzigen politischen Gefangenen in China, nur kriminelle.'' AFP: ,,Wurden zwischen dem 18.9. und den Gedenkfeiern am 9.12. letzten Jahres keine Studenten verhaftet oder von der Universität verwiesen?'' Ruan: ,,Nein!'' Waschington Post: ,,Kürzlich wurden zwei Studenten der Peking-Universität verhaftet, sind das politische Gefangene oder nicht?'' Ruan: ,,Diese beiden sind überhaupt keine politischen, sondern wirtschaftliche Verbrecher. Einer von ihnen hat Menschen um Geld betrogen, um damit Geschäfte zu machen. Als diese Geschäfte schiefgingen, wollte er fliehen. Das ist illegal und geht natürlich nicht.'' WP: ,,Und der andere?'' Ruan: ,,Der andere ist genau so ein Wirtschaftsverbrecher. Die beiden haben keinerlei großartige politische Aktivitäten gemacht.''

Während Ruan den Journalisten noch Märchen erzählte, waren die beiden Studenten schon wieder auf freiem Fuß. Einer von ihnen ist der Sohn des Oberbefehlshabers der 38. Armee, einer Elitetruppe, und hatte während der Demonstrationen, von Haus aus gut mit Informationen versorgt, Chen Yun und Peng Zhen öffentlich kritisiert. Nach seiner Verhaftung hatte sein Vater der Polizei mitgeteilt, sein Sohn habe nach der Verfassung gehandelt und kein Gesetz übertreten. Deshalb sei er sofort freizulassen. Dem kam die Polizei nicht nur nicht nach, aus gewissen Kreisen hörte der Vater wenig später sogar, sein Sohn werde von der Universität verwiesen und zur Umerziehung durch Arbeit geschickt. Daraufhin ging er zu Qin Jiwei, dem Kommandanten des Militärbezirks Peking. Dieser schickte jemanden zur Polizei und die beiden wurden sofort freigelassen. Als Chen Yun und Peng Zhen diese

sität verwiesen und zur Umerziehung durch Arbeit geschickt. Daraufhin ging er zu Qin Jiwei, dem Kommandanten des Militärbezirks Peking. Dieser schickte jemanden zur Polizei und die beiden wurden sofort freigelassen. Als Chen Yun und Peng Zhen diese

Vorfälle zu Ohren kamen, wollten sie wutentbrannt scharfe Gegenmaßnahmen ergreifen. Deng Xiaoping jedoch meinte, die Studenten seien unschuldig und die Freilassung sei zu begrüßen. Wie man sich schon denken kann: Deng und Qin Jiwei gelten als eng befreundet. (7)

1986: Die Demos gehen weiter

Nach einer dreivierteljährigen Pause wurden die Studenten dann erneut unruhig. Im August demonstrierten die Aspiranten am Aspiranten-Kolleg der Akademie der Sozialwissenschaften in Peking gegen das schlechte Mensa-Essen. Die Mensa-Leitung wurde entlassen. (8) Anfang November demonstrierten ca. 2000 Menschen im Geschäftsviertel Xinjiekou in Nanjing für bessere Lebensbedingungen und brachten den Verkehr zum Erliegen. (9)

Am 14.11. marschierten etwa 3500 Studenten durch Changsha, die Hauptstadt der Provinz Hunan, und riefen Slogans gegen die Mißhandlung eines Professors. (10)

Am 30.11. berichtete die Zhongguo Qingnian Bao (Chinesische Jugendzeitung) über Aktivitäten der Studenten der Wuhan-Universität, die unter dem Titel ,,Moderne Wuhan-Universitäts-Angehörige'' mit dem Ziel entfaltet worden seien, dem ,,demokratischen Aufbau'' der Wuhan-Universität neue Kraft zu verleihen. Die Partei- und Verwaltungsführung der Wuhan-Universität habe die Aktivitäten der Studenten mit aller Kraft unterstützt, und der Rektor der Uni, Liu Daoyu, habe zu Studentenkadern gesagt: ,,Eine wahre Stätte des Lernens muß ein Garten der Gedanken ohne Mauer sein.''

Am 4.12. berichtete die gleiche Zeitung über einen ,,Demokratie-Unterricht'', den der stellvertretende Ministerpräsident Wan Li am 30.11. in Hefei für Verantwortliche und Lehrende von 12 Universitäten und Hochschulen in einer Diskussionsversammlung durchgeführt habe. Dabei habe Wan Li gesagt: ,,Die Reform des Erziehungswesens ist unbedingt notwendig, besonders beachtet werden muß dabei der Demokratie-Unterricht.'' Er habe das an einigen Universitäten eingerichtete Verantwortungssystem für Rektoren, die Schaffung von Schulkonferenzen und die Gründung aller möglichen Komitees ,,begrüßt''. (11)

,,Ohne Demokratie keine Modernisierung!''

Am 5.12. begann die Kette von Stu-

,,Ohne Demokratie keine Modernisierung!''

Am 5.12. begann die Kette von Stu-

dentendemonstrationen für demokratische Reformen. Bei den Wahlen der Delegierten zum Volkskongreß der Provinz Anhui wurden den Studenten der berühmten Chinesischen Universität für Wissenschaft und Technik (CUWT) in Hefei ihre Delegierten quasi vorgesetzt. Etwa 1000 Studenten demonstrierten auf dem Universitätsgelände und forderten eine demokratische Wahl eigener Delegierter. Am noch vom vergangenen Jahr bedeutungsschweren 9.12. demonstrierten auf den Straßen von Hefei über 3000 und in Wuhan, der Hauptstadt der Provinz Hubei, etwa 2500 Studenten unter Losungen wie ,,Wir wollen Demokratie!'' und ,,Ohne Demokratie keine Modernisierung!'' In beiden Städten zogen die Demonstranten vor die Regierungsgebäude. (12)

Am 11.12. erschien abends auf einmal eine von einem ,,Demokratischen Kämpfer der CUWT Hefei'' gezeichnete Wandzeitung an einer Mauer der Peking-Universität. Die erste Wandzeitung Pekinger Studenten kam am nächsten Morgen von ,,Studenten der Biologischen Fakultät''. Am 12. und 13. folgten viele weitere Wandzeitungen verschiedenen Inhalts, die schließlich alle von der Universitätsleitung entfernt wurden. (12) Am 14.12. lehnten sich die Studenten der Shenzhen-Universität in der Sonderzone Shenzhen der Provinz Guangdong (Kanton) gegen die Erhöhung der Studiengebühren auf. Etwa 1000 Studenten demonstrierten erst auf dem Universitätsgelände, um dann auf die Hauptstraße Guangzhou-Shenzhen zu ziehen, wo sie sich erst abends gegen 10 Uhr auflösten. Am nächsten Tag versammelten sich wieder über 1000 Studenten in der Uni, zogen zur Hauptstraße und teilten sich dann in zwei Gruppen, von denen eine in Richtung Nantou, die andere in Richtung Shenzhen ging. Auf der Straße hielten sie Fahrzeuge an, erklärten Fahrern und Fahrgästen ihr Anliegen und warben für Unterstützung. Am 17.12. schließlich gab die Uni-Leitung nach ,,gewalttätigen Auseinandersetzungen'' in den Straßen der Stadt, den

ße hielten sie Fahrzeuge an, erklärten Fahrern und Fahrgästen ihr Anliegen und warben für Unterstützung. Am 17.12. schließlich gab die Uni-Leitung nach ,,gewalttätigen Auseinandersetzungen'' in den Straßen der Stadt, den

Forderungen der Studenten nach Rücknahme der Erhöhung der Studiengebühren nach.

Höchstwahrscheinlich angeregt von den Shenzhener Kommilitonen zogen am 20.12. etwa 300 in anderen Provinzen beheimatete Studenten der Zhongshan-(Sun-Yat-sen-) Universität in Guangzhou vor die Stadtregierung und forderten Pressefreiheit und ein Ende der Preissteigerungen. Sie brachten ihre Unterstützung für die Studenten in Hefei zum Ausdruck. (13)

,,Lang schlafe der Vorsitzende Mao!''

Bereits am 19.12. waren etwa 3000 Studenten vor die Shanghaier Stadtregierung gezogen und hatten dort die ganze Nacht sitzend demonstriert. Sieben Delegierte, die in das Gebäude geschickt worden waren, waren nicht zurückgekommen. Deshalb demonstrierten am 20.12. zwischen 30.000 und 70.000 Menschen unter Parolen wie: ,,Demokratische Reformen!'', ,,Gebt uns Freiheit!'', ,,Reform des Personalwesen!''. Außerdem protestierten sie gegen die ,,faschistischen Verhaltensweisen'' der Polizei. Am 21.12. demonstrierten wieder zwischen 10.000 und 50.000 und forderten ,,Demokratie und Freiheit!'', ,,Pressefreiheit!'', ,,Demonstrationen legalisieren!'', ,,Schutz der persönlichen Sicherheit!''. An diesen drei Tagen wurden insgesamt ca. 300 Studenten festgenommen und nach kurzer Zeit wieder auf freien Fuß gesetzt.

Die Nachrichtenagentur ,,Neues China'' berichtete am 21.12., die Studenten hätten den Verkehr gestört, die Produktion, das Leben und die soziale Ordnung behindert und Polizisten geschlagen. Ein Sprecher der Stadtregierung von Shanghai sagte am gleichen Tag, ,,illegale Elemente'' unter den Studenten hätten Autos gestohlen und Frauen belästigt. Wie Augenzeugen berichteten, war die Bevölkerung in diesen Tagen den demonstrierenden Studenten und — teilweise — Arbeitern sehr wohlgesonnen. In der Nacht vom 19. auf den 20.12. wurden die Demonstranten mit Essen, heißen Getränken und warmen Decken versorgt. Teilweise spendeten die Menschen Geld, so daß am 2. und 3. Tag die Transparente, die anfangs noch aus den Bettlaken der Wohnheime angefertigt waren, aus neuem weißen Baumwollstoff bestanden.

Am ersten Tag waren vereinzelt Sprechchöre wie ,,Nieder mit Deng Xiaoping!'' und einem fast unübersetzbaren Wortspiel, etwa ,,Lang schlafe der Vorsitzende Mao! Lang lebe Hua Guofeng! Lange kassiert Deng Xiaoping!'' zu hören gewesen. Am 21.12. dann waren Transparente mit ,,Unterstützt die Reformen!'' und ,,Xiaoping, guten Tag!'' zu sehen, ein eindeutiger Wechsel der politischen Stoßrichtung.

Hintermänner gesucht

Die Hongkonger Zeitschrift Zhengming stellt Vermutungen darüber an, wer hinter den Studenten stehen könn-

Hintermänner gesucht

Die Hongkonger Zeitschrift Zhengming stellt Vermutungen darüber an, wer hinter den Studenten stehen könn-

te und begründet die Annahme, daß es Zhao Ziyang, der Ministerpräsident gewesen sei, damit, daß Zhao gute Beziehungen zu den reformorientierten Profs Fang Lizhi und Wen Yuankai von der CUWT in Hefei habe, daß in Shanghai zwar Parolen gegen Deng und Hu Yaobang, aber nie gegen Zhao aufgetaucht seien, und daß er eine Unterstützung seiner Reformpolitik durch Massenproteste gesucht habe. Andere Vermutungen sprechen von der Armee oder Hu Qiaomu (14) als ,,Hintermänner'', denen die Demonstrationen nutzen könnten, um die Reformpolitik zu torpedieren.

Trotz dieser Spekulationen führt Zhengming aber fünf Gründe dafür an, warum die Studentenbewegung, wie sie selbst behauptet, wirklich unabhängig und ,,von selbst'' entstanden sei.

1) Das Denken der Studenten hat sich verändert, es gibt kein blindes Vertrauen zu Staat und Partei mehr, verschiedene Denkrichtungen, v.a. aus dem Westen, haben die Studenten zu kritischen Geistern gemacht, die ernsthafter, selbständiger und tiefer nachdenken.

2)In den letzten Monaten des Jahres 1986 hatte es durch die Ankündigung von politischen Reformen ein ,,Laßt 100 Schulen miteinander wetteifern!''-Klima gegeben, das v.a. unter Wissenschaftlern und Künstlern zu erstaunlich offener Diskussion geführt hatte.

3) Gerade in der letzten Zeit war die Partei durch Autokratismus, Bürokratismus, Cliquenwirtschaft, Korruption und Privilegien besonders unangenehm aufgefallen, so daß die Meinung vorherrschte, die ökonomischen Reformen würden durch das Fehlen demokratischer Reformen behindert.

Wohnverhältnisse im Studentenheim der Universität Hefei

Fortsetzung nächste Seite

4) Klammheimlich wurde aus den angekündigten politischen Reformen schließlich eine angekündigte Verwaltungsreform, sodaß die Menschen sich verarscht fühlten. Die Parole „Gegen Verarschung!" war auf Transparenten zu sehen.

5) Besonders hart war das vollkommene Fehlen jeglicher demokratischer Strukturen an den Hochschulen, die Studenten konnten nicht einmal ihre eigenen Vertreter für die Studentenkomitees, die wiederum auch keinerlei Mitbestimmungsrechte haben, selbst wählen.

„Anti-Partei-Elemente"

Am 21.12. führte der Bürgermeister von Shanghai, Jiang Zemin, im Sportstadion der Stadt eine Großveranstaltung (8000 Teilnehmer) für alle Kader ab Zellensekretär aufwärts durch, in der er besonders hart über die Studenten urteilte. Er bezeichnete die Demonstranten als „Anti-Partei-Elemente", verpflichtete aber alle Teilnehmer, keine Informationen über seine Rede weiterzugeben. Die Shanghaier Presse, die erst am 21.12. über die Ereignisse berichtete, tat sich besonders schwer. Die Zensur wurde bei allen Publikationen verschärft. Trotzdem gelang es einer Tageszeitung, einen relativ gerechten Artikel auf der letzten Seite unterzubringen, der erst im Druck von den Zensoren entdeckt wurde. 300.000 Exemplare mußten eingestampft werden. Eine andere Zeitung zeigte ein Foto mit dem Titel „Studenten bereiten sich auf den Unterricht vor"; zu sehen waren aber Studenten, die eifrig Wandzeitungen schrieben.

Am 22.12. erließ das Büro für öffentliche Sicherheit sechs Bestimmungen, deren Hauptinhalt ist, daß Demonstrationen vorher bei der Polizei angemeldet und genehmigt werden müssen. Gegen Zuwiderhandlungen werde streng vorgegangen.

Trotzdem demonstrierten am gleichen Tag ca. 10.000, hauptsächlich jüngere Studenten, allerdings nur unter Transparenten mit dem Namen ihrer jeweiligen Uni. (15) Schließlich fand die vorläufig letzte Demonstration in Shanghai am 23.12. mit ca. 2800 Teilnehmern statt, die gegen das Demonstrationsverbot protestierten. (16)

Das Zentrum der Studentenbewegung verlagerte sich nun nach Nanjing (Nanking), der Hauptstadt der Provinz Jiangsu, deren Uni-Kampus am 22.12. morgens mit hunderten von Wandzeitungen schier überschwemmt war, worauf sich eine Demo von 1000 Studenten bildete, die zur Stadtverwaltung zog, wo die demonstrierende Menge auf ca. 3000 Menschen anwuchs. Abends war die Internationale zu hören. Insgesamt sechs Tage lang, bis zum 27.12., demonstrierten nun täglich zwischen 3000 und 10.000 Menschen. Abends fanden am Trommel-
zum 27.12., demonstrierten nun täglich zwischen 3000 und 10.000 Menschen. Abends fanden am Trommel-
turm in der Innenstadt „Streitgespräche über Demokratie" statt, an denen sich ebenfalls Tausende beteiligten. Am 23. und 26.12. erschienen neue Wandzeitungen auf dem Uni-Kampus; am 23.12. zogen die Demonstranten erstmals vor den Provinz-Volkskongreß. Am 28.12. wurden drei Arbeiter, die bei den Demonstrationen „randaliert" haben sollen, verhaftet. (17)

„Weg mit der Diktatur!"

In diesen Tagen hatten auch die Studenten in Suzhou, Tianjin und Peking die ersten Proteste organisiert. In Tianjin zogen am 25.12. ca. 3000 Studenten vor die Stadtverwaltung und versuchten einzudringen. Dabei kam es zu „schweren Zusammenstößen" mit mehreren Verletzten. (18) In Peking hatten am 23.12. ebenfalls etwa 3000 Studenten, vornehmlich der Qinhua-Universität, in einer Demonstration ihre Solidarität mit den Shanghaier Kommilitonen zum Ausdruck gebracht. Dabei wurde die Internationale gesungen. Am gleichen Tag erschien ein sehr lockerer Kommentar zu den Ereignissen in der Volkszeitung. (16)

Am 26.12. erließ die Pekinger Stadtregierung Sonderbestimmungen, die u.a. Demonstrationen auf wichtigen Plätzen und vor wichtigen Einrichtungen verbieten. Damit wollte man vor allem Demonstrationen auf dem traditionsreichen „Platz des Himmlischen Friedens" (Tiananmen) verhindern. (19) Nachdem auf einer Demonstration am 29.12., an der auch rund 3000 Studenten teilnahmen, Parolen wie „Weg mit der Diktatur!" zu hören gewesen waren, verschärften sich die Kommentare in den Zeitungen. Es wurde mit Bestrafung gedroht.

Am darauffolgenden Tag gab der stellvertretende Vorsitzende der Erziehungskommission eine Pressekonferenz, in der wieder etwas gemäßigtere Töne angeschlagen wurden. Die Studenten seien Patrioten, Demonstrationen im Prinzip legal und der Wunsch nach Reformen verständlich. Es gebe nur eine kleine Minderheit von kriminellen Unruhestiftern, die bestraft werde. Ein Versuch von etwa 400 Studenten zu demonstrieren, wurde aber am gleichen Tag verhindert. Dafür erschienen viele neue Wandzeitungen. (20)

Später erfuhr man, daß genau an diesem Tag Deng Xiaoping erstmals Hu Yaobang in aller Schärfe kritisiert habe. (21) Möglich ist, daß der gemäßigte Ton der Pressekonferenz, der ohne Zustimmung hoher Parteikader nicht möglich gewesen wäre, letzter Anlaß für Deng gewesen ist, einzuschreiten.

Peking

Zu den größten Demonstrationen in Peking kam es am 1. und 2. Januar 1987. Der Korrespondent des „Far Eastern Economic Review", R. Delfs, berichtete davon folgendermaßen: „*In den frühen Stunden des ersten Tages im Jahre 1987, bildete Pekinger Polizei als Versuch, einen trotzigen Studenten-Protest zu blockieren, eine starke Absperrkette um den größten Teil des Tiananmen-Platzes. Eine innere Kette von Kommunistischen Jungen Pionieren umgab das Denkmal der Volkshelden. Wasser wurde über den ganzen Platz verspritzt, so daß er mit einer Eisschicht bedeckt war. Eine große Menge hatte sich gegen 10 Uhr versammelt, aber eine Demonstration erschien unwahrscheinlich, bis die Polizei begann, den offenen nördlichen Teil des Platzes zu räumen und die Menge so in der nordöstlichen Ecke zusammenzutreiben.*

Um 10.30 Uhr brachen ca. 300 Demonstranten durch die Polizeikette und näherten sich dem Denkmal, bis die Polizei sie vom Platz vertrieb. Die Menge von Studenten, Unterstützern und Schaulustigen vor dem Museum erreichte die Zahl von mehr als 8000, von denen aber vielleicht nur 2000 oder weniger aktive Teilnehmer der Demonstrationen waren.

Kurz nach Mittag begann eine Gruppe von Studenten vom Museum der Chinesischen Revolution aus loszumarschieren in Richtung auf die Chang'an-Allee, rollte Transparente aus und bog rechts ab in Richtung auf das Peking-Hotel. In der Nähe des Eingangs zum Ministerium für Öffentliche Sicherheit machten sie kehrt und kamen wieder auf den Platz zurück, drangen kurz in die Polizeikette ein, bevor sie in nördliche Richtung zur Verbotenen Stadt geschoben wurden.

Während dieser Zeit wurden die meisten der 20 Festnahmen gemacht. Später am Abend versammelten sich mehrere tausend Studenten vor dem Büro des Rektors der Peking-Universität und forderten die Freilassung der Inhaftierten.

Gegen 22.30 Uhr verließ eine Menge von 2000 - 3000 Studenten den Campus und durchstieß die erste von sieben Polizeilinien. Die Menge wuchs im Laufe einer Stunde durch Nachzügler und Studenten anderer Universitäten auf über 4000.

Der stellvertretende Universitäts-Kanzler Sha Jiansun traf gegen 23.30 Uhr in der Nähe des Freundschafts-Hotels mit den Demonstranten zusammen. Auf die Schultern von Protestierenden gehoben, gab Sha bekannt, daß die Studenten freigelassen würden, aber nur wenige der singenden und rufenden Studenten konnten ihn hören, und so ging der Marsch weiter.

Die meisten Studenten beendeten ihren Umzug in den frühen Morgenstunden in der Nähe des Staatsgästehauses Diaoyutai, als ihnen gesagt wurde, daß alle inhaftierten Studenten frei seien, doch zogen ca. 100 weiter und erreichten den Tiananmen-Platz um 4.00 Uhr morgens.

Den Demonstrationen war an den Abenden des 30. und 31.12. das Erscheinen einer großen Zahl von Wandzeitungen an der Peking-Universität vorausgegangen. Obwohl einige Wandzeitungen die KP und die ‚sozialistische Demokratie' kritisiert hatten, unterstrichen die Studenten während des nächtlichen Umzugs ihre Unterstützung der Reformen und identifizierten sich mit den reformistischen Kräften in der Führung. Ein Student sagte: ‚Ich demonstriere, um die Reformen des ZK zu unterstützen. Gerade jetzt blockiert ein Teil der Führung die Reformen. Die Demokratie, die wir wollen, ist sozialistische Demokratie, nicht bürgerliche Demokratie, wie ein paar Leute behauptet haben. Wir wollen, daß die große Masse der Arbeiter und des Volkes die Freiheit der Rede und die Freiheit, ihre eigenen Führer zu wählen, hat ... Ich widersetze mich nicht den vier Grundprinzipien, aber sie sollten nicht gegen die Studenten angewendet werden.'

Die verzerrte Darstellung der Studentenbewegung durch die offizielle Presse war eine Besorgnis vieler. ‚Unsere Demonstration ist wirklich eine gute Sache, aber einige Leute berichten nicht ehrlich von den Aktivitäten und Ansichten der Studenten. Die Studenten sind mit den Nachrichtenorganen nicht zufrieden', sagte ein Student.

Es gab keine Berichte von Rowdytum und Zerstörung von Eigentum, was die Demonstrationen in Shanghai und Nanjing gekennzeichnet hatte, und während des nächtlichen Umzugs hielten Ordner die Menge auf der rechten Seite der Straße, um Busse und anderen Verkehr durchzulassen. Als einige Jugendliche begannen, die Schutzgitter von Geschäften zu reißen, wurden sie von anderen angeschrien und mischten sich wieder unter die Menge.

Obwohl einige Protestierende, die auf dem Tiananmen-Platz verhaftet worden waren, recht rauh behandelt worden waren, zeigten die Polizeikräfte doch eine eindrucksvolle Disziplin, Waffen, Holz- oder Gummiknüppel waren nicht zu sehen. Allerdings fotografierte und filmte uniformierte und zivile Polizei die Demonstration." (22)

Auch auf dieser Demonstration wurde wieder die Internationale gesungen.

zivile Polizei die Demonstration." (22)
Auch auf dieser Demonstration wurde wieder die Internationale gesungen.

Am 4.1. erschien an der Peking-Universität eine Wandzeitung, die offen Deng Xiaoping aufforderte, zu den Forderungen der Studenten Stellung zu nehmen. Deng wurde eine „Antwortfrist" von 10 Tagen gegeben. (23)

Im Solde Taiwans

Am nächsten Tag veröffentlichte die Beijing Ribao (Pekinger Tageblatt) einen provozierenden Kommentar, in dem die Studenten u.a. angegriffen wurden, weil sie ein Transparent zur Unterstützung der vier Grundprinzipien hochgehalten hatten. Das heiße, mit roten Fahnen die rote Fahne bekämpfen, und sei nur eine Tarnung. In Wirklichkeit seien sie Klassenfeinde.

Nachdem das Pekinger Tageblatt und die Volkszeitung bereits am 31.12. unangenehm aufgefallen waren, als sie behaupteten, der taiwanesische Geheimdienst schüre die Demonstrationen, brachte dieser Artikel endgültig das Faß zum Überlaufen. Am Nachmittag des 5.1. gab es auf dem Gelände der Peking-Universität eine öffentliche Massenverbrennung des Pekinger Tageblatts. (24) Das war die letzte Aktion der Studenten im Rahmen dieser Bewegung.

Insgesamt hatten die Proteste vom 5.12. bis zum 5.1. genau einen Monat lang gedauert, sich von Stadt zu Stadt praktisch über das ganze Land ausgebreitet, wobei sich die vier Städte Hefei, Shanghai, Nanjing und Peking als Zentren der Proteste herausbildeten. Die offiziellen Medien waren gezwungen, über die Proteste zu berichten. Die Erfahrungen, die die Beteiligten aus dem Verlauf dieser Bewegung gezogen haben, sind beträchtlich. Seit dem 18.9.85 sind die Studenten ein großes Stück vorangekommen. Heute schon darf man gespannt sein, was sich

Fortsetzung auf Seite 25

Dokumente der Studentenunruhen

Die Wahrheit über die Ereignisse der Bewegung vom 19. Dezember von Studenten der Tongji-Universität

Die am 19. Dezember enstandene Studentenbewegung ist eine aus eigenem Antrieb für **Demokratie, Freiheit** und **Gleicheit** kämpfende Bewegung. An diesem Tage gingen die Studenten um 13.00 Uhr auf die Straße um zu demonstrieren. Abends zogen wir vor die Stadtregierung, um eine Petition einzureichen. An die tausend Studenten ertrugen Hunger und Durst, ignorierten die bittere Kälte und harrten 18 Stunden aus, die Regierung aber wendete die Verzögerungstaktik an und antwortete nicht auf die gerechten Forderungen der Kommilitonen. Am Morgen des 20. um 5.50 Uhr drangen dann plötzlich Polizisten in mehrfacher Überzahl in die Reihen der ruhig am Boden sitzenden Studenten ein, um sie mit brutalen und barbarischen Methoden gewaltsam auseinander zu treiben. Die Studenten wurden geschlagen, getreten und eine unbekannte Anzahl verschleppt. Einige wurden zu vorher bereitgestellten Autos abgeführt, nicht einmal kleine und schwache Kommilitoninnen wurden verschont. Diese dreiste Verletzung der persönlichen Freiheit kann vom Gesetz nicht hingenommen werden. Wenn man das duldet, gibt es dann etwas, was man nicht duldet? Deshalb brachen noch größere Demonstrationen aus. ...

Was aber noch stärker zur Empörung beiträgt, ist, daß der Sprecher der Stadtregierung und die Zeitungen die wirkli-
Was aber noch stärker zur Empörung beiträgt, ist, daß der Sprecher der Stadtregierung und die Zeitungen die wirkli-
chen Ereignisse verzerren und die Massen irreführen. Deshalb fordern wir in aller Schärfe unverzüglich eine den Tasachen entsprechende Berichterstattung der Presse über diese Bewegung. ...

Shanghai 22.12. 1986

Botschaft an die Stadtbürger und die Landsleute

Zwischen der Vergangenheit und der Zukunft gibt es nur die Gegenwart. Wir können die Geschichte nicht neu schreiben, aber wir können die Gegenwart verändern und die Zukunft gestalten. Die Wirklichkeit im Angesicht von Armut und Autokratie, wir können sie ertragen. Aber wir können unsere eigenen Nachkommen nicht in Fesseln ohne Freiheit, ohne Demokratie, ohne Menschenrechte mißgestaltet aufwachsen lassen. Wir können sie doch nicht, wenn sie mit ausländischen Kindern zusammen sind,sich als arme Teufel und minderwertig fühlen lassen. Stadtbürger und Landsleute! Bitte versteht doch! Der Bürokratismus, die Politik der Volksverdummung, keine Demokratie und ohne Menschenrechte, das sind die Wurzeln unserer Rückständigkeit!

von Yi Yang

Freunde, Stadtbürger!

In der heutigen Zeit ist die Abstimmung durch Handzeichen die Methode, Ansichten zum Ausdruck zu bringen, „einstimmig angenommen" ist das Endergebnis aller Versammlungen. Der Sinn der Wahl ist die Nominierung (1). Wir sind völlig unwissend, Modellarbeiter hat es gegeben, „Drei-Gut" (2) hat es gegeben, Volksdelegierte hat es gegeben. Delegieren hat bereits seinen Sinn verloren, haben sie uns etwa nach unseren Ansichten gefragt? Können sie wirklich die Wünsche des Volkes vertreten? An diesem Punkt reicht unser sozialistischer Staat noch nicht einmal an die kapitalistischen Länder heran.

Demokratische Freiheiten!
Demokratische Wahlen!

Angehörige der Tongji

1) Die Nominierung von Kandidaten wird „hinter den Kulissen" entschieden. Die nominierten „Kandidaten" werden „automatisch" auch gewählt.
2) „Drei-Gut" geht auf eine Mao-Weisung von 1953 für die Jugendarbeit zurück, die zu guter körperlicher Kondition, gutem Studium und guter Arbeit aufforderte. Entsprechend wurde dann die Auszeichnung „Drei-Gut-Student" oder „Drei-Gut-Schüler" verliehen und die Betroffenen teilweise zu Vertretern oder Sprechern der Schüler/Studenten gemacht.

(aus Zhengming (Wetteifern!) Hongkonger Monatszeitschrift (linksliberal) Nr. 1/87, pp. 7-8, 12)

Auszüge von Wandzeitungen des 30.12.86 aus der Peking-Universität

Über die Partei:
Die Partei ist keine vollkommen perfekte Organisation und hat vor allem gegenwärtig viele Unzulänglichkeiten ... Heißt das Festhalten an der Führung durch die Partei, daß wir immer alles tun müssen, was die Partei sagt? Heißt es, daß wir die Partei nicht kritisieren können? Wessen Fehler war die Kulturrevolution? Waren es wir Studenten? Waren es die Wandzeitungen? War es das Volk?

Über die Freiheit:
Einige Leute sagen, selbst in den USA gäbe es nicht die Freiheit, die Staatsflagge
Über die Freiheit:
Einige Leute sagen, selbst in den USA gäbe es nicht die Freiheit, die Staatsflagge
oder einen Einberufungsbefehl zu verbrennen, und deshalb sei die bürgerliche Freiheit eine Scheinfreiheit. Heißt das, daß wir die Freiheit haben, die Staatsflagge nicht zu verbrennen? In den USA gibt es die falsche Freiheit, die Kommunistische Partei zu unterstützen oder nicht zu unterstützen. In unserem Land haben wir die echte Freiheit, die Kommunistische Partei unterstützen zu müssen. In den USA gibt es die falsche Freiheit der Pressefreiheit, aber in unserem Land haben wir die echte Freiheit der Presseunfreiheit. Wir haben auch die echte Freiheit, heimlich Führer zu kritisieren. Laßt uns diese wahre Freiheit in vollen Zügen genießen.

Über die Demokratie:
Die Diktatur einer Partei hat die gesamte Legislative, Jurisdiktion, Exekutive, Außenpolitik, Militär- und Propaganda-Maschine des Landes monopolisiert. Dies wird unweigerlich zu einem unbeabsichtigten Despotismus führen, in dem ein Mensch für seine politischen Ansichten ins Gefängnis kommen kann oder die Todesstrafe riskiert für das Verbrechen, etwas anderes zu sagen, alles ohne einen sinnvollen, legalen Prozeß, das Volk täuschend und zum Narren haltend.

Die böswilligen Verzerrungen der Propaganda-Organe haben einfache Leute unaufhörlich getäuscht. Das ist unser politisches System, wenig besser als feudaler Despotismus, oder sogar noch unbarmherziger, diktatorischer und terroristischer.

Wenn die höchste Macht der Partei nicht friedlich und legal von einer anderen Gruppe kontrolliert und ausgeglichen werden kann, dann kann Demokratie nicht mehr sein als ein leeres Blatt Papier.

Wenn Partei und Regierung nicht getrennt werden, dann wird die übermäßig langsame Entwicklung der nationalen Stärke und der Wirtschaft immer den Wohlstand unseres Landes behindern.

Wenn es keine Freiheit der Veröffentlichung, Berichterstattung und Propaganda gibt, nur mündliche Versprechen an das Volk, dann ist dies eine falsche Demokratie und Freiheit.

„Zehntausend Jahre sind zu lange, nutze den Tag, nutze die Stunde." Wir können nicht warten, wir müssen den Weg der Demokratie einschlagen ... Studenten, steht auf. Für Demokratie zu kämpfen ist unsere ehrenvolle Pflicht. Jede Feigheit, jede Gleichgültigkeit wird unsere Schande sein gegenüber unseren Nachkommen und der Geschichte. Kämpft für Demokratie.

Über die konservative Fraktion in der KP:
Den gegenwärtigen Reformen stehen ernsthafte Hindernisse im Wege. Eine kürzliche Meinungsumfrage ergab, daß der öffentliche Verdruß über die Reformen, einschließlich Preisanstieg und anderer Aspekte, täglich zunimmt ... Die konservative Fraktion in der Partei wird das benutzen, um mehr Druck auf die Reform-Fraktion auszuüben.

Der 13. Parteitag soll 1987 stattfinden, und das Gleichgewicht der politischen Kräfte wird sich in den personellen Veränderungen auf dem Parteitag manifestieren. Erheben die konservativen Kräfte erst einmal ihre Köpfe, wird das Reformprogramm fehlschlagen. In diesem Schlüsselmoment ist die Unterstützung der Reform-Fraktion und die Schaffung öffentlicher Unterstützung für die Reformen die dringende Aufgabe. Reformen und Demokratie zu verbinden, sollte die Richtung der Studentenbewegung sein.

Richtung der Studentenbewegung sein.

Über Wandzeitungen:
Wir schreiben Wandzeitungen, weil das der einzige Weg ist, unsere Meinung auszudrücken. Die Wandzeitungen sind kein Verbrechen, aber einige Leute wollen jetzt unser Atemloch schliessen, uns unter Schichten von Schlamm und Dreck ersticken lassen und dabei soziale Stabilität und Einheit zurückgewinnen. Eine Wandzeitung ist ein Mittel der Rede und des Ausdrucks, ihre Funktion wird vollständig von den Zielen ihres Autors bestimmt, nicht durch die Natur des Mediums selbst.

Obwohl unsere Studentenbewegung stark verzerrt wurde und Gegenstand schwerer Hindernisse war, haben wir doch etwas erreicht. Die 10 Artikel der Pekinger Stadtregierung zur Regelung von Demonstrationen sind der zweite Sieg, seit die Wenhui Bao gezwungen war, über die Studentenbewegung zu berichten. Aus diesem Grunde kann weder unsere Kraft wieder ignoriert werden, noch die Stimme der Demokratie unterdrückt ...

Über die Philippinen und Wan Li:
Die Parolen, Deng Xiaoping und Hu Yaobang zu stürzen und vom philippinischen Volk zu lernen, die während dieser Studentenbewegung aufgekommen sind, verdienen vorsichtige Erwägung. Was würde in unserer Situation der Sturz Marcos durch Aquino wirklich bedeuten? Wan Li ist der 1. Stellvertretende Ministerpräsident eines großen Landes und die Glaubwürdigkeit der Berichte, daß er gesagt habe „Demokratie ist etwas, das wir euch gewähren." muß bezweifelt werden. Wie wurde die geheime Nachricht davon verbreitet? Es ist sehr leicht, so etwas hinter jemandes Rücken zu tun, und es könnte ernsthafte Konsequenzen haben.

(aus FEER (Far Eastern Economic Review, Hongkonger Wochenzeitschrift (rechts, Wirtschaftsblatt)) No. 3/87 v. 15.1.87, pp. 8-9)



Pekinger Studenten verbrennen Parteizeitungen

Kommentar:

Generallinie oder Trampelpfad

Nach dem — vorläufigen — Ende der Studentenbewegung und vor dem in diesem Jahre anstehenden XIII. Parteitag der KPCh findet innerhalb der Staat- und Parteiführung Chinas jetzt ein Machtkampf um die politische Linie der weiteren Entwicklung statt. Von diesem Machtkampf sind, neben führenden Parteifunktionären, wieder einmal Intellektuelle — Wissenschaftler und Schriftsteller — betroffen. Eines ist den beteiligten Fraktionen in der KPCh gemeinsam: Es gilt zu verhindern, daß im politischen Geschehen der Nach-Mao-Ära die Massen Initiative ergreifen, um eigene Vorstellungen und Interessen, die in Widerspruch zum Konzept des Aufbaus eines „Sozialismus chinesischer Prägung" stehen, zu verwirklichen. Die Parteiführung möchte nicht dabei gestört werden, China zur dritten „Supermacht" zu machen.

Die ökonomischen, militärischen und ideologischen Vorbereitungen dazu sind spätestens seit der 3. Plenartagung des XI. ZK im Dezember 1978 in vollem Gange. Das Programm heißt „Die vier Modernisierungen", nämlich die „Modernisierung" der Industrie, Landwirtschaft, Landesverteidigung und von Wissenschaft und Technik. „Modernisierung" bedeutet die Zerstörung kollektiver Entwicklungsansätze, die Rekonstruktion kapitalistischer Produktionsverhältnisse in Teilen der Wirtschaft, die Umwandlung der Volksbefreiungsarmee (VBA), weg vom Konzept des Volkskriegs, in dem der Mensch der wichtigste Faktor ist, hin zum „modernen Krieg" in dem das technische Niveau der Waffen der wichtigste Faktor sein soll. „Modernisierung" heißt auch, Wissenschaft und Technik in den Dienst dieser ökonomischen und militärischen Ziele zu stellen.

Widersprüche zwischen den Fraktionen in der Partei gibt es in der Frage, wie diese Ziele möglichst schnell, möglichst störungsfrei, und möglichst ohne die Macht der Partei zu gefährden oder auch nur zu schmälern, zu realisieren seien. Die eine Fraktion bevorzugt die Dynamik der „Eigeninitiative" — die auch die „Selbstverantwortung" beinhaltet — im wirtschaftlichen Bereich, die andere stärker zentrale, bürokratische Planung. Im bisherigen Ständigen Ausschuß des Politbüros des ZK gelten Deng Xiaoping, Hu Yaobang und Zhao Ziyang als Repräsentanten des Reform-Flügels, Li Xiannian (Staatspräsident) und Chen Yun (Vorsitzender der Disziplinar-Kontrollkommission beim ZK) als Repräsentanten des konservativ-bürokratischen Flügels.

Die gegenwärtige Krise der Reform-Politik wird im wirtschaftlichen und

Die gegenwärtige Krise der Reform-Politik wird im wirtschaftlichen und im ideologischen Bereich besonders deutlich. Die bisherigen Erfolge sind geringer als erwartet, die ausländischen Investitionen gehen rapide zurück, die Preise steigen und die Inflation grassiert. Nach einer anfänglichen realen Steigerung des Lebensstandards des allergrößten Teils der Bevölkerung, verbunden mit einer großen Zustimmung der Massen zu dieser Politik, macht sich jetzt, mit zunehmender Differenzierung in wenige ökonomisch erfolgreiche Neureiche und die große Masse der davon wenig oder gar nicht profitierenden Bevölkerung, Unzufriedenheit breit. Häufig ist der Satz zu hören: „Früher hatte man viel Geld, aber es gab nichts zu kaufen, jetzt gibt es alles, aber man hat kein Geld es zu kaufen." Die ökonomischen Reformen waren von äußerst dürftigen theoretischen Begründungen begleitet, und ideologisch wurde die Bevölkerung mit dem Satz „Bereichert euch!" abgespeist.

Daß durch die Tür der „Öffnungspolitik" unter diesen Bedingungen auch „westlich-kapitalistische Ideen" nach China eindrangen und vor allem unter Jugendlichen und Intellektuellen auf fruchtbaren Boden stießen, ist wohl kaum verwunderlich. Doch ist die Parteiführung nicht etwa wegen der Kung-Fu-Filme aus Hongkong, der dekadenten Familienserien aus Japan, der seichten Pop-Schlager aus Taiwan, der Walt-Disney-Produktionen aus USA und der in Südchina stark zunehmenden Prostitution besorgt, was wiederum nicht heißen muß, daß nicht auch diese Erscheinungen angegriffen werden, wenn ein Deckmantel gebraucht wird, um ungestört Kritik an Bürokratismus, Cliquenwirtschaft und Forderungen nach Basisdemokratie und Pressefreiheit zu unterdrücken.

Auf diesem Feld hat nun die konservativ-bürokratische Fraktion ihre zweite Offensive gestartet. Die erste war die sog. Kampagne „Gegen die geistige Verschmutzung" 1984 gewesen, in der sie eine Niederlage erlitt. Damals mußte der Propagandachef der KP, Deng Liqun, als persönlich Verantwortlicher seinen Hut nehmen. Er und Hu Qiaomu, beide Mitglieder des Sekretariats der KP, halten sich zwar im Moment noch bedeckt, um bei einem weiteren Fehlschlag nicht allzu tief zu stürzen; sie hatten aber bereits im September in der HONGQI (Rote Fahne, theoretisches Organ der KPCh) durch den Artikel „Gegengedanken über die Freiheitsfrage", verfaßt von einem gewissen Wu Jianguo, die jetzige Offensive quasi angekündigt. Die Studentenbewegung war dann genau der Vorwand, den sie benötigten, um loszuschlagen. Grund oder gar Ursache war sie sicher nicht.

Nun könnte man sich bei diesem Richtungskampf in der KP desinteressiert abwenden und meinen, daß da eh kein Schlag den Falschen treffe, wenn nicht neben wenigen Spitzenfunktionären der Partei, als da sind Generalsekretär Hu Yaobang und Propagandachef (seinerzeit Nachfolger von Deng Liqun) Zhu Houze, auch andere, vor allem Wissenschaftler und Künstler betroffen wären. Darüber hinaus sollte

allem Wissenschaftler und Künstler betroffen wären. Darüber hinaus sollte

unsere Solidarität natürlich den verhafteten Arbeitern und Studenten gelten. Dort zeigen sich erste Ansätze organisierten Protests und Widerstands gegen die herrschende Politik.

Dabei sind die Inhalte dieser Protestbewegung, die den Bedingungen gemäß hauptsächlich unter Intellektuellen diskutiert und entwickelt werden, noch sehr verschwommen. Der Vize-Rektor und Astro-Physiker der Chinesischen Universität für Wissenschaft und Technik zu Hefei, Fang Lizhi, der während der Demonstrationen offenbar die Studenten mutig unterstützt hat und in einem Gespräch mit dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten Wan Li ein in China unübliches Maß an Zivilcourage bewiesen haben soll, scheint gesellschaftspolitisch nicht gerade besonders tiefschürfende Gedanken zu pflegen. Angeblich hat er, als er während eines Vortrages in Shanghai von einem Studenten gefragt wurde, was denn nun eigentlich besser sei, Kapitalismus oder Sozialismus, gesagt, ein vergleichender Blick auf Ost- und Westberlin genüge um diese Frage zu beantworten. Sein Ausschluß aus der KP kommt also nicht gerade überraschend. Viele in der Partei denken zwar ähnlich platt, aber man sagt so etwas wenigstens nicht öffentlich.

Ein zweiter, berühmter Reformer an der gleichen Universität, der organische Chemiker Wen Yuankai, hatte die Studenten aufgefordert, nicht zu demonstrieren, was ihm zwar scharfe Kritik auf einigen studentischen Wandzeitungen einbrachte, jetzt aber seine Position — er ist kein (!) Parteimitglied — gestärkt haben dürfte. Wen Yuankai gilt als bedingungsloser Verehrer der Errungenschaften westlichen technischen Fortschritts, die er möglichst komplett und schnell in China einführen will.

Daß der Partei unkritische Nicht-Mitglieder in jedem Fall lieber sind, als kritische Mitglieder, wird auch an der Behandlung des Schriftstellers Liu Binyan und des Literaturkritikers Wang Ruowang deutlich. Beide sind alte KP-Mitglieder (vergl. Anm. 1), deren Kampf gegen Bürokratismus und Dogmatismus nun wirklich nichts mit dem neuerlichen Einfluß „westlich-kapitalistischer Ideen" zu tun hat. Beide wurden im Januar aus der KP ausgeschlossen. Der Schriftstellerverband, dessen stellvertretender Vorsitzender Liu Binyan ist, protestierte gegen dessen Ausschluß, ein bisher einmaliger Vorgang. Immerhin ist ein weiterer stellvertretender Vorsitzender der Kulturminister Wang Meng, der ebenfalls als sehr kritisches Parteimitglied bekannt ist.

Deutlich geworden ist diesmal, daß Deng Xiaoping seiner liberalen, d.h. kapitalistischen, Wirtschaftspolitik keineswegs auch eine liberale Gesellschaftspolitik hinzufügen will. Hu Yaobang, ein Zögling Dengs, ohne feste ideologisch-politische Grundlagen, scheint ein bißchen übermütig geworden zu sein, so daß Deng nicht einmal dazu gezwungen werden mußte, ihn fallen zu lassen. Das Vorgehen gegen Fang Lizhi und Guan Weiyan (Rektor

fallen zu lassen. Das Vorgehen gegen Fang Lizhi und Guan Weiyan (Rektor

der Chinesischen Universität für Wissenschaft und Technik) als unmittelbar für die Studentenbewegung Mitverantwortliche und auf der anderen Seite gegen Liu Binyan und Wang Ruowang sozusagen als geistige Mittäter, als Beginn einer neuen Kampagne gegen „bürgerlichen Liberalismus" dürfte also durchaus im Sinne Dengs sein. Mit der Einsetzung Zhao Ziyangs als amtierender Generalsekretär hat Deng bereits dafür gesorgt, daß, sollte die konservativ-bürokratische Fraktion die Kampagne dazu benutzen wollen, seine Wirtschaftspolitik anzugreifen, er einen Gegenschlag führen kann.

Wie der Machtkampf in der Partei ausgehen wird, ist im Moment vollkommen offen. Daß Zhao Ziyang nach der Übernahme des Generalsekretär-Postens vorläufig Ministerpräsident bleibt, läßt darauf schließen, daß sich keine der Fraktionen mit einem Kandidaten durchsetzen kann. Wie auch immer das vorläufige Ergebnis, das sich auf dem XIII. Parteitag manifestieren wird, aussieht, die Forderungen der Massen werden dabei unbeachtet bleiben. Diese Forderungen sind unter Bauern und vor allem Arbeitern immer noch die Verbesserung der Versorgungslage, Erhöhung des Lebensstandards und Demokratie am Arbeitsplatz, unter Intellektuellen literarische und künstlerische Freiheiten, die Pressefreiheit, Demokratisierung und Entbürokratisierung der Gesellschaft.

Es ist nicht verwunderlich, daß in einem Land, das sich jahrelang von der marxistischen Diskussion der gesamten restlichen Welt abgeschlossen hatte und dessen KP als letzte theoretische „Produkte" die unsägliche „Drei-Welten-Theorie" und die „Theorie Ein Land — Zwei Systeme" verbrochen hatte, bürgerlich-demokratische Ideen aus dem kapitalistischen Ausland bei vielen Intellektuellen auf fruchtbaren Boden fallen. Eine marxistische Opposition ist bisher erst in Ansätzen vorhanden und ihr Einfluß scheint gering zu sein. Ob und in welchem Ausmaß unter den Studenten marxistische Ideen diskutiert werden, oder ob der Marxismus, wie allgemein üblich, mit der Linie der KPCh gleichgesetzt wird, ist unklar. Zumindest ein wesentlicher Teil der Studenten unterstützt auch einfach die Reformfraktion in der Partei, ohne prinzipiell weitergehende Vorstellungen zu äußern. Beachtlich und bemerkenswert ist hingegen, daß auf mehreren Demonstrationen, vor allem in Peking und Shanghai, die Internationale gesungen wurde, ein Lied, das seit zehn Jahren nur noch sehr selten in China zu hören ist und das im Gegensatz zur Politik der Partei gesehen werden kann, die längst von betontem Patriotismus übergegangen ist zur Förderung nationalistisch-chauvinistischer Stimmungen. Das Wort „Internationalismus" oder gar „proletarischer Internationalismus" ist in China heute zu einem Fremdwort geworden. Die marxistischen Oppositionellen haben in dieser Studentenbewegung wohl deshalb keinen oder nur geringen Einfluß, weil die meisten von

wegung wohl deshalb keinen oder nur geringen Einfluß, weil die meisten von

ihnen seit dem „Pekinger Frühling" (1978 — 1980) im Gefängnis sind. Genannt seien hier Wang Xizhe, der schon als Mitverfasser der unter dem Pseudonym Li Yi Zhe im November 1974 erschienen Wandzeitung „Demokratie und Rechtssystem im Sozialismus" bekannt geworden ist, Chen Erjin, Lü Min und Xu Wenli, der zu den Redakteuren der inoffiziellen Zeitschrift „Tribüne des 5. April" gehört hatte.

Die Ansichten und Diskussionen der marxistischen Opposition, die uns aus einigen deutschsprachigen Publikationen (Anm. 2) bekannt sind, wurzeln teilweise in den ganz frühen, antiautoritären, emanzipativen, basisdemokratischen Elementen der Kulturrevolution (z.B. der „Kommune-Gedanke" bei Lü Min), vermischen sich mit Ideen, die aus der „eurokommunistischen" bzw. „reformkommunistischen" Diskussion oder den Beispielen Jugoslawien und Prager Frühling entnommen sind, und münden schließlich in die Demokratievorstellungen und Menschenrechtsforderungen, wie sie die eher bürgerlich-demokratischen Oppositionellen, z.B. Wei Jingsheng, für den sich der KB anläßlich seiner Verurteilung zu 15 Jahren Knast sogar auf der Titelseite des AK einsetzte, vertreten. Dagegen spielen die verschiedenen politischen „Linien" in der KPCh der letzten zwanzig Jahre, sei es Lin Biao, die sog. „Viererbande", Hua Guofeng, oder gar Mao, nicht die geringste Rolle mehr. Ein Rückgriff oder direkter Bezug auf diese Personen und ihre Theorien findet nicht statt und hat auch keinerlei Basis in den Massen.

Die Klassenkämpfe im heutigen China stehen noch ganz am Anfang einer Entwicklung, die die Partei entweder noch einmal radikal verändern oder aber prinzipiell in Frage stellen wird. Bisher sind es Intellektuelle und Studenten, die an der Spitze der Bewegung stehen, Arbeiter und Bauern spielen kaum eine Rolle. Die unterschiedlichsten theoretischen Ansätze werden diskutiert, eine Hauptströmung oder gar Organisierung ist noch nicht in Sicht.

Partei und Regierung Chinas haben keineswegs „zurückhaltend" auf die Demonstration reagiert, sondern genau dort zugeschlagen, wo sie zu Recht die größten Gefahren für sich vermuteten: In Shanghai wurde den Arbeitern aller Industriebetriebe bei Strafe der Entlassung die Teilnahme an Demonstrationen verboten. Die Mehrzahl der bisher Verhafteten in Shanghai, Nanjing, Peking und Tianjin sind Arbeiter, keine Studenten. Den Intellektuellen wird man in Zukunft etwas mehr Freiheit der Kritik zugestehen müssen, um die hochgesteckten Ziele der „Vier Modernisierungen" erreichen zu können. Dafür wird auch in gewissem Maße eine Entbürokratisierung des Partei- und Verwaltungsapparats nötig sein. Einziges Kriterium für die Durchführung solcher Maßnahmen ist aber das der Effizienz. Für die Massen der Arbeiter und Bauern hingegen wird vorläufig alles beim alten bleiben, politische Bewußtseinsbildung, Organisierung und Aktionen zur Durchsetzung eigener Interessen werden weiter rücksichtslos unterdrückt werden. Durch die Wirtschaftsreform, Joint Ventures und ausländische Investitionen werden sogar zunehmend bereits errungene Positionen angegriffen und zurückgedrängt. Wie Hu Yaobang zynisch bemerkte: „Wir sagen auch nicht, daß dabei überhaupt keine Ausbeutung stattfinden würde." (Interview „Die Welt", 17.11.86), heißt das, um mit den Shanghaier Hafenarbeitern zu sprechen, noch auf lange Sicht, daß sie immer mehr „Sklaven des Tonnage" sind, bis sie eines Tages die „Herren des Kais" geworden sein werden.

Anmerkungen

1) **Liu Binyan**, Pseudonyme auch Liu Liu, Liu Ke, Shen Ming, Jin Dabai, geb. im Januar in Changchun, Provinz Jilin, arbeitete 1943 in Tianjin im Untergrund mit führenden Kommunisten zusammen; im gleichen Jahr Aufnahme in die KPCh; ging 1951 nach Peking, arbeitete als Journalist, kritisierte in seinen Berichten u.a. die erstarrte Bürokratie; für die 1956 veröffentlichten Skizzen „Auf der Brückenbaustelle" u. „Interne Nachrichten unserer Zeitung" wurde er in der 1957 einsetzenden „Anti-Rechts-Kampagne" verurteilt u. zur „Umerziehung durch Arbeit" von 1969 — 1977 auf eine Staatsfarm (7. Mai-Kaderschule) verbannt. 1978/79 rehabilitiert, arbeitet wieder als Journalist u. ist bestrebt, Mißstände in der Gesellschaft in Reportagen darzustellen. Veröffentlichte 1979 „Unter Menschen und Dämonen". Seine Texte wurden wiederholt kritisiert, erfreuen sich bei der Leserschaft allerdings großer Beliebtheit. Seit seiner Rehabilitierung tritt Liu immer wieder mit Forderungen nach mehr Demokratie und Freiheit an die Öffentlichkeit, ohne aber das sozialistische System in Frage zu stellen. Auf dem 4. Kongreß des Schriftstellerverbandes im Dez./Jan. 84/85 wurde Liu zu einem der Vizevorsitzenden gewählt. Im Januar 1987 Ausschluß aus der KPCh.

Wang Ruowang, mit eigentlichem Namen Wang Shouhua, Pseudonyme auch Ruowang, Ruohan. Ruomu. geb. am 18.3.1918 in

Wang Ruowang, mit eigentlichem Namen Wang Shouhua, Pseudonyme auch Ruowang, Ruohan, Ruomu, geb. am 18.3.1918 in der Provinz Jiangsu, ging 1933 nach Shanghai und trat dort im gleichen Jahr dem Kommunistischen Jugendverband Chinas und der Chinesischen Liga Linksgerichteter Schriftsteller bei; zahlreiche Literaturveröffentlichungen. 1934 wurde er von Guomindang-Truppen verhaftet u. zu zehn Jahren Knast verurteilt. 1937 gelangte er nach Yan'an (Jenan) und wurde im gleichen Jahr in die KPCh aufgenommen; übernahm als Kader Verwaltungsaufgaben, nebenbei weiter literarische u. literaturtheoretische Aufsätze; nach der Gründung der Volksrepublik Veröffentlichungen u.a. in der Renmin Ribao (Volkszeitung, Organ der KPCh), Jiefang Ribao (Befreiung, Tageszeitung, KP in Shanghai), Wenhui Bao (linke Shanghaier Zeitung); kritisierte 1958 in seinen Werken u.a. den Bürokratismus jener Jahre; für die Zeit zwischen 1958 — 1976 keine Angaben; seit 1977 Veröffentlichung von literaturtheoretischen Aufsätzen in überregionalen Literatur-Zeitungen/Zeitschriften; fordert mehr Freiheit der Kunst und der Kritik. Im Januar 1987 Ausschluß aus der KPCh wegen Verbreitung „bürgerlicher Liberalismus-Tendenzen".

2) Das erste Buch, das marxistische Opposition in der VR China in der BRD bekannt machte ist: Li Yi Zhe, Helmut Opletal, Peter Schier: **China: wer gegen wen?** Demokratie und Rechtssystem im Sozialismus — eine Wandzeitung der außerparlamentarischen Opposition, Analyse und Dokumentation, Rotbuch Verlag Westberlin, ISBN 3-88022-169-3, 8 DM. Das grundlegende Buch über den „Pekinger Frühling" ist: Flemming Christiansen, Susanne Posborg, Anne Wedell-Wedellsborg: **Die demokratische Bewegung in China — Revolution im Sozialismus?**, Verlag Simon & Magiera München, ISBN 2-88676-001-4, 19,40 DM. Interessante Einzelfälle, auch marxistischer Oppositioneller, sind zu finden in: amnesty international Sektion BRD e.V. (Hrsg.): **Menschenrechtsverletzungen in der Volksrepublik China** mit dem Memorandum von amnesty international an die Regierung der Volksrepublik China, Köln Sept. 1984, 8 DM. Außerdem verbreitet ai noch als geheftete Kopie die deutsche Übersetzung von **„Meine Selbstverteidigung"** von Xu Wenli, mit dem Untertitel „Das Zeugnis eines Gewissensgefangenen in der Volksrepublik China" (ai Index ASA 17/01/86). Xu Wenli ist ein marxistischer Oppositioneller, der die Zeitschrift „Tribüne des 5. April" herausgegeben hatte. Die 57 Seiten der „Selbstverteidigung" geben auch interessante Auskunft über politische Ideen und Diskussionen Xus und anderer Oppositioneller. Als letztes sei noch das Buch **Der Prozeß gegen den Schriftsteller Wei Jingsheng** von Ariane Mnouchkine, Hans G. Berger u.a., herausgegeben von A.I.D.A. (Internationale Vereinigung zur Verteidigung verfolgter Künstler überall auf der Welt), rororo ak. 5883, 8,80 DM erwähnt, das hauptsächlich durch die Autobiographie Wei's, eines eher bürgerlichen Oppositionellen, interessant ist.

Fortsetzung von Seite 23

an einigen wichtigen Daten, etwa dem 5. April (Tiananmen-Zwischenfall), dem 4. Mai und dem 9. Dezember dieses Jahres in China ereignen wird. Und wenn nicht dieses Jahr, dann im nächsten...

„Sympathisanten" werden gefeuert

Deng Xiaoping wartete mit seiner Stellungnahme zu den Studentenprotesten nicht bis zum Ende des Ultimatums, das Pekinger Studenten ihm auf einer Wandzeitung gestellt hatten. Er ließ Fakten sprechen. Am 12.1. werden Fang Lizhi und Guan Weiyan von ihren Posten als Vize- und Rektor der CUWT gefeuert. Am 14.1. wird der Literaturkritiker Wang Ruowang aus der KPCh ausgeschlossen. Eine Sondersitzung des ZK beginnt. Am 15.1. wird Zhu Houze, Propagandachef der KPCh, Vertrauter von Hu Yaobang und Fang Lizhi kritisiert. Am 16.1. tritt Hu Yaobang von seinem Posten als Generalsekretär der KPCh zurück. Er behält seinen Sitz im Ständigen Ausschuß des Politbüros des ZK. Am 17.1. wird Fang Lizhi aus der Partei ausgeschlossen. An diesem Tag erscheint ein Offener Brief von 1000 in den USA studierenden Chinesen, die gegen den Rücktritt Hu Yaobangs protestierten. Am 22.1. werden Lu Jiaxi und Yan Dongshen, Präsident und Vize der Akademie der Wissenschaften, und Zhu Houze gefeuert. Am 24.1. wird der berühmte Schriftsteller und Journalist Liu Binjan aus der Partei ausgeschlossen. Am 25.1. wird in Tianjin ein Student verhaftet, der angeblich „Nachrichtenmaterial" an einen Ausländer weitergegeben hat. Am 26.1. wird dieser Ausländer, der AFP-Korrespondent, des Landes verwiesen.

Alle diese Maßnahmen werden von einer neuen Kampagne, die bisher hauptsächlich im Propaganda- und Pressebereich stattfindet, begleitet, zu der die Volkszeitung am 6.1. den Startschuß gegeben hatte. Bekämpft wird diesmal der „bürgerliche Liberalismus". Vergleiche mit der Kampagne gegen die „geistige Verschmutzung" 1984 sind angebracht, jedoch sind diesmal — im Gegensatz zu damals — schon höchste Parteifunktionäre betroffen. (25)

Ausländische Studenten protestieren gegen Rassismus

Am 24./25. Mai 1986 kam es an der Universität Tianjin zu schwerwiegenden Unruhen zwischen chinesischen und afrikanischen Studenten. Die Afrikaner feierten in der Mensa den OAU-Gründungstag, als chinesische Studenten, die sich durch die laute Musik gestört fühlten, nach einem Wort-
Afrikaner feierten in der Mensa den OAU-Gründungstag, als chinesische Studenten, die sich durch die laute Musik gestört fühlten, nach einem Wort-
wechsel, die in der Mensa Eingeschlossenen mit Steinen und Flaschen bombardierten.

Nachdem noch weitere, ähnliche Zwischenfälle aus Shenyang, Nanjing und Xi'an bekannt geworden waren, demonstrierten etwa 150 ausländische Studenten am 6. Juni in Peking gegen Rassismus. Auf den Transparenten hieß es: „Was bedeutet der Weltfriede? Was ist Freundschaft?", „Rassenvorurteile sind eine kulturelle Beleidigung!" und „Ihr habt uns eingeladen. Warum behandelt ihr uns dann so?"

Durch diese Ereignisse wurde erstmals einer weiteren Öffentlichkeit die der chinesischen Partei- und Staatsführung sehr unliebsame Tatsache bekannt, daß es in China einen tiefverwurzelten Rassismus gibt, der historisch aus der Tradition herrührt, China als das „Land der Mitte" und alle umliegenden Völker und Länder als „Äußere", als „Barbaren" zu betrachten, und daß es in 37 Jahren „sozialistischen Aufbaus" offenbar nicht gelungen ist, mit diesen „alten Vorstellungen zu brechen".

Besonders peinlich sind diese Vorkommnisse der KP wegen ihrer ausdrücklich guten und herzlichen Beziehungen zu vielen afrikanischen Staaten und Parteien. Die Führungsrolle in der sogenannten „3. Welt", die China sich zugedacht sieht, ist so natürlich nicht zu verwirklichen. (26)

Anfang Januar 1987 bekamen einige afrikanische Studenten Post vom „chinesischen Studentenverband". In dem Brief hieß es u.a., man werde nicht länger zulassen, „daß irdendwelche Neger in unseren Universitäten herumhängen, chinesische Mädchen belästigen und auf unserem Universitätsgelände Sitten wie im Urwald einführen und damit unsere traditionelle Gastfreundlichkeit und Großzügigkeit mißbrauchen". Wenn das nicht anders würde,erde man „mit ihnen verfahren, wie die Amerikaner mit den Schwarzen in den Vereinigten Staaten umgingen."

Natürlich distanzierte sich der Allchinesische Studentenverband sofort von dem Papier, das von „Unruhestiftern" verfaßt worden sei. Mehrere hundert afrikanische Studenten zogen dennoch am 8.1. vom Spracheninstitut in einer mehrstündigen Demonstration bis vor die marokkanische Botschaft. Der marokkanische Botschafter versprach, den Fall im chinesischen Außenministerium zur Sprache zu bringen. In Sprechchören verlangten die Studenten ihre Rückkehr in die Heimatländer.

Am 9.1. boykottierten die afrikanischen Studenten in Peking die Vorlesungen, Delegierte trafen mit Vertretern der Staatlichen Bildungskommission und des Studentenverbandes zusammen und verlangten eine öffentliche Entschuldigung für rassistische Verunglimpfungen. (27)

Es ist nicht möglich festzustellen, wer hinter der rassistischen Provokation gesteckt hat, mit Sicherheit können alle offiziellen Institutionen, auch der Studentenverband, ausgeschlossen werden. Es ist aber durchaus möglich, daß einige Studenten hinter dem Brief stecken, sein Inhalt deckt sich mit den Gedanken erstaunlich vieler. Möglich ist, daß die Autoren die chinesische Studentenbewegung diskreditieren wollten.

nyg

Anmerkungen

(1) Die „Bewegung vom 9. September" war eine antijapanisch-patriotische Bewegung im Jahr 1935. Patriotische und revolutionäre Studenten hatten am 9. und 16.12.1935, angesichts der weitreichenden Zugeständnisse der chinesischen Regierung an den japanischen Imperialismus (Ho-Umetsu-Abkommen Juni 1935) und weiterer japanischer Forderungen, in Peking trotz Verbots unter den Forderungen „Ende des Bürgerkriegs!" (zwischen KP und GMD) und „Einheit gegen Japan!" demonstriert. Damals waren etwa 7000 Studenten auf die Straße gegangen. Sie löste damit eine Welle antijapanischer Aktivitäten aus, an deren weiterer Organisation sich die KPCh führend beteiligte. Führende kommunistische Organisatoren waren Chen Boda und etwas später Liu Shaoqi.
(2) taz 30.11.85
(3) FAZ 24.12. und 27.12.85, 3.1.86
(4) Volksblatt 1.12.85, DER SPIEGEL Nr. 51 v. 16.12.85
(5) Die „vier Grundprinzipien" sind: 1. am sozialistischen Weg festhalten, 2. die demokratische Diktatur des Volkes unterstützen, 3. die Führung durch die Kommunistische Partei bejahen und 4. den Marxismus-Leninismus und die Mao-Zedong-Ideen als leitende Ideologie anerkennen.
(6) zur Person von Ruan Chongwu siehe FAZ 18.12.86
(7) Zhengming »Wetteifern!« Nr. 1/87 S. 13
(8) Jiushi Niandai »Die 90er Jahre« Nr. 1/87, S. 17
(9) taz 5.11.86
(10) Far Eastern Economic Review (FEER) Nr. 48 v. 27.11.86
(11) Jiushi Niandai 1/87, S. 6
(12) Zhengming 1/87, S. 13; Jiushi Niandai 1/87, S. 17
(13) wie (8)
(14) Hu Qiaomu ist Mitglied des Sekretariats der KPCh und gilt als Ideologe des konservativ-bürokratischen Flügels. An dieser Stelle sei kurz auf die China-Berichterstattung der taz, die hauptsächlich durch den unsäglichen Jürgen Kremb bestrit-
konservativ-bürokratischen Flügels. An dieser Stelle sei kurz auf die China-Berichterstattung der taz, die hauptsächlich durch den unsäglichen Jürgen Kremb bestrit-
ten wird, eingegangen. So schreibt Kremb z.B. in der taz vom 20.1.87, in Zhengming habe gestanden, der gestürzte Generalsekretär der KP, Hu Yaobang, „sei Mitte Dezember selbst nach Shanghai gereist, um die rebellierenden Studenten in ihrem Tun zu bestärken". Das wäre in der Tat eine Sensation, wäre der Generalsekretär der größten Partei der Welt selbst losgefahren, um demonstrierende Studenten anzufeuern. Ein Blick in die Zhengming-Ausgabe genügt, um festzustellen, daß Kremb entweder nicht richtig chinesisch lesen kann oder schlechte Informanten hat. Zhengming schreibt von dem **Gerücht**, das kursiere, daß **Hu Qiaomu** nach Shanghai gefahren sei, um aus den Demos Nutzen für seine (anti Hu Yaobang-) Fraktion zu ziehen. Hu Qiaomu und Hu Yaobang haben rein zufällig den gleichen Familiennamen. Doch dies ist nur einer von vielen Kremb-Klöpsen. Ein weiterer sei noch angeführt, weil er ähnlich stark in die Irre führt. In der taz vom 13.12.86 schreibt er: „Die Studentenproteste vom Dezember 1985 gegen die ‚japanische Invasion' mit Konsumgütern im Reich der Mitte etwa, entpuppten sich danach als Machwerk der Sprößlinge von ‚gesäuberten' Deng-Gegnern." Wieder liegt der Verdacht nahe, Kremb habe sich an einem chinesischen Text versucht und seine politischen Milchbübchen-Rechnungen dort hineinprojeziert. Die Hongkonger Presse berichtete tatsächlich von „Sprößlingen", die führend an diesen Demonstrationen beteiligt waren, nur nicht von Deng-Gegnern, sondern von Deng-Anhängern (vgl. auch vorl. Artikel). Untertroffen wird Kremb nur noch vom China-Korrespondenten der FAZ, René Wagner, der bereits wiederholt auf ein besonders abscheuliches Übel der Kulturrevolution hingewiesen hat, daß Mao nämlich „Kinder und junge Menschen" gegen ihre Eltern „aufgehetzt" habe (u.a. FAZ v. 9.9.86 und 31.12.86), fürwahr ein furchtbares Verbrechen!
(15) alle Informationen über die Shanghaier Demos aus: Zhengming 1/87, S. 7-15, Jiushi Niandai 1/87, S. 17-18, FEER 1/87, S. 9-13
(16) FR 24.12.86; FEER 2/87
(17) FR 24., 27. u. 29.12.86; FAZ 27.12.86; FEER 2/87, S. 7-9
(18) FAZ 27.12.86
(19) FR 27.12.86
(20) FR 30. u. 31.12.86
(21) FAZ 14.1.87
(22) FEER Nr. 3 v. 15.1.87, S. 10
(23) FAZ 5.1.87
(24) FAZ 6.1.87; FEER 3/87, S. 8-10
(25) FR 13.1.87; FAZ 15., 16., 17., 20., 21., 23. und 26.1.87; taz 17. und 23.1.87; Berl. Mopo 25.1.87; SZ 27.1.87
(26) FAZ 27.5.86; FR 7.6.86
(27) FR 9.1.87; taz 10.1.87

Auf zum heiligen Krieg?

Islamische Fundamentalisten in der Türkei machen mobil

Erstmals seit dem Militärputsch 1980 wagte eine organisierte politische Strömung die offene Auseinandersetzung mit der Staatsgewalt: Es war nicht die türkische Linke, die mit staatlichem Terror 1980 zum Schweigen gebracht worden ist und sich immer noch nicht von den Folgen des Staatsstreiches erholt hat, sondern es waren die islamischen Fundamentalisten, die in allen Landesteilen mit dezentralen Aktionen von sich reden machten. Anlaß des Protestes war eine Verfügung der Universitätsverwaltungen, die die bestehende Bekleidungsordnung revidierte. Während bislang bärtige linke Hochschullehrer aus dem Staatsdienst entlassen wurden, sind nun Turban und für die Studentinnen das Kopftuch verboten. Prüfungsboykotte, Demonstrationen und andere Formen des Massenprotestes waren die Folge.

Als der Vorsitzende der ehemaligen „Nationalen Heilspartei" (MSP), Erbakan, eine Pressekonferenz im Instanbuler Verlagsviertel Cagaloglu abhielt, war der Höhepunkt des Protestes gegen das Kopftuchverbot erreicht. Während Erbakan zum Kampf gegen die Ungläubigen aufrief, demonstrierten in den Straßen seine Anhänger im Khomeini-Lool für den theokratischen Staat. Im islamischen Staat, wo nach den Regeln des islamischen Rechts Scharia regiert werde und nicht nach republikanischen Verfassungsparagraphen, fänden die Menschen ihr Glück. „Hinfort mit Atatürk", „Auf zum cihad (heiliger Krieg)" waren die Parolen. So zerrissen denn verschleierte Frauen öffentlich die Verfassung (Linke kämen dafür zehn Jahre in den Knast) und allzu offen bekleidete Frauen in den Straßen wurden angepöbelt und angerempelt. Die Begleitmusik lieferte das Teheraner Radio, das in seinen türkischsprachigen Sendungen täglich Deklarationen der Mullahs aus Khom zur innenpolitischen Lage in der Türkei sendete. Die Polizei, die seit dem Putsch nur wenige Gelegenheiten hatte, kleinere Menschenaufläufe zusammenzuschlagen, agierte gegenüber den islamischen Brüdern und Schwestern ausgesprochen zurückhaltend — auf Weisung von oben. Die Regierung Özal versuchte, die Machtdemonstration der Fundamentalisten herunterzu-
stern ausgesprochen zurückhaltend — auf Weisung von oben. Die Regierung Özal versuchte, die Machtdemonstration der Fundamentalisten herunterzu-
spielen. Als erstes soll der Frage nachgegangen werden, welche gesellschaftspolitische Dynamik in den vergangenen Jahren die Erstarkung der islamischen Bewegung in der Türkei gefördert hat.

Das Militärregime und die sogenannte Demokratisierung nach den Wahlen 1983

In der bürgerlichen Presse findet sich immer wieder das Bild der türkischen Militärs als Hüter der kemalistischen Reformen, deren Intervention 1980 begründet sei durch den politischen Terror Ende der siebziger Jahre, durch die antistaatlichen Bestrebungen des „Extremismus" von links und rechts. Mit Genugtuung kann dann darauf verwiesen werden, daß die Militärs nicht nur die radikale Linke zerschlagen, sondern auch die faschistische MHP (Nationale Aktionspartei) des Obersten Türkes verboten haben. Einzig an dem Verbot der großen parlamentarischen Parteien, der konservativen Gerechtigkeitspartei AP Demirels und der „sozialdemokratischen" Republikanischen Volkspartei CHP Ecevits können die bürgerlichen Kommentatoren keinen Gefallen finden. Es gilt als überzogen, daß die Militärs Ecevit und Demirel auch die Schuld am politischen Terror zuwiesen. Die türkischen Militärs, die sich nach der Bekämpfung des linken und rechten „Extremismus" aus dem unmittelbar politischen Leben zurückziehen — das ist ein populäres Weltbild. Gegenüber dieser simplen Sicht wirkte die Linke zuweilen argumentativ hilflos, wenn sie auf das Verbot der faschistischen MHP und der islamisch-fundamentalistischen MSP durch die Militärs angesprochen wurde.

Tatsächlich war das Verbot jeglicher organisierten politischen Strömung nicht nur die Legitimationsgrundlage des Militärregimes gegenüber „den Bürgern", sondern auch Voraussetzung dafür, den von der kapitalistischen Krise zerrütteten türkischen Parlamentarismus durch Organisationsmodelle zu ersetzen, die langfristig die von den Militärs etablierte Ordnung weiterführen würden. Gelenkte politische Parteien sollte es geben, die, von den Regungen der Gesellschaft unbeeinflußt, zuallererst die staatlichen Interessen im Auge haben. Der Hauptfeind war natürlich die sozialistische Bewegung und die linke Gewerkschaftsbewegung, die Opfer des staatlichen Terrors nach 1980 wurden. Aber in den Militärgefängnissen, in die nach 1980 zehntausende Sozialisten gesteckt wurden, fanden sich ebenfalls — wenn auch viel geringer an der Zahl — die militanten Jugendlichen der islamisch-fundamentalistischen Bewegung.

Alsbald stellte sich heraus, daß die Militärs zur Realisierung ihres Projektes, den Hauptfeind physisch auszumerzen, auf Unterstützung angewiesen sind. Nach der Zerschlagung der Linken und der Verdrängung der politischen Utopien, die die Sozialisten gesetzt hatten, herrschte ein ideologisches Vakuum, das die Verfügungen der Kriegsrechtskommandanten nicht auszufüllen vermochten. Die Wiederbelebung des Islam — staatlich gelenkt und kontrolliert, bei gleichzeitiger Niederwerfung der autonomen politischen
belebung des Islam — staatlich gelenkt und kontrolliert, bei gleichzeitiger Niederwerfung der autonomen politischen
Organisationen der islamischen Fundamentalisten — schien den Putschisten ein geeignetes Instrument, die ideologische Leere in der Gesellschaft auszufüllen. Das Militärregime führte obligatorischen Religionsunterricht in den Mittelschulen ein. Der Putschist und gegenwärtige Staatspräsident Evren zitierte aus dem Koran Suren, um die Boshaftigkeit des Kommunismus zu belegen. Und im Bürgerkrieg in Kurdistan verteilt das Militär heute Flugblätter, wo mit Worten des Propheten die Kurden aufgefordert werden, ihre Waffen abzulegen. So kam es, daß die islamische Bewegung, die in den zwanziger und dreißiger Jahren von den Kemalisten mit Gewalt niedergeworfen worden war, zumindest einen Teil ihrer Forderungen erfüllt sah.

Auch die sogenannte „Demokratisierung" nach den Nationalwahlen 1983, d.h. die Bildung der politischen Parteien, die das Werk der Militärs mit dem Spiel parlamentarischer Abstimmungen fortführen sollten, warf Probleme auf. Die Mutterlandspartei, die aus den Wahlen 1983 die Mehrheit davontrug, mußte bereits bei ihrer Konstituierung einen Großteil der politischen Kader aus den Reihen der faschistischen MHP und der islamisch-fundamentalistischen MSP berücksichtigen. Führende Funktionäre der regierenden Mutterlandspartei haben ihre politische Karriere in der MSP oder in der MHP begonnen, so auch Ministerpräsident Özal, der vor dem Putsch Kandidat der MSP für das Parlament gewesen war. Sowohl unter unmittelbarer Regie der Militärs nach 1980 als auch später unter der Regierung Özal blühten die Koranschulen auf. Die staatlichen Religionsschulen wurden mit gewaltigen Etatmitteln aufgebläht, die Schülerzahlen vervielfacht. Im Zuge der neoliberalen Konterrevolution, mit der der türkische Kapitalismus auf den Export getrimmt werden sollte und die zur Verelendung breiter Bevölkerungsteile führte, ist der Islam für Özal ebenfalls nützlich, um islamische Solidarideologie gegen die Erwartung staatlicher Leistungen zu Felde zu führen.

Die Jahre nach dem Militärputsch 1980 stellten seit Gründung der türkischen Republik 1923 denjenigen Zeitraum dar, der wie kein anderer der islamischen Bewegung den Spielraum eröffnete, sich im Lebensalltag der Menschen zu verankern. Die islamischen Fundamentalisten, in und außerhalb der regierenden Mutterlandspartei organisiert, können mit Genugtuung auf die vergangenen Jahre blicken. Ihre Taktik, sich nach dem Putsch nicht auf eine offene Konfrontation mit den Militärs einzulassen und stattdessen die Gunst der Stunde für Basisarbeit in den Schulen, Universitäten und Moscheen zu nutzen, hat sich ausgezahlt. Sie sind heute — wie die Ereignisse vom Januar 1987 zeigen — an einzelnen Punkten auch stark genug, offen die Auseinandersetzung mit den Militärs und den von ihnen geschaffenen Institutionen zu riskieren. Die Rechnung der Militärs dagegen, eine staatlich gelenkte und kontrollierte Islamisierung anstelle der Hoffnungen auf revolutionäre Umwälzung der Gesellschaft zu setzen, ist nicht aufgegangen.



Demonstration „für eine moslemische Türkei" — 16. Januar in Istanbul

Die Erblast des Kemalismus

Die Erblast des Kemalismus

Die Brechung des Einflusses der osmanischen Geistlichkeit (ulema) durch die Kemalisten nach Gründung der Republik war keineswegs Beiwerk im Zuge der Orientierung gen kapitalistischen Westen. Die Klassenfraktionen, auf die sich die kemalistische Bewegung stützte, um bürgerlich-kapitalistische Entwicklungen nachzuholen, der anatolische Grundbesitz und die neu aufkeimende türkische Handelsbourgeoisie, hatten unmittelbar Interesse daran. Die ulema hatte zwei wichtige Funktionen inne: Ihr oblag die Verwaltung der religiösen Stiftungen, die weite Flächen landwirtschaftlichen Bodens umfaßten; das zweite war ihre Rolle im Bereich der Gesetzgebung durch Interpretation des islamischen Rechts Scharia. Die Aktivitäten der ulema kollidierten unmittelbar mit den Interessen der Grundbesitzer, die ein Auge auf Grund und Boden der Stiftungen geworfen hatten und die juristische Fixierung ihrer Eigentumsrechte beanspruchten. So war denn auch die bahnbrechende Bestimmung des türkischen Zivilgesetzbuches, welches die Kemalisten aus der Schweiz importierten, die juristische Legalisierung des Besitzes an Grund und Boden. Der bürgerliche Nationalstaat und das laizistische Prinzip, welches die Kemalisten der Gesellschaft verordneten, war keineswegs von der Mehrheit der Bevölkerung gutgeheißen worden. Der Widerstand antilaizistischer Bestrebungen wurde gewaltsam niedergeworfen, so der kurdische Seyh Sait Aufstand. Selbst der klassische Roman der kemalistischen Ära, Karaosmanoglus „Yaban", ganz im Geist des Kemalismus verfaßt, beschreibt, wie der antitheokratische, bürgerliche Nationalstaat von oben herab formiert wurde. Der Held des Romans führt während des Nationalkampfes im türkischen Dorf folgenden Dialog mit den Bauern:

Fortsetzung nächste Seite



Streikposten

Zwischen Kapitalist und Arbeiter liegen 3250 Jahre

Report vom Streik bei den NETAS-Werken in der Türkei

Vor einem großen Transparent ,,Solidarität mit den streikenden NETAS-Arbeitern'' tanzt eine Folklore-Gruppe. In die Saz- und Trommelklänge mischen sich Slogans: ,,Arbeiterwürde besiegt das Kapital'', ,,Auf los zum Streik'', auf die tosender Beifall folgt. Diese Szene aus Istanbul ist keine Rückblende in die späten 70er Jahre, in denen Versammlungen vor den Fabriktoren, Volkstänze zum Aufwärmen und Mutmachen, Transparente und Slogans fast zum Arbeiteralltag gehörten. Wir schreiben den 24.1.87, den siebten Jahrestag der sogenannten 24.-Januar-Beschlüsse, die die türkische Wirtschaft nach 1980 bis heute bestimmen sollten. (Anm.1) Wir schreiben auch den 68. Tag des größten Streiks seit dem Militärputsch am 12.9.80.

Folklore und enthusiastischer Beifall sind allerdings nicht vor den Toren des NETAS-Werkes, zu hören, sondern im geschlossenen Saal am anderen Ende der Stadt, vor immerhin 4.000 Zuschauern. Dort haben die NETAS-Arbeiter zu einem Benefizkonzert geladen.

Verlassen wir den Saal, um im ca. zwanzig Kilometer entfernten Stadtteil Umraniye einen Blick auf das NETAS-Werk zu werfen, so bietet sich ein weitaus ruhigerer Anblick: Zwei Arbeiter, im weißen Kittel der Streikwachen stehen an jedem Tor, außer dem Transparent ,,Dieser Betrieb wird bestreikt'' deutet nichts auf die außergewöhnliche Situation in der Fabrik hin.

Diese zwei kontrastreichen Bilder klären besser als lange Vorträge, wie sich die Herrschenden in der Türkei den Streik vorstellen und wie die Arbeiter, wie weit der Staat jeglichen Widerstand gesetzlich begrenzen kann, inwieweit die Arbeiter immer wieder diese Grenzen aushöhlen.

Der NETAS-Streik ist ein Lehrstück, in dem türkische Arbeiter versuchen auf, gesetzmäßige Weise innerhalb des Rahmens der ,,Türkei nach 80'' ihre Rechte wieder zurückzuholen.

Begonnen hatte der Streik am 18.11.86 mit der Arbeitsniederlegung von 2.650 der ca. 3.000 NETAS-Beschäftigten in Istanbul, Ankara und Izmir. Das kam einer völligen Lahmlegung der produktion der Telefonzentralenfabrik gleich. Die Forderungen, die mit diesem Streik durchgesetzt werden sollen, mögen einem westlichen Betrachter eher lächerlich gering erscheinen: eine siebzigprozentige Erhöhung (bei 50-60% Inflationsrate) des durchschnittlichen Monatslohnes von ca. 85-90.000 türkischen Lira (TL) (bei der Berechnung sind die Spitzenlöhne der Angestellten mit einbezogen, viele Arbeiter verdienen weit weniger), was dann allerdings immer noch nicht dem offiziell errechnenten Mindestsatz für eine vierköpfige Familie von 350-400.000 TL erreichen würde; Erhöhung der Sozialleistungen wie Heiz- und Kinderzuschuß, sowie eine Jahresprämie in Höhe von zwei Monatslöhnen. Zwei andere wichtige Forderungen beziehen sich auf Arbeitplatzgarantie und Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Dabei handelt es sich ausnahmslos um Rechte, die in den Tarifauseinandersetzungen vor 1980 schon erkämpft worden waren. ,,Der Disziplinarausschuß hat sich nach 1980 zum Rausschmißgremium für Arbeiter entwickelt'', heißt es in dem Forderungskatalog der in der Gewerkschaft Otomobil Is organisierten Arbeiter, ,,deshalb verlangen wir die Wiederherstellung des von 1975 bis 1980 angewandten Systems, in dem Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter nach dem Rotationsprinzip den Vorsitz übernahmen''. Für die Monteure, die ,,in allen Teilen Anatoliens zum Teil unter schwersten klimatischen Bedingungen die Telefonzentralen in Postamtsrohbauten anbringen'' werden Maßnahmen zum Schutz ihrer Gesundheit gefordert.

Soweit die Forderungen — was den Streik jedoch mit den Worten des zuständigen Gewerkschaftsfunktionärs zu ,,einem ideologischen Kampf direkt gegen die Regierung Özal'' werden läßt, sind andere Faktoren, die bei einem Blick auf die an der Auseinandersetzung beteiligten Gruppen ziemlich klar auf der Hand liegen.

setzung beteiligten Gruppen ziemlich klar auf der Hand liegen.

Konkurrenzkampf der Konzerne

Da ist einmal die Firma ,,Northern Elektronik Telekomünikasyon A.S.'' (NETAS), Tochter der kanadischen ,,Nortern Telecom'', die zuerst über 51, nach 1980 aber nur noch über 31% der Firmenanteile verfügte. 49% hatte nach dem Putsch die staatliche türkische Post- und Telefongesellschaft PTT übernommen, 15% besitzt die ,,Türkische Marinestiftung''. 1983 hatte die NETAS einen Auftrag über die Herstellung und Neueinführung digitaler Telefonzentralen in der Türkei erhalten. Für 1987 sind in diesem Bereich, in dem momentan die Produktionsumstellung noch andauert, Zentralen mit der Kapazität von ca. 800.000 Telefonleitungen geplant. Das Patent, bei der NETAS mit billigster türkischer Arbeitskraft ausprobiert, soll gleichzeitig anderen ausländischen Firmen wie Siemens angeboten werden. Auf dem türkischen Markt hat die NETAS nur einen ernstzunehmenden Gegner, bei dem der türkische Staat ebenfalls via PTT über hohe Anteile verfügt, das ITT-Partnerunternehmen Teletas. Im Konkurrenzkampf der Giganten um die geringsten Produktionskosten der Digitalzentrale spielt sogar der mit 5% verschwindend geringe Kostenanteil der Arbeitskraft eine Rolle.

Was den zweiten Anteilsinhaber, die PTT angeht, so dürften deren Interessen eher politischer Natur sein. Führt man sich vor Augen, daß der Schaden in Höhe von ca. 12 Mrd. TL (etwa 30 Mio. DM), den das Werk in einem Monat Streik zu verbuchen hat, schon ausreichen würde, um die gesamten finanziellen Forderungen der Arbeiter für ein Jahr abzudecken, so liegt die Hinauszögerung des Streiks sicher weniger im Interesse der ,,Northern Telecom''. Da die NETAS keinem Arbeitgeberverband angeschlossen ist, sitzt, wie einer der streikenden Arbeiter erklärt, ,,die Regierung Özal ganz direkt auf der anderen Seite des Verhandlungstisches''.

Auch die Gewerkschaft Otomobil Is, in der die NETAS-Arbeiter organisiert sind, befindet sich in einer besonderen Position. Als eine der wenigen unabhängigen Gewerkschaften, die sich nach dem Putsch neben der ,,offiziell anerkannten'' Türk-Is-Konföderation halten konnten, ist sie besonderem Druck ausgesetzt. So hatte die in den 70er Jahren eher rechts vom DISK angesiedelte kleine Gewerkschaft in den letzten Jahren Zulauf von all denen erhalten, die nicht von dem geschlossenen Dachverband DISK in die Türk Is überwechseln wollten. Ihre Mitgliederzahl war von 12.000 auf 60.000 gestiegen, eine Entwicklung, die die Arbeitgeberseite nach Kräften zu verhindern versucht hatte. 4.000 Arbeiter waren nach 1980 in verschiedenen Firmen wegen ihres Übertritts zu Otomobil Is entlassen, weit mehr unter Druck gesetzt worden.

Während nun im Dezember 1986 der DISK endgültig verboten, seine Funktionäre zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, sich auf der anderen Seite auf der Jahreshauptversammlung der Türk Is die ,,Arbeitgeberfraktion'' um Sevket Yilmaz — wenn auch mit knapper Mehrheit — durchsetzte, hatte sich die Otomobil Is ihren unabhängigen Platz außerhalb der großen Föderation bewahrt und führte unbeirrt ihren Streik weiter.

,,Wenn wir in der Türk Is organisiert wären, dann wäre der Druck auf Arbeiter und Gewerkschaften sicher geringer'' — wir sitzen nun am 65. Streiktag im Büro der Otomobil Is Umraniye, das in diesen Tagen zur Streikzentrale umfunktioniert ist. ,,Die Arbeitgeber versuchen alles, um den Streik abbröckeln zu lassen'', erklärt ein Gewerkschaftsvertreter die ,,Streikbehebung alla Turca.''

,,Sie rufen bei unseren Familien an und üben Druck aus auf unsere Frauen, veranstalten ‚Teeparties' in den Häusern der Streikbrecher und versprechen allen, die die Arbeit wieder aufnehmen, sie ‚zum Chef zu machen' ''. Keiner der wenigen Angestellten, die die Arbeit wieder aufgenommen haben, sei jedoch befördert worden, fügen die Arbeiter hinzu. Größer ist die Gefahr, auf andere Weise ,,befördert'' zu werden: in den Verwaltungsetagen wird über jeden Beschäftigten und das genaue Datum seines Arbeitsantrittes Buch geführt; bei den Entlassungen, die nach erfolgter technologischer Umstellung ins Haus stehen, wird diese Liste dann in umgekehrter Reihenfolge gelesen werden.

Streik im Rahmen der Gesetze

Gegenüber diesen ungesetzlichen Maßnahmen der Arbeitgeberschaft, betonen die Arbeiter immer wieder, daß sie in keiner Weise den eng gesteckten gesetzlichen Rahmen verlassen werden — und haben damit bis heute bewiesen, daß selbst diesem Rahmen mit Entschlossenheit und Erfindungsgeist etwas entgegenzusetzen ist. ,,Versammlungen sind verboten'', erzählt einer der Streikposten, ,,aber als alle 2.650 Arbeiter am 18.11. zur gleichen Zeit die Arbeit niederlegten, da kam es zwangsläufig zu einer Versammlung vor der Fabrik. Die Menschenmasse staute sich halt vor dem Tor.''

vor der Fabrik. Die Menschenmasse staute sich halt vor dem Tor.''

Ebenfalls erfolgreich war die Gewerkschaft bei dem Versuch, die Regierung mit ihren eigenen, nämlich den gesetzlichen Waffen zu schlagen: Nach den gültigen Bestimmungen ist es den Streikwachen verboten, Ein- und Auslieferungen zu behindern, ebenfalls verboten ist jedoch, an den Plätzen streikender Arbeiter fachfremde Kräfte zu beschäftigen. Da sich alle in der Produktion beschäftigten Arbeiter ausnahmslos im Streik befanden, hätte es theoretisch im Dezember 1986 zu keinerlei Auslieferungen kommen dürfen. Als dies doch der Fall war, verlangte die Gewerkschaft nach einem Sachverständigen, der die Situation in den Produktionshallen auf ihre Legalität hin untersuchen sollte. Der Sachverständige kam, untersuchte und stellte fest, daß die aus dem Ausland gelieferten Einzelteile von Praktikanten der nahegelegenen technischen Berufsschule und Putzkräften zusammengesetzt werden. Beide wurden als fachfremde Gruppen bezeichnet, die Ausfuhr jeglicher Ware laut Beschluß des Arbeitsgerichtes Istanbul vom 13.1.87 verboten, und der Firma NETAS eine gesetzeswidrige Handlung nachgewiesen.

Zu einer anderen, im Prinzip gesetzeswidrigen Maßnahme griff die türkische Post, indem sie für die Anbringung der Zentralen in Neubauten statt der NETAS-Monteure ihre eigenen Kräfte einsetzte. In einem Telegramm an die NETAS-Arbeiter protestierten die Postarbeiter allerdings dagegen, auf diese Weise benutzt zu werden und solidarisierten sich mit dem Streik.

Leere Streikkasse

Gewerkschaften, politischen Parteien und andere gesellschaftlichen Verbänden ist es offiziell verboten einen Streik zu unterstützen. Doch seit 70 Tagen reißen die ,,Privatbesuche'' und Telegramme für die ,,NETAS-Arbeiter persönlich'' nicht ab: Künstler, Intellektuelle, Mitglieder einzelner Türk Is-Gewerkschaften, Politiker, Studenten und politische Gefangene sandten ihre Grüße und bestätigten die Worte eines der Streikposten: ,,Wir stehen hier für die türkische Arbeiterklasse''.

Der Dachverband Türk Is beschränkte sich allerdings darauf, der Nichtmitgliedsgewerkschaft in einem einzeiligen Brief für ihre Grußnote zur Jahreshauptversammlung zu danken und selbst in diesem Schreiben den Streik geflissentlich zu übergehen. ,,Ohne die Türk Is können wir unsere Forderungen konsequenter vertreten, haben aber auf der anderen Seite wesentlich weniger Polster'', kommt der Gewerkschaftssekretär auf eines der drückendsten Probleme zu sprechen: die Kassen der Otomobil Is sind gähnend leer. Zu Beginn des Streiks war der mehr oder weniger symbolische Betrag von 20.000 TL an die Arbeiter ausgezahlt worden, was die Gewerkschaft mit insgesamt 50 Mrd. TL an den Rand des Ruins brachte, für die Arbeiter aber praktisch einen Streik ohne finanzielle Unterstützung bedeutet. Da unterstützt zwar die Bevölkerung die Arbeiter mit Essen und Spenden, da kümmert sich der eine oder andere Gewerkschaftsfunktionär um besonders kinderreiche Familien, doch sogar die Entschlossenheit der Arbeiter ,,monatelang nur Spaghetti zu essen, aber die Arbeit nicht aufzunehmen'' kann die drückenden Unterhaltssorgen nicht vom Horizont wegschieben.

So kam es zum Benefizkonzert am 24.1. zu dem es außer Spenden auch Solidaritätsbekundungen regnete, Grüße aus Dänemark, den Niederlanden, Schweden, Kanada und der Bundesrepublik wurden zusammen mit Grußbotschaften der Arbeiter anderer türkischer Fabriken, unter anderem auch der Konkurrenzfirma Teletas und der PTT verlesen.

Zwischen einem türkischen Arbeiter und einem Arbeitgeber liegen genau 3.250 Jahre, hatte die Gewerkschaft ausgerechnet, die würde ein Arbeiter brauchen um das Geld seines Chefs zu verdienen. Dieser Abstand läßt sich nur durch den Kampf der Arbeiter für ihre Rechte, nicht durch laue Kompromisse oder vage Versprechungen an einzelne aufholen, darüber war man sich einig. Der Wahrheit, für die einer der Streikenden in seiner Eröffnungsrede tosenden Beifall erhielt, wird auch die Regierung Özal sich nicht verschließen können: ,,Da können noch so viele Gesetze erlassen werden, solange wir alle den Maschinen fernbleiben, wird bei NETAS nicht produziert.''

Gabi Hart

Es gibt verschiedene Möglichkeiten den Streik auch auf internationaler Ebene zu unterstützen:

— Solidaritätstelegramme an die **Otomobil Is Umraniye; NETAS Isciler; Alemdag Cd. 131 Kat; Umraniye/Istanbul.**

— Protesttelegramme an die türkischen Konsulate; an die Firmenleitung NETAS; Umraniye/Istanbul.

— Protesttelegramme an die türkischen Konsulate; an die Firmenleitung NETAS; Umraniye/Istanbul.

— Spenden an die NETAS-Arbeiter auf das folgende Konto: **NETAS grevcileri dayanismasi; Anadolu Bankasi; Usküdar Subesi; Kto.-Nr. 17757**

Fortsetzung von vorheriger Seite

Bauer: Herr, ich weiß, Du bist von denen?
Held: Von welchen?
Bauer: Von den Anhängern Kemal Paschas.
Held: Wie kann ein Mensch türke sein und nicht Anhänger Kemal Paschas?
Bauer: Wir sind keine Türken, Herr.
Held: Was seid Ihr dann?
Bauer: Wir sind Moslems, Herr.

Angesichts solcher Ausgangsbedingungen war es nicht verwunderlich, daß nach Gründung der Republik die Kemalisten mit Strafrechtsparagraphen und Armee auf Einhaltung des Laizismus pochten.

Die Linke

In der gegenwärtigen Diskussion der türkischen Linken zu den islamisch-fundamentalistischen Kräften spielt die Bezugnahme auf den Kemalismus eine zentrale Rolle. Zwei entgegengesetzte Positionen sollen kurz skizziert werden. Ein Teil der Linken beruft sich auf den Kemalismus und erwartet nun fast in der Pose des enttäuschten Liebhabers von den Militärs die Einhaltung des Laizismus. Der Charakter des Kemalismus als staatlich wirkender Machtfaktor, der von oben der Gesellschaft die politische Kultur der bürgerlichen Gesellschaft verordnete, wird hierbei ebensowenig berücksichtigt wie die nach der Zerschlagung der Linken folgerichtigen Versuche der Militärs nach 1980, den Islam für sich zu instrumentalisieren. Ein anderer Teil der Linken betont die Kontinuität zwischen Kemalismus und Militärregime nach 1980. Der Staat habe sowohl unter den Kemalisten als auch nach dem Putsch 1980 die Rolle des Repressionsinstruments gespielt, welches jede Regung der ,,zivilen Gesellschaft'' mit Argwohn beobachte. So befinden sie einen Widerspruch zwischen dem Staat als solchem und der ,,zivilen Gesellschaft''. Vorrangiges Ziel der Linken müsse es sein, die Institutionen der zivilen Gesellschaft gegen die Militärs zu stärken. Die islamisch-fundamentalistische Bewegung ist in ihrem Sinne dann integraler Bestandteil der zivilen Gesellschaft. Im Rahmen dieser Anschauungsweise ist jede antistaatliche Bewegung für die Türkei ein Schritt zu mehr Demokratie. Auch diese Position wird mit den Ereignissen vom Januar dieses Jahres wohl revidiert werden müssen.

A., I.

Paris im Dezember

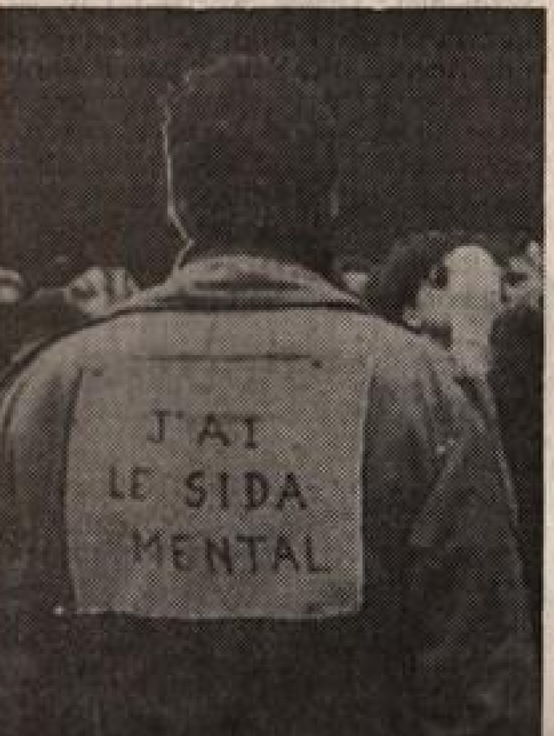




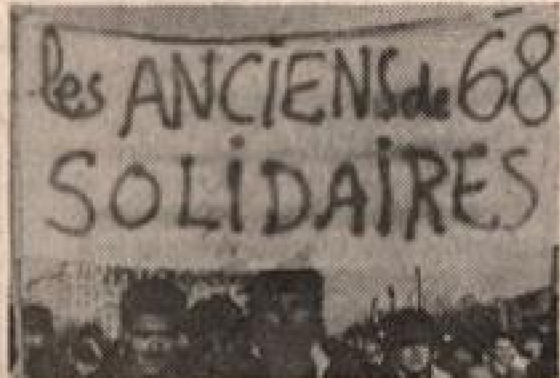
Der eine lenkt das Motorrad, der andere schlägt mit dem langen Knüppel zu: die Spezialeinheit der „Voltigeurs", der „Seiltänzer", 1969 vom Innenminister Marcellin gegründet.

Nix Arbeit, Familie, Vaterland

Einer, der schwer von der Jugendbewegung enttäuscht wurde, ist Louis Pauwels, Gallionsfigur der „neuen Rechten". Im September prahlte der „Figaro-Magazine" mit der Überschrift: „*Die neue Jugend 1986: Arbeit, Familie, Vaterland*". Schon zwei Monate später kannte Pauwels nur noch den Haß: „*Es handelt sich um eine Jugend, die unter einem geistigen Aidssyndrom leidet. Sie hat ihre natürliche Immunität verloren; sämtliche entarteten Viren befallen sie. Wir fragen uns, was sich in ihren Köpfen abspielt. Nichts, aber dieses Nichts zerfrißt sie.*"



„Ich hab das geistige Aidssyndrom"



„Die ehemaligen 68er solidarisch" (Trauerdemonstration am 10.12.)

Aus einem Gespräch mit 19-20jährigen Studenten („Libération"):

„Der 68er, das ist einer, der am dritten Streiktag hämisch lacht und angibt, aber fünf Minuten später auf den Tisch haut und brüllt, daß er der Lehrer ist." —

„Der 68er ist oft der Perverseste am Arbeitsplatz geworden, er kennt alle Tricks." —

„Im Mai 68 haben meine Eltern die Schiffahrtswege blockiert. Die standen bestimmt mitten in der Bewegung. Öfters haben sie mir gesagt: ‚Mai 68! Da war was los!', aber richtig erzählt haben sie nie. Ich kenne vom Mai 68 nur Parolen aus einem Buch. Das ist alles." —

„Es fehlt denen an Humor." —

„Das hat bestimmt viel für mein Heranwachsen bedeutet. Meine Eltern haben lauter Dinge mit meinen Freunden akzeptiert, was ihre Eltern ihnen verweigert hatten."



Demo am Mittwoch, den 10. Dezember 86 — Die Eltern unterstützen die Studenten

***

„Wir wollen keinen neuen Mai 68, weil wir keine Bewegung kopieren wollen, die die Jugend im Reinzustand symbolisiert. Wir wollen nicht den Kompromiß, den unsere Eltern schließlich eingehen mußten. Mit dreiundzwanzig Jahren will ich keinen Kampf mit dem Vorwissen beginnen, daß er glücklos verlaufen wird." —

„Ich habe mich nie mit dem Mai 68 auf der Schule befaßt, auch nie dort davon gehört, abgesehen von 1978, wo wir das zehnjährige Jubiläum gefeiert haben, ohne zu wissen warum. Das war das erste Mal, wo ich begriffen habe, daß es das überhaupt gegeben hat." —

„Mai 68, das war restlos sympathisch, das war jung, übermütig, ungestüm. Ich habe schöne Mai 68-Filme gesehen und habe Zeit gebraucht, um zu verstehen, wie radikal es war. Es war dermaßen jung! Und verrückt! Die Bürgersöhne haben sich bestimmt damals eine schöne Zeit gegönnt, um so besser. Jeder hat davon profitiert."

Charles Pasqua. Eine Karriere.

„*Mein Vater war Polizist, hat also sein Leben der Polizei gewidmet ...*" Mit fünfzehn Jahren gehörte er der Résistance an; später bricht er ein Jurastudium ab. Im südfranzösischen Grasse öffnet er zunächst einen Weinladen, später eine Privatdetektei. Sechzehn Jahre lang arbeitete er beim berühmten Pastis-Kapitalisten Paul Ricard, wo er es schließlich zum Chefunternehmer bringt. Vorlieben für de Gaulle, Korsika und den Pastis bzw. Ricard. 1962 wird er Vizepräsident der berüchtigten gaullistischen Parallelpolizei SAC (Bürgerwehrdienst) und bleibt es bis 1969. Im Mai 1968 ist Pasqua an der Bildung der CDR, der Komitees zur Verteidigung der Republik, beteiligt. In dieser Funktion übernimmt er die Organisation der großen reaktionären Demonstration am 30. Juni auf den Champs Elysées — an deren Spitze einige besoffene Minister und ehemalige Minister (André Malraux, Michel Debré) für die Ewigkeit auf entsprechenden Photos festgehalten werden konnten. Nach de Gaulles Tod engagiert sich Pasqua für Chirac. Heute dessen Innenminister.

Drei Schwerverletzte nach der Demonstration vom 4. Dezember:

Ein achtzehnjähriger Schüler, Jèrôme Duval, mit einem Schädelbasisbruch; ein einundzwanzigjähriger Student, Jean-François Rigal, verliert ein Auge; ein achtundzwanzigjähriger Briefträger, Patrick Berthet, verliert eine Hand. Ein Zeuge berichtet:

„*Er (Jèrôme Duval) ist gefallen und dann ist er wieder hochgekommen und hat geschrien: ‚Hilfe, Hilfe! Ich werde sterben!', er hatte den Kopf, die Augen voller Blut, er ist wieder nach hinten gefallen.*" Es passierte gegen 23 Uhr, als die CRS immer wieder angriff. Es war der Abend, an dem die Demonstranten immer wieder riefen: *Pasqua, Monory, wir sind nicht in Chile!*"





In der Nacht vom 4. auf den 5.12. wurde Malik Oussekine ermordet. Trauerdemonstration am 10.12.

Gewerkschaftliche Solidarität

Am 8. Dezember wurde nahezu im gesamten öffentlichen Dienst die Arbeit für eine Stunde niedergelegt — von der SNCF (Bahn) über die PTT (Post) bis zu den Automobilbetrieben (Renault) in Billancourt oder Flins. Meist auf Initiative der CGT. Beispiel: Bei der Postsortierzentrale in Marseille beteiligten sich 80% der Beschäftigten an der Arbeitsniederlegung. Ebenso war die CGT die einzige Gewerkschaft, die nach dem Rückzug des Devaquet-Gesetzes ihren Aufruf zur nationalen Trauerdemonstration ausdrücklich aufrechterhielt.

***

(Bilder u. Zitate aus „Libération", Sondernummer „La nouvelle vague", Jan. 87; Zusammenstellung E.)

Wir haben gewonnen, aber nicht vergessen.



Jean François Rigal, am Abend des 4.12.

Sein Vater sagte danach:

„*Was mir jetzt zu tun bleibt, nicht nur mir als Vater, sondern auch als Gewerkschafter, ist, die Wut und die Entschlossenheit wiederzufinden, die den zwanzigjährigen Anarchisten, der ich gewesen bin, bewogen.*"

Schwieriger Aufbau der Volksmacht

„Botha verliert die strategische Initiative" (Tambo)

Als die Aufstände im Sommer 1985 einen Aufschwung nahmen, schätzte der ANC die Erfolgsperspektive zunächst vorsichtig ein und warnte vor überstürzten Aktionen. Vonseiten führender Sprecher des Black Consciosness Spektrums wurde unter dem Stichwort „lateinamerikanische Verhältnisse" eher eine Phase der Paralysierung auf längere Sicht vorausgesagt.

Die Kämpfe waren jedoch kein Strohfeuer. Brutale Militäraktionen und Massenverhaftungen konnten die Bewegung nicht aufhalten. Anfang 1986 rief der ANC unter der Parole „das Land unregierbar (zu) machen" zu verstärkten Angriffen auf die Strukturen der Apartheid auf. Die Verhängung des Ausnahmezustandes — zunächst in ausgewählten Regionen, nunmehr im ganzen Land — ist im wesentlichen ein Versuch des Regimes, wieder die Kontrolle über die Zentren der Aufstände, besonders der sog. Townships, zu erlangen. Bislang ist dies jedoch nicht gelungen.

„Das Botha-Regime hat keine Zukunft. Es hat seine strategische Initiative vollständig verloren. Diese Initiative liegt nun direkt in unseren Händen. Das Burenregime hat keine Politik, und es kann keine haben, weder um das Apartheid-System vor einem noch tieferen Absinken in die Krise zu bewahren noch um dieses System aus der Krise herauszumanövrieren. Sein politisches Programm ist ein Trümmerhaufen. Seine ideologische Plattform ist zusammengebrochen. Es ist nur noch fähig, von Tag zu Tag auf die Ereignisse zu reagieren, ohne jeden Plan, ohne ein umfassendes Ziel, mit der Ausnahme, sich so lange wie möglich an der Macht zu halten." ... „Trotz des Widerstandes und der Brutalität des Feindes haben wir einen Zustand der Unregierbarkeit geschaffen. Wir bewegen uns von diesem Zustand der Unregierbarkeit in Richtung auf die Volksmacht." (Oliver Tambo, nach Radio Freedom, 20.10.86)

Verschiedene Faktoren haben zu dieser Entwicklung beigetragen, die hier nicht alle beleuchtet werden können. Der ANC begründet seine Einschätzung der Situation damit, daß der ungebrochene Widerstand auf der einen Seite und die fast nur noch militärische Reaktion des Regimes auf der anderen Seite jegliche Reform- und Verhandlungsillusion zerstört habe. Es sei nun für alle Seiten offensichtlich der Kampf um die Macht — und zwar zunehmend der bewaffnete Kampf — auf die Tagesordnung gesetzt.

Volksmacht in den Townships

Volksmacht in den Townships

Neben den politischen Massenkampagnen der UDF und fortgesetzten Gewerkschaftskämpfen spielt die Situation in vielen Townships eine besondere Rolle, wo der Kampf um politische Selbstbestimmung tagtäglich stattfindet.

In Südafrika gibt es bislang keine befreiten Gebiete in dem Sinne, daß die Guerilla die Kontrolle über eine ländliche, von feindlichen Strukturen weniger durchsetzte Zone erobert hat und dort über Operationsbasen und Rückzugsmöglichkeiten verfügt. In vielen Townships sind jedoch die Strukturen der Apartheid zusammengebrochen, sie sind zu „no-go areas" geworden. *„Die erste Linie der Kontrolle des Feindes in den Townships ist zerstört worden. Der Feind kann diese Townships nur in massiven Konvois betreten. Ständig werden diese gepanzerten Konvois von einem Steinhagel überschüttet und mit Benzinbomben beschossen, sodaß nur für die wenigen Minuten, in denen der Konvoi die Straßen entlangfährt, eine staatliche Kraft gegenwärtig ist. Im zurückbleibenden Vakuum haben wir gesehen, wie im Ansatz Organe der Volksmacht geschaffen werden."* (Sechaba, Mai 86, nach ISSA 6/86)

Die Kontrolle über die Townships gehört neben der Homelandpolitik zu den zentralen Elementen der rassistischen Herrschaftssicherung. Diese in den „weißen Gebieten" angesiedelten schwarzen Ghettos sind zum einen als „Schlafstädte" für die Arbeitskräfte unvermeidbar, zum anderen stellen sie aus der Sicht der Rassisten eine ständige latente Gefahr dar. (Zum Vergleich: Soweto, wo ca. so viele Menschen leben wie in einer hiesigen Großstadt, etwa wie Hamburg, ist viermal so groß wie die weiße Metropole Johannesburg.) Entsprechend sind die Townships in einer gewissen Entfernung von den weißen Städten und unter Gesichtspunkten militärischer Kontrollierbarkeit angelegt. Gleichzeitig waren sie immer auch Objekt staatlicher „Reformprojekte" und Spaltungsabsichten. Durch eine gewisse soziale Besserstellung der „legalen" Bewohner der Townships, deren Zuzug kontrolliert wird, und geringfügige Privilegien fur ausgebildete Schwarze wurde das Ziel verfolgt, eine schwarze Mittelschicht, sozusagen als Puffer, heranzubilden.

So ist beispielsweise das System der „Community Coucils" (schwarze Stadträte) ein Versuch der Rassisten, den Eindruck zu erwecken, sie gewährten auf kommunaler Ebene eine Art Selbstverwaltung. Diese Stadträte — seit Beginn ihrer Existenz nur von einer Minderheit der Schwarzen gewählt — sind mit beschränkten administrativen Kompetenzen ausgestattet und arbeiten notwendigerweise mit dem Regime zusammen. Durch ihre Rolle als Hüter von „ Recht und Ordnung", z.B. den Einsatz schwarzer Polizisten bei Unruhen, sind sie immer offensichtlicher zu direkten Organen der Repression geworden. Verhaßt sind sie vor allem auch aufgrund der Tatsache, daß sie ihre Einnahmen für die „Verwaltungstätigkeit" (und zu ihrer persönlichen Bereicherung) aus Mietzahlungen und dem Umsatz der Bierhallen bestreiten.

Immer wieder gab es in den letzten zwei Jahren erbitterte Kämpfe gegen diese schwarzwn Repräsentanten der Apartheid, etliche ergriffen von selbst die Flucht vor der Feindseligkeit der Bevölkerung. Unterstützt wurde diese

diese schwarzwn Repräsentanten der Apartheid, etliche ergriffen von selbst die Flucht vor der Feindseligkeit der Bevölkerung. Unterstützt wurde diese

Entwicklung durch eine breit angelegte Mietstreikkampagne. Zum Teil weil sie die Mieten tatsächlich nicht mehr aufbringen können, zum Teil als Ausdruck ihres Protestes sind immer weniger Schwarze bereit, zu der Aufrechterhaltung dieser Karikaturen ihres Rechts auf Selbstbestimmung noch weiter indirekt beizutragen. 30 Mio. Rand (ca. 50 Mio. DM) monatlich verliert der Staat nach offiziellen Angaben durch Mietboykotte in 41 Townships.

Die anstelle der „Community Councils" aufgebauten Strukturen der „people's power" sind unterschiedlich entwickelt und manche konnten sich nicht halten. Sie sind jedoch zu einer offensichtlich unumkehrbaren Realität geworden. Unter mühsamsten Bedingungen hat das Volk begonnen, seine eigenen Formen der Demokratie aufzubauen. *„Gibt es einen anderen Weg als den der Praxis und der konkreten Erfahrung, wodurch das Volk in einer Revolution lernen kann, sich selbst zu regieren und Fehler zu vermeiden? Im gegenwärtigen Augenblick, während wir noch um die volle politische Macht in ganz Südafrika kämpfen und wo es unsere nächstliegende Aufgabe ist, eine Verwaltung für unsere neu befreiten Gebiete zu schaffen, ziehen wir es vor, mit ein paar Fehlern und Irrtümern hier und da voranzugehen, als zu der alten Unterdrückung des Miet- und Steuersystems der Administration zurückzukehren. Daß wir noch ungebildet sind in Bezug auf die komplexen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung und der Wirtschaft, leugnen wir nicht, aber wir werden lernen."* (African Communist, 3/86, S. 57)

Diese Entwicklung ist weniger ein spontaner Prozeß als das Ergebnis unermüdlicher Organisationsarbeit, die



Foto: P. Magubane

— soweit bekannt — stark von den Organisationen der UDF und, häufig dem ANC nahestehenden, militanten Jugendgruppen getragen wird. Da werden zum einen Aufgaben des täglichen Lebens, wie z.B. Müllabfuhr und Wasserversorgung organisiert, zum anderen soziale Hilfe, Information und Unterstützung für Angehörige Gefangener und Verschwundener. In einem Fall — der allerdings eher eine Ausnahme ist — wurde eine Schule und ein Krankenhaus übernommen, die auf der Grundlage einer Art freiwilligen Besteuerung unterhalten werden. Dazu gehören auch die in der hiesigen Presse hinreichend mit Greuelgeschichten belegten Verteidigungsgruppen (sog. „comrades"), die — heute zum Teil bereits bewaffnet — Schutz vor den Überfällen der Todesschwadronen (sog. „Fathers") zu organisieren versuchen, sich mit Kollaborateuren und Spitzeln auseinandersetzen und teilweise Volksgerichte geschaffen haben.

Der Terror des Ausnahmezustandes, in dessen Folge in etlichen Townships Truppen stationiert sind, konnte die Strukturen in manchen Orten wieder zunichte machen. In vielen Townships wurde darauf jedoch mit der Bildung der „streetcommitees" (Straßenkomitees) reagiert. Kleine Einheiten auf Nachbarschaftsebene ermöglichen es, Informationen unter möglichst vielen Menschen zu verbreiten, und sie sind kaum kontrollierbar. Da wo der Spielraum es zuläßt, werden aus den Straßenkomitees Wohnblockkomitees gewählt, die ihrerseits Vertreter in nächsthöhere Organe wie Stadt- und Regionalkomitees wählen. Diese wiederum haben z.T. Kontakt mit den Massenorganisationen wie der UDF, nehmen an Entscheidungen über politische Kampagnen teil etc.

So bieten die Strukturen in den Townships gleichzeitig auch eine Basis für Untergrundarbeit der von Verhaftung bedrohten Aktivisten aus den noch legalen Massenorganisationen. Ein Beispiel: Im vergangenen Jahr wurde die äußerst aktive Jugendorganisation COSAS „gebannt" (d.h. nicht völlig verboten, aber jede Aktion und Publikation unter hohe Strafe gestellt). *„Demnächst wird in Südafrika eine neue, rund eine halbe Million Jugendlicher in den Townships zählende Jugendorganisation ihre Gründung bekanntgeben, deren Bildung monatelang im Geheimen von vier regionalen Jugendkongressen (Ost- und West-Kap, Nord- und Süd-Transvaal) vorbereitet worden ist. Jugendverbände, die noch in Natal, dem Nord-Kap und dem Oranje-Freistaat im Entstehen begriffen sind, werden dann dazugehören. Vor dem ersten Ausnahmezustand, erklärte der Bildungsverantwortliche des Southern Transvaal Youth Congress, Ephraim Nkwe, habe man noch offen gearbeitet. Aber ,Wir haben unsere Lektion gelernt und eine neue, halbgeheime Vorgehensweise entwickelt ... so traf uns der zweite Ausnahmezustand nicht schlimm und wir konnten die Grundlagen einer nationalen Struktur schaffen ... Die neue Art der Organisation wurde durch das Wachsen der Volksmachtorgane möglich — Straßenkomitees, Wohnblockkomitees usw. Wir arbeiten jetzt enger mit unseren Eltern sowie Geschwistern zusammen ... Wir werden auf die Aufhebung des ANC-Verbots dringen, auf die Freilassung unserer Führer, den Abzug der Truppen aus den Townships.'"* (ANC-Bulletin, 1/87)

Der ANC ruft inzwischen dazu auf, diese Errungenschaften nicht nur mit allen Mitteln zu verteidigen, sondern aus den Townships den Krieg verstärkt in die weißen Gebiete zu tragen.

(Über die weiterentwickelte militärische Taktik und das Volkskriegskonzept des ANC berichten wir in einem folgenden Artikel.)

bt.

Quellen:

ISIZWE, Zeitung der UDF, Nov. 1986
SECHABA, Organ des ANC, Dez. 1986
ANC-Bulletin Jan. 1987
African Communist, Zeitung der südafrikanischen KP, 3/86
issa, 6/86
Radio Freedom, verschiedene Stellungnahmen und Interviews mit Vertretern von ANC und Umkhonte we Sizwe nach Summary of World Broadcasts (BBC), Sept. 1986 bis Jan. 1987
Mündliche Berichte von zwei Vertreterinnen des südafrikanischen Widerstands

BRD und Dritte-Welt

Im fünften Jahr erscheint die internationale Fachzeitschrift „BRD und ,Dritte Welt' ". Die jeweils ein Thema behandelnden Ausgaben informieren u.a. über Rohstoffsicherung, Grundbedürfnisstrategie, Tourismus, Seerecht u.v.a.m. Im Januar erschienen die Hefte „Brigaden für Nicaragua" und „Libyen"; für März sind angekündigt die Hefte „Polizeihilfe (Beispiel BRD — Guatemala)" und „Sex-Tourismus und Frauenhandel".

Einen Beitrag zu der seit einiger Zeit (wieder)aufgelebten Debatte über den Internationalismus liefert Michael Schornsteiner mit seiner Arbeit „Helden, Mythen und die Linke — Elemente einer Kritik des Internationalismus" (H. 21 u. 22). Der Umstand, daß sich Solidaritätsbewegungen immer wieder als extrem konjunkturabhängig erweisen, schreibt Schornstheimer, ließe darauf schließen, daß strukturelle Gründe vorliegen. „Könnte es sein", fragt er, „daß Bewegungen, die sich wie kaum jemals zuvor auf die aufklärerische Kraft der kritischen Vernunft berufen, selbstfabrizierten Irrationalismen aufsaßen? Könnte es sein, daß solche Irrationalismen die Ursache für die strukturelle Krise des Internationalismus seien?" Entlang einer „imaginären Linie vom ,Helden-Mythos in der Linken' " diskutiert Schornstheimer diese Fragen, wobei er sich auf die Westberliner und bundesdeutsche Solidaritätsbewegung mit Mittelamerika konzentriert.

BRD und „Dritte Welt". Jeweils 48 S., A5, Einzelheft DM 4.-, im Abonnement DM 2.80. Bezug über den linken Buchhandel oder direkt beim Herausgeber: Magazin Verlag, Schweffelstr. 6, 2300 Kiel 1

Grüne Ausgewogenheit und Befreiung in Südafrika

Über den Sinn und Zweck sogenannter „Wahlprüfsteine" mag mensch sich streiten, vor allem, wenn sie von einer wenig einflußreichen Gruppe wie der Anti-Apartheid-Bewegung stammen. In der Frage des Verhältnisses zu den Befreiungsbewegungen sind jedoch einige interessante Tendenzen zu erkennen. Zu der Forderung nach Freilassung Nelson Mandelas erklären alle befragten Parteien (CDU, FDP, SPD, Friedensliste, Grüne) einmütig, daß sie weiterhin ihren ganzen Einfluß einzusetzen gewillt sind, um die Freilassung zu erreichen.

Was ihre Haltung zu ANC und SWAPO betrifft, ist die CDU immerhin so weit — nach entschiedenster Distanzierung von jeder Gewalt — anzuerkennen: *„Der ANC ist eine wichtige Kraft im Kampf um die Abschaffung der Apartheid ebenso wie die SWAPO in Namibia eine wichtige Rolle im Rahmen der Bemühungen des Lösungsplans der Vereinten Nationen spielt."* Ähnlich die FDP, die zwar nicht mit der Haltung der Organisationen übereinstimmen will, aber davon ausgeht, daß ohne diese keine Lösung möglich ist. *„Beide Organisationen verfügen erwiesenermaßen über großen Rückhalt in der Bevölkerung ihrer Länder. Sie sind deshalb wichtige Verhandlungspartner."* Friedensliste und SPD verweisen darauf, daß sie die genannten Organisationen schon seit Jahren unterstützen. *„Die SPD anerkennt das Recht der Befreiungsbewegungen auf Widerstand entsprechend dem Notwehrrecht gegen Menschenrechtsverletzungen ..."*.

Lediglich die Grünen mochten sich zu dieser Frage überhaupt nicht äußern und ließen es mit der Unterstützung der Freilassung Mandelas bewenden. Daß die Grünen insbesondere zum ANC ein zwiespältiges Verhältnis haben, ist seit längerem bekannt und verwundert nicht. Armselig ist es jedoch, daß sie sich nicht einmal entschließen können, die „realexistierende" Relevanz des ANC anzuerkennen. Ob sie sich eine solche Nichtbefassung noch lange leisten können, erscheint angesichts der Entwicklung in Südafrika mehr als unwahrscheinlich.

§ 218-Diskussion am GRÜNEN Tisch

Ein Veranstaltungsüberblick

Noch kurz vor der Bundestagswahl haben es grüne Frauen geschafft, zum — innerparteilich umstrittenen — Thema § 218 Podiumsdiskussionen in Essen, Hamburg und Bonn zu veranstalten. Es waren jeweils unterschiedliche Vertreterinnen der Grünen und engagierte § 218-Gegnerinnen verschiedener Schattierungen und Organisationen eingeladen. Dies ist ein Fortschritt gegenüber der jüngsten Vergangenheit, in der die Strategiediskussion eher im schriftlichen Schlagabtausch bestand.

In den letzten Ausgaben des AK wurde bereits ausführlich über die Auseinandersetzungen bei den Grünen und über den Streit um Alice Schwarzers „Manifest für eine Verfassungsklage gegen den § 218" berichtet. Diesmal nun ein Überblick über den Fortgang der Debatte.



Essen — 10. Januar 1987

Eis und Schnee konnten ca. 300 Frauen (und auch ein paar Männer) nicht davon abhalten, zur zentralen Frauenwahlkampfveranstaltung der Grünen in die etwas unterheizte Zeche Karl zu kommen. Leider heizte das Veranstaltungskonzept dem geduldigen Publikum auch nicht gerade ein. In jeweils zehnminütigen Beiträgen sprachen nacheinander zwölf verschiedene Podiumsvertreterinnen über Abtreibungspraxis und Strategievorschläge gegen den Paragraphen. Dies nahm so viel Zeit in Anspruch, daß es zu einer Diskussion und einem wirklichen Positionsaustausch um die Möglichkeiten konkreter gemeinsamer Aktivitäten nicht mehr kam. Dies war anscheinend von den Einladerinnen nicht anders beabsichtigt. In der Vorbesprechung der Veranstaltung lehnten sie den Vorschlag ab, daß jede Frau des Podiums — als Voraussetzung für eine gemeinsame Diskussion — zu den aktuell umstrittenen Fragen Stellung beziehen solle. Die Veranstaltung sollte offensichtlich nicht dazu dienen, kontroverse Strategien abzuwägen, sondern eher den neuen Vorschlag der grünen Frauen für ein „Frauen-Begehren gegen den § 218" der Öffentlichekeit vorzustellen. Dieser Eindruck wurde dadurch verstärkt, daß Alice Schwarzer, die mit ihrem Manifest sehr entscheidend die § 218-Diskussion belebt hat, erst *nach* Erscheinen des Aufrufflugblattes zu der Veranstaltung eingeladen worden war. Sie konnte leider nicht daran teilnehmen. Fest steht, daß Alice für mehr Spannung an diesem Abend gesorgt hätte.

Einigkeit bestand in der Ablehnung des § 218, Ratlosigkeit, auf welchem Weg das Ziel der Abschaffung erreicht werden kann.

Renate Sadrozinsky (Pro Familia, Familienplanungszentrum Hamburg) meinte, es müsse „eine breite Bewußtseinskampagne gegen die Mörderinnen-Ideologie" in Gang gesetzt werden. Sie könne sich eine Kampagne vorstellen, in der Unterschriften gesammelt und Info-Stände gemacht werden. Frauen sollten ausführlicher Stellung beziehen und argumentieren.

Susanne von Paczensky (Journalistin, Pro Familia) heiterte die Mehrheit der Anwesenden etwas auf. Ihr Thema: „Wir müssen wieder in eine ideologische Offensive kommen gegen den Fetisch des ungeborenen Lebens". Das menschliche Leben beginne mit der Geburt und ende mit dem Tod. Dies sei bereits in der Bibel geschrieben. Es gelte, bessere Lebensbedingungen für die bereits lebenden Menschen zu schaffen und nicht Almosen an Mütter und Väter zu verteilen, um Abtreibungen zu verhindern. In ihrem Beitrag grenzte sie sich betont von der grünen Position ab, daß ein Schwangerschaftsabbruch ein Selbstzerstörungsakt sei. Zu Aktionsvorstellungen äußerte sie sich auf dieser Veranstaltung nicht.

Mechthild Jansen (Aktion Muttertag, ehemals DFI) sprach im wesentlichen zur CDU-Frauenpolitik; Rita Süßmuth müsse entmythologisiert werden. Die Bündnispolitikerin schloß ihren Beitrag mit der Aussage, daß der grüne Aktionsvorschlag eines „Frauen-Begehrens" in Verbindung mit einer Verfassungsklage zum § 218 doch eine gute Sache sein könne. — Es ist fraglich, ob es jedesmal gelingen kann, alle Beteiligten auf diese Art unter eine gemeinsame Mütze zu bringen.

Verena Krieger (Abgeordnete der Grünen im neuen Bundestag) stellte noch einmal den Standpunkt der radikalen § 218-Gegnerinnen bei den Grünen dar. Sie wertete die heftigen Reaktionen von Seiten der katholischen Kirche und der CDU/CSU gegen die Grünen und ihre Forderung nach Streichung des § 218 als politischen Erfolg ihrer eigenen Partei. (Wenn es man so wäre ...) Ihre Ansicht, mit dieser § 218-Wahlveranstaltung werde den Rechten eine Offensive entgegengesetzt, blieb eher ein Wunsch. Abschließend sprach sie sich für eine Pluralität in den Aktionsformen aus.

Zu den bestehenden Vorschlägen fügte sie nun einen weiteren hinzu. Die grünen Frauen haben sich ein sogenanntes „Frauen-Begehren" überlegt, welches sie nicht in Konkurrenz zu anderen Aktivitäten sehen möchten, insbesondere nicht zu Alice Schwarzers angestrebter Verfassungsklage. Dies ist leider etwas unehrlich. In der Pressemappe, die am Eingang der Veranstaltung auslag, war zu diesem Punkt anderes zu lesen:

„Es wurde überlegt, welche Alternativen zur Verfassungsklage von uns in die Kampagne eingebracht werden können. Folgende Idee kam zustande: Eine Unterschriftensammlung etwa nach dem Vorbild des Krefelder Appells mit dem Arbeitstitel ‚Frauen-Begehren' (analog zu Volksbegehren), die inhaltlich unmißverständlich und offensiv ist. Inhaltliche Stoßrichtung soll sein:

— Forderung nach Streichung des § 218,

— Betonung der Selbstbestimmung als Bestimmung über das ganze Leben,

— die Forderung nach Etablierung der Abtreibung, d.h. Schaffung von Infrastruktur, die Abtreibung nicht nur zu etwas Unbestraftem, sondern unproblematisch verfügbar macht." (Auszug aus dem Protokoll der Bundesarbeitsgruppe Frauen, DIE GRÜNEN, Dez. 1986).

Dieser Vorschlag blieb auf der Veranstaltung nicht unumstritten. Dazu später.

Verena Krieger schlug weiter vor, zum Papst-Besuch am 1. Mai 1987 in Köln sowie zum CDU-Parteitag (Motto: Schutz des ungeborenen Lebens) aktiv zu werden.

Ute Melzig (IG Druck und Papier) sprach als einzige Gewerkschaftsfrau und stellte die Forderung nach Streichung des § 218 auf.

Marita Haibach (grüne Staatssekretärin für Frauenfragen in Hessen) berichtete, daß die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 zwar Bestandteil der Tolerierungsdiskussion mit der SPD war, jedoch von den Grünen nur halbherzig und ohne Nachdruck behandelt worden sei. Bei der diesjährigen Landtagswahl solle das Thema nun zentral herausgestellt werden. Als Unterzeichnerin des Manifestes unterstütze sie eine Verfassungsklage und erhoffe sich Bündnismöglichkeiten daran. Mit dieser Forderung wolle sie offensiver in das Gespräch mit der SPD in Hessen gehen. Sie wolle sich dafür einsetzen, daß die Klage von diesem Bundesland aus erhoben wird.

Lisa Degener (Bundesweite Koordination der autonomen § 218-Gruppen) stellte als Mitunterzeichnerin des Manifestes die Kampagne von Alice Schwarzer noch einmal vor. Auch Teile der § 218-Gruppen unterstützen die Initiative. Sie führte aus, wie schwierig der Kampf gegen das Abtreibungsverbot in den letzten Jahren gewesen sei. Die Frauenbewegung sei an diesem Thema nicht mehr besonders zu mobilisieren. In diesem Sinn halte sie die Kampagne für erfolgreich. Die Initiative habe wieder viele aufgerüttelt und Schwung in die Diskussion gebracht.

Sylvia Hebisch (ebenfalls Bundesweite Koordination der autonomen § 218-Gruppen) berichtete kurz über die Arbeit der Koordniation und wandte sich dann den Aktionsvorschlägen zu. Sie freue sich über alles, was gegen den § 218 aktiv unternommen werde, halte jedoch nicht jede Aktion für politisch gewinnbringend. So fragte sie nach dem konkreten Ziel eines „Frauen-Begehrens" und dem Adressaten, dem die gesammelten Unterschriften vorgelegt werden sollen. Sie berichtete, daß in einigen § 218-Gruppen diskutiert werde, zu dem geplanten CDU-Parteitag (Thema: „Schutz des ungeborenen Lebens") aktiv zu werden. Sie schlug ein Tribunal am gleichen Tag vor, auf dem möglichst alle Fraktionen der § 218-Gegnerinnen öffentlich Anklage gegen den bestehenden Paragraphen erheben sollten. Dieses Tribunal könne durch Straßenaktionen in den einzelnen Städten begleitet werden.

Der Vorschlag wurde nicht weiter aufgegriffen und diskutiert. Dies mag an der Ratlosigkeit liegen, welche Aktivitäten nun für wirklich sinnvoll und durchführbar gehalten werden. Es ist noch nicht ausgemacht, ob die Diskussion innerhalb des vertretenen Spektrums zu einer gemeinsamen zentralen Aktion führen kann. Auf jeden Fall fehlte an diesem Tag in Essen die Zeit für einen solchen Beschluß, denn der Intercity-Fahrplan der Deutschen Bundesbahn ließ die Hälfte des Podiums schlagartig verschwinden. Die insgesamt friedliche Veranstaltung mit fehlenden „highlights" endete mit einem netten Frauen-Kabarett.

Hamburg — 19.1.1987

Hamburg — 19.1.1987

Die GAL-Veranstaltung lockte ca. 500-600 Besucher/innen an. Die Zusammensetzung des Podiums ließ für diesen Abend Spannung erwarten. Neben *Lisa Degener, Verena Krieger, Renate Sadrozinsky* waren diesmal auch *Antje Vollmer* und *Alice Schwarzer* dabei. *Regula Bott* (GAL Hamburg, Abgeordnete der Grünen im neuen Bundestag) moderierte die Diskussion. Durch die Anwesenheit von Alice Schwarzer und Antje Vollmer standen andere Fragen als in Essen im Zentrum der Debatte.

Sehr engagiert berichtete Alice Schwarzer über die laufende Kampagne und agitierte die Zuhörenden für den Weg einer Verfassungsklage. Sie sehe keine Gefahr, daß der Paragraph durch ein neues Urteil verschärft werden könne, da die CDU kein Interesse daran hätte. Ihre Argumentation: Auch CDU-Wählerinnen sind Frauen. Die meisten Abtreibungen würden von Katholikinnen vorgenommen, und diese seien CDU-Wählerinnen. Der § 218 sei in der jetzigen Fassung vielmehr ein „Traumparagraph" für die CDU. Er brauche nicht verändert werden, sondern nur das *Klima* und nachfolgend die *Anwendung* des Paragraphen. Heute seien laut Umfragen 70% der Frauen gegen den § 218 und für das Selbstbestimmungsrecht. Dies müsse nicht erst wieder durch ein „Frauen-Begehren" verdeutlicht werden. Es müsse endlich gegen den § 218 gehandelt werden. In diesem Sinne verfolge sie das Ziel der Klage weiter. Renate Sadrozinskys Argument, daß es problematisch sei, ein reaktionär besetztes Gericht in dieser Frage anzurufen, hielt sie entgegen, daß sie es für ebenso schwierig bzw. erfolgloser hielte, Gesetzesinitiativen in den heutigen Bundestag einzubringen.

Ulla Jelpke (GAL-Fraktion, Hamburg) schlug hingegen in der Diskussion vor, es solle ein neuer Antrag allein zum § 218 in den Bundestag eingebracht werden. Ihr fehle an der Kampagne von Alice Schwarzer eine Zielperspektive über den Wahltag hinaus.

Alice Schwarzer erwiderte, daß die Aufforderung an die Parteien, eine Verfassungsklage gegen den § 218 einzureichen, ein Prüfstein für die Wahl gewesen sei. Das Ergebnis sei deutlich, aber traurig. Sie setze jetzt auf die Landtagswahlen in Hessen, auf Marita Haibach und auf die Tolerierungsverhandlungen der Grünen mit der SPD. Wenn dies alles ausgereizt sei, wolle sie eine Einzelklage einer Frau unterstützen. Ihr seien hierfür bereits juristische Gutachten angeboten worden. Sie betonte noch einmal energisch, daß es ihr auch auf den Kampf ankomme, der auch Bewußtsein schaffe, und nicht allein auf das Ziel.

Antje Vollmer erklärte, sie hätte das Manifest fast unterzeichnet. Sie fände es inhaltlich gut, doch glaube sie nicht an den Erfolg der Kampagne. Die Kritik ihrer grünen Schwestern an dem Manifest wies sie als „kindisch" zurück. Die Grünen hätten oft das Verfassungsgericht angerufen, warum nicht auch in dieser Frage. Sie wolle sich auch nicht an dem Streit beteiligen, „wer die Radikalste im ganzen Land ist". Sie äußerte vielmehr Bedenken, ob eine Frauenoffensive über die Abtreibungsfrage herzustellen sei. Sie frage sich: Was hat Abtreibung mit Selbstbestimmung und Selbstbewußtsein zu tun? Wer Selbstbestimmungsrecht zentral mit dem Abtreibungsrecht verknüpfe, habe — ihrer Meinung nach — ein überholtes Bild der Frau der 70er Jahre. Nämlich die Frau zwischen 20 und 45, die sich in Beruf und Männerwelt durchsetzen könne, der Kinder eher ein Hindernis oder reine Privatsache seien. Das Bewußtsein habe sich in den letzten zehn Jahren gewandelt, und es gelte, andere Fragen zu stellen. Sie betonte, daß Frauen sich „das Thema Lebensschutz nicht aus der Hand nehmen lassen" dürften, nur weil „konservative Kräfte es für sich besetzt hätten. Sie wiederholte ihre defensiv moralisierende Position: „Nur wenn wir Frauen zeigen, wie gut wir auch mit all diesen Fragen umgehen können, werden wir in der § 218-Frage wieder in die Offensive gehen können".

Die erste, die bei diesen Äußerungen platzte, war Alice Schwarzer. „Katzbuckeln vor dem Gegner" sei völlig unangebracht. In einem hitzigen Redebeitrag hielt sie Antje Vollmer entgegen: „Die Ethik-Diskussion ist reiner Luxus, solange die Strafandrohung des § 218 besteht". Mit wogender Stimmung ging diese doch recht konstruktive Diskussionsveranstaltung zu Ende. Anzumerken ist noch, daß Verena Krieger den Vorschlag des „Frauen-Begehrens" auch in Hamburg unterbreitete. Auch eine Woche nach Essen war er noch immer unausgegoren und unklar in der Zielsetzung. Fragen und Kritiken zu der Idee konnte sie nur unbefriedigend beantworten. Der Anspruch, dem „Krefelder Appell nachzueifern, ist mit dieser mangelnden Vorbereitung wohl kaum einzuhalten.

Bonn — 23.1.1987

Die Veranstaltung der grünen Frauen in Bonn war ein „Heimspiel". 300 bis 400 Anwesende verfolgten die Diskussion auf dem Podium. Dort waren vertreten: *Rita Werkmeister* (Frauenreferentin der Grünen).*Barbelies Wiegmann* (Rechtsanwältin, FI 6. Oktober), *Doro Pass-Weingartz* (Ratsmitglied der Grünen in Bonn), *Alice Schwarzer, Lisa Degener* und *Marita Haibach*. Die Debatte bestand hauptsächlich in einem Pro und Contra zur Verfassungsklage, diesmal durch Barbelies Wiegmann mit starker juristischer Argumentation. Die Rechtsanwältin legte ihre juristischen Bedenken dar und warnte vor einer Verfassungsklage; ein neues Urteil könne das bestehende Gesetz möglicherweise noch verschlechtern. Alice Schwarzer setzte ihre Argumentation dagegen. Für die Laien im Publikum war die juristische Debatte sicher nicht immer ganz durchschaubar. Rita Werkmeister distanzierte sich noch einmal von ihrer ersten Erklärung gegen das Manifest. Im Anschluß wiederholte sie jedoch die alten Argumente. Das Manifest sei eine unabgesprochene Nacht-und-Nebel-Aktion gewesen , die Verfassungsklage sei falsch, perspektivlos und verhängnisvoll. Inwieweit demgegenüber das „Frauen-Begehren" *die* Perspektive weist, blieb offen. Die Fronten auf dem Podium blieben während der nicht sehr freundlichen Diskussion bestehen und setzten sich im Publikum fort. Der Beifall für die verschiedenen Beiträge erklang jeweils aus einer anderen „Fraktionsecke". Ob die Bundeshauptstadt ein besonderes Pflaster mit einem besonderen Publikum ist?

UK, Hamburg

Einstieg in die nächste Restrisikotechnologie

Enquete-Kommission legt Bericht über Gentechnologie vor

Manche Dinge können nicht oft genug gesagt und gedruckt werden. Deswegen wohl bekamen die Journalisten in Bonn den Bericht der Bundestags-Enquetekommission ,,Chancen und Risiken der Gentechnologie'' gleich in dreifacher, wort- und bildidentischer Ausfertigung in die Hände gedrückt: als Bundestagsdrucksache, als Buch aus der Bundestagsschriftenreihe ,,Zur Sache'' und als Band 12 der Reihe Gentechnologie des J. Schweitzer-Verlages. Zusammen macht das beeindruckende 1206 Seiten eng bedruckten Papiers — an Substanz allerdings hat, wer sich durch einen der Wälzer hindurchgefressen hat, kaum etwas zu sich genommen. Die Protokolle der 14 nichtöffentlichen Anhörungen, die hochinteressant wären, sind darin ebensowenig enthalten, wie die zahlreichen Gutachten, die die Kommission in Auftrag gegeben hat (z.B. über Effekte auf die Arbeitsmarkt- und Qualifikationsstruktur). Die Gutachten sollen zwar nachgereicht werden — aber das wird dauern. An allzugroßer Öffentlichkeit sind die Gentechnikbefürworter im Parlament noch lange nicht interessiert. Die 17 Kommissionsmitglieder, das merkt man dem Opus an, wollten dem Volk, das sie zu vertreten haben, optimistische Visionen präsentieren — die über die sechs regulären Abschnitte (von Anwendungsberei-

haben, optimistische Visionen präsentieren — die über die sechs regulären Abschnitte (von Anwendungsberei-

chen der Gentechnologie bis Rechtsfragen) verstreuten mahnenden Anmerkungen haben eher die Funktion, die grundsätzliche Kritikfähigkeit der Kommission unter Beweis zu stellen, als daß sie wirklich Gefahren reflektierten. Eine Ausnahme bildet lediglich das fünfzigseitige materialreiche und lesenswerte Sondervotum der Grünen. Trotzdem lohnt die Beschäftigung mit der Arbeit der Kommission insgesamt und mit ihrem Bericht — hat man in ihm doch ein Kompendium der aktuellen Forschungsprobleme und einen Leitfaden durch die strategische Konzeption der Herrschenden, wie sie verhindern wollen, daß die zweite ,,Restrisiko-Technologie'' die Gentechnik politisch ähnlich massiv bekämpft werden kann wie der industrielle und militärische Einsatz der Atomkraft. Daß der bisher vor allem als AKW-Kritiker hervorgetretene SPD-Abgeordnete Wolf-Michael Catenhusen Vorsitzender der Enquetekommission war und damit auf geradezu klassische Art und Weise als Integrationsfigur nach außen wirken konnte, spricht ebenso für diese Intention, wie der von CDU/CSU/SPD/FDP vorangetriebene Versuch, die Grünen als einzige wirkliche Gegner der neuen Technik politisch völlig auszugrenzen. Daß ihnen das nicht gelungen ist, zeigen allerdings die Reaktionen auf das grüne Sondervotum, das trotz eines von der Kommissionsmehrheit vorangeschickten sehr polemischen Einleitungstextes auch in der bürgerlichen Presse viel Beachtung fand und oftmals positiv gewürdigt wurde.

In den Vordergrund ihrer Arbeit stellte die Mehrheit der Enquetekommission die angeblich großen Chancen des Einsatzes gentechnischer Methoden in der Medizin, der ihrer Meinung nach ,,neue Maßstäbe in der Sicherheitsdiskussion setzende''(Catenhusen) Vorstoß für eine Art Gentechnikgesetz mit dem Arbeitstitel ,,Gesetz zur biologischen Sicherheit'' und das strafrechtliche Verbot von gentechnischen Eingriffen in die menschlichen Keimbahn. Weitgehend ausgeblendet aus der öffentlichen Diskussion blieben dabei die Fortschritte, die die Gentechniker bei Eingriffen bei Tieren machen (die als Vorstufe für Anwendungen beim Menschen angesehen werden müssen) sowie die bereits fortgeschrittene Herausbildung eines wissenschaftlich-industriellen Komplexes in der Molekularbiologie. Ebenfalls kaum diskutiert wurde der gesamte Bereich der B-Waffen-Forschung. Diese Schwerpunktsetzung der Kommission ist nicht zufällig — sie orientiert sich aber nicht an dem Stellenwert der verschiedenen Arbeitsfelder in der Gentechnik, sondern an der Möglichkeit, ihre Akzeptanz in der Bevölkerung weiter zu erhöhen. Die Grünen weisen in ihrem Sondervotum darauf hin, daß die wenigen wenigstens potentiell nützlichen Anwendungsmöglichkeiten der Gentechnik nur einen verschwindend geringen Teil der Firmen interessieren. Nach einer US-regierungsoffiziellen Studie beispielsweise sind von 130 im pharmazeutischen Sektor tätigen Firmen ganze sieben an Projekten zur Erforschung neuer Impfstoffe beteiligt. Nützlichkeitskriterien spielten für die Enquetekommission Gentechnik aber auch ausdrücklich keine Rolle. In einem Interview mit der taz bezweifelte der Vorsitzende Catenhusen, daß es Aufgabe des Staates sein könne, sich mit Sinn und Qualität der neuen Produkte zu beschäftigen. Es können im Rahmen der Technikfolgenabschätzung lediglich darum gehen, die Sicherheitsaspekte zu berücksichtigen und in den Griff zu bekommen (taz 20.1.87). Das ist der Punkt, an dem die Diskussion politisch interessant wird: welchen Akzent setzt die Opposition dem entgegen? Mehrere Varianten, die sich nicht einmal ausschließen müssen, werden praktiziert.

Ansatzpunkte für die Opposition

Immer wieder wird versucht, die Sicherheitsdiskussion in eine andere Richtung zu lenken: zwar seien bisher kaum Unfälle bekannt geworden, es gebe aber auch kaum eine Risikoforschung, die sich darum bemühe, realistische Gefahren-Szenarien auszuarbeiten. Hervorgehoben werden neben den potentiellen, aber mit wenigen Ausnahmen (1) nicht näher zu bestimmenden, Risiken der Laborarbeit vor

den potentiellen, aber mit wenigen Ausnahmen (1) nicht näher zu bestimmenden, Risiken der Laborarbeit vor

allem die Gefahren für das ökologische Gleichgewicht: am Beispiel der in den USA geplanten und hier auch nach den Empfehlungen der Enquetekommission möglichen Freisetzung von Eis-Minus-Bakterien(2) wird auf die Gefahr von Klimaveränderungen hingewiesen. Es sei, argumentieren die Grünen in ihrem Sondervotum, die ,,ökologische und evolutionäre 'Fremdheit' gentechnisch manipulierter Organismen'' die deren Einsatz in der Natur verbiete. Die Nähe zu einer ausschließlich ethischen Argumentation, wie sie von Teilen der Konservativen vor allem in Zusammenhang mit dem Einsatz der Gentechnik beim Menschen verfolgt wird, ist vorhanden (Ablehnung von Eingriffen in die als ursprünglich verstandene Natur) — im Sondervotum selbst allerdings verfallen die Grünen nicht in eine mystifizierende Argumentation, sondern verfahren weitgehend materialistisch: Die Forderung nach ,,Harmonie zwischen den Menschen und ihrer natürlichen Umwelt'' wird eher beiläufig gestellt, die Benennung konkreter Gefahrenpotentiale und die Kritik am simplifizierenden wissenschaftlichen Modell, das etlichen Forschungsprojekten zugrunde liegt, stehen im Vordergrund (3).

Das Mehrheitsvotum der Enquetekommission reagiert auf die Sicherheitsdiskussion mit Absichtserklärungen: die Risikoforschung soll zu einem Schwerpunkt der staatlich gefördertern Forschung gemacht werden, das ,,Gesetz zur Biologischen Sicherheit'' werde die Anforderungen an Laborarbeiten hochschrauben, die Freisetzung gentechnisch manipulierter Mikroorganismen soll nur bei sogenannten Deletionsmutanten (4) erlaubt sein. Dabei tauchen zwar Widersprüche zwischen dem Sachstandsbericht und den Empfehlungen der Kommission auf (5) — aber diese aufzudecken führt ebenso wie die Diskussion um Laborsicherheit etc. zu einer problematischen Schwerpunktsetzung: wissenschafftliche Hypothesen und Wahrscheinlichkeiten rücken ins Zentrum, das Interesse der Konzerne und des Staates an der neuen Technik ist nur noch zweitrangig.

Ins Zentrum ihres Sondervotums haben die Grünen aber nicht die Sicherheitsdiskussion gestellt, sie versuchen vielmehr einen Neuansatz für die Debatte um neue Techniken an sich. An die Stelle der bisher praktizierten ,,risiko-orientierten Technologiebewertung'' wollen sie eine ,,vergleichende'' setzen: Im Vordergrund der politischen Diskussion sollen die ,,drängenden ökologischen, technischen, gesellschaftlichen und gesundheitlichen Probleme'' stehen. Die für die Lösung dieser Probleme nützlichste Technik soll gefördert werden. Sie wenden sich also gegen die Errichtung eines Sachzwangs — wir haben eine riskante Technik, wieweit darf diese vorangetrieben werden — und votieren für problemorientierte Lösungsstrategien. Dabei schneiden ,,ganzheitlich medizinische Ansätze'' erwartungsgemäß besser ab, als die Neuentwicklung gentechnisch gefertigter Medikamente, die Prävention durch Verbesserung hygienischer Verhältnisse wird als wirkungsvoller beurteilt als die Neuentwicklung von Impfstoffen. Daß die Ernährungsprobleme in den ausgebeuteten Ländern der 3. Welt nicht durch gentechnisch konstruierte Hochleistungspflanzen, also durch eine Art 2. grüne Revolution gelöst werden können, muß sogar das Mehrheitsvotum der Enquetekommission eingestehen. Für die politische Offensive scheint dieser ,,nützlichkeitsorientierte'' Ansatz perspektivreicher als die Konzentration auf die Sicherheitsdiskussion. Sein Nachteil, der im Sondervotum auch deutlich wird: er liefert nicht viel mehr als eine ,,Entlarvung'' der Gentechnik, als einer Technik, die nicht erfüllen wird, was ihre Propheten versprechen.

Gefahren der Gentechnik oder ihre Ziele?

Stärker in den Vordergrund gerückt werden müßte dagegen die Diskussion um die Interessen, die Industrie und Staat an den Ausbau und die Durchsetzung der Gentechnik knüpfen. Ansätze dafür finden sich im grünen Sondervotum zwar (Verstärkung der Abhängigkeit der 3.Welt-Länder von den Konzernen, neue militärische Möglichkeiten, sozialpolitische Dimension der Humangenetik), sie werden aber eher indirekt abgehandelt: als handele es sich dabei um Gefahren der Gentechnik und nicht um deren Ziele. Symptomatisch für diese Orientierung des knapp vorbei ist auch vorbei ist die dem Sondervotum vorangestelte Frage: ,,Bedeutet erst ein möglicher Mißbrauch der Gentechnologie eine Gefahr für Mensch und Natur, oder ist dies schon bei dem gutgemeinten Gebrauch dieser Technologie der Fall?''. So richtig es ist, sich nicht auf die ,,Mißbrauchsdiskussion'' einzulassen, so irreführend ist der Verweis auf einen ,,gutgemeinten Gebrauch''. Am Beispiel der Humangenetik weist die ,,Rote Zora'' in ihrem Positionspapier vom Januar 87 (siehe Dokumentation) auf keineswegs gutgemeinte politische Interessen an der humangenetischen Beratung hin. Für den durch die Gentechnik rasant in Gang gekommenen Verbund von Industrie und universitärer Forschung (zu Genzentren siehe taz vom 30.1.87) läßt sich ebenfalls wenig ,,gutgemeintes'' vermuten: durch Einzahlung vergleichsweise geringer Mittel in die Töpfe der Genzentren hat die Industrie ihren Einfluß auf Orientierung und Öffentlichkeit der ,,freien Forschung'' erheblich ausbauen können. Die neuen Organisationsformen — in denen die universitäre Selbstverwaltung weitgehend bedeutungslos, die oft nur zeitvertraglich abgesicherten Wissenschaftler erheblich abhängiger und die Öffentlichkeit mit der Begründung es müßten Betriebsgeheimnisse gewahrt werden können, ausgesperrt sind — bedeuten eine qualitative Veränderung im Bereich der molekularbiologischen Forschung, die nicht unterschätzt werden darf. Selbst die SPD hat angesichts des sich hier entwickelnden Machtpotentials den sonst in der Kommissionsarbeit immer wieder beschworenen Konsens mit CDU/CSU und FDP verlassen um in einem Sondervotum zu ,,Gentechnik, Wissenschaftssystem und gesellschaftliche Verantwortung'' das ,,Fehlen einer sozialen Verpflichtung von Forschung und Wissenschaft'' zu kritisieren und um darauf hinzuweisen, daß aufgrund von Weltmarktorientierung Verwertungsinteressen nicht ,,sinnvolle Problemlösungen'' oder ,,die Erkenntnis der Komplexität von Naturvorgängen'' Ansatz der molekularbiologischen Forschung sind, sondern die Frage der ,,industriellen Umsetzung'' (Zitate aus Sondervotum der SPD, Enquetekommissionsbericht S. 278-280). Die engere Ankopplung der Forschung an die Industrie und die damit beabsichtigte Rationalisierung und Effektivitätserhöhung der Forschungsarbeit ist aber nur ein Problem der Gentechnik.

Folgenreich wird die Verknüpfung von zwei Momenten der Gentechnik im gesundheits— und sozialpolitischen Bereich sein: zum einen wird durch die Erforschung des menschlichen Genoms, durch Genkartierung und entsprechende Analysen einer Entsolidarisierung und Individualisierung Vorschub geleistet (Krankheit wird zum individuellen Problem aufgrund genetischer Disposition); zum anderen wird durch die gentechnische Konstruktion sogenannter körpereigener Wirkstoffe (6) die Therapie auf immer mehr Indikationen ausgedehnt und damit weiter medikalisiert. Die seit Jahren ausgesprochen innovationsmüde Pharmaindustrie steht vor einem enormen Wachstumsschub — der für die Kranken verheerende Folge haben kann.

Bedenklich ist auch die Entwicklung in der B-Waffen-Forschung. Waren bisher biologische Waffen deswegen schwer einsetzbar, weil sie auch vom Angreifer kaum kontrolliert werden konnten, ermöglicht die Gentechnik die Konstruktion ganz eigener kalkulierbar einzusetzender Kampfstoffe, deren Einsatz durch eine gleichzeitige Entwicklung passender Impfstoffe weiter erleichtert werden kann. Zwischen Forschung für offensive und für defensive Zwecke kann nicht unterschieden werden: jeder Impfstoff kann die eigenen Truppen gegen einen von ihnen einzusetzenden Erreger immunisieren. Deswegen ist die Ankündigung der Enquetekommission, grundsätzlich nur defensive wehrmedizinische Forschung zulassen zu wollen, Augenwischerei.

Wir müssen uns darüber klar werden, daß die Gentechnik für die Herrschenden gegenüber der Atomtechnik mehrere unschätzbare Vorteile hat: sie ist vielfältiger einsetzbar, es ist eine vergleichsweise dezentrale Technologie, Standortkämpfe wie bei AKWs sind kaum vorstellbar, weil gentechnische Labors und Bioreaktoren unaufwendiger zu bauen sind, die Akzeptanz der Technik ist aufgrund ihrer vermeintlichen Natürlichkeit(Bio-) und Nützlichkeit(Medizin) hoch. Für militärische Zwecke scheint sie sich als gut einsetzbar und hochbrisant zu erweisen. ,,Biologische Kampfstoffe könnten auf der Grundlage der neuen Technologien großartige neue Waffen darstellen'', verkündete der US-Unterstaatssekretär im Kriegsministeri-

nologien großartige neue Waffen darstellen'', verkündete der US-Unterstaatssekretär im Kriegsministeri-

um, D.J.Feith, stolz dem Kongreß. Und der Widerstand dagegen hat kein WAA-Gelände, gegen dessen Rodung und Bebauung er mobil machen kann.

Fassanbass



Von Beate Harden-Ibrahim (aus: Die Wacht am Gen. Das Kunstwesen (Hrsg.))

(1) Ein anerkanntes Risiko ist die Arbeit im Labor mit Onkogenen, die molekular verändert und aus ihrer alten Umgebung herausgelöst wurden. Bei der Arbeit mit Onkogenen können Krebserkrankungen verursacht werden. Die fünf Krebsfälle im Pariser Pasteur Institut sind wahrscheinlich bei Experimenten mit Onkogenen verursacht worden.

(2) Eis-Minus-Bakterien sind Eis-Plus-Bakterien, denen ein Gen herausgeschnitten wurde (d.h. sie sind Deletionsmutanten). Dadurch sind sie nicht mehr in der Lage, ein bestimmtes Protein herzustellen, das an der Bildung von Eiskristallen beteiligt ist. Eis-Minus-Bakterien, auf Erdbeerpflanzen ausgesetzt, verdrängen dort die natürlich vorkommendn Eis-Plus-Bakterien und bewirken, daß die Pflanzen kältere Temperaturen überstehen können (weil sich eben kein Eis bildet). In den USA wurden mehrere Projekte, bei denen Eis-Minus-Bakterien freigesetzt werden sollten, gerichtlich verboten, weil die Folgewirkungen dieser Freisetzungen unklar sind. Mehreren Studien zufolge sind die Eis-Plus-Bakterien auch in der Atmosphäre an der Bildung von Regentropfen und Eiskristallen beteiligt, so daß ihre Verdrängung auch Folgen für das Klima haben kann. Die Enquetekommission Gentechnologie empfiehlt zwar, die Freisetzung von Mikroorganismen in der Natur grundsätzlich für eine Dauer von fünf Jahren zu verbieten — für Deletionsmutanten sollen allerdings Ausnahmegenehmigungen möglich sein, weil deren Freisetzung angeblich weniger schädlich sein soll, was die Grünen, mit Blick auf den Fall „Eis-Minus-Bakterien" allerdings bezweifeln.

(3) Simplifizierend finden die Grünen das sog. Legoprinzip, von dem etliche Forscher ausgehen: daß Gene, die aus einem Kontext heraus und in einen neuen hineingeschnitten werden, dort dieselben Eigenschaften bewirken. Ihrer Meinung nach sind die komplexen Wechselwirkungen zwischen altem und neuem Genmaterial, zwischen manipuliertem Lebewesen und vorgefundenem Ökosystem nicht abschätzbar.

(4) siehe (2)

(5) Aufgrund der Nicht-Rückholbarkeit von Kleinstlebewesen (Fliegen z.B.) beurteilt der entsprechende Sachstandsbericht das Gefährdungspotential durch eine Freisetzung von Kleinstlebewesen als sehr hoch — in den Empfehlungen der Kommission wird aber nur für Mikroorganismen und Viren ein völliges Freisetzungsverbot gefordert.

(6) Als Gegensatz zu körpereigenem Wirkstoff werden z.B. Chemotherapeutika gesehen. Der Sachstandsbericht der Enquetekommission führt etliche Forschungsprojekte zu körpereigenen Wirkstoffen an: Vom bereits produzierten gentechnisch hergestellten Insulin über den Blutgerinnungsfaktor VIII, Neuropeptide bis zum Gewebeplasminogen-Aktivator, der beteiligt ist an der Auflösung von Blutgerinnseln. Abgesehen davon, daß Neuropeptide hochbrisante Wirkstoffe sind, weil sie direkt in Nerven- und Hirnfunktionen eingreifen und mit ihrer Hilfe Gentechniker glauben, „Verhaltensauffälligkeiten", die von ihnen vorzugsweise als Fehler im Gehirnstoffwechsel gesehen werden, damit korrigieren zu können, erscheinen auch in anderen Bereichen Zweifel an der Harmlosigkeit der körpereigenen Wirkstoffe angebracht: immunregaluatorische Wirkstoffe (beispielsweise Interferone) müssen, um zur Therapie eingesetzt werden zu können, in unphysiologisch hohen Dosen eingesetzt werden, um über die Blutbahn an den Ort, wo sie wirken sollen, transportiert werden zu können. Welche Folgen diese hohen Dosen haben können, steht noch nich fest, bisher bekanntgewordene Nebenwirkungen von Interferonen legen aber die Vermutung nahe, daß sie das körpereigene Abwehrsystem beeinträchtigen, aber auch auf die Hormonproduktion und die Steuerung der Nervenreaktionen störend einwirken. (nach Sondervotum der Grünen)

Dokumentation

Alternative Öffentlichkeitsarbeit:
Die „Rote Zora" informiert

Im Herbst 1986 verübte die „Rote Zora" einen Anschlag auf das Humangenetische Institut in Münster und entwendete dabei, nach Hamburger Vorbild, zahlreiche Akten. Einige der Akten der Humangenetiker und ein Positionspapier, in dem die „Rote Zora" Kritik an Teilen der Frauenbewegung übt und die geklauten Materialien auswertet, sind jetzt aufgetaucht. Wir dokumentieren das Papier der „Roten Zora" in Auszügen. Die umfangreiche Dokumentensammlung, auf der die Bewertung der Arbeit der Humangenetischen Beratungsstellen, die die „Rote Zora" vornimmt, aufbaut, würde den hier möglichen Rahmen leider sprengen.

(...) Anlaß für unsere Aktion und diese Veröffentlichung war für uns die Tatsache, daß die Humangenetik ein wesentlicher Ansatzpunkt in der öffentlichen Auseinandersetzung über die Gen- und Reproduktionstechnik war/ist. Die Diskussion um die Humangenetik spiegelt eine Perspektivlosigkeit in der Frauenbewegung wider, zumindest wenn sie so wie in Berlin auf der ANTIGENA geführt wird. Wo sind Forderungen und Ansätze geblieben, die den von den Herrschenden

sind Forderungen und Ansätze geblieben, die den von den Herrschenden

vorgegebenen Rahmen und deren Denkmuster sprengen? Wo fordern wir unsere feministischen Utopien noch ein?

Die Behinderten in Berlin forderten die Schließung der Humangenetischen Beratungsstellen. Diese Einrichtungen sind die Schaltstellen

— für die gesundheitliche Erfassung möglichst vieler Menschen

— für die Selektion von erwünschtem und unerwünschtem Nachwuchs

— für die Verbreitung der Idee, alle gesellschaftlichen Probleme — vom Alkoholismus über Allergien, Kriminalität und Behinderung — seien biologischer Natur und medizinisch reparierbar.

Gegen die Forderung der Behinderten erhob sich massiver Protest unter den Frauen: es müsse jeder Frau zugestanden werden zu entscheiden, ob sie ein behindertes Kind wolle, jede Frau müsse diese Entscheidung selbständig treffen und die Forderung nach Schließung würde ein Tabu errichten. Dabei ist ein ganz anderes Tabu längst schon in unsere Köpfe eingepflanzt: Das Tabu, über die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse hinwegzudenken und zu fordern: Das Recht, anders zu sein als der Durchschnitt; das Recht, nicht leistungsfähig zu sein für diese Wirtschaft; das Recht, sich entgegen aller Propaganda von Humangenetikern, Medizinern und Sozialpolitikern eine Welt vorzustellen und darum zu kämpfen, in der Kranke und Behinderte integriert sind. Eine Welt, in der sie keine Last sind. Eine Welt, in der die ganzen krankmachenden Umweltbedingungen und gesellschaftlichen Verhältnisse verschwunden sind. Die Propaganda der Humangenetiker, Bevölkerungspolitiker und auch unsere eigene Angst stellen das Problem auf den Kopf: Ein Giftmüllskandal, ein Atomunfall sind Anlaß, die Humangenetik anzupreisen und gegen die Opfer herrschender Politik zu wenden.

Sie sagen, daß den Frauen geholfen werden soll. Sie bekommen Informationen an die Hand, die sie zu einer selbstbestimmten Entscheidung über Abtreibung/Sterilisation führen sollen. Und die „Selbstbestimmung" hat spätestens dort ihre Grenzen, wo sich z.B. Frauen in der Psychiatrie, in den Sonderschulen, unangepaßte Frauen hier und vor allem auch die „überflüssigen" und Widerstand leistenden Frauen in der „3. Welt" nicht den bevölkerungspolitischen Zielen der Herrschenden „freiwillig" unterwerfen — diese Tatsache bleibt bestehen, auch wenn das alles zum „Wohl" für Behinderte, Sonderschüler, Psychiatrisierte und Arme in der „3. Welt" umgedeutet wird. (...)

Der Begriff „Selbstbestimmung" der Schwangeren ist in diesem Zusammenhang fehl am Platz: Ärzte bestimmen die Untersuchungsmethoden, Humangenetiker die Interpretation der Ergebnisse und der § 218 bestimmt die Bedingungen der Abtreibung. Rückblickend müssen wir sagen, daß die § 218-Kampagne der Frauenbewegung in der (vielleicht auch unbewußten) Tradition der Selektion und Ausgrenzung von Behinderten gestanden hat. Dies ist eindeutig enthalten bei der eugenischen Indikation.

Die in den letzten Jahren systematisch geschürte Angst vor einem behinderten Kind, die Strategie, Kosten-Nutzen-Denken in alle Köpfe zu verpflanzen, Krankheit als individuelles Verschulden und Problem hinzustellen, hat scheinbar verfangen. Die Forderung nach selbstbestimmter Nutzung der humangenetischen Beratung zu stellen, heißt die Forderung nach selbstbestimmter Selektion zu erheben. Selbstbestimmung ist nicht mehr kollektive, politische und kämpferische Forderung gegen die Integration/Unterwerfung unter herrschende Verhältnisse, sondern Legitimation für individualistische Prozesse. Diese Individualisierung politischer Konflikte macht uns nicht nur schwach, sie ist unpolitisch und läßt uns unsere Utopien aus den Augen verlieren. (...)

Bei unserem Besuch im Humangenetischen Institut (HGI) in Münster im August letzten Jahres ist es uns gelungen, das Archiv zu zerstören (...) Es war das Lebenswerk von Lenz, das er im Laufe seiner Tätigkeit am Humangenetischen Institut in Münster aufgebaut hatte. Diesem Archiv wurde laut Zeitungsmeldungen internationale Be-

baut hatte. Diesem Archiv wurde laut Zeitungsmeldungen internationale Be-

deutung zugeschrieben. Einiges haben wir in der Nacht mitgenommen, alles andere ist verbrannt. Uns ist es auch nicht in erster Linie darauf angekommen, das Archiv auszulagern, wir wollten es vorrangig zerstören, damit die Macht, die Weißkittel aus solchen Archiven ziehen, an einer Stelle gebrochen wird.

Bei der Durchsicht der Akten haben wir keine spektakulären Schweinereien aufgedeckt, wie es etwa bei Stockenius der Fall gewesen ist. Das heißt allerdings nicht, daß hier solche nicht passieren, da unsere Auswahl nicht repräsentativ ist. Wichtig für uns ist, von der Fixierung auf die Skandale wegzukommen. Sie gehören zwar zu diesem System und sind als solche auch zu denunzieren. Gleichzeitig haben die Skandale oft aber die Funktion, daß sich die kritischen Wissenschaftler und Mediziner dagegen abgrenzen können, um damit die Harmlosigkeit ihrer Arbeit zu dokumentieren und die Akzeptanz des sozial-politischen Konzepts der Humangenetik erhöhen. Es ist vielmehr die alltägliche Normalität — das Erfassen und Aufarbeiten der Daten, das Einpflanzen des Selektionsgedankens in die Köpfe der Menschen — die die Gefährlichkeit dieser Institute ausmacht. (...)

Erbberatung

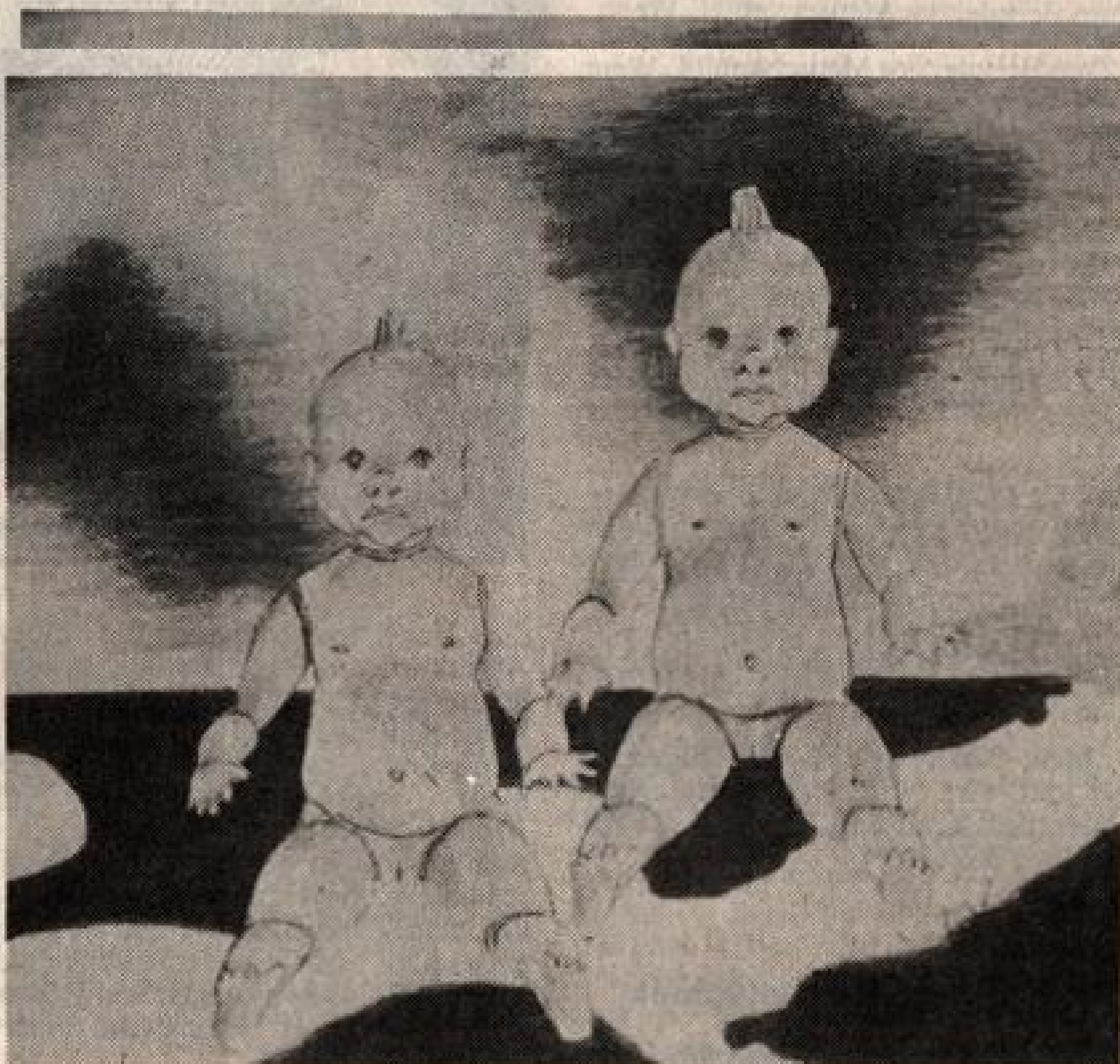
Die allgemeine Verunsicherung und Angst, die z.B. durch Umweltskandale und deren Veröffentlichung hervorgerufen werden, lassen die Humangenetischen Beratungstellen (HGB) zu einer scheinbar hilfreichen Einrichtung werden. Die HGB kann dann die aufgeschreckten Ratsuchenden mit sachlichen Argumenten beruhigen, mit Prozentzahlen und Verharmlosung der Schädlichkeit von Umweltgiften und Medikamenten.

Auf Anfragen mit speziellem „Verdacht" wird immer mit Prozentzahlen geantwortet, zum Teil mit medizinischen Erläuterungen zur domin./rezessiven Vererbung, die das Ausgeliefertsein gegenüber den Risiken eher fördern als relativieren und damit verstärkte Unsicherheit produzieren. In der Beratung Tüntes wird fast immer entweder weitere Untersuchung und/oder Beobachtung nahegelegt oder im Falle der Schwangerschaft pränatale Diagnostik „empfohlen", was ebenfalls die Unsicherheit verstärkt, die Angewiesenheit auf medizinische Einrichtungen unterstreicht, das totale Abhängigkeitsgefühl hervorruft. Die Verunsicherung treibt die Betroffenen in die Verfügungsgewalt der Mediziner und Genetiker, die dann ihrerseits mit Hilfe ihres medizinischen Apparates beruhigen. Die Antwortschreiben auf die Anfragen der Ratsuchenden sind im väterlich fürsorglichen Ton geschrieben und suggerieren persönliche Anteilnahme und Betreuung nach dem Motto „in unserer Obhut sind Sie gut aufgehoben, wir untersuchen und erforschen genauestens, werden Ihnen eine objektive Antwort geben und das Beste für Sie herausfinden, worüber Sie frei entscheiden können."

Es wird fast nie zur Abtreibung oder Kinderlosigkeit geraten. Aus dem Material geht hervor, daß es derzeit nicht primär um die Verhinderung von Behinderung geht, sondern um Stigmatisierung (Kriterien für normal — nicht normal), um das Sammeln und Aufarbeiten von genetischen Daten, um die Verbreiterung des Selektionsgedankens („es ist möglich, Behinderung zu vermeiden").

Oft wird den Ratsuchenden eine weitere Beobachtung angeboten oder Zusatzinformationen angefordert. Nach außen wirkt es wie eine unsystematische, zufällige Sammlerleidenschaft, nach innen wird archiviert und erfaßt.

Eine besondere Bedeutung des Humangenetischen Instituts liegt in der Zentralisierung. Es scheint zum Selbstverständnis vieler Ärzte und Krankenhäuser zu gehören, daß sie „interessante Fälle" an das Humangenetische Institut schicken, damit diese aufgearbeitet werden. Es gibt weitere Hinweise auf zentrale Datenerfassung. Sterilisationsempfehlungen bei bestimmten Krankheitsbildern — d.h. Zwangsterilisationen — sind die konsequente Folge dieser Wissenschaft.



Holsteinische Milchkuh wohlauf

(Ausschnitt; Miriam Voigtsberger; aus: Die Wacht am Gen. Das Kunstwesen (Hrsg.))

Aus dem vorliegenden Material läßt sich insgesamt eine grundlegende These formulieren: Der individuelle „Genpool" wird verantwortlich gemacht für sogenannte Erkrankungen, Miß- oder Fehlbildungen. Exogene Schädigungswirkungen von Giften, Medikamenten, Strahleneinwirkungen werden verharmlost. Teilweise berechtigte Ängste von Frauen werden auf die individuelle Verantwortlichkeit hin kanalisiert. Hochgespielt wird die Verantwortung für ein fehlerfreies Leben, runtergespielt dagegen die Auswirkungen von alltäglichen Katastrophen, d,h. von der Zerstörung der Natur und Umwelt bis zur HERRschenden Techno- und Pharma-Medizin.

Medikamente, Strahlen und Gifte

Aus den Antwortschreiben von Lenz geht die Verharmlosung von Drogen, Tabletten, Strahlen etc. hervor, gegenüber dem „schwerwiegenderen" Problem des Alkoholismus. Seiner Ansicht nach gilt für Mutationen, daß der Einfluß des Lebensalters weit größer ist als der von erheblichen Strahlenmengen. Auch eine Chemotherapie ist unbedeutend.

Diese Strategien der Verharmlosung, denen sich die Herren Humangenetiker bedienen, basieren immer auf der Beweisführung der Betroffenen. Kein Pharmaproduzent muß die nichtschädigende Wirkung seines Medikamentes beweisen, bevor es auf den Markt kommt. Erst die Erfahrungen in der Praxis — also die reinen Menschenversuche — bringen den Beweis für schädigende oder nichtschädigende Wirkung auf den Menschen, den Fötus. An dieses Prinzip hält sich auch der Lenz. Liegen ihm keine größeren Untersuchungsreihen über eine Medikamenteneinnahme während der Schwangerschaft und der Vergleich mit den Neugeborenen vor oder hat es bisher keine ihm hellhörig machenden Rückmeldungen aus den Krankenhäusern bzw. Kinderkliniken, die einen Verdacht der Korrelation von Behinderung und spezifischem Medikament aufkommen lassen, gegeben, stellt er der Pharmaindustrie Unbedenklichkeitsbescheinigungen aus. Ab und zu mit der Frage gekoppelt, allerdings nur an die Kollegen in den Krankenhäusern, ob noch weitere Fälle bzgl. dieses Präparates bekannt sind. (...) Die Unbedenklichkeitsbescheinigungen liegen vollkommen im Interesse der Pharmaindustrie, mit der er regen Kontakt pflegt, wie weiter unten dokumentiert. Zynisch klingen auch seine Antworten auf Nachfragen nach den Hinweisen entsprechender Beipackzettel der Medikamente: „ ... darf während der Schwangerschaft nicht verabreicht werden" oder andere warnende Hinweise: Sie dienen allein dazu, die Firmen „vor sinnlosen Prozessen zu schützen" oder ähnlich von ihm formuliert.

Die Unbedenklichkeit gegenüber Medikamenten begründet Lenz mit dem unverfrorenen Vergleich „anderer Substanzen unserer natürlichen und künstlichen Umwelt, ... die wir ohne es zu wissen aufnehmen".

Absolut abwieglerisch wird Lenz zum Thema „Dioxin". Seine Korrespondenz mit Boehringer Ingelheim, die in ihm einen Verbündeten gegen die „Verunglimpfung" von Dioxin-Gift gefunden haben, verdeutlicht seine guten Kontakte zur Pharmaindustrie und das Interesse, sein Wissen, sein Fachansehen auch in ihren Dienst zu stellen. (...)

Die sprachliche Zurückhaltung von Lenz, auch mit dem Umgang der Amniozentese, ist der Tatsache geschuldet, daß er einer Generation entstammt, die durch den Nationalsozialismus behaftet ist. Von der Berührung mit sozialer Eugenik sind seine Beratungen weiter entfernt als dies bei seiner Instituts-Nachfolgegeneration der Fall ist: Tünte spricht hier eine deutlichere Sprache.

Sozialgenetik

1971 wird an die Deutsche Forschungsgesellschaft (DFG) ein Förderungsantrag „Genetische Erhebung" gestellt, aus dem hervorgeht, daß Tünte die „Sozialgenetik" als neue Fachdisziplin vorantreiben will. In Forschungsberichten, die 1975 als Jahresbericht an die Deutsche Forschungsgesellschaft gehen, wird dieses Vorhaben konkretisiert. Ziel dieser Forschungen ist es, die „sozialen Dimensionen genetischer Erkrankung sichtbar und meßbar" zu machen, um ein „umfassendes Konzept zur Intensivierung der genetischen Beratung zu entwickeln, in dem neben den genetischen Fragen auch die sozialen und psychologischen Aspekte Berücksichtigung finden." Daraus erwächst die Möglichkeit, nicht normgerechtes Verhalten als Krankheit zu definieren und möglichst breit zu erfassen. Als Arbeitsbegriff für Behinderung gilt „die Einschränkung in Bezug auf eine oder mehrer Aktivitäten, welche in Übereinstimmung mit dem Alter, Geschlecht und der sozialen Rolle der jeweiligen Person als die allgemein wesentlichen und grundlegenden Bestandteile des Alltagslebens angesehen werden." Die von der „Leistungsgesellschaft" an den einzelnen gestellten Anforderungen sind der Maßstab für normgerechtes Verhalten.

Der soziale Anspruch, mit dem Tünte seinen Forschungsansatz zu legitimieren versucht — nämlich die Umweltbeteiligung an Behinderung durch Vorurteile und Stigmatisierung aufzudecken — entlarvt sich in seinen eigenen Schlußfolgerungen: Soziale Struk-

nen Schlußfolgerungen: Soziale Struk-

turen beeinflussen die Manifestation der zu Hüftluxation disponenten Erbanlagen, wenn z.B. infolge ärmlicher Lebensbedingungen eine rechtzeitige Diagnose und eine optimale Behandlung unterbleiben. ... die Frage der gesellschaftlichen Belastung durch Erbkrankheiten ist für die Sozialgenetik von zentraler Bedeutung." Natürlich hebt Tünte hervor, daß Sozialgenetik eine wertfreie Wissenschaft ist und grenzt sie als solche gegen die Eugenik ab. Wenn er aber die gesellschaftliche und finanzielle Belastung von Erbkrankheiten ins Spiel bringt — in Zusammenhang mit Überlegungen der Kosten-Nutzen-Analyse — wird seine Sprache allzu deutlich.

Aufschlußreich schien uns die Art der Datenerhebung für seine Untersuchungen. Einerseits griff er auf das Genetikregister des Instituts zurück, andererseits ermittelte er über das Einwohnermeldeamt nicht betroffene Vergleichspersonen. Die Ergebnisse wurden computergerecht aufgearbeitet. Das Ganze ist mehr als 12 Jahre her, wird von ihm selbst als Anfang einer neuen Forschungsrichtung bezeichnet.

Historisch aber immer noch aktuell

Zum Schluß begeben wir uns in die Geschichte des Nationalsozialismus. Aus dem Inhalt einer historischen Akte zu den Vortragsreisen Verschuers im Jahre 1939-1944 ist uns sein Vortrag vor Verwaltungsleitern der Heil- und Pflegeanstalten in Berlin 1939 zu veröffentlichen wichtig. Hier geht es um die Ein-

Fortsetzung nächste Seite

19.11.84 Professor Lenz an

Dr. med. Michael Krins
Arzt für Kinderheilkunde

besten Dank für Ihren Brief vom 13.11.84! (...)

In den meisten Ländern scheint die Sterilisation mongoloider Jugendlicher juristisch und ethisch nicht angefochten zu werden. In der Bundesrepublik hat der Gesetzgeber anscheinend das Problem nicht anzupacken gewagt, weil durch den Mißbrauch in der Nazizeit Argwohn noch verbreitet und eine objektive Würdigung erschwert war. Ich meine, es bestehen folgende Alternativen:

1. Freie Sexualität nach Sterilisierung.
2. Freie Sexualität mit Interruptio.
3. Freie Sexualität, Adoption des Kindes.
4. Verhinderung sexueller Kontakte durch Asylierung.

Gegen 1 scheint mir nur die gesetzliche Situation zu sprechen. Wer die Verantwortung dazu auf sich nimmt, riskiert Verleumdungen (wahrscheinlicher) und Strafe (da meist kein Kläger auftreten dürfte, weniger wahrscheinlich).

2. Erscheint mir unannehmbar, da eine echte freie Einwilligung wegen der mangelhaften Einsicht nicht möglich ist und da es nicht bei einer Interruptio bleiben dürfte.

3. Erscheint mir unannehmbar. Einem mongoloiden Mädchen zu ermöglichen, ein Kind auszutragen, nur damit sie es dann weggibt, verstößt gegen ihre elementare Würde als Frau. Sie wird zur „Gebärmaschine" degradiert.

4. Dies ist die einzige halbwegs vernünftige Alternative, doch dürfte sie an dem Reformeifer der Psychiater scheitern, die stolz auf die sexuelle Befreiung ihrer Patienten sind. Viele Eltern würden auch Alternative 1 vorziehen. (...)

Mit freundlichen Grüßen
Prof. Dr. W. Lenz

Gentechnik-Kritik zwischen Antiimperialismus und Moral

Interview mit der Feministischen Aktionsgruppe Münster (FAM)

Seit zwei Jahren beschäftigen sich die zehn Frauen von der FAM mit dem Thema Gen- und Reproduktionstechnik. Sie haben in Münster eine Informationswoche dazu abgehalten. Wichtig ist es ihnen, den umfassenden Stellenwert der Gentechnik klar zu machen. Um einer Vereinzelung der verschiedenen Gruppen entgegenzuwirken, hat die FAM im Oktober 1986 das erste bundesweite Arbeitstreffen von Frauengruppen initiiert und durchgeführt. Am 30./31. Januar, während des zweiten bundesweiten Frauentreffens in Marburg, haben wir uns mit ihnen über Perspektiven und Probleme des Kampfes gegen die Gen- und Reproduktionstechnik unterhalten.

thr. + ot.

AK: Gegen Gentechnik wenden sich an vielen Punkten nicht nur Gruppen aus der Frauenbewegung, sondern auch die katholische Kirche und der rechte Flügel der CDU. In der Diskussion um den Paragraphen 218 wirkt sich das dahingehend aus, daß Teile der Grünen und auch Frauen von einer „neuen Nachdenklichkeit" sprechen, die eine „andere Auseinandersetzung", und das meint wohl eine restriktivere, mit Schwangerschaftsabbruch erfordere. Kann der Widerstand gegen die Gen- und Reproduktionstechnik für Feministinnen und die Linke zum Bumerang werden?

FAM: Sicher muß manches überdacht werden. Die Frage, ob eine Frau ein Kind haben will oder nicht, muß sie aber auf jeden Fall selbst entscheiden können. Allerdings kann sie sich nicht für eine bestimmte Qualität von Kind entscheiden. Das ist ein ganz wichtiger Unterschied dabei. Also wenn ich mich als Frau für ein Kind entscheide, dann muß ich mich auch für ein behindertes Kind entscheiden.

Die Rechte diskutiert Abtreibung ja als eine Frage von Leben und Töten. Wird

eine Frage von Leben und Töten. Wird

nicht durch die Diskusssion gegen Gen- und Reproduktionstechnik der Lebensbegriff auch von der Linken weiter vorverlagert? Wenn mensch dagegen ist, daß mit Embryonen experimentiert wird, dann wird der Lebensbegriff in diesem Zusammenhang auch von Gen- und Reproduktionstechnik-Gegnerinnen weiter vorverlagert.

Unsere Argumentation ist aber nicht, daß wir gegen Experimente mit Embryonen sind, weil das Leben ist. Wir wenden uns gegen die Ziele, die mit diesen Experimenten verfolgt werden. Dieses Projekt, einen Menschen zu schaffen, der in diese verdreckte und verseuchte Umwelt reinpaßt, ist es, das wir ablehnen. Und das ist ein anderer Ansatzpunkt als der, den die Konservativen haben. Wenn wir von Schutz des Lebens reden, meinen wir das Leben, das hier stattfindet, nicht irgendwelches Leben, das je nach Interesse ab einem bestimmten Zeitpunkt als Leben festgelegt wird. Außerdem machen diese rechten Gruppen sehr genaue Unterschiede, welches Leben sie schützen: das von Ausländerinnen oder Frauen in der 3. Welt gehört nicht dazu, sie interessieren sich für die BRD-Mittelschichtfrauen.

Aber das Schlagwort von der „neuen Nachdenklichkeit" ist ja kein rechter Kampfbegriff, das wird auch in der taz und von frauenbewegten Frauen verwendet, die aus ihrer Kritik an der Gen- und Reproduktionstechnik heraus sagen: wir sind bisher mit Fragen wie Abtreibung zu leichtfertig umgegangen.

Daß Frauen mit Abtreibung leichtfertig umgegangen sind stimmt nicht. Aber daß Dinge neu überdacht werden müssen, daß wir mit unseren Positionen nicht statisch sind, ist doch etwas Positives.

Was also müßte eurer Meinung nach neu überdacht werden?

Zum Beispiel das Menschenbild. Wenn wir sagen, wir sind gegen humangenetische Beratung und wollen dazu beitragen, daß sie abgeschafft wird und wenn wir gegen pränatale Diagnostik sind, dann müssen wir fragen, wie gehen wir selbst mit Behinderten um. Was heißt das für Frauen, unter den bestehenden Verhältnissen ein behindertes Kind zu bekommen. Das verstehen wir unter „neuer Nachdenklichkeit".

Maria Mies hat auf dem Bonner Kongreß gegen Gen- und Reproduktionstechnik gesagt: wir dürfen nicht mehr sagen, „mein Bauch gehört mir", das

sagen, „mein Bauch gehört mir", das

sei eine bürgerliche Denkform, sondern „ich bin mein Bauch". Seht ihr das auch so?

„Mein Bauch gehört mir" suggeriert ja, das wäre ein Eigentum und trennt außerdem Kopf und Bauch — das finden wir falsch.

Gentechnik ist eine Befriedungstechnik

Die Diskussion um Gentechnik wird von Gegnerinnen und Befürwortern oft verglichen mit der um die Atomkraft: die Herrschenden sagen, wir müssen aus unseren Fehlern von damals lernen und von vornherein die öffentliche Diskussion dominieren, die Opposition sagt: der Einstieg muß hier wenigstens vorzeitig abgebrochen werden ...

Die Folgen der Gentechnik sind unserer Meinung nach umfassender noch als die der Atomkraftnutzung: Gen- und Reproduktionstechnik greift in viel mehr Lebensbereichen. Ein wichtiger Aspekt ist auch noch, daß Gen- und Reproduktionstechnik helfen soll,



Aus: Der Griff nach der Bevölkerung (Hrsg. Heidrun Kaupen-Haas)

die Umweltbelastungen, die durch Atomkraft verursacht werden, systemimmanent in den Griff zu bekommen. Also: Atomkraft soll weiter eingesetzt werden, aber die Schäden sollen minimiert werden. Das hat für Arbeiter/innen zur Folge, daß sie genetisch untersucht werden, wieweit ihnen schädliche Stoffe zuzumuten sind — und dementsprechend werden sie dann eingesetzt. Ein weiterer Ansatzpunkt ist, daß die Auswirkungen von Radioaktivität auf das Genmaterial untersucht werden.

Sind Atom- und Gentechnik denn eurer Meinung nach unterschiedliche Qualitäten von Technologien?

Beides sind Technologien, mit deren Hilfe höhere Profite erwirtschaftet werden sollen. Beides sind auch Technologien, die von Männern eingeführt wurden und beide dienen einer weitgehenden Naturbeherrschung. Im Gegensatz zur Atomtechnik greift die Gen- und Reproduktionstechnik direkt in das Leben ein und ist eine Stufe der Frauenausbeutung.

Wäre eine Gegenposition dazu: die Natur soll unberührt bleiben, wie sie ist?

(Gelächter) Das würde ja heißen, sich mit Krankheiten und allem abzufinden. Wir wollen aber gerade an die wirklichen Ursachen für die heutige Misere: die Produktion, in der die Umweltverschmutzung, die rücksichtslose Ausbeutung von Natur selbstverständlich ist. Wir stellen uns dagegen vor, daß die Natur so genutzt wird, daß sie sich wieder regenerieren kann: Regenerative Energien beispielsweise, oder unschädliche Medikamente oder das Ausgraben verdrängter Heilverfahren oder statt Ultraschall- wieder Tastuntersuchungen.

Die Grenze zwischen dem und der reaktionären Parole des „Zurück zur Natur" ist mir noch unklar.

Dieses „Zurück zur Natur" — was heißt das? Uns geht es um natürlichere Lebensweisen. Das heißt: ich will mehr über mich und meinen Körper wissen, ich will so weit es möglich ist mich selber kontrollieren können — und das nicht einem Arzt alles in die Hände geben. Das hat für mich auch was mit natürlich leben zu tun. Das heißt aber auch, sich mit bestimmten Sachen abzufinden: wenn eine Frau unfruchtbar ist, daß sie sich damit abfindet und guckt, daß es auch andere Möglichkeiten gibt, ein Kind aufzuziehen, sein Großwerden mitzuerleben. Wir sprechen da von sozialer Mutterschaft. Das heißt, daß dieser Familienbegriff aufgelöst wird. Also nicht mehr: jedes Kind gehört den Eltern, Kinder können auch mehrere Bezugspartner/innen haben. Für eine unfruchtbare Frau ist also nicht die einzige Alternative, zu Reproduktionsmedizinern zu gehen. Abfinden meint also einerseits, zu akzeptieren, daß es auch Leid gibt, andererseits meint es aber nicht, sich nicht gegen Umweltverschmutzung als mögliche Ursache der Unfruchtbarkeit zur Wehr zu setzen und auch nicht, auf bestimmte technische Möglichkeiten zu verzichten.

Leid akzeptieren, das Leben annehmen wie es ist — das klingt doch recht katholisch: die Existenz als von Gott gegeben hinnehmen ...

Es geht darum, nach Ursachen zu gucken und die zu bekämpfen. Das ist das eine — und das hat mit Gott und Kirche nichts zu tun. Das andere ist, daß wir sehen, daß es immer schon Behinderungen gegeben hat — Trisomie 21 beispielsweise. Und wenn wir sagen: damit müssen wir uns abfinden, dann heißt das, wir wollen das in unser Leben integrieren, gucken, wie wir damit umgehen können, daß wir die Menschen voll akzeptieren, wie andere auch.

Da stellt sich die Frage nach der humangenetischen Beratung. Ihr lehnt die strikt ab. Heißt das für Mütter von behinderten Kindern dann: Ihr müßt gucken, wie ihr damit zurechtkommt? Oder was heißt „ abfinden" in dem Zusammenhang?

Wir sind nicht nur gegen humangenetische Beratungsstellen, sondern auch gegen pränatale Diagnostik, sobald sie zur Qualitätskontrolle des Kindes eingesetzt wird. Das hat zur Folge: schwangere Frauen wissen nicht, ob ihr Kind behindert sein wird oder nicht — also bekommen sie auch behinderte Kinder. Nach der Geburt wollen wir den gewohnten Gang aber verändern: die Isolation, in der sich Mütter von behinderten Kindern heute befinden, weil sie alleine damit fertig werden müssen, wollen wir aufbrechen. Wir müssen gucken, andere Alternativen für sie zu entwickeln, sie dabei zu unterstützen. Konkret hieße das: zum Beispiel Aufhebung der Isolierung durch Sonderausbildung für Behinderte, bessere Möglichkeiten, Pflege zu bekommen, mehr Aufklärung über Möglichkeiten, die Behinderte haben. Dazu gehört, daß Behinderung nicht zwangsläufig mit Leid gleichgesetzt wird. Wir müssen uns da auch erlauben, diesen Widerspruch aufzudecken, daß wir selbst teilweise diese Bilder in unseren Köpfen haben — trotzdem aber gegen humangenetische Beratung sein können. Das ist vergleichbar der Diskussion um den § 218, wo Frauen sich lange Zeit nicht getraut haben zu sagen, daß Abtreibung auch Scheiße ist, wir sie aber trotzdem für uns fordern. Es ist also nicht alles easy und leicht: wir müssen uns damit auseinandersetzen, daß eben viele Frauen Angst vor einem behinderten Kind haben.

Vielleicht waren das die falschen Männer?

Was könnt ihr euch vorstellen, was der Gen- und Reproduktionstechnik politisch entgegengesetzt werden kann?

Gen- und Reproduktionstechnik darf nicht isoliert gesehen werden, sondern, auch wenn das jetzt platt klingt, in Zusammenhang mit Imperialismus und Patriarchat.

Was heißt das praktisch? Soll der Kampf vorwiegend von der Frauenbewegung geführt werden?

Wenn Männer sich damit beschäftigen, finden wir das prima — aber erstmal geht es, vor allem in der Reproduktionsmedizin, um unseren Körper, unseren Uterus, unsere Eier — das sind die Forschungsobjekte. Aber es betrifft auch Männer. Und ich finde es eigentlich ganz bezeichnend, daß Männer sich bisher sehr wenig damit beschäftigt haben, und das in die Ecke „Reproduktionskram", mit dem sie sowieso sehr wenig zu tun haben, abschieben. Auffällig ist auch, daß auf Veranstaltungen, wo Männer anwesend waren, die meistens gefragt haben: aber irgendwas Positives muß die Gentechnik doch haben. Die sind viel technikgläubiger.

Bisher beschränkt sich die Bewegung gegen die Gen- und Reproduktionstechnik auf Öffentlichkeitsarbeit: Diskussionveranstaltungen, Kongresse ...

Das ist Basisarbeit und die ist im Augenblick immens wichtig, um das Bewußtsein für die Zusammenhänge zu schaffen, in die die Gen- und Reproduktionstechnik eingebettet ist.

Aber eine Massenbewegung vergleichbar der gegen Atomkraft zeichnet sich doch trotz dieser Basisarbeit nicht ab.

Noch nicht ...

Innerhalb der Frauenbewegung gibt es Ansätze zu einer Vernetzung im internationalen Bereich. FINNRAGE ist so ein Beispiel — seht ihr darin auch eine Perspektive?

Wir sind in der FINNRAGE bewußt nicht Mitfrauen, obwohl wir eine stärkere Zusammenarbeit national und international anstreben. Aber wir wollen autonome Frauen bleiben und nicht so eine Repräsentanzpolitik betreiben, wie sie von FINNRAGE bisher betrie-

eine Repräsentanzpolitik betreiben, wie sie von FINNRAGE bisher betrie-

ben wird. Für uns wäre schon viel gewonnen, wenn Arbeitstreffen wie dieses hier regelmäßig stattfinden würden.

Am Beispiel der Anti-AKW-Bewegung zeigt sich, daß ein breites Bündnisspektrum wichtig ist, um die politischen Inhalte voranzutreiben. Anders hätte die Bundeskonferenz von Anti-AKW-Gruppen in Nürnberg Anfang des Jahres gar nicht durchgesetzt werden können. Dort haben auch die Grünen die Bewegung unterstützt — arbeitet ihr auch mit denen zusammen oder lehnt ihr das ab?

Wir entscheiden das punktuell, mit wem wir zusammenarbeiten. Das können auch die Grünen sein.

Und was haltet ihr von parlamentarischen Initiativen, beispielsweise einem Anti-Gentechnik-Gesetz?

Überhaupt nichts. Wolf-Michael Catenhusen (SPD) hat uns als Vorsitzender der Enquetekommission „Chancen und Risiken der Gentechnik"" zwar mal eingeladen, damit er sehen kann, wie die Position der autonomen Frauenbewegung von der Enquetekommission berücksichtigt werden kann — aber da haben wir ihm ein Kärtchen geschrieben, wir würden uns an so einem Regenbogenfeminismus nicht beteiligen. Es ist eine Illusion zu glauben, auf parlamentarischem Wege ließe sich gegen die Gen- und Reproduktionstechnik effektiv kämpfen.

Und wie seht ihr die Chancen des Gegenteils von parlamentarischer Arbeit. Stichwort: Infrastruktur zerstören, Institute angreifen? Soll der Widerstand gegen die Gen- und Reproduktionstechnik militant sein?

Öffentlichkeitsarbeit und Militanz schließen sich nicht aus. Es gibt sicher unterschiedliche Strömungen im Widerstand und wir sollten sehen, daß beide zusammenarbeiten. Wenn wir mal die Aktionen der Roten Zora als Beispiel nehmen: da wurde gleichzeitig durch die Zerstörung des Archivs von Professor Lenz die Arbeit der Gentechniker behindert und durch das Mitnehmen von Akten eine Öffentlichkeitsarbeit gegen die Beratungsstellen erleichtert.

Fortsetzung von vorheriger Seite

bindung der Krankenhäuser in die Erfassung von Zwangssterilisationen. Ein für die heutige Zeit aktuelles Thema, wo die Datenerfassung in den Krankenhäusern stark zunimmt — von den Krebsregistern über die Diagnostikstatistik bis zur integrierten Datenverarbeitung.

— Damals wie heute wurden und werden sogenannte Behinderungen in der Krankenakte festgehalten, auch wenn der Krankenhausaufenthalt damit nichts zu tun hat, und Krankengeschichten werden obligatorisch registriert.

— Damals wie heute gab und gibt es die Diskussion, jeden Arzt in das System der Rassenhygiene bzw. humangenetischen Beratung einzubeziehen.

— Damals wie heute stellte und stellt sich die Frage nach der notwendigen Ausbildung im Fach Rassenhygiene bzw. Humangenetik, selbst für die Lehrerausbildung.

— Mit der Einrichtung der Erbkarteien sollte eine „gesundheitliche Bestandsaufnahme unseres Volkes angestrebt" werden. Angestrebt wird heute eine gesundheitliche Bestandsaufnahme der Bevölkerung, eine möglichst flächendeckende Erfassung und Registrierung der Menschen durch medizinische Institutionen, Karteien und Register, damit die qualitative Kontrolle des „Bevölkerungsmaterials" gewährleistet ist und bevölkerungsmanipulierende Maßnahmen ergriffen werden können.

— Damals wie heute gab und gibt es gleiche Methoden und Vorgehensweisen der Erbforschung: Familienforschung und Statistik, Zwillingsforschung und empirische Erbprognose. Heute hinzugekommen sind die biotechnischen Möglichkeiten der Chromosomen- und Genuntersuchungen und daran gekoppelt die EDV-mäßige statistische Verarbeitung.

— Das Objektverhältnis gegenüber menschlichem Leben generell äußerte sich gegenüber den Frauen als Objekt der Forschung und Mittel der Umsetzung quantitativer und qualitativer Bevölkerungspolitik besonders in dem Interesse, die Fruchtbarkeit der sogenannten wertvollen Frauen optimal auszubeuten.

Das „Leid der Kinderlosigkeit" war immer schon Anknüpfungspunkt für die Durchsetzung von HERRschaftsinteressen. Parallelen und Ähnlichkeiten von Strukturen und Ideologie damals wie heute könnten noch weiter fortgeführt werden, aber uns reicht's!

Auffällig ist natürlich die vorsichtigere Formulierung in heutigen Konzepten. Es ist nicht direkt von der Verantwortung der/des Einzelnen der Volksgesundheit gegenüber die Rede, sondern eher vom Leid des Individuums und der Verantwortung sich selbst gegenüber, obwohl ab und zu auch schärfere Töne zu vernehmen sind. Man spricht nicht von Ausmerze und Zwangsmaßnahmen, sondern ist bemüht um die Propagierung des Prinzips der Freiwilligkeit. (...)

Rote Zora

Über höhere Kulturstufen — Gespräch mit Böll-Preisträgerin Elfriede Jelinek, Teil 2

Elfriede Jelinek — enfant terrible der gegenwärtigen deutschprachigen Literatur — erhielt am 2.12. des letzten Jahres den Böll-Preis 1986 für „hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der deutschen Literatur''.
Wir besuchten sie im Sommer 86 in Wien und sprachen mit ihr über ihre Arbeit, über ihre Zukunftserwartungen, über sie selbst.
In AK 278 stellten wir sie vor und brachten erste Teile des Gesprächs über den alltäglichen Wahnsinn des Kapitalismus, über ihr literarisches Selbstverständnis, über das von ihr praktizierte „umgekehrte Prinzip Hoffnung''.
In diesem AK sprechen wir mit ihr über Feminismus, ihre Mitgliedschaft in der KPÖ, ihre zukünftige Arbeit.

Kai Ehlers alias F.


Foto: Sepp Dreissinger

Frauen, Sozialismus und Feminismus

Arbeiterkampf: In deiner utopischen Skizze „Die Bienenkönige'' entwirfst du eine militante antipatriarchalische Vision. Eigentlich in allen, auch deinen neueren Arbeiten bemühst du dich, Dumpfheit und Infantilismus einer patriarchalisch dominierten Gesellschaft, die Ungleichberechtigung von Mann und Frau usw. bloßzustellen. Du beziehst einen radikal-feministischen Standpunkt. Du bist auch Mitherausgeberin der „Schwarzen Botin''. In einem früheren Interview hast du den Satz geprägt: „Frauen stehen auf einer höheren Kulturstufe...''

Elfriede Jelinek: Allerdings, dazu stehe ich auch! (lacht)

Wie meinst du das? Welche Hoffnungen verbindest du damit?

Wie meinst du das? Welche Hoffnungen verbindest du damit?

Ich kann es nur sehr simpel sagen. Es ist einfach so: Das männnlich-patriarchalische Universum ist eigentlich die Ordnungsmacht. Wenn z.B. in den Bachmann-Träumen, also etwa in „Malina'' von Ingeborg Bachmann die Mutter die Komplizin des Mannes gegen die Tochter wird, dann bedeutet das gleichzeitig die Vernichtung der Tochter, aber durch das männliche Ordnungsprinzip — diese anal-sadistischen, hierarchischen Ordnungen als da sind: Sauberkeit, Pünktlichkeit, Fleiß und änliches.

Die Frau dagegen — ich will vermeiden, jetzt von *der* Frau und *dem* Mann zu sprechen, weil das auch schon wieder mythologisierend ist und auf verschiedene Klassenzugehörigkeit und Produktionsverhältnisse keine Rücksicht nimmt, aber wenn ich jetzt von Feminismus rede, dann verallgemeinere ich das mal — also die Frau dagegen ist anarchischer. Damit will ich jetzt nicht sagen, daß sie das naturnähere Wesen wäre. Auch das wäre schon wieder mythologisierend.

Frauen waren aber immer auch Organisatorinnen. Diese Erfahrung trifft auch für die Geschichte der Arbeiterbewegung zu.

Ja, sie haben die Organisationsarbeit exekutiert, aber sie haben die Ordnungssysteme nicht geschaffen. Es gibt sogar in der kommunistischen Bewegung autoritäre Strukturen, die nicht von Frauen getragen wurden, die aber von Frauen zwangsläufig exekutiert worden sind. Das waren aber vielleicht auch Irrwege, die in falsche Richtungen geführt haben. Es gibt in der kommunistischen Bewegung Frauen, die das gesehen haben. Das hat eine Rosa Luxemburg gesehen und eine Alexandra Kollontai, die unter Umständen schon auch andere Wege gegangen wären. Darüber wäre es sicher interessant zu diskutieren. Nur, da ich sage, daß man nicht weiß, was die Frau ist, ist es natürlich auch ein Klischee, sie sei ein Naturwesen, das anarchische Prinzip im Gegensatz zur Ordnungswelt. Ich versuche, diesen Klischees nicht zu unterliegen, aber es ist mir bewußt, daß ich ständig mit dieser Terminologie arbeite, weil ich keine bessere habe. Ich will auch nicht simplifizieren, obwohl mir das im Grunde schon sehr liegt, aber es geht einfach darum, daß die Frau sozusagen immer im Gegensatz zum denkenden Wesen des Mannes als das Wesen, das stärker körperlich determiniert ist, betrachtet wurde, das biologische Sein schlechthin. Das ist eben auch genau das, was ich nicht möchte. Was ich möchte, ist daß die Frau sich genauso wie der Mann durch ihren Kopf definiert und ihren Wert durch das gewinnt, was sie denkt und was sie tut, also was sie produziert und nicht durch das, was sie ist und wieviele Kinder sie gebärt oder wie sie sich um ihre Kinder kümmert.

Wie das dann aussehen wird, wie die Frau sich dann vom Mann unterscheidet, wenn diese Gleichheit vollzogen ist, das kann ich auch nicht sagen. Es ist nur bei den derzeitigen ungerechten Verhältnissen so, daß ich das Gefühl habe, daß sich die Frau anarchischere Züge bewahrt hat, daß der Mann in der Kindererziehung viel früher in dieses Ordnungsgefüge eingepaßt, auf Karriere und Beruf gedrillt, während die Frau mehr in ihren emotionalen Seiten gefördert wird. Das heißt aber nicht, daß ich das auch für die Zukunft gut finden würde, diese Unterscheidung aufrechtzuerhalten, wie sie derzeit ist.

Der Mann ist heute sicher Träger des

Der Mann ist heute sicher Träger des Ordnungsprinzips. Aber mit Recht, denke ich, kritisieren Feministinnen männliche Destruktivität. Die Frau ist anarchischer, aber zugleich diejenige, die aus ihrer ganzen Geschichte heraus im konkreten wie im übertragenen Sinne das Nest baut, also extrem ordnend wirkt. Wie löst du diesen Widerspruch?

Ich kann ihn nicht auflösen. Auch andere können das nicht. Ich würde auch nicht sagen „ordnen''. Ich würde sagen, es ist ein Prinzip der Beharrung. Vielleicht ist das evolutionär eben so, daß die Frau diejenige war, die die Brut pflegen und aufziehen mußte, weil der Mann jagen und sammeln gegangen ist. (lacht) Vielleicht ist das ja auch ein reaktionäres Prinzip. Man sehe sich Mussolini und Hitler an, die die Frauen zum erstenmal biologisch aufgewertet haben. Da könnten jetzt einige Feministinnen laut aufschreien: Das stimmt nicht! Die Frauen haben nie den faschistischen Führern zugejubelt! Das war aber eine Tatsache. Man muß sich ja nur alte Wochenschauen ansehen. Dieses beharrende Element hat auch etwas ziemlich Beängstigendes. Das muß ich zugeben. — Es ist eigentlich beides: Es ist das Beharrende und es ist das Anarchische. Aber es ist nicht dieses entsetzliche Geordnete, wie will man das nennen, dieses Kästchendenken, für alles, was „er'' tut, sofort eine Terminologie zu finden, ein System zu finden, und das zwanghaft. Ich glaube, daß die Frauen das nicht tun. Ich bin da auch völlig hilflos.

In „Oh Wildnis, ...'' hast du geschrieben: „Die Frau als größte aller Unordnungen.''

Ja, ja. Das ist natürlich auch eine Ironie, eine starke Ironie. Nur ganz simpel das Beispiel: Bei gleichem Bildungsstand wird man immer erleben, daß Männer in ihren Ansichten sehr viel konventioneller sind als Frauen, die Frauen immer die weniger angepaßten Ansichten haben. Die Chance der Frau ist es eben, sich nicht in diese männliche Ordnungswelt einfügen zu lassen. — Das ist jetzt aber alles sehr pauschal. Da müßte man mehr ins Detail gehen. Das ist doch sehr schwierig.

Zwei verschiedene Universen

Ja, mir ist auch noch nicht klar, was du mit „Kulturstufe'' meinst.

Es ist sehr schwer. Wenn die Frau erzählt, was die Frau will, dann wissen wir es alle nicht. Und wenn man sagt, daß die Welt besser aussähe, wenn die sogenannten weiblichen Eigenschaften wie die der Güte und der Freundlichkeit und des Pflegerischen herrschen würden, so ist das auch wieder ein Klischee.

Man kann im Grunde nichts über die Frau sagen. Die Frau ist wirklich das, was nicht spricht. Denn alles, was man über sie sagen könnte, ist ja gemessen an diesen patriarchalischen Wertvorstellungen, an dieser Hauptachse Mann, die sozusagen von unten nach oben reicht. Daher bewegen wir uns bei allem, was wir sagen könnten, im

stellungen, an dieser Hauptachse Mann, die sozusagen von unten nach oben reicht. Daher bewegen wir uns bei allem, was wir sagen könnten, im

Grunde in einem sehr trüben Gewässer, weil die Frau nicht zu definieren ist, weil sie nicht festgelegt ist. Das ist allerdings zugleich auch ihre Chance. Das ist das, was ich mit der höheren Kulturstufe meine. Dadurch, daß sie nicht festgelegt, daß sie immer nur das Andere ist, das, von dem man nicht weiß, was es ist, hat sie auch alle Möglichkeiten, die der Mann nicht mehr hat. Der Mann ist sozusagen der Normengeber, derjenige, der das Wertsystem, auch der Frau prägt und gleichzeitig damit aber auch festgelegt wird.

Was der Mann geschaffen hat, das kennen wir jetzt inzwischen. Es wird auch nicht einfach möglich sein, daß die Frau alles ganz anders macht.

Also, da muß ich nun wirklich weiter ausholen, weil das schon in das neue Buch, an dem ich jetzt arbeite, hineingeht. Da ist meine Weltsicht eigentlich am allerpessimistischsten. In meiner Utopie, so ein Gefühl habe ich, wird jede Verbindung von Männern und Frauen aufhören, wird sich auflösen, wird nicht mehr möglich sein. Ich habe da das Beispiel von Robbe-Grillet und seiner Frau vor Augen, die ja in Paris so einen sehr ritualisierten sado-masochistischen Zirkel aufgezogen hatten. Robbe-Grillet hat sich ja genau wie ich immer sehr mit Sado-Masochismus beschäftigt. Seine Frau, die als Domina diese Inszenierungen übernommen hat, hat gesagt: Das einzige, was ihr in dieser jahrelangen Praxis klargeworden ist — und das wußte sie eigentlich schon vorher — war, daß Männer und Frauen nicht füreinander gemacht sind.

Ich seh die Notwendigkeit, daß die beiden Geschlechter — und das wird auch ohne die Notwendigkeit einfach geschehen — sich vollkommen voneinander trennen. Das wird spätestens dann passieren, wenn zur Fortpflanzung der Mutterleib nicht mehr nötig sein wird. Das wird kommen. Es gibt ja jetzt schon Artikel im „scientific american'', daß der Mann im Prinzip fähig ist, Kinder zu gebären. Der Mann ist mittlerweile auch fähig, die Gentechnologie zu beherrschen, also Reproduktion möglichst außerhalb der Frau, weit weg von der Frau stattfinden zu lassen. Das sind alles so menschenfeindliche, menschenverachtende Technologien. Kein Mensch ist da, sie zu stoppen, weil die Männer die Macht haben, die sich selbst niemals gestoppt haben und auch nicht stoppen werden. Daher wird es einfach unausweichlich sein, daß nicht einmal mehr Sexualität stattfinden wird, daß Männer und Frauen zwei verschiedene Universen sein werden, daß da etwas ganz anderes geschehen muß.

Diese Vision ist apokalyptisch. Ich kann sie nachvollziehen, ich finde sie aber keineswegs verlockend. Ich glaube auch, das Gros der Menschen, auch der Männer wird damit nicht einverstanden sein.

Aber sie werden nichts dagegen machen.

So wenig du von den *Frauen sprechen möchtest, möchte ich von* den *Männern sprechen. Ist deine Vision nicht*

So wenig du von den *Frauen sprechen möchtest, möchte ich von* den *Männern sprechen. Ist deine Vision nicht*

eine, die die herrschenden Klassenverhältnisse nach vorn verlängert, wo ich, der auch als Mann nicht zu den Herrschenden gehört, klar sage: Das ist nicht meine Vision! Wie differenzierst du zwischen Klassenvision und Geschlechtervision?

Solange in unseren Verhältnissen die jetzt herrschende Klasse dominieren wird, wird das die Realität sein. Ich sehe viele Versuche, diese Verhältnisse zu ändern. Ich sehe aber auf längere Sicht nicht die Chance, sie zu verändern. Im Sozialismus, so wie er praktiziert wird, sehe ich auch viele Dinge, die im Argen liegen, aber ich sehe doch größere Chancen für eine echte Partnerschaft zwischen Männern und Frauen, genauso wie ich sogar in der sozialistischen Mangelwirtschaft eine größere Chance sehe gegenüber der kapitalistischen Vergeudungswirtschaft. Es wird sich auch vielleicht sogar herausstellen in einer nicht allzufernen Zukunft, aber ich muß ja von unserem System, in dem ich lebe, ausgehen. Ich impliziere immer, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse sich nicht entscheidend verändern.

Es ist also immer die Aussage: Wenn die Verhältnisse so bleiben, wie sie sind, dann wird es so kommen, wenn es aber gelingt, sie zu ändern...

Dann würde auch eine gerechtere und bessere Ausgangsposition für den Umgang der Geschlechter miteinander gegeben sein. Das würde nicht alles automatisch zum Guten wenden, aber es wäre eine Grundvoraussetzung. Aber wenn sich die Verhältnisse nicht ändern, ist klar, was kommt — außer die Frauen würden zu sehr gewalttätigen Methoden greifen, also wären als Kaste ein revolutionäres Potential. Das sehe ich auch nicht. Ich sehe es in Ansätzen immer wieder, aber ich sehe mehr die Anpassung, sogar dieses sklavische Befolgen von Marktgesetzen. Wenn die Konjunktur abflacht, dann zieht man Strapse an und Carmen-Kostüme und zieht sich an den heimischen Herd zurück. Es hat sich im Grunde nichts geändert. Das sehe ich schon sehr pessimistisch.

Ich sehe das aber nicht nur für die Frauen so, ich sehe das generell so für die Beherrschten.

Ja, auch die Männer werden dann die Opfer sein, wenn es zwischen ihnen und den Frauen nichts mehr gibt. Ich sehe jetzt schon eine neue Prüderie bei den ganz jungen Leuten, auch von den USA als Medienprodukt gesteuert. Ich sehe bei den Zwanzigjährigen nicht größere Libertinage — nicht mal wie bei uns. Wir sind ja die Generation, die die sexuelle Befreiung scheinbar herbeigeführt hat. Jetzt schlägt das Pendel schon wieder so zurück, daß man heute wieder unberührt in die Ehe gehen will. Das kommt alles. Das dauert nur noch eine Weile.

Keine Chance für die Frauen im Kapitalismus

Keine Chance für die Frauen im Kapitalismus

Du hast in früheren Interviews geäußert, der Feminismus habe auch einiges Negative hervorgebracht. Was hast du damit gemeint?

Das sind eher so periphere Dinge. Die sehe ich nicht so entscheidend. Es geht da z.B. darum, was an Sexualität derzeit überhaupt noch möglich ist zwischen Männern und Frauen. Das sehe ich inzwischen sehr eingeschränkt, weil im Gegensatz zum Mann, der durch ökonomische Macht oder künstlerische oder intellektuelle Produktivität seine sexuelle Macht, Potenz oder Anziehungskraft steigern kann, die Frau durch geistige Leistung entwertet wird. Das hat sich im Grunde nicht geändert, und je mehr die Frauen auf Grund ökonomischer und intellektueller Leistungen aufgetrumpft und Macht von den Männern zurückverlangt haben, um so mehr hat sich das meiner Beobachtung nach gegen sie gewendet. Frauen werden nicht dafür geliebt, daß sie versuchen, ihre höchstmögliche Selbstverwirklichung auf intellektuellem oder wirtschaftlichem Gebiet anzustreben, sondern sie werden dafür eigentlich auch noch bestraft.

Das siehst du auch für dich so?

Absolut. Das sehe ich nicht nur als Problem. Das sehe ich geradezu als persönliche Tragik an. Vor allem — das hat sich durch die Frauenbewegung nicht geändert, sondern im Gegenteil verschärft — ist es so, daß die Frau ihre Lust nicht realisieren kann. Das heißt, wenn eine Frau sich die Freiheit nimmt, ihre Lust zu zeigen und auf einen Mann zuzugehen, die sogenannte Männerrolle anzunehmen und sich diesen Mann zu nehmen, erschrickt der Mann und zieht sich zurück. Der Mann kann es z.B. nicht ertragen, nicht der Werbende zu sein, nicht der aktive Teil zu sein. Vielleicht liegt das in der männlichen Sexualität selbst begründet. Aber alle Männer, die immer mir gegenüber behauptet haben, sie wären sehr dankbar, wenn ihnen eine Frau das abnehmen würde, das Geschäft des Aufreißens oder wie man das nennen will, denen kann man ohne große Mühe nachweisen, daß sie genau das nicht schätzen. Das nehmen sie zwar für eine Nacht vielleicht, aber es ist genau nicht das, was sie wollen. Sie wollen nämlich nach wie vor die Frau in der traditionellen Rolle der Unterordnung und selbst derjenige sein, der wirbt. Aber das heißt, daß die Frau sich in ihrer Lust eben nicht realisieren kann, daß die Frau, wenn sie Lust empfindet, sich zurücknehmen muß, statt einen aggressiven Akt setzen zu dürfen.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

„Männer sind ja sehr infantil"

Du bist selbst verheiratet...

Ja, ja (lacht).

Ich habe im Ohr, du hättest gesagt, daß du den „starken Mann" suchst, der sich selbst...

Ja, ich muß ihn suchen, weil die andern mich überhaupt nicht ertragen, die schwachen.

Was ist für dich ein „starker Mann"?

Also, ein „starker Mann" ist ein Mann, der autonom ist, der möglichst wenig infantile Grundbedürfnisse von einer Frau erfüllt bekommen möchte und sie nicht mit mütterlichen, d.h. pflegerischen Aufgaben belastet. Sie sozusagen mit nichts belastet, sondern ihr autonom gegenübertritt und nichts von ihr verlangt, das sie nicht freiwillig gibt, nicht die Beziehung infantilisiert durch Haushaltsrituale usw. Männer sind ja sehr infantil. Sie werden von ihren Müttern ja auch so gehalten. Ich habe das Gebären von Kindern verweigert. Ich verweigere jede Art von Hausarbeit. Wenn es jemand macht bei uns, dann macht es Mama. Ich kauf nicht mal ein.

Eine Perspektive hat das aber wohl auch nicht...

(lacht) Natürlich nicht. Das ist letztlich eine kindische Verweigerungshaltung, die ich mir aber leiste.

Meine Erfahrung ist, daß selbst emanzipierte Frauen, wenn ein Mann sich autonom verhält, häufig damit nicht zurechtkommen, im Gegenteil die männliche Autonomie als Verschlossenheit oder Liebesentzug erleben und das Recht, sich um den Mann zu sorgen, geradezu einklagen.

Ja, es muß natürlich möglich sein, daß sich einer beim andern ausweint, er bei ihr und sie bei ihm. So ist das natürlich Ja, es muß natürlich möglich sein, daß sich einer beim andern ausweint, er bei ihr und sie bei ihm. So ist das natürlich nicht gemeint, daß das nicht sein dürfte. Gemeint ist diese Grundhaltung, diese Arbeitsteilung im Haushalt und anderes mehr, diese pflegerische Grunderwartung von Männern gegenüber Frauen. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß Männer letztlich immer zu den Frauen gehen, die sie betreuen, zur Mutter. Ich habe immer nur erlebt, daß selbst sehr interessante Männer, mit denen ich eine sehr starke geistige, aber auch körperliche Beziehung gehabt habe, letztlich die Verwöhnung gesucht haben und die Betreuung. Gerade sehr sensible, kluge Männer sind halt auch in praktischen Dingen dann nicht sehr selbständig, genau wie ich übrigens auch, ich kann ja nicht einmal kochen. Ich brauche meinerseits die Verwöhnung.

Du hast eine solche Beziehung mit deinem Mann gefunden?

Ja, so gut wie niemals zuvor. Er ist ein sehr autonomer Mann, der diese pflegerischen oder betreuerischen Aufgaben nicht verlangt, der mich sein läßt wie ich bin und mich akzeptiert als eine Frau, die sich die phallische Anmaßung der künstlerischen Produktionsaktes gönnt (lacht) — wenn ich das mal so überspitzt formulieren darf. Es ist ja eine phallische Anmaßung, wie Macht in jeder Weise eine phallische Anmaßung ist. Wenn die Frau sich den Phallus anmaßt, dann reduziert sie den Mann dabei, also im Grunde eine katastrophale Utopie, genauso katastrophal wie die jungen Autoren, die jetzt wieder kommen und von den Frauen als faulende, blutige, stinkende Löcher schreiben. Das ist auch eine neue Entwicklung. Das hat seit Céline niemand mehr in dieser Deutlichkeit ausgesprochen.

Faschismus zwischen den Geschlechtern

Diese Linie ist für mich noch nicht sichtbar.

Doch, doch! Ich zitiere Rainald Goetz, der gar kein uninteressanter Autor ist. Das ist schon interessant. Das ist praktisch ein neuer Faschismus im Zusammenleben der Geschlechter. Das hat die Bachmann ja wirklich so hellsichtig gesehen, daß der Faschismus irgendwo anfangen muß. Und er fängt in der Familie an, in der Beziehung von einer Frau zu einem Mann. Das war ihr großes Thema. Es geht um diesen Faschismus zwischen Frauen und Männern. Da sehe ich überhaupt keine Chance. Für mich persönlich auch keine.

Aber muß nicht auch diese Frage, bei aller kulturellen und biologischen Tiefe, letztlich unter dem Gesichtspunkt der realen Herrschaftsverhältnisse gesehen werden, insbesondere, was den Charakter des Faschismus angeht?

Ja, aber dieser eine Punkt nicht, nämlich daß die Frau ihre Lust nicht realisieren kann. Das hat nichts mit gesellschaftlichen Verhälnissen zu tun. Ich will auch wieder nicht biologistisch sein, aber das ist der einzige Punkt, wo es wirklich, glaube ich, ins Biologische und in die Verhaltensforschung geht. Ich glaube, daß auch die Änderung der ökonomischen Verhältnisse nichts daran ändern wird. Das liegt wahrscheinlich in der im Lauf der Jahrhunderte, Jahrtausende herausgemendelten männlichen Aggressivität in der Sexualität, sodaß der Frau die Chance der Aktivität nicht gegeben werden kann. Die Frau ist nichts. Man kann nicht von ihr sprechen. Und auch in der Lust ist sie letztlich nichts. Das ist die größte Tragik von allen. Das habe ich wirklich auch am eigenen Leibe erfahren. Da sehe ich keine Entwicklungsmöglichkeiten: Daß man gerade in seinem weiblichen Begehren besonders zur Untätigkeit verurteilt wird, gerade wenn man begehrt, sich nicht den aggressiven Akt des auf den andern Zugehens leisten kann, sich dabei zurücknehmen muß. Das ist eine Tragödie des Patriarchats, die älter ist als der Kapitalismus, älter als alles.

Welchen Stellenwert hat diese Problematik im Verhältnis zu den übrigen gesellschaftlichen Problemen, insbesondere zur Gefahr einer apokalyptischen Entwicklung?

Ich habe immer darauf geantwortet, daß sich die gesellschaftlichen Verhältnisse ändern müssen und daß das dann der Ausgangspunkt wäre für einen Kampf der Frauen um Gleichberechtigung. Ich weiß nicht, ob ich heute das noch so beantworten würde. Ich bin da wirklich nicht sicher. Ich weiß es einfach nicht. Ich habe nur das Gefühl, daß all diese Dinge, die mit Sexualität und mit Begehren, mit Aggressivität und Passivität zusammenhängen so viel ältere Hirnschichten umfassen, daß man es sich nicht ganz so einfach und Passivität zusammenhängen so viel ältere Hirnschichten umfassen, daß man es sich nicht ganz so einfach machen kann. Dieses sehr lange gewachsene Patriarchat, das ist so ein hieratischer (geheiligter; AK) Felsblock, daß man gar nicht den Mut hat, ihn anzupacken, während man bei den gesellschaftlichen Verhältnissen noch konkrete Aufgaben hat, sich Aufgaben stellen kann. Da kann man noch agitatorisch-propagandistisch tätig werden. Aber das Schreckliche am Patriarchat ist eben die vollkommene Starrheit. Man kann es nicht verrücken. Es ist diese völlige Verzweiflung, daß man eben nicht einmal (sucht nach passenden Worten) reformistisch etwas bewirken kann. Bei antikapitalistischen Kämpfen kann man reformistisch sein. Man kann tradeunionistische Forderungen stellen, auch wenn sich der politische Kampf nicht in ihnen erschöpfen darf. Man kann aber kleine Schritte machen. Ich hab das Gefühl, daß alles, was die Frauen in der sehr jungen, vom akademisch gebildeten Mittelstand getragenen, feministischen Bewegung unternommen haben, sie keinen Millimeter weiter gebracht, sondern eher zurückgeworfen hat, weil das Elend noch schrecklicher ist, wenn man es analysieren kann, wenn man sich nicht einfach stumm unterwirft, kein Gefühl hat für diese Problematik. Kämpfe um gleichen Lohn für gleiche Arbeit — davon rede ich gar nicht erst. Die sind selbstverständlich notwendig. Oder der Kampf um die Mitarbeit des Mannes bei der Kindererziehung, in der ganzen Sphäre der Reproduktion, bei der Hausarbeit. Da fängt es ja überhaupt schon mal an. Darüber sollte man gar nicht erst reden. Das sind absolute Grundvoraussetzungen. Aber selbst darüber muß man immer noch reden.

Zunehmend verzweifelt

Ich habe es bisher immer so gesehen, daß die Befreiung der Frau, d.h. eine nicht-repressive Entwicklung der Geschlechterbeziehungen, die ja über die bloße politische Ordnung in den kulturellen Raum hinausweist, nur den Weg über die Überwindung des Kapitalismus gehen kann, um so überhaupt erst Voraussetzungen für die weitere Entwicklung zu schaffen. Das kann auch bedeuten, daß wir es nicht erleben, jedenfalls niemals dauerhaft als gesellschaftliche Realität...

Aber etwas Besseres möchte man schon einmal erleben! (lacht)

Jaja, davon lebt die Revolte! Aber wie kannst du mit deiner Utopie leben?

Ich kann auch damit nicht leben! (lacht) Ich fühle mich zunehmend verzweifelt. Vielleicht auch noch zugespitzt dadurch, daß ich älter werde und ja der Körper einer Frau durch den Alterungsprozess im Gegensatz zum Mann auch noch zunehmend entwertet wird, was ein Mann durch ökonomische und sonstige Macht aufhalten kann. Vielleicht macht mich auch diese Entwertung durch das Alter besonders sensibel für die Ausweglosigkeit dieser Lage, daß ja nicht mal das Alter beide Geschlechter gleich macht, daß die Frau als das sozusagen unterlegenere und wertlosere Wesen auf sein Äußeres mehr zu achten hat, sich schminken muß, wie ich ja auch, und sich schöne Kleider kaufen muß, mit denen es sich einen höheren Wert verleiht. Das geht ja soweit, daß z.B. in der offenen Psychiatrie bei Basaglia Frauen, die 20 Jahre lang in Uniform hospitalisiert waren, sich ein Sommerkleid angezogen haben und — es ging ihnen besser! Das sitzt so tief! Deswegen ärgere ich mich auch immer, wenn Feministinnen mich beschimpfen, ich solle mich nicht schminken. Das finde ich so unsinnig.

Meinst du nicht, daß die Frauen, sagen wir mal, seit dem 2. Weltkrieg, speziell seit Mitte der 60er mehr Spielraum gewonnen haben?

Die Frauenbewegung ist vielleicht stetiger geworden. Sie ist nicht mehr so sprunghaft und so leicht euphorisiert von scheinbaren und raschen Erfolgen. Ich glaube, daß die politische Arbeit in der Frauenbewegung jetzt eine kontinuierliche ist, daß gewisse krasse Ungerechtigkeiten unter Leuten mit einem gewissen Bildungsgrad nicht mehr ohne weiteres möglich sind. Mehr auch schon nicht.

Und im Vergleich zur Jahrhundertwende? Hat sich da nicht seit Beginn der Industrialisierung einiges positiv für die Frauen verändert?

Also so lange es nicht einmal gleichen Lohn für gleiche Arbeit gibt, hat sich da alles vielleicht quantitativ ein bißchen verschoben, aber nicht besonders qualitativ. Die frühe Frauenbewegung war eine leidenschaftliche, sie war ja eine proletarische Bewegung. Es gab qualitativ. Die frühe Frauenbewegung war eine leidenschaftliche, sie war ja eine proletarische Bewegung. Es gab zwar auch Intellektuelle, aber es war doch hauptsächlich eine Bewegung der notleidenden Frauen aus dem Proletariat. Es gab ja ganze Städte, wo Frauen gearbeitet haben und Männer arbeitslos waren, weil die Frauen weniger Lohn bezahlt bekamen und daher bevorzugt eingestellt wurden. Im heutigen Proletariat kann ich diese Leidenschaft, was die Frauenfrage betrifft, nicht mehr feststellen. Ich hab das Gefühl, daß da zwar immer wieder Leichtlohngruppen abgeschafft werden, aber dafür kommt dann schon wieder die nächste Ungerechtigkeit. Die Crux ist die, daß im Kapitalismus die Frauenbewegung eben nur eine Überbaubewegung war, die von akademisch gebildeten Frauen getragen worden ist, die letztlich nie sehr verankert war im Proletariat.

Ist es nicht so, daß Forderungen, die früher Forderungen von kleinen emanzipatorischen Frauenzirkeln waren, im Lauf der Zeit verbreitert, dabei gewissermaßen profanisiert...

... also zu gewerkschaftlichen Forderungen geworden sind. — Ja, immer wieder. Es gab auch schon Betriebe, in denen die Männer dafür gestreikt haben, daß die Leichtlohngruppen abgeschafft werden. Dafür haben die Männer dann wieder mehr bekommen. Das war in allen Fällen so, die mir bekannt sind.

Es hat also nichts gebracht, meinst du?

Sehr kurze Augenauswischerei! Ich kann dir nicht recht geben. Ich sehe leider keine großen qualitativen Fortschritte.

Was hat diese ganze Lage und deine Sicht der Dinge für Konsequenzen für die Haltung, die du in der Frage des Feminismus einnimmst?

Es kann nur die Konsequenz haben, daß man weiterkämpft, sich halt dafür einsetzt, ich allerdings in meiner bekannt pessimistischen Schilderung, die vielleicht Leute wütend macht, was sie ja tut, und sie dazu bringt, es vielleicht doch einmal zu wollen. Vielleicht kann ich die Dinge so düster schildern, daß doch jemand aufbegehrt und sagt: So schlecht kann es nicht sein. Wir müssen versuchen, was Entscheidendes zu verändern. Man braucht ja aber nicht darüber zu reden, daß man mit Literatur nicht sehr viel verändern kann.

Du hoffst auf die Paradoxie, daß aus der Hoffnungslosigkeit, die du schilderst, Hoffnung erwächst.

Ja, genau. So wie ich schon von Günter Anders zitierte: Es ist alles zu spät, aber wir müssen trotzdem kämpfen.

Bist du nach wie vor in der Frauenbewegung tätig?

Sehr peripher. Ich bin nicht in Basisgruppen, Selbsterfahrungsgruppen oder so. Ich bin Mitredakteurin der "Schwarzen Botin". Die wird es aber auch nicht mehr lange geben. Es gibt noch ein Heft und dann ist auch Schluß, weil es einfach nicht möglich ist, die Zeitung weiter zu finanzieren. Sie hat sich erstaunlich lange gehalten aufgrund großer Selbstausbeutung und Opferbereitschaft von Frauen, speziell einer Frau, die das Projekt quasi mäzenatisch unterstützt. Das kann man aber nicht ewig von ihr verlangen. Es gibt schon noch andere reiche Frauen, aber es wird wohl nichts mehr werden.

„Der weibliche Blick auf die Frau"

Und was hast du für die Zukunft vor? Du hast schon davon gesprochen, aber kannst du das noch etwas genauer skizzieren?

Nachdem ich zuletzt versucht habe, für das Politische eine ästhetische Form zu finden, versuche ich jetzt, für das Obszöne eine ästhetische Form zu finden. Das wird ein Gegenentwurf zur "Geschichte des Auges" von Bataille. (s. Anm.)

Ein schweres Thema.

Ja, vielleicht werde ich auch daran scheitern. Die einzige bedeutende Pornografie von einer Frau, wobei ich das Wort Pornografie nicht gerne verwende, ist die „Geschichte der O" von Pauline Réage, wobei Pauline Réage ein Pseudonym ist, aber es ist eine Frau, die das geschrieben hat. Sowohl Anaïs Nin, die kommerzielle Geschichten geschrieben hat als auch Erika Jong, die ja von Henry Miller in seinen letzten Lebensjahren noch sehr lanciert wurde, sind eigentlich über männliche Projektionen nicht hinausgekommen, haben literarisch keine Bedeutung. Selbst wenn es also ein billiger Porno würde, wäre es gerechtfertigt, weil es ja immer nur den männlichen Blick auf den Körper der Frau gibt, der weibliche Blick nicht existiert. Selbst wenn ich den auf einer sehr billigen, trivialen und oberflächlichen Ebene schaffen würde, wäre das gerechtfertigt. Aber es geht mir schon um eine literarische Fassung des Ganzen, wie ich schon sagte, daß die Frau in ihrer Lust sich nicht äußern kann, die Frau in ihrer Lust sozusagen verschwinden muß, statt sich zu verwirklichen. Das versuche ich in den Griff zu kriegen. Ich hab das Vorhaben über die Medien als Umfrage, sehr seriös formuliert, bekanntgemacht, worauf etwas passiert ist, was ich noch nie erlebt habe: Ich hatte kaum eine Zeile geschrieben von meinem Text und die Journalisten haben mir die Tür eingetreten, von Radio Luxembourg bis zu BILD am Sonntag, du, ich schwör dir, die unglaublichsten Leute! Das ist ja wohl so radikal, daß die Sexualität aufhören wird! Das ist sozusagen ein sexuelles Buch über die Unmöglichkeit von Sexualität. Da scheine ich wirklich in ein Wespennest gestochen zu haben. Ich habe in meiner Naivität nie erwartet, daß das so ein Echo gibt — bis nach Köln, wo man allen Ernstes gefragt hat, ob eine Pornoschriftstellerin einen Böll-Preis bekommen darf. Als ob sie Heinrich Böll geschätzt hätten zu Lebzeiten!

Die Theorie des Obszönen, das „obszöne Werk" von Bataille ist ja schon provokativ. Da wundert mich die Aufregung nicht, wenn eine Frau dagegenhalten will.

Fortsetzung nächste Seite

Elfriede Jelineks Rede beim Empfang des Böll-Preises

Ich komme aus einem Land, von dem Sie sich sicher ein Bild gemacht haben, denn es ist bildschön, wie es so daliegt inmitten seiner eigenen Landschaft, die ihm ganz gehört. Sicher haben Sie schon Bilder davon gesehen. Inzwischen ist das Land zu seinem eigenen Bild geworden. Man trägt es im Herzen herum, so klein, daß es gerade hineinpaßt, aber mein, und seine Künstler dürfen in ihm wohnen, falls man sie läßt. Denn in Österreich wird kritischen Künstlern die Emigration nicht nur empfohlen, sie werden auch tatsächlich vertrieben, da sind wir gründlich. Ich erwähne nur Rühm, Wiener, Brus, die in den sechziger Jahren das Land verlassen haben. Ich erwähne nicht Jura Soyfer, der im KZ ermordet worden ist, denn das ist zu lang vergangen und daher zu lang schon vergessen und, vor allem, vergeben, denn uns verzeiht man einfach alles.

Und dem Thomas Bernhard hat der zuständige Minister (nicht der Gesundheitsminister) empfohlen, aus sich einen „Fall" für die Wissenschaft zu machen. Er hat nicht die Literaturwissenschaft gemeint. Was hätte Heinrich Böll darüber geschrieben? Womöglich in einem netten ruhigen Zimmer?

So haben Polizisten den Peter Handke an der Salzburger Telefonzelle eingekreist und gestellt. So ist Achternbuschs Film „Das Gespenst" verboten worden. Heinrich Böll hätte gewiß etwas dazu gesagt.

In den Waldheimen und auf den Haidern dieses schönen Landes brennen die kleinen Lichter und geben einen schönen Schein ab, und der schönste Schein sind wir. Wir sind nichts, wir sind nur was wir scheinen: Land der Musik und der weißen Pferde. Tiere sehen dich an: Sie sind weiß wie unsere Westen. Und die Kärntneranzüge zahlreicher Bewohner und ihnen gehöriger Politiker sind braun und haben große Taschen, in die man einiges hineinstecken kann. So, gut getarnt, sieht man sie in der dunklen Stammtischnacht nicht allzu deutlich, diese mit dem Geld und allen übrigen deutschen Werten befreundeten Politiker und deren Bewohner (das Wahlvolk, das Volk ihrer Wahl, das die Politiker in ihrem Innersten hegen und pflegen und nur zu den Wahlen herauslassen), wenn sie wieder einmal slowenische Ortstafeln demolieren gehen, über die Dörfer hin.

Viele dieser Politiker und Einwohner würden, nach eigener Aussage, gern noch einmal nach Stalingrad gehen, wenn sie nicht die ganze Zeit damit beschäftigt wären, die Kommunisten im eigenen Land aufzuspüren.

Heinrich Böll hätte hier sehr viel gesagt, aber man hätte es ihm erst erlaubt, nachdem er den Nobelpreis bekommen hat. So wie sich kaum jemand ersthaft bemüht hat, eine Elias Canetti nach Österreich zurückzuholen, denn Juden haben wir zwar so gut wie keine mehr, aber immer noch zuviele. Und ab und zu nehmen sich „ehrlose Gesellen vom Jüdischen Weltkongreß" (Originalzitat aus einer Rede des Generalsekretärs der großen österreichischen Volkspartei) ihrer an, obwohl wir doch gar nichts tun außer fremde Betten für den Fremdenverkehr beziehen und daher auch niemals etwas Eigenes getan haben. Wir wollten doch nur ein bißchen in deutschen Betten liegen, wer hätte uns das nicht gönnen wollen? Aber wir sind es nicht gewesen, und daher hat man uns — im Jahre 1955 selbstverständlich oder wann dachten Sie denn? — auch ordnungsgemäß befreit! Wir sind überhaupt die Unschuldigsten und sind es daher auch immer gewesen. Jetzt ist ein Literaturstipendium nach Canetti benannt, Hauptsache, er selbst bleibt fort. Dann führen wir ihn sogar im Burgtheater auf, vorausgesetzt seine Stücke sind nicht zu lang. Grüß Gott. Wir müssen uns nur im richtigen Moment klein machen, damit man uns nicht sieht, wie wir gerade unsere Weine panschen; wir müssen uns nur im richtigen Moment noch kleiner machen, damit man uns nicht sieht und auch unsere Vergangenheit nicht, wenn wir Bundespräsident, also das Höchste was es gibt, werden wollen. Und wir müssen uns im richtigen Moment auch groß zu machen verstehen, damit wir — gebührend und nicht ungebührlich! — in die Weltpresse hineinkommen, und zwar selbstverständlich positiv, denn wir leben ja wirklich in einem schönen Land, man kann es sich anschauen gehen, wann immer man will!

Auch ich gehe jetzt dorthin zurück, vorher bedanke ich mich aber noch sehr herzlich für meinen Preis und gedenke liebevoll und traurig dessen, nach dem er benannt ist. Ich wollte, ich könnte ihn — Heinrich Böll — mitnehmen, er hätte auch bei uns viel zu tun.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Ich will einen weiblichen Entwurf dagegen versuchen. Das wird mir nicht gelingen. Eine Frau kann in diesen Themen nie die Souveränität haben, weil ja gerade auf sexuellem Gebiet die Herrschaft des Mannes ungeschmälert ist und er sich da wirklich als Herr im Haus fühlen kann, während die Frau ja keinen Ort hat, nur so rumsteht, also eine ungeheure Unsicherheit hat. Ich hab so eine Art Fingerübungstext dazu geschrieben, der jetzt hier bei einem kleinen Verlag erschienen ist. Selbst der hat bei meinen männlichen Freunden leidenschaftliche emotionale Abwehr hervorgerufen. Der Text, samt einer von einem Kollegen umgeschriebenen Fassung, erscheint demnächst bei Rohwohlt im Literaturmagazin. Ich bin gespannt. Es ist eben eine unglaubliche Anmaßung, über dieses Thema als Frau zu schreiben.

Selbst Frauen werden das nicht unbedingt schätzen.

Ich glaube auch. Außer ich würde einen lesbischen Schlüsselroman schreiben. Aber das ist nicht meine Sache.

Eintritt in die KPÖ: „Demuts- und Bußübung''

Du gehörst zur 68er-Generation, nach eigener Darstellung auch zur maoistischen Linken Wiens. 1974 bist du der KPÖ beigetreten. Was hat dich dazu veranlaßt?

(lacht) Ich bin ja eine der Wenigen, die das gemacht haben und auch lange von den ehemaligen Genossen sehr angefeindet worden. Das hat sich jetzt gelegt. Jetzt sind sie aber auch nicht mehr im „Kommunistischen Bund''. (lacht) Es ging einfach darum, diese Existenz einer freischwebenden Linken, die so für sich entscheidet, zu welchen Dingen sie sich politisch äußern will, zu welchen nicht, sich sozusagen auf sehr elitäre Weise die Strategie zurechtlegt, aufzuheben. Ich wollte wirklich ganz bewußt eine Demutsgeste machen. Brecht hat ja sehr gegen sowas Stellung genommen. Leider habe ich damals seine Position nicht gekannt. Ein Schriftsteller solle in keine Partei eintreten, hat er gesagt, damit er möglichst schnell reagieren kann. Wenn ich das gewußt hätte, wäre ich nicht eingetreten. Ich würde auch heute übrigens nicht mehr eintreten, aber ich würde auch nicht austreten.

Ich wollte auch in eine wirklich proletarische Partei gehen und in Österreich gibt es nur eine, die wirklich die Interessen der Arbeiterklasse vertritt. Das ist die KPÖ. Mit ihren innenpolitischen Zielen bin ich fast immer einverstanden, während ich bei den außenpolitischen Einschätzungen nicht immer konform gehe. Ich bin ein sehr kritisches Mitglied und ich sag das auch, und ich werde es in Zukunft auch in der Öffentlichkeit sagen. Bisher habe ich das nicht getan. Inzwischen habe ich da auch etwas zugelernt. In Angelegenheiten, die mir wichtig erscheinen, z.B. politische Gefangene in sozialistischen Ländern, werde ich nicht mehr schweigen, sondern auch öffentlich meine Meinung aussprechen. Das hat ja übrigens auf dem PEN-Kongreß der Hermlin jetzt auch getan. Das ist sensationell, aber kaum beachtet worden.

schweigen, sondern auch öffentlich meine Meinung aussprechen. Das hat ja übrigens auf dem PEN-Kongreß der Hermlin jetzt auch getan. Das ist sensationell, aber kaum beachtet worden.

Was meinst du mit „proletarische Partei''?

Eine Partei, die sich ausschließlich für die Interessen der Arbeiter einsetzt. Das ist die KPÖ ganz zweifellos. Und zwar die einzige in Österreich. Es gibt sicher noch Splittergruppen, die das tun, aber die vernachlässige ich jetzt mal. Auch die KPÖ ist ja letztlich schon fast eine vernachlässigbare Größe, statistisch gesehen. Aber daß die KPÖ eine proletarische Politik macht, kann man wohl nicht leugnen.

Hast du Kontakt mit Schriftstellerinnen oder Schrifstellern aus der DDR oder UdSSR oder anderen Ländern der Art?

Überhaupt nicht. Ich hab auch hier wenig Kontakt. Andere haben diesen Kontakt, obwohl sie nicht einmal in der Partei sind. Das ist meine persönliche Pathologie, daß ich sehr einzelgängerisch bin. Vielleicht habe ich mich auch gerade deshalb in die politische Bewegung begeben, sozusagen um dieses elitäre Zurückziehen irgendwie pädagogisch zu bekämpfen. Es war eine Demuts- und Bußübung, die ich wohl aus meiner katholischen Erziehung noch übrig behalten habe, also einfach der Wunsch, mich in einem großen Zusammenhang aufgehoben zu fühlen und mich auch äußerlich sichtbar mit der Arbeiterklasse zu solidarisieren.

Vom Pol-Pot-Schock in die „Schrebergartenpartei"

Du hast geäußert, die KPÖ habe auf die heutigen Fragen die konsequentesten Antworten. Wie meinst du das?

Ich denke jetzt z.B. nur an den entsetzlichen Schock der Kulturrevolution. Wir haben ja alle, Peter Schneider und auch andere, für die Kulturrevolution große Sympathien gehabt, für die Rote Garde der Werktätigen und ähnliches. Wenn ich mir im Nachherein die Enthüllungen anschaue — ich kann natürlich nicht beurteilen, ob sie alle stimmen, aber es ist doch Tatsache, wie viele Menschenleben die Kulturrevolution gefordert hat, auch auf schrecklichste Weise gefordert hat, von Pol Pot und seinen Ablegern ganz zu schweigen — dann erschreckt mich das schon. Es ist auch einfach eine Rückkehr zu einer Mäßigung, eine Abkehr von der revolutionären Begeisterung dieser Tage. Die haben alle an der Sorbonne studiert. Die waren alle dabei. Das ist schon etwas, was mich sehr erschreckt. Oder findet ihr das gut, was in Kambodscha passiert ist?

Die Pol-Pot Entwicklung hat mit der Verwirklichung von Sozialismus nur noch insofern zu tun, als man sich darauf beruft.

Man muß genau überlegen: War es in der Kulturrevolution schon angelegt? A priori sind diese Gedanken auch nicht ganz falsch. Das ist ja das Schreckliche, eine Stadtbevölkerung erst mal aufs Land zu bringen, ihren eigenen Produktionsverhältnissen erst mal vollkommen zu entfremden. Aber diese entsetzliche Gewalttätigkeit, dieser furchtbare Zwang, diese wahnsinnigen Opfer, die dieser Staat gefordert hat! Und wir haben alle geglaubt, daß soetwas möglich wäre, wie soll ich sagen: auf ungesunde Weise revolutionär optimistisch übersteigert. Das hat mich so erschreckt, daß ich mich sehr gerne in eine kleinbürgerliche, in eine Schrebergartenpartei, die KPÖ (lacht), begeben habe, einfach um ein wenig Demut zu üben.

in eine kleinbürgerliche, in eine Schrebergartenpartei, die KPÖ (lacht), begeben habe, einfach um ein wenig Demut zu üben.

Eine starke Begründung! Aber auf diese Schrebergartenvorstellungen müßte deine Gesellschaftskritik doch ebenso zutreffen.

Trotzdem! Man muß schon sehen, daß in der DDR z.B. die Frauen einfach mehr Möglichkeiten, sehr viel mehr Hilfsmittel zur Verfügung haben, sei es Kinderkrippen, sei es was immer. Z.B. eine siebzehnjährige Mutter vom Land ist hier erledigt. In der DDR kann sie sich immer noch helfen. Systeme wie die DDR sind junge Systeme, sind immer noch im Aufbau begriffen. Für Frauen, die ich in der DDR kenne, z.B. Sarah Kirsch war das klar, obwohl sie zu Hause als Schrifstellerin gearbeitet hat, daß ihr Sohn in den Kindergarten kommt. Das war überhaupt kein Problem für sie.

DDR/UdSSR: „Grundausstattung für eine Frau"?

Also für dich repräsentiert die KPÖ, auch gerade in ihrer Verbindung zur SU, DDR usw. Möglichkeiten, die für dich lebbar sein könnten?

Ja, von denen ich ausgehen kann, die eine Grundausstattung für eine Frau z.B. liefern, sich selbst verwirklichen zu können, was sie kann, wenn die drückendste materielle Not und die drückendsten Fesseln, die ihr die eigene Reproduktionsfähigkeit anlegt, einfach daß sie Kinder hat, beseitigt sind. Da werden jetzt alle wieder aufschreien: Kind eine Fessel? Das ist doch eine Freude und Bereicherung! Ich seh das eben nicht so. Ich bin auch immer eine ganz leidenschaftliche Propagandistin der aushäusigen Arbeit der Frau. Und das wird in den sozialistischen Ländern ja ungeheuer praktiziert. Da gibt es kaum Nur-Hausfrauen. Ich finde ja, selbst die schrecklichste Fließbandarbeit ist immer noch wichtiger für die Frau als die kreativste Kindererziehung zu Haus — damit mache ich mir immer sehr viele Feinde. Nur darf es sich darin nicht erschöpfen. Es muß weitergehen. Vor allem muß eine Frau, wenn sie sich aushäusige Arbeit wählt, den Mann dazu bringen, daß er sie unterstützt in der Sphäre der Reproduktion. Meist hat sie dann aber doppelt und dreifach die Last.



Foto: Sepp Dreissinger

Ich finde die Situation der Frau in der SU sehr widersprüchlich. Ich mag mir da kein rechtes Urteil erlauben. Einerseits stimmt das, was du sagst, bis hinein in Führungsgremien, ausgenommen die politischen. Im Privaten hat sie aber die Doppelrolle wie eh und je, meinem Eindruck nach schlimmer als bei uns.

ein in Führungsgremien, ausgenommen die politischen. Im Privaten hat sie aber die Doppelrolle wie eh und je, meinem Eindruck nach schlimmer als bei uns.

Ja, das liegt aber nicht per se am Sozialismus, wie er in der SU praktiziert wird, sondern liegt in der Tradition des slawischen Patriarchats, das ja noch rigider ist als das lateinische. Und es liegt daran, daß das ganz junge Systeme sind, die unter äußerstem Druck und ohne fremde Hilfe aufbauen mußten.

Erlaube mir eine polemische Frage: Du siehst also trotz deiner apokalyptischen Skepsis in Sachen Feminismus dort doch bereits erreichte Verbesserungen und weitere Entwicklungsmöglichkeiten für die Frauen?

Ja, sicher! Ich bin überzeugt, daß sie auch wahrgenommen werden. Von der DDR-Autorin Christa Wolf, die ja eine außerordentlich feministische Autorin ist, weiß ich, daß die ihre Männer sehr kritisch sehen. Man kann natürlich einem Mann, von dem man nicht ökonomisch abhängig ist, viel eher einen aufs Dach geben, wenn er einen unterdrückt, als wenn man von ihm wirtschaftlich abhängig ist. Dann ist man ihm ausgeliefert. Die Grundvoraussetzungen für eine emanzipatorische Entwicklung, wesentlich auch der Ökonomie, sind dort schon anders als hier. Aber von einem rücke ich nicht ab, das gilt auch dort: Die drückende Dominanz des patriarchalischen Wertsystems, vor allem in der Sexualität. Das kann man nicht so schnell beseitigen, auch durch Gedankenspiele nicht wegschaffen.

Welches sind deine konkreten Kritikpunkte an der KPÖ?

Das ist erstens fast immer der Umgang mit der Kultur, um die sie sich immer dann, wenn sie sie für die Öffentlichkeit gebrauchen, bemühen, die aber innerhalb der Partei kein großes Ansehen genießt. Die Kulturschaffenden sind immer die letzten. Man hat eigentlich Angst vor ihnen, weil sie sich in der Vergangenheit — und das muß auch so sein — immer als erste als aufmüpfig erwiesen haben. Da hat die KPÖ nun ja auch schlechte Erfahrung gemacht, aber das führt leider zu einer gewissen Erstarrung, einem großen Mißtrauen und einer großen Verachtung, obwohl sie immer von ihrer Achtung den Künstlern gegenüber sprechen. Aber sie zeigen sie nicht.

Das andere ist die zu starke Ausrichtung nach dem realsozialistischen Block, den man viel zu wenig wagt zu kritisieren, obwohl man das meiner Meinung nach sehr wohl riskieren könnte. Es ist im Gegenteil so, daß diese Länder sich selbst und untereinander heftiger kritisieren als sie von uns kritisiert werden. — Ich bin übrigens nicht unbedingt eine Anhängerin des Eurokommunismus — ich spreche da als interessierter Laie — aber es kommt mir vor, daß er dort, wo er praktiziert wird, letztlich doch auf Sozialdemokratismus hinausläuft. Es läuft nie auf wirkliche Systemveränderung hinaus.

Die meiste Kritik habe ich an außenpolitischen Einschätzungen: Alles ist immer solange in Ordnung, bis die Sowjets z.B. bezüglich Afghanistan selbst sagen, wir wollen uns jetzt vielleicht doch zurückziehen. Das gilt auch für die Positionen zur iranischen Revolution. Da müßte man aber jetzt sehr ins Detail gehen.

Was bleibt unterm Strich an konsequenten Antworten auf deine prinzipiellen Fragen nach einer anderen Zukunft?

Ja darauf gibt sie mir keine Antwort, überhaupt keine. Sie gibt mir nur Antworten auf Basisprobleme. Sie kann leider nicht einmal Überbauprobleme für mich lösen. Die Kulturarbeit oder die Arbeit mit den Medien liegt zum Argen. Sie sind so eine kleine und schwache Bewegung, daß sie sich damit offenbar nicht beschäftigen, obwohl sie schon darauf hinweist, wenn da irgendwelche schlimmen Dinge passieren. Aber das Einzige, wo sie konsequent ist, ist eben eine Politik zur Emanzipation der Arbeiterklasse. Und aktuell in Österreich jetzt z.B. das Problem der Entstaatlichung, d.h. der Privatisierung der verstaatlichten Industrie. Das ist ein sehr brennendes Problem. Oder Massenentlassungen in der verstaatlichten Industrie. Das sind Fragen, die alle anstehen, und da bin ich vollkomen einverstanden mit der Politik der KPÖ.

Also im Bereich pragmatischer politischer Progamme.

Ich würde mir wünschen, daß es in der Kulturarbeit eine ähnliche Debatte ge-

Also im Bereich pragmatischer politischer Progamme.

Ich würde mir wünschen, daß es in der Kulturarbeit eine ähnliche Debatte geben könnte wie die Realismus-Debatte. Das sehe ich nicht. Wir sind keine Lukaćs'. Ich will jetzt Lukaćs nicht diffamieren. Das ist auch sehr wichtig gewesen. Aber leider haben eben die Vertreter dieser sozialistisch-realistischen Literatur das Übergewicht und sind auch nicht bereit, sich ästhetischen Diskussionen zu stellen. Aber vielleicht sind das Luxusprobleme. Vielleicht ist das ja wirklich nur mein verstiegener Wunsch, daß man das auch diskutieren können müßte. Da merke ich, daß da die Grenzen sind. Das wird dann auch eher unwillig aufgenommen. Die halten mich, glaube ich, einfach für spinnert oder verrückt. Selbst wenn ich es bin, müßte es möglich sein, daß das auch seinen Platz hat. Ich bin auch engagiert, wenn auch auf andere Weise als andere Parteischriftsteller. Aber das sind wirklich nur ganz wenige, die dem folgen können, was ich mache. Ich muß jetzt nach einigen Jahren auch zugeben, daß andere Probleme wichtiger sind als die Kultur. Nur sollten sie das zugeben, daß andere Fragen wichtiger sind. Sie tun aber so, als ob ihnen die Kultur genauso wichtig wäre wie die Basisprobleme, was sicher nicht der Fall ist.

Bist du irgendwie praktisch in die Parteiarbeit eingebunden?

Ich mache Friedensarbeit im Friedensrat. Wenn sie es von mir wollen, dann äußere ich mich auch zu Fragen wie Südafrika, manchmal zu kulturellen Fragen. Das ist sehr kompliziert. Die Partei arbeitet im Grunde mit meiner Position, die ich mir im bürgerlichen Kulturbetrieb erworben habe. Sie haben dem keine eigenständige kommunistische Kulturarbeit entgegenzusetzen. Ich zerbreche daran nicht, aber ich kenne Kollegen, die daran zerbrochen sind. Sie haben sich darauf geworfen, sich damit im bürgerlichen Kulturbetrieb jede Chance verbaut, haben dann aber auch da keinen wirklichen Weg. Das gilt ja für mich auch. Wenn ich nicht Parteimitglied wäre, hätte ich natürlich ganz andere Möglichkeiten. Aber gottseidank ist es so, wie es ist. Ich möchte gar keine Staatsdichterin sein, kein Grass, kein Böll. So möchte ich gar nicht werden.

„Renegatentum ist mir verhaßt"

Du willst trotz deiner Kritik nicht austreten, um kein Zeichen zu setzen, wie du gesagt hast. Befürchtest du antisowjetische Diffamierungen?

Ja. Das ist ja immer so gewesen. Wie Scharang ausgetreten ist, wie Kroetz ausgetreten ist, in jedem Fall einer bekannteren Person aus dem kulturellen Bereich hat es bis jetzt ein unglaubliches publizistisches Feuerwerk gegeben. Das möchte ich nicht. Renegatentum ist mir verhaßt. Solange sie nicht wirklich verbrecherische Dinge propagieren und gutheißen, werde ich bestimmt nicht austreten. Meine Unzufriedenheit mit der Linie der Partei ist nicht so groß, daß ich — auch wenn ich mich sehr ärgere — jetzt einen Akt des Austretens setzen würde. Wir sind so schwach und die Linke ist überhaupt derzeit so schwach, daß das einfach dumm und bündnispolitisch falsch wäre.

Bist du selbst wegen deiner Mitgliedschaft Diffamierungen ausgesetzt?

Ja, absolut! Das äußert sich in Vielem: Man wird nicht erst genommen. Oder man wird eben als Alibi zugezogen. Bei mir ist es so, daß meine künstlerische Produktion inzwischen so viel Wertschätzung genießt — vor allem im Ausland, aber in Österreich zählt ja nur, was im Ausland passiert, auch jetzt durch diesen Böll-Preis —, daß man sich nicht mehr so traut. Aber es ist z.B. interessant, daß ich in Österreich kaum Geld verdiene. Ich lebe ausschließlich von Geld, daß ich in der BRD verdiene. Von dem Geld, daß ich in Österreich verdiene, könnte ich vielleicht einen Monat leben. Interessant ist auch, daß jahrelang — obwohl ich dreizehn geschrieben habe — kein einziges Hörspiel von mir in Österreich gesendet wurde, dagegen mehrfach in deutschen Sendern, daß die Medien niemals mit mir Gespräche führen würden. Ich würde auch nichts machen, aber sie haben mich nie auch nur zu einem Gespräch eingeladen. Kein einziges heimisches Theater hat mich je zu einem Gespräch empfangen. Ich weiß, daß Rezensionen von Büchern oft unterdrückt worden sind. Es sind dann Einzelne, meist Redakteurinnen, die gegebenenfalls eine Besprechung durchsetzen. Wenn ich mich auf dem Kunstmarkt nicht so durchgesetzt hätte, dann hätte ich einen sehr schweren Stand.

Einzelne, meist Redakteurinnen, die gegebenenfalls eine Besprechung durchsetzen. Wenn ich mich auf dem Kunstmarkt nicht so durchgesetzt hätte, dann hätte ich einen sehr schweren Stand.

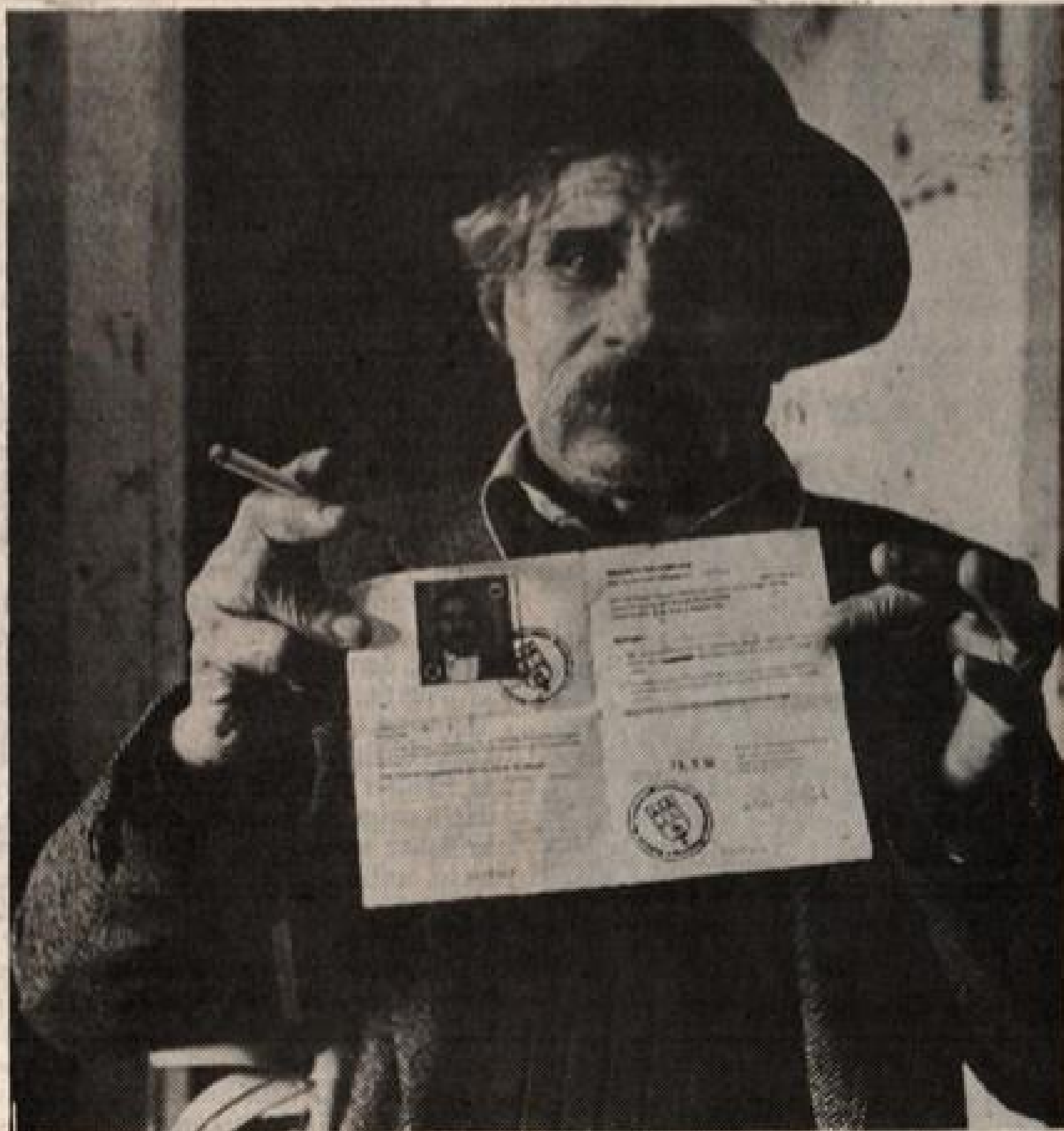
Du veröffentlichst also wesentlich in der BRD, ja du verbringst lange Zeiten des Jahres in München bei deinem Mann. Bist du in der BRD geringeren Diffamierungen ausgesetzt?

Ja, weil ich dort halt fremd bin, da ganz zu leben mich auch nicht interessieren würde. Ich verbringe da vielleicht ein Drittel des Jahres, aber nur aus persönlichen Gründen. Ich mag München gar nicht. Es ist wirklich eine sehr schwarze Stadt — diese drückende Biertischmentalität und dies philiströse Wurstfabrikantentum! Nein, ich bin schon eine sehr patriotische Österreicherin! Also habe ich dort so eine gewisse Narrenfreiheit, weil ich Ausländerin bin. Hier habe ich nun wiederum ein gewisses Ansehen, weil ich mich dort auf dem Markt durchgesetzt habe. Das ist halt so eine ständige Gratwanderung.

Anmerkung

Georges Batailles, geb. 1897, französischer Literat aus dem Umkreis der Surrealisten, u.a. auch in engem Kontakt mit dem Regisseur Bunuel. 1929 Mitbegründer der Zeitschrift „Documents", 1935 Mitglied der antifaschistischen Intellektuellengruppe „Contre-Attacke", 1936 Mitbegründer des „College de Sociologie", 1946 der noch heute existierendenden Zeitschrift „Critique", die er bis zu seinem Tode 1962 herausgab.

Als Philosoph, Ökonom, Anthropologe und Literat erforschte Bataille die Bedeutung von Tabu und Tabu-Überschreitung, insbesondere in der erotischen Erfahrung, für die Gesellschaft. „In anarchischer Revolte gegen vorherrschende Rentabilitäts- und Profitprinzipien hebt Bataille die gesellschaftlich unterdrückten — für das Akkumulationsdenken unproduktiven — Momente wie Tod, Wahnsinn und Selbstverschleuderung wieder ans Licht", heißt es u.a. im Klappentext zu einer Sammlung literarischer Demonstrationsobjekte Batailles, die bei Rowohlt unter dem Titel „Das obszöne Werk" herausgekommen ist.



Zur Diskussion alternativer Flüchtlingspolitik

Offene Grenzen, aber kein offener Arbeitsmarkt?

In den ,,Stachligen Argumenten'' (Zeitschrift der Westberliner AL) wird augenblicklich — ausgehend von der Resolution ,,Alternative Flüchtlingspolitik'', die im vergangenen September von der Grünen-BDK in Nürnberg verabschiedet wurde — eine Debatte über die Asyl-/Flüchtlingspolitik, ihre Prämissen und Konsequenzen geführt. Die wesentlichen Punkte der Resolution, auf die sich die Diskussion bezieht, lauten:

,,2. (...) Das Grundrecht auf Asyl muß seinen ursprünglichen Sinn und Inhalt wiederbekommen!
Dazu gehört:
— Auch Völkermord, Bürgerkrieg, Krieg, Verfolgung ethnischer und religiöser Gruppen oder Verfolgung auf sexueller und geschlechtsspezifischer Grundlage können den Asylanspruch genauso wie die Bedrohung durch Menschenrechtsverletzungen oder Folter begründen.
— Flüchtinge, ob mit oder ohne Visa und Papiere, müssen freien Zugang zu den bundesdeutschen Grenzen haben, um das Asylrecht in Anspruch nehmen zu können.
— Alle Flüchtlinge, die einen asylbegründenden Sachverhalt vortragen, sollen eine vorläufige ,Anerkennung' mit allen Rechten, z.B. Freizügigkeit, Arbeitserlaubnis, freie Wohnungswahl und Sozialhilfeberechtigung erhalten. Nur wenn im Anerkennungsverfahren bewiesen wird, daß keine politische Verfolgung vorliegt, kann die Anerkennung zurückgenommen werden.
— Im Anerkennungsverfahren sind Berichte internationaler Menschenrechtsorganisationen wie amnesty international, dem UN-Flüchtlingskommissar, den Kirchen u.a. mit Bindungswirkung zugrundezulegen und am Verfahren unter Einräumung klarer Verfahrensrechte zu beteiligen.
3. Alle Flüchtlinge, die nicht als politisch Verfolgte anerkannt werden können, aber aus Krisen- und Notgebieten aus Angst um Leben und Gesundheit geflohen sind, sollen Bleiberecht erhalten! Auch heute leben Flüchtlinge — diskriminierend als ,,Geduldete'' bezeichnet und durch die ,,Gnade'' der Landesregierungen ständig von Abschiebungen bedroht — in großer Zahl in der Bundesrepublik. Flüchilinge, die aufgrund solcher Verfolgungen für ihr Leben bei uns Zuflucht suchen, dürfen nicht länger in Unsicherheit gehalten werden.
Das Bleiberecht muß deshalb mit einem gesicherten Rechtsstatus ausgefüllt werden. Im Laufe der bisherigen Diskussion hat sich gezeigt, daß Inhalt und Verfahren des Bleiberechts genauer entwickelt werden müssen. In jedem Fall soll das Bleiberecht Freizügigkeit, Arbeitserlaubnis und Sozialhilfeberechtigung verschaffen.
Die Festlegung von Krisenregionen und -gebieten, in denen Menschen verfolgt und bedroht sind, soll nicht durch staatliche Institutionen allein erfolgen. Denkbar wäre z.B., daß das Amt des UN-Flüchtlingskommissars mit den Menschenrechtsorganisationen oder etwa ein Flüchtlingsrat der BRD an dieser Festlegung beteiligt werden.''
an dieser Festlegung beteiligt werden.''
(1)

Begonnen wurde die Diskussion von G. Seiler / K. Voy, zwei Mitgliedern des AL-Wirtschaftsbereiches, die in einem Artikel die Resolution heftig attackierten. Die Zusammenfassung der Resolution, womit sie ihren Artikel beginnen, ist schon stark mit Interpretationen und Unterstellungen durchsetzt, was natürlich nicht ohne Einfluß auf ihre Kritik daran bleiben kann, die sich im wesentlichen in vier Punkten zusammenfassen läßt:
a.) Sie kritisieren, daß die in der Resolution vorgeschlagenen Maßnahmen darauf abzielen, *,,die BRD und in einem weiteren Schritt alle Industriestaaten zu Einwanderungsländern zu machen''.*
b.) Sie sind der Ansicht, daß die ökonomischen Folgen so gut wie nicht durchdacht sind.
c.) Ihrer Ansicht nach gibt es erhebliche, unausgesprochene verfassungsrechtliche Hindernisse.
d.) Sie behaupten, daß *,,die Begründung in Form der Verantwortung der Industriestaaten für ihre Verelendungspolitik gegenüber der ,Dritten Welt' ... schief (ist)''.*

Bezeichnend sind die Begründungen, mit denen Seiler/Voy ihre Kritik zu untermauern suchen. Im einzelnen:
Zu a.) *,,Sowohl Asyl- als auch Bleibeberechtigte können einen Anspruch auf Arbeitserlaubnis, Freizügigkeit und soziale Absicherung geltend machen. Allen niedergelassenen Einwanderern und Flüchtlingen steht darüber hinaus das aktive und passive Wahlrecht auf allen Ebenen zu.''* Mit dieser schlichtweg falschen Wiedergabe des Inhalts der Resolution suggerieren die Autoren, daß Flüchtling gleich Einwanderer und Zufluchtsland gleich Einwanderungsland ist. Unter der Losung ,,Öffnung der Grenzen'' verstehen Seiler/Voy ihre Abschaffung. Ist die Losung speziell auf die Flüchtlingsproblematik bezogen, wird sie bei den beiden Autoren verallgemeinert und dadurch diffus. Außerdem leisten sie dadurch — bewußt oder nicht — reaktionären Denunziationen derer Vorschub, die in den Flüchtlingen eh nur ,,Wirtschaftsasylanten'' sehen, die ihnen den Wohlstand rauben wollen.

Zu b.) Folgerichtig führen die Nationalökonomen Seiler/Voy die Ökonomie bzw. den Arbeitsmarkt gegen die Resolution ins Feld. Ihre Argumentation läuft darauf hinaus, daß die Flüchtlinge in Wirklichkeit nicht aus Gründen der Verfolgung hierherkommen, sondern deshalb, weil der Lebensstandard hier größer ist. Der Maßstab, den Seiler/Voy hier zugrundelegen, ist der der Einkommens- und Lebensverhältnisse in Geld ausgedrückt. Die Folge, die sie logischerweise daran anschließen, ist eine Überschwemmung des Arbeitsmarktes mit billigen Ar-
des Arbeitsmarktes mit billigen Ar-
beitskräften, was zu Lohnsenkungen führt und den Gewerkschaften den Rest gebe.

Wenn das alles wahr wäre, müssen sie sich fragen lassen, weshalb dies denn alles bislang noch nicht von der CDU/CSU/FDP-Koalition durchgesetzt wurde, denn damit hätte sie ja — Seiler/Voy folgend — einen erstklassigen Hebel in der Hand, um die Gewerkschaften und die organisierte Arbeiterschaft vollends zu schwächen.

Den Gipfel bildet die Behauptung, daß *,,die Debatte um offene, halboffene, geschlossene Grenzen ... keine Rechts-Links-Debatte (ist).''* Vielmehr sei es eine Debatte *,,zwischen etatistischen und liberalistischen Weltbildern.''*

Das stimmt insofern, daß nicht zufällig konservative Wirtschafts-Liberale gegen die Hetzkampagne im Sommer letzten Jahres Front gemacht hatten. So Theo Sommer (vgl. ,,Zeit'', 36/1986), der über die ,,völkische Kleinkariertheit in der Asyldebatte'' polemisierte, und Wolfram Engels (Herausgeber der ,,Wirtschaftswoche'', vgl. Nr. 33/1986), der sich darüber beklagte, daß die Flüchtlinge die Sozialhilfe beanspruchen würden, obwohl sie doch Arme und Hände zum Arbeiten hätten.

Hier lag jedoch nicht die gesellschaftliche Hauptkontroverse — denn diese vollzog und vollzieht sich im klassischen ,,rechts-links''-Schema, an den Punkten der demokratischen Rechte, Ausländerfeindlichkeit, Rassismus usw..

Zu c.) Die von Seiler/Voy behaupteten erheblichen verfassungsrechtlichen Hindernisse sind kein ernstzunehmendes Argument. Dies beweist allein schon die Tatsache, daß die langjährige Aushöhlung des Asylrechts ohne den geringsten Kratzer am Art. 16.2 GG vonstatten gehen konnte. Die Demontage dieses Grundrechts fand sehr weit unterhalb dieses Niveaus statt, nämlich auf der Ebene von Ausführungsbestimmungen, Erlassen und Absprachen mit anderen Ländern (z.B. DDR, EG). Seiler/Voy versuchen hier lediglich, einen unüberwindlichen Popanz aufzubauen, indem sie mit Grundgesetzänderungen argumentieren. Das ist aber nicht der Punkt, denn es ging in der Flüchtlingsresolution darum, unterhalb des GG die repressiven Ausländergesetze zu beseitigen und durch fortschrittliche Alternativen zu ersetzen.

Zu d.) Zur Problematik der Ausplünderung und Unterdrückung der Völker der sog. ,,Dritten Welt'' führen Seiler und Voy folgendes aus: *,,Betrachtet man die strukturellen Probleme der 'Dritten Welt', die ökologischen, wirtschaftlichen, sozialen, politischen, so ist nicht einsehbar, was diese direkt mit den Vorgängen zu tun haben, die Men-*
ist nicht einsehbar, was diese direkt mit den Vorgängen zu tun haben, die Men-
schen ins politische Asyl treiben.'' Das ist einfach nur noch zynisch und ein Schlag ins Gesicht aller Internationalist/inn/en und aller unterdrückten und entrechteten Völker der Welt. Was haben z.B. die vielen Exil-Chilenen mit den dortigen Problemen zu tun? Folgt man Seiler/Voy, so offenbar nichts. Die sind wahrscheinlich nur deshalb hier, weil der Lebensstandard hier höher ist (nota bene: gemessen in Waren und Geld! Der ganze Bereich der kulturellen, menschlichen usw. Werte fällt also überhaupt nicht ins Gewicht!). Daß die Industrieländer — unter anderem auch die BRD (U-Boote für Chile und Südafrika; Waffen für die Türkei; Florierende Exporte in den Iran; VW in Brasilien usw.) — in vielen Entwicklungsländern ökonomisch, politisch, militärisch engagiert sind und die o.g. Probleme erst erzeugen, daß die Weltwirtschaftsordnung einen Neokolonialismus installiert hat, der die Probleme und Abhängigkeiten verfestigt, ist bei Seiler/Voy anscheinend noch nicht angekommen. Stattdessen meinen sie, daß die unter Verfolgung und Repression leidenden Menschen, die bei den Autoren nur als Auswanderer erscheinen, besser bleiben, wo sie gerade sind: *,,Es wäre kein Beitrag zur Lösung der Probleme der Dritten Welt, wenn Bevölkerungsteilen der Weg der Auswanderung (nicht zu verwechseln mit politischem Asyl!) in die kapitalistischen Zentren eröffnet würde. Für die hiesigen Verhältnisse relativ große Gruppen würden hier die Probleme deutlich verschärfen, ohne in den betroffenen Regionen nennenswerte Abhilfe schaffen zu können; ganz im Gegenteil würden durch solche äußeren Ventile die krisenverursachenden Strukturen in der Dritten Welt nur stabilisiert (für die Türkei ist dies mittlerweile auch in fundierten Analysen nachgewiesen)''.*

Wiederum schießen Seiler/Voy am eigentlichen Problem vorbei, indem sie das Gespenst von ,,Einwanderern'' an die Wand malen, die die ,,hiesigenProbleme'' verschärfen würden. Und abgesehen davon ist es höchst problematisch, eine vollkommen willkürlich verlaufende Trennung von Flüchtlingen aus politischen, religiösen, ethnischen usw. Gründen und sog. ,,Wirtschaftsflüchtlinge'' ziehen zu wollen. Nach der heutigen bundesdeutschen Rechtssprechung wären z.B. Juden, die am Beginn der Nazi-Herrschaft flüchteten, zunächst einmal ,,Wirtschaftsflüchtlinge''.

Ahnlich niveaulos wird von den Autoren weiter polemisiert: *,,Wenn mit der Formel der Mitverantwortlichkeit gemeint ist, daß die BRD für die konkreten Vorgänge in der Dritten Welt verantwortlich ist, durch die Menschen verfolgt und in die Flucht getrieben werden, so läuft die Forderung, deshalb hier die Asylgewährung radikal zu liberalisieren, auf den schlichten Zynismus hinaus, die Politik der BRD gegenüber der Dritten Welt unverändert fortzuführen und nur einige negative Begleiterscheinungen abzumildern. Denn politische Machtverhältnisse in dieser Republik, die es erlauben würden, die Praxis der Asylgewährung so weitreichend zu verändern, wie es gefordert wird, würden es natürlich auch erlauben, eine andere Außenpolitik zu machen, durch die in dieser Denkweise dann das Asylproblem nicht mehr existieren würde (weil es ja durch die hiesige Politik erzeugt sein soll).''*

*Mit*verantwortlich bedeutet nicht *Allein*verantwortlichkeit. *Eine* veränderte Außenpolitik *eines* Industrielandes — hier: BRD — bedeutet deshalb natürlich noch nicht, daß die Ursachen für das Flüchtlingsproblem im allgemeinen bzw. weltweit verschwinden würden. Das wissen natürlich auch Seiler/Voy. Der Zweck dieser Polemik ist deshalb klar: Sie wollen die Resolution lächerlich machen und die Autoren als durchaus wohlwollende, leider aber inkompetente Menschen bloßstellen. Dieser Versuch fällt aber auf sie zurück. Denn ihrer Ansicht nach hat Asylpolitik *,,karitativen Charakter''*, ist also in Wirklichkeit gar keine Politik. Damit führen sie auch das von ihnen kritisierte und abgelehnte Schema ,,Schuld und Sühne'' auf Umwegen wieder ein. Die von ihnen gemachten Vorschläge, wie Asylpolitik denn auszusehen habe, sind unglaublich staats-/parlaments-/institutionsfixiert. Asylpolitik findet bei ihnen nur von oben statt: *,,Wir sollten vorschlagen, daß die Asylpolitik zunächst einmal auf europäischer Ebene vereinheitlicht wird, und zwar was die Anerkennungsgründe, die Rechtsprechung als auch die Aufnahmefähigkeit der einzelnen Länder betrifft. Gegebenenfalls sollte eine neu zu schaffende europäische Institution, in der Menschenrechtsorganisationen, UN und gewerkschaftliche Dachverbände ein gewichtiges Wort mitzureden hätten, künftig über Asylanträge, Aufenthalts-, Arbeitserlaubnis und dergleichen entscheiden. Das würde mit Sicherheit eine Ausweitung der Aufnahmezahlen für die Bundesrepublik und wahrscheinlich auch eine wesentlich abgemilderte Ausweisungs- und Abschiebungspraxis mit sich bringen. Möglicherweise würde eine öffentliche, im europäischen Parlament geführte Dabatte die Bundesregierung wegen ihrer restriktiven Haltung im Vergleich zu anderen EG-Staaten in Verlegenheit bringen, vielleicht gar unter Druck setzen. Mehr als mit wortradikaler Programmatik wäre damit allemal gewonnen.''*

Neben der Tatsache, daß diese Vereinheitlichung der Asylpolitik auf EG-Ebene längst stattfindet, nur in entgegengesetzter, als der von Seiler/Voy prognostizierten Richtung, ist auch noch kritisch anzumerken, daß mit der ,,Aufnahmefähigkeit'' einer Kontingentierung von Flüchtlingen das Wort geredet wird. Da auf EG-Ebene das genaue Gegenteil dessen abläuft, was Voy/Seiler zu erreichen trachten, führt zunächst kein Weg daran vorbei, in den EG-Ländern selbst die Asylrechtsverschärfungen zu bekämpfen.

In dem kurz darauf sich anschließenden Satz: *,,Asylpolitik ist keine Einwanderungspolitik''*, kommen ihre tief verinnerlichten Kleinbürgerängste ans Tageslicht, die sie befürchten lassen, der staatlich regulierte Arbeitsmarkt könne aus den Angeln gehoben werden.

Glücklicherweise gibt es aber auch positives über diese Debatte zu berichten. Die Beiträge von H. Bischoff-Pflanz u.a. und F.Postel (2) widerlegen die Ansichten von Seiler/Voy recht eindrucksvoll mit sehr ähnlichen wie den hier dargestellten Argumenten. Die Debatte ist also eröffnet. Wie groß die Akzeptanz des von Seiler/Voy vertretenen schändlichen Standpunktes ist, wird sich im Grad des Widerspruchs zeigen müssen. Positiv ist in diesem Zusammenhang — was die praktische Seite betrifft — auf das lebhafte Echo in der AL auf die ,,Fluchtburg''-Kampagne hinzuweisen, wodurch Seiler/Voy in der Praxis widerlegt sind.

raz., Westberlin

Anmerkungen

(1) ,,Alternative Flüchtlingspolitik'', vgl. Stachlige Argumente, Nr. 41, Nov. 1986, S. 32 und AK 275 vom 20.10.86; alle weiteren nicht weiter bezeichneten Zitate aus dem Aufsatz von G. Seiler / K. Voy, Alternative Flüchtlingspolitik, Offene Grenzen — offene Fragen, ebd., S. 30-34.

(2) Diesen Popanz reißen eindrucksvoll nieder: H. Bischoff-Pflanz / R. Kaufeldt / G. Schwarzrock, Alternative Flüchtlingspolitik, in: Stachlige Argumente, Nr. 42, Dez. 1986, S. 49-51. (Allerdings wird hier ein recht unkritischer Umgang mit dem Begriff der Menschenrechte gepflegt); vgl. auch: F. Postel, Arbeitsmarktschutz — Heilige Kuh?, in: ebd., S. 52 f. (die Autorin hat sich allerdings von Voy/Seiler aufs Glatteis des Arbeitsmarktschutzes führen lassen, was mit dem Thema zum einen herzlich wenig zu tun hat und sie zum anderen in arge Bedrängnis führt).

Was? Wann? Wo?

AK-Nachschlagewerk

15 Jahre erscheint der ARBEITERKAMPF. Pünktlich zu diesem Jubiläum bieten wir dem langjährigen ,,Arbeiterkampf''-Leser und neuen Interessierten hier einen einmaligen Service an: Eine vollständige Liste aller Artikel zum Thema Militarismus/Antimilitarismus in 15 Jahren AK-Erscheinen. Außerdem umfaßt dieses Register die zentralen Artikel über Imperialismus und Weltwirtschaft, Interventionen, Putsche, Kriege und zu wichtigen politischen Entwicklungen in der Welt, sei es 1973 in Chile, zur Nelkenrevolution in Portugal oder heute zu den Philippinen oder zur Geschichte. Rund 2.500 AK-Artikel sind in diesem Register ein- bis fünfmal in verschiedenen Rubriken aufgeführt. Man findet ab 1974/75 den Begriff vom ,,Marsch in den 3.Weltkrieg'' und eine detailierte Beschreibung der geplanten Rüstungsmaßnahmen von den atomaren Zielwaffen bis hin zur Interventionstruppe, die Anfang der 80er Jahre unter Reagan verwirklicht wurden und zur Friedensbewegung führten. Die Friedensbewegung hat einen breiten Raum in der AK-Berichterstattung und jetzt im Register eingenommen. Nicht nur deren Aktionen, sondern auch die wahrscheinlich vollständigste Liste über Proteste gegen Rekruten-Vereidigungen oder die Protestbewegung der Zivildienstleistenden in den 70er Jahren, der Wiederbeginn des DGB mit dem Antikriegstag ist hier wieder aufzufinden.

Dem alten AK-Leser und insbesondere dem Antimil-Interessierten brauchen wir sicherlich den Nutzen eines solchen AK-Registers nicht weiter zu erklären, bisher war es unendlich schwer, alte Artikel wiederzufinden, hier findet ihr AK-Nummer, Datum und Seite im Register unter den entsprechenden Schlägwörtern.

Die Herausgabe eines dicken Buches ist bei (vergleichsweise) niedriger Auflage nicht billig, wir wollen aber mit dem Preis auf jeden Fall die entstanden Kosten decken können und halten dies auch bei einem solchen Nutzgegenstand für angemessen.

Wer über den Gebrauch dieses Registers ins Nachlesen gerät und feststellt, daß er alte AK-Ausgaben nicht mehr und noch nicht besaß, dem sei hier gesagt, daß sehr viele Ausgaben davon immer noch (zum alten Preis) bei uns bezogen werden können. Gegen eine entsprechende Vorauskasse bekommt ihr die AKs geschickt, notfalls werfen wir den Kopier an, wenn ihr uns schreibt, welche Artikel ihr braucht.

Umfang: 196 Seiten DIN A5,
Preis: DM 15.-
Konto:
Postgiroamt Hamburg 27175-203

Mit der Kamera für die Volksmacht

Gespräch mit Videofilmern aus Nicaragua und El Salvador

In den revolutionären Prozessen Lateinamerikas hat die Filmarbeit eine wichtige Bedeutung zur Verbreitung von Informationen und trägt damit dazu bei, daß Probleme und Widersprüche im Volk breit diskutiert werden können. Der Videoarbeit kommt dabei eine ganz besondere Rolle zu, da die Geräte und Filme billiger und einfacher zu handhaben sind, als der herkömmliche (16- oder 35 mm-) Film, der zur Entwicklung erst in die USA oder nach Cuba geschickt werden müßte. Doch auch so gibt es genügend Schwierigkeiten, z.B. werden Videofilme aus El Salvador aufgrund der Kriegssituation im Ausland geschnitten. Weiter fortgeschritten ist die Entwicklung in Nicaragua. Dort gibt es neben dem Fernsehen, wo die alten Techniker — ideologisch umgeschult — weiter arbeiten, fünf „Videoläden", die Ministerien oder Massenorganisationen zugeordnet sind, wo — nach der Revolution angelernte — Menschen aus den jeweiligen Bereichen arbeiten. Sie senden ihre Produktionen ebenfalls im Fernsehen, aber zeigen und diskutieren sie auch auf „Videoforen" in Betrieben o.ä. Meine Gesprächspartner aus Nicaragua waren Fanny Urbina vom Videoladen der Sandinistischen Jugend und Francisco Sanchez vom Videoladen der Arbeiter- und Bauerngewerkschaft. Aus El Salvador gesellte sich Nelson Govea von der BRD-Vertretung des Systema Radio Venceremos zu uns. Alle drei wiesen drauf hin, daß sie materielle Unterstützung ihrer Arbeit (Kontakt über die Verlagsadresse) brauchen.

Wie kommt bei euch ein Film zustande?

Sanchez: Zuerst, wenn wir eine Idee haben zu einem Thema, wenn wir einen Dokumentarfilm machen wollen, setzen wir uns mit den Leuten zusammen, die in diesem Bereich arbeiten und machen eine Art Forschung, bitten um Vorschläge, diskutieren die. Danach setzen wir uns unter uns zusammen, der Filmergruppe, und machen aus diesen Vorschlägen unsere Meinung zum Film. In unseren Filmen arbeiten wir viel mit Interviews mit Leuten, die nicht immer Funktionsträger sind. Gewöhnlicherweise machen wir Interviews mit Leuten von der Basis. Das gehört zum Fundament unserer Arbeit, weil die einfachen Arbeiter, die können viel klarer die Lage an ihrem Arbeitsplatz oder auf dem Land, wo Krieg geführt wird, darstellen.

Fany: Also in den Dokumntarfilmen die wir machen, suchen wir nicht die besten Führungspersönlichkeiten, sondern wir suchen, wo das Problem ist und wer das Problem löst.

Sanchez: Und wenn der Film dann fertig ist, setzen wir uns mit den Genossen noch einmal zusammen, um den Film zu diskutieren und eventuell auch zu verändern.

Govea: In El Salvador ist die Lage etwas anders. Wir machen unsere Filme hauptsächlich in den Gebieten, die unter der Kontrolle der Guerilla sind. Die Filme sind ja nicht mehr für die Oligarchie sondern für die Volksmacht. Und da machen wir mehr eine Reporterarbeit, gehen hin und interviewen die Leute, um so nahe wie möglich an die Realität zu kommen. Ohne eine bestimmte Vorbereitung. Den Video, den du gesehen hast, „Siehe wie mein Volk kämpft", die Idee dazu kam von der Demo am 1. Mai und ist ein Beispiel, wie wir die Sachen eigentlich nicht so sehr vorbereiten. Da haben wir auf der Demo eine Frau aufgenommen, die war so froh über die Demo, daß sie gesagt hat: „Sieh' wie mein Volk kämpft, das ist mein Volk ..." und daher kommt also der Name des Films. Eine Rücksprache gibt es da nachher nicht mehr, denn das ist technisch und wegen der Kriegsrealität nicht möglich.

Wie ist denn die Verankerung der Filmemacher in der Bewegung?

Sanchez: Die Arbeit, die wir in Nicaragua machen, ist eine militante Arbeit und steht im totalen Zusammenhang mit dem revolutionären Kampf der Frente. Wir versuchen, den revolutionären Prozeß zu verbreitern und zum ganzen nicaraguanischen Volk zu bringen.

Govea: Im spezifischen Fall von Radio Venceremos ist es so, daß die Kämpfer der nationalen Befreiungsbewegung direkt die Produktion der Filme in den Händen haben. Da gibt es auch überhaupt keinen Unterschied zwischen den Leuten, die in den besetzten Gebieten, in den Gebieten unter Kontrolle, eine Arbeit entwickeln und den Leuten, die bewaffnet kämpfen; zwischen den Leuten, die an den Orten, wo die Regierung noch die Übermacht hat im Untergrund sind und den Leuten von Radio Venceremos, also die, die den Kampf führen, machen auch die Programmberichterstattung. Die, die die Filme aufnehmen, sind direkt beteiligt in den Guerillakolonnen. Sie haben oft auch kriegerische Funktion und tragen Waffen usw. und der einzige Unterschied ist, daß sie die Technik für den Gebrauch der Filmkameras gelernt haben und deswegen auch noch diesen Beitrag für den Kampf geben.

Das Volk kämpft, um die Macht in die Hand zu nehmen, kämpft, um seine Lage zu ändern und das ist der zentrale Punkt, von wo man alle verschiedenen Arten, Film und Video zu machen, betrachten muß. Die verschiedenen revolutionären Bewegungen und Völker in Lateinamerika haben gesehen, daß sie auch Filme und andere Formen revolutionärer Propaganda machen müssen, damit sie sich untereinander verständigen können und auch Unterstützung von außen bekommen.



Früher kamen die Ausländer, hauptsächlich aus den USA, und haben Filme über unsere Geschichte und unsere Bewegungen gemacht, Filme, die oft auch in den USA gedreht worden sind und immer vom Standpunkt der nordamerikanischen oder der ausländischen Meinung aus. Und der Unterschied ist, daß jetzt das Volk, also die revolutionäre Bewegung das in die eigene Hand genommen hat, daß sie Filme machen über die Geschichte und dieselbe Problematik, nur von einem ganz anderen Standpunkt aus, vom revolutionären Standpunkt aus, vom Standpunkt der Leute, die die Revolution machen.

Mein Eindruck ist auch, daß die Leute unheimlich viel zu erzählen haben und ein großer Nachholbedarf da ist, weil einfach jahrelang nichts erzählt werden konnte, daß es einfach so raussprudelt und nicht mehr die Zeit ist, mit der Kamera einfach zu beobachten oder sich Gedanken über filmische Ästhetik zu machen.

Govea: Das, was du meinst, ist korrekt und wir haben das Problem, nicht die Technik ganz in der Hand zu haben, wir wissen noch nicht ganz genau damit umzugehen. Wir strengen uns an, um das unter Kontrolle zu bekommen, um bessere Produktionen zu machen. Wir versuchen, uns weiterzubilden. Zum Beispiel in unserem letzten Film „Lateinamerika, ein herausfordernder Vulkan", wo wir eine Szene drin haben, wo die Politik der verbrannten Erde durchgeführt wird, also die Politik, die Leute von einem Platz zum anderen zu jagen und alles zu zerstören, damit keine Unterstützung für die Guerilla da ist. Da kommt also eine Kolonne von Bauern, Frauen, Kindern und Alten hauptsächlich, die auf einer Landstraße flüchten und dann kommen Helikopter, die diese Leute verfolgen, die sie einschüchtern wollen, die auf sie schießen und diese Leute müssen dann flüchten, sich unter Bäumen und Hecken verstecken; diese ganze Szene über wird überhaupt nichts gesagt und das einzige Geräusch, das es gibt, ist das Geräusch der Helikopter.

Andererseits gibt es in der salvadorenischen Entwicklung hin und wieder die Notwendigkeit, Filme zu machen, die die Problematik der Entwicklung erörtern. Und da muß hin und wieder viel gesprochen werden, um bestimmte politische und praktische Probleme zu erörtern und zu entwickeln, weil wir die Videos auch als eine Medienform, als eine Erziehungsform sehen. Die nordamerikanische Politik in El Salvador und das Militär und die Unterdrückung usw. sind nicht so einfach zu erklären und es wird immer komplexer. Außerdem sind unsere Filme vielmals auch die Darstellung der Meinung der FMLN von den Problemen z.B. von der neuen Unterdrückungsform, die die Nordamerikaner in El Salvador durchführen.

Ich möchte gerne wissen, was sich im nicaraguanischen Fernsehen seit der Revolution verändert hat.

Sanchez: Das Sprechen über das Fernsehen in Nicaragua ist etwas sehr Komplexes. Es ist richtig, daß wir die Revolution gewonnen haben, also daß wir jetzt den Triumph hatten und daß wir jetzt versuchen, unsere Kultur zu verändern und sie uns wieder zu erobern.

Aber das, was wir jetzt vor uns haben, ist ein ideologischer Kampf, denn in den 45 Jahren Diktatur hat sich die Kultur unseres Volkes sehr verändert, in der Hinsicht, daß wir die Lebensweise und die Denkweise der Noramerikaner übernommen haben, aber nicht die ökonomischen Möglichkeiten hatten, so zu leben. Und das ist ein Widerspruch.

In diesem Moment ist in ganz Mittelamerika das staatliche Fernsehen von Nicaragua das einzige, das 30 % vom Programm im Land selbst herstellt. Aber trotzdem werden auch Programme gesendet, die selbst das Volk kritisiert. Es gibt leider immer noch sehr wenig Programme, die wir senden können, die, wenn wir auch nicht immer ganz einverstanden sind, doch auf derselben Linie sind mit unserem revolutionären Prozeß, Programme, die die revolutionären Prozesse in anderen Ländern darstellen, die Kultur anderer Länder darstellen, wo unser Volk dann auch etwas von lernen kann, seine Denkweise ändern und seinen eigenen kulturellen Weg in diesem revolutionären Prozeß suchen kann. Es werden deswegen immer noch sehr viele — ich will mal sagen — antirevolutionäre Filme gezeigt.

Leider hat sich unser Volk daran gewöhnt, nordamerikanische Western zu sehen, nordamerikanische Musikfilme und Komödien zu sehen und das Problem könnnen wir nicht einfach an der Wurzel abschneiden. Es besteht diese Gewohnheit und diese kulturelle Ideologie und die kann man nicht per Dekret ändern. Das hängt von der ganzen Entwicklung ab.

Was wir als Volksvideomacher positiv finden, ist, daß wir es schaffen, das andere, also das nicaraguanische Fernsehen trotz aller Probleme durchzuführen und in unserem Anteil im Fernsehen dann den ideologischen, den politischen, den revolutionären Kampf zu zeigen, den Kampf, den das Volk von Nicaragua führt. Und das auf allen Niveaus und daß wir in dieser Hinsicht die Freiheet haben, das zu machen.

Es ist schon wichtig, daß wir das staatliche nicaraguanische Fernsehen haben, in den Händen des nicaraguanischen Volkes, weil dieser ideologische Kampf, den wir da führen, ist der schwierigste Kampf, weil wir den Menschen in einen neuen Menschen ändern müssen und das ist das Schwerste.

Fany: Der Beitrag, den das nationale nicaraguanische Fernsehen dazu macht, ist in der Hinsicht sehr wichtig, daß er die kulturelle Wiedereroberung darstellt und ermöglicht, daß das dargestellt wird. Wir als nicaraguanische Jugend finden das sehr wichtig. Das sind Werte, die sie uns genommen und durch Werte ersetzt haben, die nicht unsere Werte waren.

Sind die Filme, die im Fernsehen ausgestrahlt werden, Aufträge des Fernsehens oder macht ihr einen Film oder sucht euch ein Thema und geht damit zum Fernsehen und fragt, ob sie das ausstrahlen?

Sanchez: Wir arbeiten ganz und gar unabhängig vom Fernsehen. Wir setzen uns aus den Gewerkschaften zusammen und die Gewerkschaften haben eine bestimmte Zeit im Fernsehen und was da ausgestrahlt wird, bestimmen wir. Da hat das Fernsehen keinen Einfluß drauf. 90 % der Filme, die wir produzieren, werden auch im Fernsehen gezeigt, die anderen 10 % sind für die gewerkschaftliche Schule.

Fany: Wir von der sandinistischen Jugend machen sechs Programme im Monat im Fernsehen und den Inhalt und das Thema bestimmen wir selbst. Bei der Jugend sind die ersten Filme sehr gut akzeptiert worden und haben in der nicaraguanischen Jugend sehr gute Debatten ausgelöst, denn es waren Probleme, die vorher nie im Fernsehen erörtert wurden, z.B. Jugend und Sex. Natürlich wurden diese Programme stärker in der sandinistischen Jugend akzeptiert, aber die vertreten die Mehrheit der Jugend. Sie verstehen immer mehr und immer weitergehend, daß man sich die eigene Kultur wiedererobern muß. Und es sind neue Themen, die besprochen werden, weswegen die Programme häufig besser aufgenommen werden, mehr gesehen werden, als die Programme, die im Ausland gemacht werden und deswegen nicht soviel mit unserer Kultur zu tun haben. Oft kommen in diesen Programmen die Freude der Jugend und ihre Probleme zum Ausdruck und deswegen sind sie im Interesse der Jugend.

Sanchez: Wenn wir in die Fabriken gehen oder Videoforen machen oder Aufnahmen machen, werden wir oft von Genossen angesprochen, die wir nicht kennen und sagen uns, daß sie die Sendung gesehen haben oder haben Kritik, und auch dadurch spürt man, daß die Sendungen gesehen werden.

Partner Roeder?

Wie ein Alt-Neo-Ex-Nazi hofiert wird

Auf einer nett aufgemachten Doppelseite des „Metropolenmagazins Pflasterstrand", Nr. 254, lacht uns gleich auf zwei Fotos ein mit Blumen beschenkter Mann entgegen. Gut Lachen hatte er, Manfred Roeder, immer wenn er mit der bundesdeutschen Justiz zu tun bekam. Von über 130 Verfahren überstand er fast alle ohne große Bestrafung. — Nun freut er sich, daß der PS seiner Bitte entsprochen hat, seinen „Offenen Brief" an die Abgeordneten des Bundestages in Sachen Kronzeugenregelung zu publizieren. Der PS empfiehlt „besondere Aufmerksamkeit".

Roeder fordert in seiner Kritik am geplanten Gesetz den Strafverzicht des Staates für die „RAF-Terroristen", wenn diese den Kampf aufgeben und sich stellen. Dies würde die RAF'ler „im tiefsten Kern treffen. Die meisten werden aufgeben", und dem „verunsicherten" Rest würden „Mittel und Motivation zum weitermachen fehlen". Kurz: keine RAF = keine Toten mehr. Für die „Kämpfer" überhaupt erst eine „Alternative, als blindwütig weiterzubomben". Das sei mehr wert als „*Sühne für vegangene Verbrechen (...), vorausgesetzt, man kriegt die Täter*". — Abgesehen von Deutungen über Roeders Brief, die ich hier unterlasse, ist es viel interessanter, sich mit der Haltung der PS-Redaktion zu befassen, die einen weiß auf schwarz gedruckten Vorspann über Roeders Person und Weg verfaßte. Schlußsatz dieser bemerkenswerten Zeilen ist: „*Wir wissen nicht, ob aus dem Saulus ein Paulus geworden ist, aus dem Rechtsterroristen ein Demokrat (...)*". Die von der PS-Redaktion gewählte Schlagzeile zu Roeders Text unterstellt aber schon dessen Wandlung „Ex-Nazi Manfred Roeder: Anti-Terrorgesetze schaden Rechtsstaat", heißt es da. In der Redaktionseinlassung wird Roeder (57) zeitgeistlich seine späte Geburt zugute gehalten: „*Kein gemeinsamer biografiescher Nenner mit Verbrechern des Hitlerregimes.* Seine „neonazistische Karriere" hätte er in den 60ern gestartet „*als Treuhänder des gesunden Volksempfindens: mit rüden Methoden zog er gegen die pornografischen Exzesse des damaligen Zeitgeistes zu Felde*". Richtig Verständnis heischend, — was soll man auch gegen Exzesse tun?

Weiter im PS-Ton: „*Als Obmann einer „Deutschen Bürgerinitiative" der er sich selbst zum „Reichsverweser" bestallte, versuchte er in seinem Hauptquartier in Schwarzenborn die Euro-Faschos zu einigen. Seine für einen rechten Ultra unorthodoxen Methoden trugen ihm von Seiten der Ewiggestrigen Mißstrauen und von Seiten der Demokraten Kopfschütteln ein. Der „Politclown der rechten Szene" (so der Spiegel) beteiligte sich mit seiner Truppe an den Demonstrationen gegen den Atomkraftwerksbau in Brokdorf, er kupferte Pamphlete der Neuen Linken ab, und aktivierte seine Gefolgschaft für den Kampf im Untergrund — das Modell der RAF stand ihm dabei offebar vor Augen.*"

Eigentlich ein Mann, der nicht recht wußte, wo er hingehört, suggerieren die „alternativen" Redakteure. Sie schreiben dann weiter, Roeder sei aus Furcht vor den angekündigten Gerichtsverfahren untergetaucht und um die halbe Welt gereist, habe danach fast ein Jahr, bis September 1980, wieder unentdeckt in der BRD gelebt, „zweieinhalb Jahre auf der Flucht" unter „ungeheurem seelischen Druck", so Roedere selbst. Doch erst einmal mit dem PS weiter. Roeder, „Rechtsanwalt mit Brufsverbot" wurde „*als Leader einer Nazigang namens „Deutsche Aktionsgruppe" verhaftet. Dem rechten Sturmtrupp wurden unter anderem zahlreiche Anschläge auf Ausländerheime zur Last gelegt. Bei einer dieser Aktionen — ein Brandanschlag auf ein Übergangsheim für Asylanten in Hamburg — kamen zwei Vietnamesen ums Leben. Roeder konnte keine direkte Täterschaft nachgewiesen werden, wurde aber 1982 wegen Rädelsführerschaft vom Oberlandesgericht Stuttgart in der Justizfestung Stuttgart-Stammheim zu 13 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, die er gegenwärtig in Butzbach absitzt.*

Schon bald begann sich Roeder von seiner lupenreinen Nazi-Gesinnung zu distanzieren. Er, der ein in einschlägigen Kreisen vielbeachtetes Traktat über die „Auschwitz-Lüge" verfaßt hatte, zeigte sich nunmehr davon überzeugt, daß „in Auschwitz eine Massenvernichtung der Juden stattgefunden hat". Ein neueres Zeugnis für Roeders Wandlungsfähigkeit ist der nebenstehende Brief".

Nein,high oder bar jeder Kenntnis sind die (Zeit-)geschichtsumschreiber nicht, sie sehen die Dinge so (oder nicht ..?)

Roeder war schon Nazi als er — noch CDU-Mitglied — seine „Anti-Porno"Kampagne abzog. In der folgenden Zeit — bis heute — formte er insbesondere mit seinen Kumpanen Thies Christophersen und Erwin Schönborn **die** Führungsgruppe der neuen „NSDAP"-Propagandisten. „Unorthodoxe" Aktionen verschafften ihnen, gewollt, weit mehr Publizität als viele ihrer Flugblätter. Dieses Trio hat direkt den heute noch aktiven Kern der NS-Banden mit heransgebildet. Die besondere Rolle der drei für die neue NS-Bewegung der BRD hob auch Michael Kühnen 1984 im Organ der „NSDAP-AO", dem „NS-Kampfruf", hervor. Verkürzt und etwas übertrieben, ließe sich sagen: Ohne Roeder-Christophersen-Schönborn, heute keine ANS/FAP.

Die ein, zwei Auftritte Roeders am Rande von Anti-AKW-Aktionen waren Provokationen und wurden damals auch als solche verstanden.

Roeder sitzt heute im Knast nach Anschlägen gegen Asylanten, die seither viele, fast ständige, Nachahmer finden. Er brach frühzeitig noch bestehende Barrieren unter seinesglechen. Als Rädelsführer wurde er auoh nicht so hoch verurteilt wie die Ausführenden (lebenslänglich); das entspricht der Tradition der BRD — Bewertung von Schreibtisch- und „Exzess"-Tätern.

Die PS-Wertung des „ Offenen Briefes" als „*neueres Zeugnis für Roeders Wandlungsfähigkeit*" ist nun wirklich das Letzte. Das erste Zeugnis,in dem Roeder seine „Auschwitz-Lüge" als falsch zurücknahm, lag direkt vor dem Urteilsspruch über dieses Machwerk. Nach erfolgtem —milderem — Urteil, drehte der „Politclown" (?) der Jusstiz eine Nase und behauptete dasselbe über Auschwitz wie zuvor.

Gilt nun auch für den „Pflasterstrand" die Parole „Versöhnen statt spalten", oder vorerst einmal nur im Kampf gegen die RAF und sogenannte „Antiterrorgesetze"?

Mehr zu Roeder und Co. in diversen AK-Artikeln und im Buch „ ‚NSDAP' — Propagandisten unter der Lupe", 1978 im Reents-Verlag erschienen als Nr. 3 der Antifaschistischen Russell-Reihe.

Ein Antifa-Genosse aus Frankfurt

Schmetterlinge flattern auch im Winter

Die Schmetterlinge? Lange nichts von ihnen gehört. Doch es gibt sie noch und sie versuchen wie bisher gegen den Strom zu schwimmen. Ihr Programm ist nicht nur komisch und voller Träume, sondern auch rebellisch. Durchaus keine Selbstverständlichkeit bei dem, was heute in der deutschprachigen, ,,anspruchsvollen'' Popmusik so geboten wird.



Foto: Dirk Wildt

''In der Kälte der Nacht
Werden viele Träume nicht zuende gedacht
Zu viele Illusionen sind zerbrochen
Und manchmal sitzt die Müdigkeit uns tief in den Knochen''

Das sind die ersten Zeilen im neuen Programm der Schmetterlinge ,,Mit dem Kopf durch die Wende''. Das Motto gefiel offensichtlich auch den Jusos, so daß sie die ,,Schmetterlinge'' für eine Tournee im Rahmen ihres Bundestagswahlkampfes engagierten. In Hamburg geben sie ein Solidaritätskonzert für die Bewohner der Hafenstraße.

1977 und in den folgenden Jahren haben die ,,Schmetterlinge'' unsere Herzen und Köpfe mit der ,,Proletenpassion'' erobert. Ein analytischer Gang durch die Geschichte aus der Sicht der Unterdrückten. Nicht die Beschreibung eines Leidensweges, wie der KBW damals krittelte, sondern ein Musikprogramm was Hoffnung machte, weil nicht nur die Niederlagen, sondern auch die kleinen und großen Siege der Unterdrückten Thema waren.

Bei ihrem alten Publikum haben die ,,Schmetterlinge'' heute keinen leichten Stand mehr. Dem Einen ist es ,,zu platt'', dem Anderen fehlt die durchgängig kämpferische Aussage. Doch woher nehmen ? In der gut gefüllten Hamburger Kampnagelfabrik dominierte offensichtlich eher radikales Publikum. Für ein ,,zuviel'' an Liedern über Beziehungsprobleme gab es vereinzelt Pfiffe. Als Zugabe wurde ausdrücklich ,,Jalava'' aus der ,,Proletenpassion'' gefordert. Das Lied über einen gewissen Wladimir, der auch mal Heizer auf einer finnischen Lokomotive war...

Die Schmetterlinge heute. Das ist der Versuch Mut zu machen, trotz verlorener Kämpfe und einer scheinbar ausweglosen Situation. Die Schmetterlinge heute, das ist beißende Kritik an altlinkem Sichzurücklehnen, das ist Trauer über die tägliche Vernichtung des Schönen aber das ist auch der Wille zu leben — als freie Menschen.

''Weil wir Menschen Sünder sind,
Lieben wir uns sehr.
Wir wissen jetzt, wie vieles schmeckt,
Doch vieles schmeckt nach mehr''.

Musikalisch beschreiten die ,,Schmetterlinge'' interessante neue Wege. Die mehrstimmigen Gesangsparts sind geblieben, Instrumentierung und Arrangements sind wesentlich ausgefeilter. Anstelle des Flügels gibt es jetzt Synthesizerklänge. Beatrix Neundlinger spielt Querflöte und zusammen mit Erich Meixner Saxophon. Es gibt einen neuen Schlagzeuger, der wesentlich rockiger abfetzt und Herbert Tampier hat seine Gitarrensounds um witzige Funkrythmen erweitert.

Mit dem neuen Sound kommen natürlich auch neue Probleme. Die Texte waren im Hamburger Konzert teilweise nicht gut zu verstehen, was aber auch an der Anlage gelegen haben kann, die für die Halle nicht optimal war.

Was nach wie vor ins Auge sticht, ist die Vielseitigkeit der ,,Schmetterlinge''. Fast jeder Musiker singt oder übernimmt mal die Baßlinie. Es gibt nicht den ,,Frontmann'' oder die ,,Frontfrau'', auf den oder die sich alle Blicke richten.

Diese Vielseitigkeit zeigt sich nicht nur in der Musik, sondern auch in den Sketchen. Vieles, was mit ''der Wende'' so über uns herfällt, läßt sich wohl auch nur *so* deutlich machen. Da gibt's den Papst auf Welttournee, Alfa Romeo und urbi et orbi huldigend, den Arbeitslosen, der in einer TV-Live-Sendung, statt des erhofften Arbeitsplatzes einen Kuraufenthalt ,,gewinnt''. Und schließlich die Szene, in der eine Putzfrau die Bühne für den ''Internationalen Männerkongreß'' richtet. Dort treffen europäische Softies auf einen knallharten Rambo-Typen. Während dieser chauvinistisch provoziert, liegen die Anderen sich heulend in den Armen. Nicht unbedingt ein neues Thema, trotzdem, so fand ich, gut gebracht.

Beatrix Neundlinger, die einzige Frau in der Gruppe, faszinierte mich mit ihrer vollen, wohlgeformten Stimme, mit der sie nicht nur sanft Liebe und verlorene Hoffnungen ausdrückte, sondern im Rollentausch auch powervoll mit den Männern zoffen konnte:

''In den Flitterwochen war's mit dir ja noch ganz nett
Jetzt wirst du immer fetter und bist langweilig im Bett
Dein Eifersuchtsgeplärre hör ich mir nicht länger an
Eine Frau ist eine Frau und braucht mehr als einen Mann.''

Am Schluß kam dann noch ein netter Hinweis von Willi Resetarits: Am Eingang liege die ,,radikal'' und mensch könne sich bei Interesse ja bedienen. Dieser Tip stieß im Publikum auf ebenso begeisterte Zustimmung wie eins ihrer letzten Lieder:

''Und wieder sind wir die Terroristen
Nicht die Politiker und Prügelpolizisten
Wieder sind wir die Terroristen
Und nicht die Schweine, deren Saustall wir entmisten.''

uh

,,Die Altlinken wollen immer noch diese einfachen Rezepte''

Interview mit Erich Meixner von den ''Schmetterlingen''

Arbeiterkampf: Was steckt hinter dem vielsagenden Motto eures neuen Programms ,,Mit dem Kopf durch die Wende''?

Erich: Also, erstens ist uns nichts Besseres eingefallen. Wir suchen immer irrsinnig lange nach Titeln. Ein Titel ist einfach etwas womit man Werbung machen will. Aber der Titel hat natürlich auch etwas mit dem Inhalt des ganzen Programms zu tun. Für uns in Österreich ist ,,die Wende'' ja ganz etwas Neues. In der Bundesrepublik ist ,,die Wende'' dagegen schon ein abgekiebelter Knochen. In Österreich hatten wir im November Wahlkampf zu den Nationalratswahlen. Dort ging es den Großparteien vorwiegend darum, die Stimmen rechter Wählerschichten zu bekommen. Dies sehe ich hier in der Bundesrepublik genauso. In Österreich ist das jedoch noch ein bißchen schlimmer als in der Bundesrepublik. Da versucht die SPÖ die ÖVP rechts zu überholen.

Wir haben nun versucht über die Situation der ganzen letzten Jahre zu reflektieren und dabei alles berücksichtigt was man so mit ,,Wende'' in Verbindung bringt. Wir wollten aber nicht von vorneherein ein ,,Wendeprogramm'' machen, sondern das war einfach so der gängigste Titel.

Ihr tourt z.Zt. im Rahmen von Juso-Wahlveranstaltungen?

Naja, es gibt eine Juso-Tournee, in der wir zwischendurch aber auch andere Konzerte machen. Wir haben eine Rahmentournee gemacht mit mehreren Auftritten, die zeitlich mit der Wahl zusammenfallen. Wir haben uns aber drauf geeinigt, daß keine Wahlpropaganda gemacht werden darf während der Konzerte, was natürlich nicht immer durchgehalten wird. Aber gut, damit mußte man rechnen. Wir selber machen überhaupt keine Wahlpropaganda außer in Österreich, weil wir in der Bundesrepublik viel zu wenig Einblick haben. Aber für Initiativen hier treten wir schon ein.

Das heißt ihr spielt in Österreich vor allem für die Grünen?

Ja eigentlich überhaupt nur für die Grünen bis jetzt. Wir haben uns in Österreich bisher ziemlich rausgehalten. Hier in der Bundesrepublik spielen wir zwischen der Juso-Tournee auch auf Veranstaltungen für die Grünen, für Friedensinitiativen und so. Aber das ist halt auch eine finanzielle Frage, d.h. wer Sachen finanziert, weil wir davon leben müssen und auch in Wahlzeiten davon leben müssen. Wir können uns das nicht aussuchen. Wir können nicht sagen, in der Zeit in der jetzt Wahlpropaganda läuft, machen wir keine Konzerte.

Bei Euern Konzerten in Österreich, setzt ihr euch da irgendwie kritisch mit den Grünen auseinander?

Nein, das kann man eigentlich nur sehr schwer. Man kann in Liedern ja eigentlich nur irgendwelche Emotionen wecken oder verstärken. Ich seh' die Funktion in unserer Musik eigentlich darin, den Leuten Mut zu machen, daß man wieder gemeinsam etwas macht und spürt, es sind auch genug Leute da, die mit einem selber der Meinung sind, daß etwas gemacht werden muß. Das ist eigentlich mehr etwas Aufbauendes und das ist eigentlich auch das, was die Leute von uns verlangen. Sie wollen schon kritische Sachen, aber was halt fehlt ist, daß man wieder was gemeinsam macht, daß sie Mut kriegen, daß man also wieder zu Aktionen bereit ist. Darin sehe ich eigentlich die Hauptaufgabe, was man auf musikalischem Wege erreichen kann. Wenn ich etwas kritisieren will oder eine Abhandlung machen will, dann muß ich das in Buchform machen oder in einer Diskussion.

Aber in einem Teil Eures Programms setzt ihr euch doch mit linker Vergangenheit auseinander ... ?

Ja, das können wir uns hier erlauben, weil die Leute, glaube ich, merken, daß wir uns hier selber meinen. Es ist natürlich viel leichter, wenn wir unsere eigenen Positionen ironisch betrachten, als wenn wir jetzt andere Leute in ihrem politischen Kampf betrachten. Wenn die Leute wissen, daß wir in der 68er Bewegung mitten drin waren, dann können wir es uns leisten uns ein bißchen lustig zu machen, ohne daß die Leute das Gefühl haben, ,,die erheben sich jetzt und machen sich lustig über Bewegungen.'' Denn das wollen wir eigentlich nicht. Wir versuchen immer solidarisch zu kritisieren. Z.B. in diesem einen Lied *''Sollt ich in den Himmel kommen, dann möcht ich zu den Revolutionären''*. Da sprechen wir das ein bißchen an, daß wir eigentlich schon finden, daß uns auch Rosa Luxemburg und der Karl Marx noch was zu sagen haben, was uns ja von den Grünen manchmal ein bißchen bestritten wird. Und es kommt nachher noch ein Lied, über den 68er Stammtisch, wo wir uns in den ersten Strophen lustig machen über Leute, die zusammenkommen und über die alten Zeiten reden. Unser Resümee zum Schluß ist dann aber doch, daß wir meinen, daß es sich gelohnt hat, für diese Sachen zu kämpfen, daß wir nicht einfach alles über Bord werfen wollen und sagen: das war alles schlecht.

Bei der Diskussion über unser Programm sind wir allerdings noch auf einen anderen Punkt gestoßen. Wir haben eigentlich nur kritische Lieder über Leute gemacht, gegenüber denen wir eigentlich in einem gewissen Maße solidarisch sind. Und der ,,große Feind'' geht irgendwie ganz leer aus. Wir haben uns überlegt, daß wir eigentlich auch was gegen die CDU oder CSU machen müßten. Aber z.Zt. kritisieren wir vor allem die Grünen und die SPD, die uns ja wirklich noch ein bißchen näherstehen, zwar nicht viel aber doch ein bißchen.

Welche Reaktionen auf euer Programm gibt es eigentlich von Jugendlichen?

Die Jugendlichen finden unser Programm besser als die Altlinken, weil die Altlinken unser neues Programm immer noch mit der ,,Proletenpassion'' vergleichen. Wir haben uns sicher musikalisch sehr weiterentwickelt. Aber viele von diesen alten Zuhörern wollen noch diese alten Rezepte, die wir früher in der ,,Proletenpassion'' hatten. Da gibt es aber einige Sachen, die eigentlich nicht so richtig stimmen.

Zum Beispiel?

Naja, wir vereinfachen stark. In der Geschichte kann man sehr leicht vereinfachen und zusammenfassen, was in der Gegenwart z.B. garnicht mehr möglich ist. Dadurch gibt es ein paar Ungenauigkeiten. Man kann dann zwar dann ganz konkret und schöne Sachen herausarbeiten, aber es ist geschichtlich vielleicht nicht ganz richtig.

In der Proletenpassion hatten wir außerdem nach jeder Station ein aufmunterndes Lied am Schluß. So in etwa: Wenn ihr weiterkämpft, dann wird euch dann der große Lohn ... (lacht) präsentiert werden. In der heutigen Zeit, wo also viele nicht wissen wie's weitergeht und wo man überhaupt kämpfen soll, haben sie das Gefühl, sie wollen von uns wieder diese Rezepte haben, wie sie in der ''Proletenpassion'' drin waren.

Das können wir aber heutzutage nicht mehr. Die Jungen akzeptieren das, aber die Älteren suchen das noch. Die denken sich: Damals hat das funktioniert, warum soll das heute nicht mehr funktionieren, das ist meine eigene Unsicherheit, sie werden mich schon rausführen. Das aber wollen und können wir einfach nicht.

Von der Folkrockband zur Rockband mit modernem Sound. Wie kommt's?

Die technische Ausrüstung wird halt immer etwas besser, der Standard wird höher und die Hörgewohnheiten der Leute werden auch besser. Unsere Entwicklung vom Folkrock zur Rockmusik hin, finde ich persönlich gar nicht so wahnsinnig gut, weil ich die Rockmusik schon nicht mehr hören kann und weil sie sehr ähnlich wird und auch unser musikalisches Spektrum dadurch eingeengt wird.

Was habt ihr seit der ,,Proletenpassion'' und der ''Herbstreise'' produziert?

Es hat noch das große Programm gegeben ,,Die letzte Welt''. Ein Programm über Dritte Welt-Fragen. Dann hat es ein Jura Soyfer-Programm gegeben. Der Jura Soyfer war ein Dichter der Zwischenkriegszeit, der dann 1938 mit 27 Jahren im KZ umgekommen ist. Er hat vorher in Wien Gedichte, Kabarettexte, einen Roman und ein paar Theatersachen geschrieben. Daraus haben wir eine Collage gemacht und mit der faschistischen Entwicklung in Österreich konfrontiert. Wir haben so einen Ablauf gemacht von 1918 bis 1938 und die ganzen Texte vom Jura Soyfer hineingearbeitet.

Vor zwei Jahren haben wir dann noch ein Stück über österreichische Geschichte ab 1945 gemacht. Das war zu den 40-Jahr-Feiern. Einige Lieder von diesem Stück befinden sich auf unserer neuesten Platte. Unser Anliegen war bei diesem Stück einige Geschichtslügen zu korrigieren. Das hat uns auch den Tadel des Unterrichtsministers eingebracht. Der meinte: Hier liegt Geschichtsverfälschung vor. Konkret ging es dabei vor allem um den Generalstreik im Jahre 1950. Von der offiziellen Geschichtsschreibung wird dieser Streik als ,,Kommunistenputsch'' dargestellt, soll die Kommunistische Partei versucht haben, einen Staat nach dem Muster Ungarns zu errichten, was aber absolut nicht stimmt. Da gibt's genug historische Belege, wonach der Generalstreik von der sozialistischen Arbeiterschaft ausgegangen ist und die Arbeiter der sowjetisch besetzten Betriebe gesagt haben: Das kommt überhaupt nicht in Frage, wir müssen unser Plansoll erfüllen. Erst zwei Tage später haben sich die Kommunisten dann angeschlossen. Inzwischen sind aber die Sozialdemokraten schon wieder zurückgewichen und haben den Streik abgeblasen und die Kommunisten sind übriggeblieben. Daraus ist dann die Legende geworden, daß die Kommunisten versucht haben, einen Putsch zu veranstalten und Österreich in einen kommunistischen Staat zu verwandeln. Das gibt's auch heute noch in den Geschichtsbüchern und das war auch der Anstoß, warum man uns Geschichtsfälschung vorgeworfen hat.

Ihr könnt von der Musik leben?

Ja, schon lange. Aber wirklich leben tun wir eigentlich von den Tourneen. Wir machen auch sehr viel Theatermusik. Aber das zahlt sich eigentlich nicht aus, weil, da spielt man dann vier bis sechs Wochen und dann kannst du das Ganze wegschmeißen. Anders ist es, wenn wir Lieder für unser Programm machen. Dann gibt es immer wieder aktuelle Anlässe, wo man so etwas spielen kann. Aber wir waren gezwungen, jetzt auch in Österreich Theatermusik, Hörspiele und Kindermusik zu machen, weil wir eben zuhause Familien haben und das ewig unterwegs sein, das bringt irrsinnige Schwierigkeiten mit sich.

Erich, Danke für das Gespräch.

''Mit dem Kopf durch die Wende'', Extraplatte 56; Vertrieb Extraplatte, Postfach 2, A-1094 Wien; ,,Die letzte Welt'' und die Jura Soyfer Platte sind im Eigelstein Musikverlag erschienen.

Kisch-Werkausgabe abgeschlossen

„Die Kommunisten", informierte der (Bonner) „Generalanzeiger" in einem Artikel zu Kischs 100. Geburtstag 1985, „haben heute ihre Schwierigkeiten mit ihm." Beweis: „Sein Nachlaß, nur in deutscher Sprache, steht in Prager Archiven." Vorbeigehauen. Neuer Anlauf: „Eine sorgfältig edierte Ausgabe seiner Gesammelten Werke in 10 Bänden verlegt der Aufbau-Verlag in Ost-Berlin." Typisch kommunistische Hinterlist. Aber jetzt, der Autor hat Tritt gefaßt: „Der 10. Band sollte eigentlich zu seinem 100. Geburtstag erscheinen und einen (sic!) umfassendes Personenregister enthalten. Damit kommen die Zensoren offensichtlich nicht zurecht, denn Kisch zählte viele Menschen zu seinen Freunden und Bekannten, die heute für die Kommunisten zu Unpersonen geworden sind, so Margarete Buber-Neumann, Alfred Kantorowicz und Herbert Wehner. Sein Freund und Emigrationsgefährte Otto Katz wurde 1952 im Slansky-Prozeß angeklagt und hingerichtet." („Generalanzeiger", 27./28.4.85) Kaum wird der Autor so blöd sein, nicht zu wissen, daß ein Personenregister zu den *Werken* eines Schriftstellers selbstverständlich nur die Namen enthält, die er *in seinen Werken* (namentlich oder indirekt) *nennt*.

Tatsächlich ist der zehnte Band ein Jahr später erschienen als angekündigt — was jedoch für DDR-Publikationen (bekanntlich) nicht so unüblich ist und weitaus häufiger aus fehlender Druckkapazität und Schwierigkeiten beim Papierbezug resultiert als aus „politischen Problemen". Und da die Be-
kapazität und Schwierigkeiten beim Papierbezug resultiert als aus „politischen Problemen". Und da die Be-
handlung von „Unpersonen" in der DDR schon seit geraumer Zeit erfreulich weniger ängstlich ist, nennt das Register des abschließenden Bandes wider alle Spekulation die Namen Alfred Kantorowicz, Otto Katz/André Simone und zahlreiche weitere „Unpersonen" — weil Kisch eben deren Namen in seinen Werken nennt. Nicht aber die vom „Generalanzeiger" bemühten Namen Wehner oder Buber-Neumann, die Kisch zwar gekannt haben mag, in seinen Werken aber nicht genannt werden.

Die Antikommunisten, ist zu folgern, hatten schon immer ihre Schwierigkeiten mit Kisch ...

Aufgenommen in den zehnten Band sind bisher unveröffentlichte Texte aus dem Nachlaß (Fortführung seiner Autobiographie „Marktplatz der Sensationen", Erweiterungen der „Entdeckungen in Mexiko", u.a.), eine große Anzahl erst in den letzten Jahren aufgefundener bzw. identifizierter Zeitungsarbeiten und Übersetzungen und Rückübersetzungen von Artikeln Kischs, der in mehreren Sprachen schrieb und in viele Sprachen übersetzt wurde, sowie rund dreißig Interviews mit Kisch aus den zwanziger Jahren bis zu seinem Tod 1948. Der umfangreiche Anhang (mit den für DDR-Publikationen selbstverständlichen umfangreichen Erläuterungen zu Begriffen, Namen und Ereignissen) enthält ein annähernd hundertseitiges Personenregister und ein alphabetisches Inhaltsverzeichnis zum Gesamtwerk. Ein runder Abschluß.

Ein *vorläufiger* Abschluß. Denn: „Die Erfassung und Sammlung der Zeitungs- und Zeitschriftenbeiträge Egon Erwin Kischs", teilen die Herausgeber Fritz Hofmann und Josef Poläcek mit, „ist noch lange nicht abgeschlossen." Weder ist die Zahl der nicht gezeichneten Artikel aus den frühen Prager und Berliner Jahren wie während des Ersten Weltkrieges derzeit abzuschätzen, noch sind sämtliche Arbeiten, die Kisch in der Presse der Weimarer Republik, während seiner Aufenthalte in der Sowjetunion, während der Reise durch die Vereinigten Staaten sowie im Exil in Frankreich, den USA und Mexiko veröffentlichte bisher bekannt. Davon abgesehen, schreiben die Herausgeber, liege das Werk Kischs nunmehr „annähernd vollständig" vor: „Die Edition in der vorliegenden Form repräsentiert den heutigen Stand unserer Kenntnis und unserer Möglichkeiten."

Wie es auch bei vielen anderen (und durchaus nicht allein sozialistischen) vom Nazismus vertriebenen Autoren der Fall ist, existiert auch von Kisch in der BRD keine vergleichbare Ausgabe seiner Werke — und dies nicht allein hinsichtlich der Sorgfalt der Edition, sondern auch, was Ausstattung
seiner Werke — und dies nicht allein hinsichtlich der Sorgfalt der Edition, sondern auch, was Ausstattung
(durchweg Leineneinband) und Preis (fünfhundert und mehr Seiten starke Bände für unter zwanzig Westmark) angeht.

Von den in der BRD erschienenen Einzelausgaben sind nur zwei, die aber dringlich zu empfehlen. Das ist zum einen die 1983 bei Kiepenheuer & Witsch erschienene Ausgabe des „Rasenden Reporters" in der ursprünglichen Textanordnung mit dem Nachwort des Herausgebers Hans-Albert Walter: „Der größte Phantast der Realität", der, soweit ich sehe, erhellendsten Analyse der Arbeitsweise von Kisch. Zum anderen die von der Büchergilde Gutenberg 1985 herausgebrachte „Landung in Australien" mit dem Nachwort von ebenfalls Hans-Albert Walter, der über die politische Vorgeschichte von Kischs antifaschistischer Aktion in Australien informiert und — ganz „Literatur-Detektiv" — akribisch den Entstehungsweg der Reportage nachzeichnet — die von Brecht gewünschte Einheit von Unterhaltung und Belehrung in schöner Einheit, eben der Einheit, die auch ganz überwiegend das Werk auszeichnet von Egon Erwin Kisch.

AG Exil

Egon Erwin Kisch im Aufbau-Verlag

Egon Erwin Kisch. Gesammelte Werke in Einzelausgaben. Hrsg.: Bodo Uhse und Gisela Kisch. Fortgeführt von Fritz Hofmann und Josef Poläcek (ab Band 8). Berlin und Weimar: Aufbau-Verlag, 1960 ff.

Band 1: *Der Mädchenhirt. Schreib das auf, Kisch! Komödien.* Vorwort Bodo Uhse, 631 S., DM 16.10
Band 2/1: *Aus Prager Gassen und Nächten. Prager Kinder. Die Abenteuer in Prag.* 591 S.
Band 2/2: *Prager Pitaval. Späte Reportagen.* 436 S.
Band 3: *Zaren, Popen, Bolschewiken. Asien gründlich verändert. China geheim.* 628 S., DM 16.10
Band 4: *Paradies Amerika. Landung in Australien.* 590 S.
Band 5: *Der rasende Reporter. Hetzjagd durch die Zeit. Wagnisse in aller Welt. Kriminalistisches Reisebuch.* 653 S., DM 16.10
Band 6: *Geschichte aus sieben Ghettos. Eintritt verboten. Nachlese.* 476 S., DM 16.10
Band 7: *Marktplatz der Sensationen. Entdeckungen in Mexiko.* 690 S., DM 16.10
Band 8: *Mein Leben für die Zeitung 1906-1925 (Journalistische Texte 1).* 536 S., DM 16.10
Band 9: *Mein Leben für die Zeitung 1926-1947 (Journalistische Texte 2).* 582 S., DM 16.10
Band 10: *Läuse auf dem Markt (Vermischte Prosa).* Personenregister und Inhaltsverzeichnis zu den „Gesammelten Werken". Nachwort Fritz Hofmann. 784 S., DM 23.-

***

Klassischer Journalismus. Die Meisterwerke der Zeitung. Hrsg. u. Vorw.: Egon Erwin Kisch. Nachw.: Fritz Hofmann. 584 S.
Briefe an den Bruder Paul und an die Mutter 1905-1936. Hrsg. u. Nachw.: Josef Poläcek unter Mitarbeit von Fritz Hofmann. 503 S.
Servus, Kisch! Erinnerungen, Rezensionen, Anekdoten. 412 S., DM 14.80

Sämtliche Ausgaben sind leinengebunden und mit bibliografischen Hinweisen sowie umfangreichen Anmerkungsteilen (Erläuterungen zu Personen, Vorgängen und Begriffen) versehen. Die Bände, bei denen kein Preis angegeben ist, sind derzeit beim Verlag vergriffen; der Erscheinungstermin von Neuauflagen ist beim (informierteren) Buchhandel zu erfragen.



Mesalliance

Betr.: Spendenkonto des AK

Liebe Genossinnen, liebe Genossen
Wie kann eine Zeitung wie der AK es sich leisten, ein Spendenkonto bei der Dresdner Bank zu haben?

Es ist ja wohl unvertretbar, daß diese Faschisten ihre Dreckgeschäfte mit Hilfe unserer Spenden abwickeln können (z.B. Südafrika). Bitte ändert Eure Bankverbindung. Wenn nicht, bleibt nur zu hoffen, daß der nächste Spendenaufruf von recht vielen Lesern überhört wird.

K.S.-M., Siegbach

Richtig, wir werden in der nächsten Ausgabe des AK ein neues Konto für die Spenden bekanntgeben. Die Red.

Madagaskar

Betr.: Üble Eskapaden eines grünen MdB (AK 278, S. 16)

Liebe Genossen,
wer trägt denn da wieder mal eine Privatfehde mit JR aus? Laßt das doch aus dem AK. Und: Bitte nicht diese alten KBW-Sprüche. Die sind zum Kot-
vatfehde mit JR aus? Laßt das doch aus dem AK. Und: Bitte nicht diese alten KBW-Sprüche. Die sind zum Kot-
zen bzw. zum Fischmehl vor die Tür kippen. Eine unkommentierte Darstellung des Antrages hätte ja wohl gereicht, oder hält die AK-Redaktion ihre Leserschaft für bescheuert?

Gruß Ra. und Do., Hamburg

Liebe Ak-Redaktion,
fast hätte ich euren Artikel über meinen Madagaskar-Antrag ernst genommen. Siegreiches Proletariat, Parlament auseinander jagen, Laternenpfahl und Fischmehlfabrik — das alles schien mir zunächst für die Echtheit marxistisch-leninistischer Empörung zu sprechen. Und ich sagte mir bereits: Gehe in dich, was ist bloß aus dir geworden, daß dein alter Freund Willi Dschugasch so mit dir zürnen muß?

Dann aber kamen mir Zweifel. Kann es wirklich sein, daß die AK-Redaktion es zuläßt, daß Madagaskar durch den Verweis auf „irgendwelche Südseeinseln" vom Indischen in den Pazifischen Ozean verlegt wird? Wo bleibt dan die Prinzipientreue, die den AK doch zumindest in geografischen Fragen bislang immer ausgezeichnet hat? Sollte in der AK-Redaktion ein Putsch stattgefunden haben, und sollten jetzt Kräfte dort am Ruder sein, für die alles Wasser südlich der Elbe schlicht „Südsee" ist? Ich konnte, nein, ich wollte mir nicht vorstellen, daß dies passiert ist. Schließlich ist Willi Dschugasch eines der ältesten und verdientesten Mitglieder der AK-Redaktion. Er zumindest, dem die Nationalitätenfrage schon immer am Herzen und zeitweise auch schwer im Magen gelegen hat, hätte das nicht zugelassen. Also gab es nur eine Möglichkeit: das ganze ist eine süperfröhliche Selbstironie. Einfach zum Piepen diese Jungs in der AK-Redaktion, die aus einer madegassischen Schleichkatze einen tierpflegerjschen Gesichtspunkt und aus einer geläufigen Redewendung über das Aufsetzen von Kronen eine journalistische Palastrevolution machen, bei der Grammatik und Metapher sich gegenseitig erschlagen.

In der grünen Bundestagsfraktion hatte ich übrigens noch einen zweiten Antrag gestellt: die beste Kommentierung des Reiseantrags nach Madagaskar sollte mit einer Reise in die entgegengesetzte Richtung belohnt werden. Die Ak-Redaktion hat den Preis gewonnen. Es geht auf die Uschakow-Insel in der westsibirischen See (oder einfach „Nordsee", ganz wie ihr wollt), ca. 80° nördl. Breite und 80° östl. Länge. Dort herrscht um diese Zeit Polarnacht. Ausgezeichnete Bedingungen also für die nächste Redaktionssitzung.
Gut Holz!

Jürgen

Das war wohl nix!

Jürgen Reents, langjähriger Mitstreiter des KB, 1980 zusammen mit der „Gruppe Z" im Streit von uns gegangen, 1983 als Abgeordneter der Grünen in den Bundestag gewählt, hatte in einem Ausschuß seiner Partei den Antrag gestellt, eine Reise nach Madagaskar spendiert zu bekommen. Sein stärkstes Argument: mit Schrecken habe er festgestellt, daß dort noch keine grüne Delegation hingeschickt worden ist. Daß Jürgen damit eine gelungene Veralberung der notorischen grünen Reise- und Repräsentationslust unternommen hatte, schien mir selbst für Begriffsstutzige offensichtlich. Erinnert sei hier nur an Sätze wie: „die führende Position Madagaskars in der Weltproduktion von Vanille" sei „Grund genug" für den Reiseantrag, oder: „...daß die CDU-Lüge von der Pest an Bord aller Schiffe, die vor Madagaskar liegen, ihre Wirkung auch in unserer Fraktion getan hat".

Es schien mir ein angemessener Einfall, auf diese Satire noch eine draufzusetzen. Nämlich: so zu tun, als wäre die satte Ironie von Jürgens Antrag nicht verstanden worden und kräftig nach guter alter ML-Manier draufzuschlagen. Hinweise, wie es gemeint war, schienen mir überreichlich eingebaut: die „dekadente Vorliebe für französische Parfüms und Weine", der „Jetset zwischen Bonn und Hamburgs
die „dekadente Vorliebe für französische Parfüms und Weine", der „Jetset zwischen Bonn und Hamburgs
Schickeriaviertel Eppendorf", die Fischmehlfabrik und das Aufhängen an der Laterne. Letzteres bekannte Motive aus der volksverbundenen Prosa des KBW und der KPD/ML Mitte der 70er Jahre. Ein weiterer Hinweis war das Pseudonym: Willi Dschugasch gleich Dschugaschwilli, gleich Stalin.

Das absolut Unerwartete geschah: zuerst kam ein empörter Leserbrief an, und bald darauf war zu hören, daß ein erheblicher Anteil der Leserinnen und Leser das Gewetter gegen Jürgen für ernstgemeint genommen habe und nun einigermaßen verstört sei.

Da ist etwas schief gelaufen, nicht bloß mit der Satire, sondern anscheinend schon jahrelang. Der Ton der satirischen Polemik gegen Jürgen ist erkennbar populistisch-faschistoid. Ich erinnere nur nochmals an die „dekadente Vorliebe für französische Parfüms und Weine". Wer das ernsthaft für Ton und Geist des AK hält, möge ein Beispiel nennen. Bis dahin denke ich, daß wir dieses Mißverständnis nicht verdient haben.

Kt.

Sozialistischer Gang?

Betr.: VI. Parteitag der KP-Vietnam

Lieber M.,
Du schreibst im Vorspann, Vietnam verlasse auch nach dem VI. Parteitag nicht, wie andere Länder, den „sozialistischen Entwicklungsweg". Leider schreibst Du nicht, was den sozialistischen Weg eigentlich ausmacht. Du bringst auch keine konkreten Vergleiche mit anderen Übergangsmodellen in der 3. Welt. So wird die These vom Nichtverlassen des sozialistischen Entwicklungsweges unscharf.

Deinem Bericht zufolge wurden auf dem VI. Parteitag erhebliche Anleihen an kapitalistische Prinzipien beschlossen. Sicher, Vietnam öffnet sich nicht für ausländisches Kapital, schafft keine wirtschaftlichen Sonderzonen und installiert keinen Aktienmarkt. Aber, daß die unter dem Stichwort „Dezentralisierung" geplanten Maßnahmen wie Gewinnausschüttung von Betrieben mit höherer Produktivität und die Erlaubnis für exportorientierte Betriebe direkt im Ausland zu verkaufen, nun irgendetwas mit einem sozialistischen Weg zu tun hätten, kann mensch wahrlich nicht behaupten. Das ist im Ansatz dasselbe, was in Ungarn, Jugoslawien der VR China und vielleicht auch bald in der SU läuft. Die politische Führung des Landes verspricht sich eine Verbesserung des Lebensstandards offensichtlich nicht in erster Linie durch *politische* Maßnahmen (Diskussionen auf Massenebene über den „bürokratischen Zentralismus", Absetzung von Bürokraten und korrupten Funktionären auf allen Ebenen, Mobiliserung aller Teile des Volkes um brachliegende Ressourcen zu nutzen) sondern durch materielle Anreize. Wenn jedoch die Betriebe jetzt mehr Autonomie bekommen und ihnen erlaubt wird, nach markt- bzw. weltmarktwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu produzieren, führt das der Erfahrung nach zu Erscheinungen, die wir aus revisionistischen wie kapitalistischen Ländern kennen. Arbeitsschutz und Umweltschutz werden vernachlässigt zugunsten höherer Produktivität, kapitalistisches Managment wird gestärkt, anstatt die Trennung von Hand- und Kopfarbeit zu überwinden. An Stelle der Ausrichtung der Produktion nach den Bedürfnissen des gesamten Volkes tritt der einzelbetriebliche Egoismus.

Es mag sein, daß Vietnam zu diesem Weg gezwungen ist, weil es dort kein starkes Proletariat gibt, die wirtschaftliche Lage katastrophal und die politische Isolierung des Landes total ist. Dann sollte man das aber auch so schreiben, d.h. von erzwungenen Zugeständnissen sprechen, anstatt dies als gradlinig, sozialistischen Weg preisen.

uh

Aus dem AK-Fundbüro

Aus dem AK-Fundbüro

Sogar der KB
„Vielleicht, weil unvermeidlich für Hegemonieansprüche der Grünen unterschreibt, wer heute diese Partei wählt, will sogar der KB erstmals von einer Wahlempfehlung absehen."
(BWK, „Politische Berichte", 23.1.87)

Lenin oder Mao?
„Ebermann: Na ja, weil der Rau das auch zugegeben hat, will ich mich jetzt offenbaren: Der zieht sich ja jeden Morgen — wie das Zähneputzen, sagt er — ein Bibelwort rein. Und um überhaupt meine verdeckte Kaderarbeit bei den Grünen durchzuhalten, knalle ich mir immer eine Seite Lenin um die Ohren.
Spiegel: was war heute dran?
Ebermann: Heute war dran: ‚Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen' "
(Ex KBler Thomas Ebermann im Spiegel-Interview, 12.1.87).

Diskriminierung
„Die NRW-Grünen haben protestiert, daß Thomas Ebermann mit dem Hinweis, er habe ‚seine Rhetorik im KB gelernt', diskriminiert worden sei."
(Grüner Protest gegen die Ankündigung Ebermanns im ARD-Fernsehen, laut „taz", 13.1.87)

SPENDEN-ERGEBNISSE

SUMME Nov. bis AK 278 33.114,5

Nach dem 12.1.87

Th., Hamburg	500
Re., Hamburg	100
Urs, Schweiz	27,6
Kl., Hamburg	200
Ga + Vo., Hamburg	500
HH, Hamburg	50
KB, Braunschweig	1.000
AK + EN, Wiesbaden	250
Hr., Hamburg	150
Spendensammlung Kiel	222,22
No., Elmshorn	150
AK-Spende aus Kiel	150
G.P., Elmshorn	100
KB Bonn	1.250
S.B., Darmstadt	50
KB Frankfurt	150
KB-NRW	2.877,86
J.V., Kiel	600
Harburg	670
P.T., HH, Vor-Ostersp.	200
KB-Freiburg	160
Summe seit AK 278	**9.357,68**
Summe Total	**42.427,18**

Zensierte Fotografie in Chile





Im Frühjahr 1984 wurde in Santiago de Chile eine Ausstellung unter dem Titel „Zensierte Fotos — für die Verteidigung der Freiheit und des Rechts auf freie Meinungsäußerung" eröffnet. Gezeigt wurden Fotografien von den Protesttagen in den Jahren 1983 und 1984, Fotos vom Widerstand und von den Gewaltakten der Diktatur wie auch vom Elend der Bevölkerung. Die Ausstellung wurde wenige Tage nach ihrer Eröffnung von der Polizei geschlossen und zum größten Teil zerstört. Ein Teil der geretteten Fotos wird in dem vom Deutsch-Chilenischen Kulturzentrum (Hamburg) herausgegebenen Katalog „Zensierte Fotografie aus Chile" publiziert. Die Herausgeber haben dem Band ein Vorwort zur Situation der antidiktatorischen Fotografie und Fotografen beigegeben:

„(...) Der Verband der Unabhängigen Fotografen Chiles (AFI), der die Ausstellung organisierte, wollte damit auch auf die Situation seiner Mitglieder und deren wichtigste Schaffensprobleme hinweisen, insbesondere auf die permanente Repression, der sie sich in Form einer fast totalen Zensur ausgeliefert sehen. (...) Bedrohungen, Verfolgungen, Mißhandlungen oder Verhaftungen gehören zum Berufsalltag der fortschrittlichen Fotografen. Dennoch ist die fotografische Arbeit in Chile zu einer der wichtigsten Ausdrucksformen des Protests geworden (z.B. auch durch Fotografiken und Konzept-Art). Sie steht ständig im Spannungsverhältnis von sozialer Realitätswiedergabe und dem Streben nach Erlangung einer eigenständigen Qualität, d.h., daß in einzelnen, konzentrierten Betrachtungen etwas Allgemeingültiges über die soziale, politische und historische Situation der Mehrheit des Volkes ausgesagt wird. Diese Art von Konfrontation in einer fotografischen Auseindersetzung mit der eigenen Wirklichkeit zielt auf Stellungnahme und Positionsbestimmung ab, erzwingt die soziale und politische Anklage, erzwingt den Widerstand gegen die institutionelle Gewalt. (...)

Die Fotografie in Chile ist durch den spezifischen Charakter der brutalen Realität geprägt. Ihre Bedeutung resultiert unter diesen Bedingungen nicht spezifischen Charakter der brutalen Realität geprägt. Ihre Bedeutung resultiert unter diesen Bedingungen nicht allein aus bestimmten Bildinhalten, sondern aus ihrer oft ganz praktischen Verbindung zu dem Leben und der Wirklichkeit. Damit ist zum Beispiel die Reproduktion gemeint, die für die illegal gedruckte Zeitung benötigt wird oder die Aufnahme von einer Verhaftung, die lebensrettendes Beweismittel sein kann, wenn die abgebildete Person von den Behörden als vermißt ausgegeben wird. So haben sich die Entfaltungsräume der Fotografie erweitert.

Über ihren dokumentarischen und zeugnishaften Wert hinaus, erhält sie innerhalb ihrer Möglichkeiten eigene Inhalte und Ausdrucksformen. So beispielsweise bei den Darstellungen des alltäglichen Lebens oder der Deformierungen durch das System, bei den Versuchen, Zustände zu zeigen, in denen Menschen ihre Identität und Integrität verlieren oder in Bildern vom Leben am Rande der Gesellschaft, des Elends und der Verwahrlosung. Die Aufnahmen sollen die oft schrecklichen Tatsachen aus der Anonymität herausheben und Ursachen bloßstellen.

Diese Sprache der Fotografie ist eine Sprache, die ihre Wirkung durch die Durchdringung und Heraushebung elementarer Bestandteile des Lebens erreicht. Es ist das Leben derer, die den Einfluß und die Macht der politischen und kulturellen Gewalt der Diktatur umgehen. Es soll ein Identifikationsdialog mit all denen erreicht werden, die eine Veränderung dieser Realität miterzwingen können. Dies ist eine der wichtigsten Charakteristika dieser Fotografie. Es geht nicht nur darum, die Gewalt, die Armut und das marginale Leben darzustellen, sondern es geht um ein möglichst direktes Erfassen der sozialen und menschlichen Situation in einem Land, dessen Volk die einzige Alternative hat, aus seinem Unterdrückungszustand, Bewußtsein und Kreativität zu entwickeln, um ihn zu überwinden. (...)"

Zensierte Fotografie aus Chile. 64 S. mit 56 SW-Fotos, 24x30 cm, DM 12,50.
Bezug über den Buchhandel oder (zzgl. Porto) über das Deutsch-Chilenische Kulturzentrum e.V., Bogenstr. 45a, 2000 Hamburg 20

Inhalt



Liebe Leserinnen und Leser,
dies ist eine zusammengestückelte Form des Inhaltsverzeichnisses, da uns — wie allerdings einmal zu erwarten gewesen ist — in der Produktionsnacht die Technik im Stich gelassen hat. Trotz geduldiger Versuche ließ sich die Originaldatei mit den Titeln für diese Ausgabe des AK nicht mehr rekonstruieren, sodaß wir in aller Schnelle kurz vor Drucklegung ein neues inhaltverzeichnis schreiben mußten.